

"Der Entzug der Deutschmark bedeutete für die DDR-Bevölkerung die Verweigerung der Identität. Polen konnte von einem anderen Polen träumen, für die DDR gab es keine andre Alternative als die Bundesrepublik. Jetzt erst, nach der Vereinigung, gibt es auch in Deutschland wieder eine Basis für den Klassenkampf. Jetzt kann man nichts mehr an den Gegner delegieren, jetzt, das braucht sicher eine Zeit, können die sozialen Widersprüche sich entfalten, befreit von Ideologien. Der Jubel von einigen deutschen Intellektuellen über den Golfkrieg, die klammheimliche Freude über einen neuen Hitler, verrät die Angst vor einem Leben ohne Feindbild. Die Verteufelung der DDR, die Dämonisierung der Staatssicherheit, bedient nicht nur die Wonnen des gewöhnlichen Antikommunismus, sondern betäubt auch diese Angst. Wer keinen Feind mehr hat, trifft ihn im Spiegel."

Heiner Müller, Dramatiker, in: Krieg ohne Schlacht, Köln 1992, S. 360



Nr. 14, Juni 1993

Alvarez/Maldonado  
**Mexikanische Sicht**

**Philosophisch-historische Aspekte:**  
Stiehler - **Epochenumbrüche/Mohr - Spät- oder Endzeit?**/Vazjulin - **Marxismusoption heute**

**Ursachenannäherung:**  
Heininger - **Politische Grunddefekte/Jung - Verantwortung des Gorbatschowismus**

**Alternative:**  
Gonzales - **Die neue Linke Spaniens**

**Thema: Nationalismus und deutsche Linke; Stellungnahmen von Bleiber, Butterwegge, Lederer/Mellenthin**

Katzenstein - **Transformationsproblem/Graf - Staat/Schimmel - Kohärenz und Kapitalismusanalyse/König - Macht und Legitimation in Nigeria**

# Das politische Buch für Ost & West

L. Bisky/U.-J. Heuer/M. Schumann (Hrsg.)

## **Rücksicht**

Politische und juristische Aspekte  
der DDR-Geschichte  
208 Seiten; DM 24,80

G. Gysi/U.-J. Heuer/M. Schumann (Hrsg.)

## **Zweigeteilt**

Über den Umgang mit der SED-Vergangenheit  
256 Seiten; DM 34,80

Joachim Bischoff/Klaus Steinitz (Hrsg.)

## **»Bevor alles zusammenbricht...«**

Zukunftsperspektiven für  
das neue Deutschland  
120 Seiten; DM 15,00

Freerk Huiskens

## **Nichts als Nationalismus**

Deutsche Lehren aus Rostock und Mölln  
Ein antirassistisches Tagebuch  
200 Seiten; DM 16,00

Joachim Bischoff/Michael Menard

## **Weltmacht Deutschland?**

192 Seiten; DM 28,00

Michael Brie/Dieter Klein (Hrsg.)

## **Zwischen den Zeiten**

Ein Jahrhundert verabschiedet sich  
240 Seiten; DM 34,80

Samir Amin

## **Das Reich des Chaos**

Der neue Vormarsch der Ersten Welt  
140 Seiten; DM 24,80

Pierre Bourdieu

## **Die Intellektuellen und die Macht**

Herausgegeben von Irene Dölling  
160 Seiten; Franz. Broschur; DM 24,80

Pierre Bourdieu

## **Die verborgenen Mechanismen der Macht**

Schriften zu Politik & Kultur 1  
176 Seiten; Franz. Broschur; DM 29,80

### **Außerdem bei VSA:**

★ **Regional- und Freizeitführer**

★ **Städte zu Fuß**

★ **StadtReiseBücher**

★ **Reisebücher**

Informationen, Hintergrundwissen,  
praktische Reisetips in Reiseführern  
»neuen Stils« (DER SPIEGEL)

Ingo Koch/Brigitta Meuche (Hrsg.)

## **Mecklenburg-Vorpommern**

Regional- und Freizeitführer  
288 Seiten; DM 36,80

I. Dittmann/D. Kuhlbrodt (Hrsg.)

## **Berlin zu Fuß**

18 Stadtteilrundgänge  
320 Seiten; DM 34,-

Ulla Heise/Nortrud Lippold (Hrsg.)

## **Leipzig zu Fuß**

22 Stadtteilrundgänge  
240 Seiten; DM 29,80

M. Meissner/A. Wassermann (Hrsg.)

## **Dresden zu Fuß**

18 Stadtteilrundgänge  
240 Seiten; DM 32,-

## ZEITSCHRIFT MARXISTISCHE ERNEUERUNG

### Vierteljahresschrift 4. Jahrgang Heft 14 (Juni 1993)

---

Herausgegeben vom Forum Marxistische  
Erneuerung e.V. (Frankfurt/M.)  
und dem IMSF e.V.

#### Redaktionsbeirat:

Dr. Joachim Bischoff  
Prof. Dr. Ulrich Briefs  
Prof. Dr. Dieter Boris  
Prof. Dr. Frank Deppe  
Monika Domke  
Prof. Dr. Werner Goldschmidt  
Prof. Dr. Horst Heininger  
Prof. Dr. Jörg Huffschmid  
Dr. Sabine Kebir  
Prof. Dr. Ursula Schumm-Garling  
Dr. Harald Werner

---

#### Redaktion:

Klaus D. Fischer, Dr. Johannes Henrich von  
Heiseler, Dr. Heinz Jung.

---

## 4 Editorial

## Annäherung an die Ursachen und Konsequenzen des Zusammenbruchs des Realsozialismus in Europa (III)

- Ezequiel Maldonado/Concepción Alvarez:*  
6 Das Scheitern des realen Sozialismus in Europa aus der Sicht  
mexikanischer Sozialisten
- Gottfried Stiehler:*  
12 Epochenumbrüche: philosophische Kontexte
- Hubert Mohr:*  
20 Spätzeiten und Endzeiten in der Geschichte
- Viktor A. Vazjulin:*  
29 Nach dem Sieg der Konterrevolution - den welthistorischen  
Übergang zum Kommunismus denken.  
Gespräch in Moskau
- Horst Heiningner:*  
39 Politische Grunddefekte des Systems
- Heinz Jung:*  
46 Zur Verantwortung des Gorbatschowismus  
Subjektive Bemerkungen zum subjektiven Faktor
- Julio Anguita González:*  
61 Die Neue Linke Spaniens auf der Suche nach dem Eindeutigen

## Das Thema: Die Renaissance des Nationalismus und die deutsche Linke

### Stellungnahmen zu Fragen der Redaktion

- Helmut Bleiber:*  
70 Wider die Tendenz zu nationalem Nihilismus
- Christoph Butterwegge:*  
75 Deutschnationalismus in der Bundesrepublik -  
Eurochauvinismus im Binnenmarkt?
- Andrea Lederer/Knut Mellenthin:*  
82 Allgemeine Ratlosigkeit der Linken

## Inhalt

- Robert Katzenstein:*  
89 Wert-Preis-Transformation ohne Inhalt?
- Ralph Graf:*  
97 Der Staat im entwickelten Kapitalismus - Koloß auf tönernen  
Füßen?
- Hans-Jörg Schimmel:*  
109 Kohärenz und die Entwicklungsetappe des gegenwärtigen  
Kapitalismus
- Claus-Dieter König:*  
119 Zur Demokratie der Dritten Republik - Macht und Legitimation  
in Nigeria

## Berichte

- Elvira Högemann-Ledwohn:*  
129 Ein noch fragmentarisches Projekt  
Tagung von SPD-Linken am 11./12. März 1993 in Köln
- André Leisewitz:*  
133 Reichtum und Armut in Deutschland  
Sozialpolitischer Ratschlag am 23./24. April 1993 in Braunschweig
- 
- 136 **Buchbesprechungen, Annotationen:**  
Candide versucht, den Tiger zu reiten (Elvira Högemann-Ledwohn)  
Rückblick auf die neue Rechte (Frieder Otto Wolf)  
Die Werke des Hermann Göring (Hans G. Helms)  
Ein mit dem Marxismus und dem Leninismus nicht zu vereinbarendes Phänomen  
(Günter Judick)  
Angelsächsische Adorno-Rezeption (Jonas Dörge-Weidemann)  
Segmentierungsthese als Klassentheorie? (Heinz Jung)  
Zur Diskussion der Regulationstheorie (Henning Böke)  
DDR-Philosophie im Übergang (Henning Böke)  
Joschka Fischer und die Linke (Fritz Krause)  
Bundesrepublik im Widerspruch (Fritz Krause)
- 
- 169 Impressum
- 170 Autorinnen und Autoren
- 169 Vorschau

## Editorial

Mit dem Schwerpunkt dieser Ausgabe bringen wir die III. Folge von Beiträgen zum Thema "Ursachen und Konsequenzen des Zusammenbruchs des Realsozialismus in Europa: Annäherungen". Damit werden wir uns nicht von diesem Thema verabschieden können, denn die durch den Epochenbruch gesetzten Bedingungen durchdringen alle Seiten der neuen Realität. Insofern wird dieses Thema weiter im Zentrum der Bemühungen von Z stehen. Wir hoffen jedoch, daß wir mit den drei Folgen Material, Ansätze und Interpretationen veröffentlichen konnten, um den Annäherungsprozeß an die historische und gesellschaftliche Wahrheit zu befördern. Die Schwerpunkte der im 4. Jahrgang noch ausstehenden Hefte lauten "Macht und Herrschaft im Metropolenkapitalismus heute" (Z 15, September 1993; siehe auch die Vorschau in dieser Nummer) und "Sozialismus: Erfahrungen - Konzeptionen - Diskussionen", der Versuch einer Zwischenbilanz der jüngsten Diskussionen und Bemühungen (Z 16, Dezember 1993). Ferner soll auch in diesen Heften jeweils ein aktuelles Diskussionsthema aufgegriffen bzw. fortgesetzt werden.

Der Schwerpunkt der vorliegenden Z 14 wird mit einem Beitrag mexikanischer Sozialisten (Alvarez/Maldonado) eröffnet, der aus der räumlichen Distanz deutschen Lesern sicher einige Grundprozesse deutlicher erkennbar zu machen weiß, als dies aus einer unmittelbaren Perspektive möglich ist. Die folgenden Beiträge von Stiehler, Mohr und Vazjulin beleuchten vor allem philosophische und geschichtstheoretische Aspekte, die in den vergangenen Ausgaben noch unterbelichtet geblieben waren. Das Gespräch mit Professor Vazjulin ist auch insofern aufschlußreich, als es etwas vom Klima der Restauration im heutigen Rußland vermittelt und gerade in einer Realität der tiefsten Niederlage Perspektiven einer kommunistischen Umgestaltung thematisiert. Heiningen und Jung rücken unterschiedliche Ebenen und Prozesse des Zerfalls in den Mittelpunkt ihrer Betrachtungen, die für sich als Teilprozesse einer Totalität interpretiert werden können und mit ihren Aussagen, so die Hoffnung der Redaktion, kritische Interventionen der Leser hervorrufen werden. Der Schwerpunkt wird mit einem Beitrag des spanischen KP-Führers Gonzales abgeschlossen, der mit einer politischen Praxisbestimmung der neuen Linken Spaniens eine positive Alternative zur derzeitigen historischen Situation formuliert.

Unter dem Stichwort "DAS THEMA" veröffentlichen wir Stellungnahmen von Bleiber, Butterwegge, Lederer/Mellenthin zu Fragen der Redaktion über "Die Renaissance des Nationalismus und die deutsche Linke". Diesen Block möchten wir auch in Zukunft beibehalten - gezielt auf die Beteiligung an den laufenden und aktuellen Diskussionen der Linken in Deutschland. Diesem Thema war auch die Konferenz am 8. und 9. Mai 1993 in Frankfurt/Main gewidmet, deren Mitträger auch Z war. Sie fand

nach Redaktionsschluß statt, weshalb wir erst im nächsten Heft darüber berichten können.

Der Aufmerksamkeit der Leserinnen und Leser möchten wir auch die Beiträge von Katzenstein (Transformationsproblem), Graf (Staat), Schimmel (Kohärenzfrage) und König (Macht und Legitimation in Nigeria) empfehlen. Mit den drei letztgenannten Beiträgen beginnen wir praktisch bereits die Erörterung des Schwerpunktthemas des nächsten Heftes.

Dem durch die finanziellen Bedingungen diktierten Limit von 176 Seiten mußten wir dieses Mal die Rubrik Kritik/Zuschriften opfern. Dafür kann der Rezensionsteil wieder in einem für unsere Verhältnisse "üppigen" Volumen erscheinen und wir sind ebenfalls in der Lage, über zwei interessante Tagungen zu berichten.

Soweit noch nicht geschehen, bitten wir um die Begleichung der Abrechnung für 1993. Daran hängt die Fortexistenz von Z, natürlich auch an der Vergrößerung ihres Bezieherkreises. Vielleicht bietet sich gerade die Urlaubszeit an, potentielle Interessenten auf Z aufmerksam zu machen. Der Nutzung unserer Bestellprospekte sind keine Grenzen gesetzt.

Bedanken möchten wir uns auch für das Verständnis für die unaufgeforderte Übersendung der Broschüre über Josef Schleifstein durch Z und den IMSF e.V. Wer sich an den Kosten beteiligen möchte, sei nochmals aufgefordert, von dem damals beigelegten Überweisungsschein Gebrauch zu machen bzw. seinen Beitrag auf das

Konto des IMSF e.V. (Nr.1963-46-604 beim Postgiroamt Frankfurt/M, BLZ 500 100 60) zu überweisen.

Z ist eine Kollektivveranstaltung und ihr regelmäßiges Erscheinen hängt von vielen Helferinnen und Helfern ab. Dazu gehören auch die Übersetzerinnen und Übersetzer. Ihnen möchten wir an dieser Stelle herzlich danken.

Am 27. Februar 1993 starb in Leipzig im Alter von 62 Jahren der herausragende marxistische Historiker Professor Dr. Manfred Kossok. Den Diskriminierungen der Wendepolitik ausgesetzt, kämpfte er unbeirrt für die geschichtliche Wahrheit des sozialistischen Versuchs. Nachdem ihm in der Vergangenheit vor allem die Revolutionsforschung und die Lateinamerikawissenschaften für seine richtungsweisenden Arbeiten zu danken hatten, setzte er nun sein überragendes Talent als Historiker für die Reformulierung einer historisch-materialistischen Grundorientierung und die Verteidigung sozialistischer Positionen ein. Die Entwicklung unserer Zeitschrift verfolgte er mit Interesse und tätiger Teilnahme. Seine Beiträge in Z 6 und Z 12 zählen zum Besten, was Z bisher veröffentlichen konnte. Sein Tod ist für die marxistische Linke ein unersetzlicher Verlust. Umso mehr sollten wir uns veranlaßt sehen, das zu nutzen und fruchtbar zu machen, was er mit seinen Arbeiten und Veröffentlichungen hinterlassen hat.

*Ezequiel Maldonado/Concepción Alvarez*

## Das Scheitern des realen Sozialismus in Europa aus der Sicht mexikanischer Sozialisten\*

Das Begräbnis war seit mehreren Jahrzehnten bereitet, und trotzdem sahen wir den Trauerzug für das kapitalistische System nicht vorüberziehen. Die Einladung zur Totenwache blieb anhängig und diese wurde immer wieder verschoben. Die Überraschung hat uns ziemlich lange gelähmt, als wir dann vor unserer Tür nicht den Leichnam unseres gehaßten Feindes, sondern den des europäischen Sozialismus sahen, den wir als gesund und voller Leben angesehen hatten. Ein plötzlicher Herzschlag, so sagte man uns, sei die Ursache dieses Hinscheidens gewesen. Es gab weder eine Totenwache noch einen Trauerzug, sondern ein hastiges Begräbnis.

In Mexiko gefiel es den orthodoxen Sozialisten, so der Richtung, zu der wir gehörten, den exzellenten Gesundheitszustand des europäischen Sozialismus zu diagnostizieren, meistens mit Bestätigung durch den Patienten selber, und wir stellten zum Beispiel die DDR als das höchst entwickelte sozialistische Modell heraus, als dasjenige, das vermutlich die Fehler und Mängel der UdSSR berichtigt und beseitigt hatte. Die DDR zeigte eine bewährte Festigkeit, und wir nahmen diese sozialistische Struktur in unserem Kopf als ein gewaltiges Gefüge aus Granit wahr. Wie soll man diese Auflösung erklären, diesen schnellen Übergang von der Reife zur Alterschwäche und zum Tod? Was soll man zu Verhältnissen sagen, die abgelagert werden, bevor sie vollständig verknöchert sind? In anderen Kulturen und in anderen Gesellschaften in der Vergangenheit war der Niedergang ganz offensichtlich, da gab es Anzeichen und Vorhersagen des drohenden Debakels; Dinge, die weder in Osteuropa noch in der DDR auftraten. Und trotzdem behinderte alle diese jetzt geschlagenen Völker im Vorhinein eine Lähmung; eine Art historischer Trägheit verbot ihnen, eine angenommene revolutionäre Berufung zum Ausdruck zu bringen. Ebenso wenig bestätigte sich bei diesen Völkern die These von "denen da oben und denen da unten": denjenigen, die nicht mehr regieren können, und denjenigen, die an die Regierung wollen; auch nicht die These vom Zusammentreffen der objektiven und der subjektiven Faktoren in einer revolutionären Situation. Eine Jahrhunderte alt scheinende Müdigkeit tauchte Regierende wie Regierte in ein Klima der Trägheit.

Gesamtwirtschaftlich drückte sich diese Situation in der Isolierung der Volkswirtschaft dieser Länder aus, die sie in einen wissenschaftlichen und

technischen Rückstand gegenüber der kapitalistischen Welt versetzte; es fehlte eine logische Beziehung zwischen den Produktpreisen, insbesondere für den Grundbedarf, und den Weltmarktpreisen; die enormen Verteidigungsausgaben waren ein enormer Aderlaß für diese Völker. Neben diesen Problemen waren die jungen sozialistischen Demokratien nie imstande, von der stalinistischen Tradition abzurücken; die Existenz nur einer Partei verhinderte die demokratische Partizipation; die Korruption erreichte beachtliche Größenordnungen, die z. B. in der UdSSR durch die Perestroika anfangen zutagezutreten; die Distanz zwischen der Leitung und der Basis, zwischen Regierenden und Regierten verschärfte sich, was zu Anzeichen des Mißtrauens gegenüber der Partei und ihren Dirigenten führte. Die Essenz des Sozialismus, der demokratische Zentralismus, wurde verfälscht und gab einem erstickenden Zentralismus Raum, der Vorrechte vorsah und Gruppen bevorzugte, der vielfältige und verschiedenartige Erfordernisse hintansetzte, die in der Anfangsphase des Systems zum Zuge gekommen waren. Vor dem - überaus notwendigen - kollektiven Projekt stellte man die individuelle Entwicklung zurück, und zugleich überwandt der Sozialismus nicht die Dichotomie zwischen dem Öffentlichen und dem Privaten; mit einem starren ideologischen Konzept verbaute man Optionen der intellektuellen und künstlerischen Entwicklung, auf diese Weise Aspekte der menschlichen Kreativität beschränkend. Der Großteil des bisher Gesagten bedarf sicherlich der Verfeinerung, jedoch reicht eine grobe Skizze für die Zwecke der vorliegenden Arbeit aus.

Einer der Hauptpunkte, die große Debatten unter den Compañeros unserer Organisation hervorriefen, war die Frage, ob die Ursachen für das sozialistische Desaster innerer oder äußerer Natur waren. Jene Compañeros, die in der Organisation blieben, legten den Schwerpunkt auf die äußeren Ursachen, vor allem auf die imperialistische Bedrängung. In wenigen Worten: Die Allgegenwart des sozialistischen Staates und seines Sicherheitsapparates, die Hierarchie eines Rates der Alten und alle die Widersprüche, die sich in 73 Jahren in der UdSSR und in 40 Jahren in Osteuropa angesammelt hatten, wurden für ziemlich schuldlos gehalten. Solche Erklärungen zeigten in unseren Augen einen Verlust an Orientierung durch den Zusammenbruch des Sozialismus an sowie eine Unfähigkeit, eine ernsthafte Diskussion über sein Scheitern zu eröffnen. Die Intoleranz setzte sich leider durch und kappte hervorragende Möglichkeiten für die Analyse nicht nur der sozialistischen Katastrophe, sondern auch unseres internen Debakels.

Ein Aspekt, der uns auf unserer Reise durch Deutschland 1990 negativ beeindruckte, war die Bestätigung des wirklichen existierenden Paternalismus, der den Bürgern der DDR zugemutet wurde und der uns direkt an denjenigen erinnerte, der unserem Volk in Mexiko durch die aufeinanderfolgenden "revolutionären" Regierungen des PRI auferlegt wurde. In der DDR gab es eine Angst der Regierung vor ideologischer Kontamination, und man versuchte, das Volk und die Intellektuellen vor fremden oder ausländischen

\* Leicht gekürzte Übersetzung aus dem mexikanischen Spanischen von Margarete Tjaden-Steinhauer und Karl Hermann Tjaden.

dischen Ideen zu schützen. 1990 lasen Freunde in der DDR zum ersten Mal in ihrem Leben das Buch von Rudolf Bahro, "Die Alternative", das 1977 in Köln in der BRD erschienen war. Sie lasen auch zum ersten Mal Schriften von Trotzki, die Romane von Milan Kundera und die von Sol-schenizyn. Paradoxerweise wurde, während die schlechtgemachte und verbotene Literatur in der osteuropäischen Region hohe Auflagen erreichte und die Bahros und Solschenizyns zu Bestsellern wurden, die offizielle und nicht-offizielle marxistische Literatur in Altpapier verwandelt oder kilowise in alle Welt verkauft. Wir, in unserer mexikanischen Unterentwicklung, waren von solchen Perversionen nicht weit entfernt. Im mexikanischen "Liberalismus" hatten wir zwar nicht diesen Typ von Zensur in Bezug auf bestimmte Bücher, trotzdem gab es in unserer Organisation eine Art ungeschriebener Ächtung bestimmter Texte, die als irrgläubig betrachtet wurden oder die nicht in die sogenannte marxistische Orthodoxie passten. Zum Beispiel wurde eine Gruppe junger Mitglieder aus der Organisation ausgeschlossen, weil sie in einem Seminar "Die Alternative" gelesen hatten, was uns den osteuropäischen Zuständen, trotz der geographischen Distanz, annäherte.

In diesem staatlichen Paternalismus oder dieser Befreiung der Menschen von der übermäßigen Bürde des Denkens, die dieses ganz denjenigen überlässt, die ja wohl Zeit zum Denken haben, wurden die Leistungsfähigkeit und die Schöpferkraft, wurde der Mut eines ganzen Volkes in Fesseln gelegt. Verschiedene Mitglieder der ehemaligen Liga für Völkerfreundschaft der Ex-DDR beklagten sich darüber, daß sie nicht wußten, wie sie in ihrem "neuen Leben" als frisch Wiedervereinigte ein Meeting, einen Protest, einen möglichen Streik organisieren könnten. In ihrer Ausbildung zu professionellen Kadern hatten sie spontane Aktivitäten wie das Sammeln von Geldmitteln, die Organisation eines Festivals oder die Durchführung einer Verlosung zwecks Beschaffung von Aktionsfonds vernachlässigt. Diese Compañeros lernten, im August 1990, schon in der Marktwirtschaft, auf einen Teil ihres Gehalts infolge Halbtagsarbeit zu verzichten. Das Unglaublichste: Sie zeigten eine enorme Unsicherheit in ihrem Verhalten. Sie hatten das ABC des Marxismus gelernt, aber sie fühlten sich nutzlos in ihrem Alltagsleben, in ihren Beziehungen zu den Nicht-Sozialisten.

Die sozialistische Erziehung hatte viele Formalismen eingetrichtert, aber keine ideologische Bildung vermittelt. Diese Trennung überraschte uns, als wir in der DDR alarmiert das Drängeln der Bevölkerung beim Kauf pornographischer Schriften vom Typ des "Playboy" feststellten. Was war los mit der Sexualerziehung in der DDR und in der UdSSR? Wir haben mit höchster Aufmerksamkeit die exzellenten Texte von Siegfried Schnabl gelesen, Texte, die die pornographische Frucht des Kapitalismus weit hinter sich lassen und von denen wir heute noch immer meinen, daß sie eine gültige Alternative für eine neue Gesellschaft, für die Zukunft der Menschheit enthalten; unglücklicherweise waren sie das nicht für die DDR, für die UdSSR, heute vollgestopft mit westlicher Pornographie.

Waren die Wissenschaftler, die Schriftsteller, die Lehrer dieser Länder ihrem sozialen Milieu so weit voraus, oder war die Gesellschaft für diese Anregungen nicht reif genug?

Ein entschiedener Fehlschlag auch auf dem Feld der Erziehung präsentiert sich heute im Wiedererwachen des Nazismus, gerade in den Staaten jener Gesellschaft, die augenscheinlich ihren Hauptkampf gegen die nazistische Ideologie geführt hatte. Wir meinen, daß gerade hier die sogenannte "doppelte Moral", mit oder ohne Gänsefüßchen, der mittleren professionellen Parteikader und der oberen Leiter sich entwickelte, auf die Bahro verweist; von Leuten, die in der Anfangsphase des Systems ehrenwerte und durchaus durch ihre Überzeugungen und nicht durch Aufstiegswünsche motivierte Personen waren, die jedoch dann nicht selten einer geheimen Bewußtseinsspaltung unterlagen. Eine doppelte Moral, die die Beziehungen durchdrang und die ein ernstes Hindernis für wirkliche Freundschaften oder dauerhafte brüderliche Beziehungen darstellte, indem sie die Idee des Kollektiven, die Beteiligung der Massen kaputt machte, und in der das Öffentliche und das Private in eine unterstellte Loyalität gegenüber dem Staat, der Partei und den Führern übergang, und die dagegen auf unredliche Weise mit den Freundschaften, den Compañeros, den Bekannten umging. Offenbar wurde eine "spezifische Festungsneurose erzeugt, in der man Freund und Feind nicht mehr unterscheiden konnte", um mit R. Bahro (Die Alternative, 1977, S. 153) zu sprechen.

Die Kunst, und allgemein die kulturellen Elemente, haben sich als für die neuen Gesellschaften grundlegend erwiesen. Das sowjetische Kino in der revolutionären Morgendämmerung konnte nicht nur die Großtaten des Heldenepos gestalten, sondern auch die Schwierigkeiten des entstehenden Staates. Kunst und Alltag waren verschwistert: Sie begeisterten die Sozialisten in der ganzen Welt. Trotzdem versteinerte diese außergewöhnliche Kunst, als es ihr nicht gelang, wie Ché kommentierte, die Formel zu finden, "um diese heldenhafte Haltung im Alltagsleben fortzusetzen"; und von da begann eine Auftragskunst mit offiziellem Siegel zu entstehen, die von den Massen losgelöst war: Große Teile der Filmkunst, die "Zuckerguß"-Malerei, die Plakate mit den erhobenen Fäusten, dem Hammer und der Sichel, den blauen Hemden und den Weizenähren gehören hierher ebenso wie die Arbeiter mit einem ewigen, versteinerten Lächeln; und als Rahmen das irdische Paradies mit einer glühenden Sonne, durchaus keine grauen oder winterlichen Landschaften, die das Gefühl von Nostalgie und Traurigkeit zum Ausdruck brächten. Wo waren das wahre Gesicht und die Seele dieser Frauen und Männer? Ernesto Guevara sagt: "Warum den Anspruch erheben, in den gefrorenen Formen des sozialistischen Realismus das einzige gültige Rezept zu suchen? Man kann dem sozialistischen Realismus nicht 'die Freiheit' entgegenstellen, weil es diese noch nicht gibt, weil sie nicht existieren wird bis die neue Gesellschaft vollständig entwickelt ist; aber man sollte sich nicht anmaßen, alle Formen der Kunst, die nach der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts entstanden, vom päpstlichen

Thron des Realismus aus kompromißlos zu verurteilen, denn man würde einen proudhonistischen Irrtum der Rückkehr in die Vergangenheit begehen und die künstlerische Ausdruckskraft des Menschen, der heute im Entstehen begriffen ist und sich gestaltet, in eine Zwangsjacke stecken." Dies schrieb Ché 1960, und es war - paradoxer- und zufälligerweise - gerade durch die sozialistische Kunst und Literatur, daß wir das wahre Gesicht der verborgenen Widersprüche in diesen Gesellschaften erkannten: von Isaak Babel, Michail Bulgakov und Valentin Rasputin in der UdSSR bis zu Erwin Strittmatter, Hermann Kant und Erik Neutsch in der DDR.

In einem unlängst, im September 1992 in Mexiko, veranstalteten Forum "Die Emanzipationskämpfe am Ende des Jahrhunderts" hat die mexikanische Linke, die nicht-offizielle wie auch nicht an die priistische Wahlmaschinerie angeschlossene, einige Überlegungen über den Zusammenbruch des europäischen Sozialismus zum Ausdruck gebracht. Dabei sprach man von einer Gesellschaft, die sich als eine Alternative zum Kapitalismus entwickelte und festigte und die von ihren Ideologen und Dirigenten als "realer Sozialismus" oder auch nur als Sozialismus bezeichnet wurde. Dies war der Grund für die Diskreditierung des Sozialismus als Idee, Projekt oder Utopie, da man diese nun als durch die historische Erfahrung des realen Sozialismus ungültig gemacht betrachtet. Ihren emanzipativen und befreienden Charakter anerkennend, entwertet man diese Idee des Sozialismus auch, wenn man sie, fatalistisch, unerbittlich zum Scheitern und zur Entartung verurteilt. Der reale Sozialismus führte zu einem zentralisierten Staat, zu einer absoluten Planung, zu einem Verschwinden der schwachen Zivilgesellschaft vor der Allmacht der Partei und des Staates, zum Ausschluß jeder Form von (repräsentativer und selbstbestimmter) Demokratie. Es wurde auch geäußert, daß weder die Textzitate von Marx und Engels, noch die von Lenin, die als Fetische gedient hatten, die Katastrophe des Sozialismus verhinderten. Für den realen Sozialismus waren Probleme wie das ökologische oder die Nichterfüllung von Forderungen von Feministinnen und Homosexuellen kleinere Übel angesichts der Größe der Zukunft der Menschen. Schließlich: Wir Teilnehmer des Forums - Ex-Maoisten, Ex-Trotzkisten, Ex-Estrategisten<sup>1</sup>, Ex-Anarchisten - konnten angesichts des Absturzes des Sozialismus miteinander reden ohne die absolute Wahrheit, ohne die Gewißheit des unvermeidlichen Sieges des Kommunismus, ohne die Intoleranz und das Sektierertum von ehemals.

Was geschah mit den Völkern Osteuropas und der UdSSR, hörten sie zu träumen auf und dachten sie die Utopie nicht mehr? Wenn die Antwort "ja" ist, dann waren die sozialen Kosten unangemessen hoch: Wenn einem ganzen Volk die Fähigkeit zu träumen, das Greifen nach der Utopie verboten werden, dann wird das außerordentliche Kosten für die ganze Menschheit bedeuten. Wenn jedoch im Gegenteil diese Völker ihre Fähig-

<sup>1</sup> Mitglieder der Gruppe um die Zeitschrift *Estrategia* (Anm. d. Übers.).

keit zum Träumen nicht verloren haben, wie wir in der Dritten Welt sie nicht verloren haben, dann ist es klar, daß weder die großen Versprechen des Kapitalismus noch seine Opiumträume es erreichen werden, die Wünsche unserer Völker zurückzuschrauben.

"Alle festen eingerosteten Verhältnisse mit ihrem Gefolge von altehrwürdigen Vorstellungen und Anschauungen werden aufgelöst, alle neugebildeten veralten, ehe sie verknöchern können. Alles Ständische und Stehende verdampft, alles Heilige wird entweiht, und die Menschen sind endlich gezwungen, ihre Lebensstellung, ihre gegenseitigen Beziehungen mit nüchternen Augen anzusehen." (MEW 4, S. 465) M. Berman hebt hervor, daß Marx mit diesem Satz aus dem Kommunistischen Manifest sich in der Dimension der Zeit bewegt und daran arbeitet, sich das historische Drama und Trauma bewußt zu machen, das sich gerade ereignet. Das Drama und das Trauma haben sich nun ereignet und haben die Frauen und Männer diverser Nationalitäten in Kraft- und Ratlosigkeit gestürzt, aber sie eröffnen uns, den Sozialisten der Ersten und der Dritten Welt, paradoxerweise auch die Gelegenheit, unsere Existenzbedingungen gelassen, in einer neuen humanen Dimension zu betrachten.

"Nie würden wir imstande sein,  
... unsere Lage zu verändern,  
so lange wir gefangen blieben  
in unserer Halbheit und  
Entfremdung..."

Peter Weiss, Die Ästhetik des Widerstands

# spw

Zeitschrift  
für  
Sozialistische  
Politik  
und  
Wirtschaft

Herausgegeben  
von  
Persönlichkeiten  
der  
sozialdemokratischen  
Linken

... **Deswegen**, so sieht auch **spw** das, ist die allseitige Entwicklung der Individuen essentiell für eine Politik, die nicht dem Trend zum Ausstieg aus der politischen Utopie erliegt.

**Deswegen** versucht **spw**, alternative politische Wege aufzuzeigen - ein Angebot zur kritischen, selbstaufklärerischen Lektüre. Das konkrete Augenmerk richtet **spw** derzeit auf ökonomischen und sozialen Strukturwandel, "Neue Weltordnung" und SPD-Parteireform.

## C spw-Probe-Abonnement

senden an: spw-Verlag

Kieler Str. 13, W-5000 Köln 80

Ich bestelle ein **spw**-Probe-Abo zum Sonderpreis. Damit erhalte ich die nächsten beiden Ausgaben von **spw**, die in zweimonatlichem Rhythmus erscheinen. Das Probe-Abo verlängert sich *nicht* automatisch.

Ich zahle mit Verrechnungsscheck (anbei). Der Preis beträgt DM 15,- (incl. Versand).

Name, Vorname \_\_\_\_\_

Ich zahle nach Erhalt der Rechnung. Der Preis beträgt (wegen des Aufwands für Rechnungsstellung) in diesem Fall DM 17,- (incl. Versand).

Straße \_\_\_\_\_

PLZ, Ort \_\_\_\_\_

Datum, Unterschrift \_\_\_\_\_

## Epochenumbrüche: philosophische Kontexte

Die Urteile über Vergangenheit und Zukunft des Sozialismus sind, den Autoren bewußt oder auch nicht, mit allgemeinen gesellschaftstheoretischen, philosophischen Primäraussagen gekoppelt, die den Erkenntniswert der Urteile tangieren. Ohne solche Bezüge herzustellen, können Sätze über das Scheitern "des" Sozialismus ebenso fragwürdig sein wie Vorstellungen darüber, ob es eine Zukunft "des" Sozialismus gibt. Geschichtliche Untersuchungen haben das Problematische, daß sie einen stattgehabten gesellschaftlichen Prozeß aus seinen objektiven und subjektiven Bedingungen kausallogisch herleiten und damit einen notwendigen inneren Zusammenhang zwischen Bedingungen, Ursachen und Folgen postulieren. Dabei besteht die Gefahr linearer gedanklicher Ursache-Wirkung-Verknüpfung und des Verfehlens der strukturellen Vielfalt und des variierenden Stellenwerts der Bedingungen - also der Alternativität der Geschichte. Es kann eine deterministische Gesellschafts- und Geschichtsbetrachtung resultieren, die der wirklichen Geschichte in ihren vielfältigen Möglichkeiten Gewalt antut. Die Geschichte ist einerseits ein Bereich konkurrierender möglicher Zukünfte, woraus sich unterschiedliche Sinnzusammenhänge des sozialen Handelns ergeben, andererseits nicht-möglicher Zukünfte, die darauf zielendes Handeln mit dem Fluch geschichtlicher Sinnlosigkeit beladen. Geschichtliche Wege können sich als Irrwege herausstellen, insofern sie auf Zustände zielen, denen allenfalls eine historisch kurze, u.U. verheerende Dauer beschieden ist. (Nach Ansicht vieler das Schicksal des Sozialismus). Die Aufhellung objektiver und subjektiver Bedingungen und Faktoren von Wegen und Irrwegen der Geschichte ist Anliegen einer allgemeinen Gesellschaftstheorie, die sich dabei der Ergebnisse der Fachwissenschaften versichert. Das betrifft auch allgemeine geschichtliche Bedingungsbeziehungen des Ringens um eine sozialistische Gesellschaft - eine Aufgabe mit philosophischen Implikationen.

### Philosophische Fragen des Theoriekorpus "Sozialismus"

Philosophische Fragen, deren Klärung in die Untersuchung der geschichtlichen Abläufe, Bedingungen, Möglichkeiten und Chancen einer sozialistischen Gesellschaft hineinspielt, sind

- das Verhältnis von Produktions- und Austauschweise;
- die Beziehung von Basis und Überbau, Ökonomie und Politik und deren Machtformen;

- Struktur (System) und Subjektivität, (individuelles und gemeinschaftliches) Verhalten - Verhältnisse - (Rahmen-)Bedingungen, innere und äußere Einflußgrößen konkret-gesellschaftlicher (einzelstaatlicher) Entwicklung;

- die Gesellschaft als sich historisch entwickelnde Totalität im Status der Tendenz.

Diese und weitere Fragen mit philosophischen Aspekten bilden jeweils theoretische Problemfelder für sich und können nicht im Vorbeigehen geklärt werden, auch weil sie Defizite bisherigen marxistischen Forschens deutlich machen. Nachfolgend seien einige der genannten Problemkreise, ohne deren Bewältigung eine erfolgreiche Untersuchung des Theoriekorpus "Sozialismus" meiner Ansicht nach nicht möglich ist, gekennzeichnet.

Die Erfahrungen des Mißlingens bisheriger Versuche zur Schaffung einer sozialistischen Gesellschaft haben gelehrt, daß die freie Bewegung ökonomischer Subjekte in marktförmigen gesellschaftlichen Austauschprozessen unverzichtbares Element erfolgreicher ökonomischer und sozialer Entwicklung und ein Impulsgeber demokratischer Gestaltung des politischen, ideellen, kulturellen Lebens ist. Zugleich macht die Entwicklung der "Marktlogik" subordinierten kapitalistischen Gesellschaften deutlich, daß eine sich selbst überlassene Profitwirtschaft zu schwerwiegenden Defekten menschlichen und natürlichen Daseins, zu verheerenden globalen Problemen führt. Im tradierten marxistischen Denken wurde eine Ableitung der Austauschweise aus der Produktionsweise in der Form vorgenommen, daß der Charakter des Produktionsaustauschs als durch die ökonomische Kernstruktur der Gesellschaft, das Eigentum an den Produktionsmitteln, bestimmt erschien. Warenproduktion und -austausch waren für die Begründer des Marxismus gebunden an privates Eigentum und damit Quelle der Anarchie gesellschaftlicher Produktion. Wenn aber marktförmige ökonomische und soziale Beziehungen von privatem Eigentum abhängen und Springquellen gesellschaftlicher Entwicklung sind, ist das Ringen um die Schaffung einer sozialistischen Gesellschaft ein fragwürdiges Unterfangen und der Zusammenbruch der als sozialistische firmierenden Gemeinwesen Vollzug einer unabänderlichen Geschichtsnotwendigkeit. Oder aber der gedankliche Ansatz ist falsch und dann ergibt sich die Frage nach einer möglichen Verknüpfung von Gemeineigentum verschiedener Formen mit freier, zugleich durch gesamtgesellschaftliche soziale Zweckbestimmungen gebändigter Bewegung des Marktes.

Nach Ansicht von F. Engels haben in jeder auf Warenproduktion beruhenden Gesellschaft die Produzenten die Herrschaft über ihre eigenen gesellschaftlichen Beziehungen verloren ("Anti-Dühring"). Das mache sich in den Zwangsgesetzen von Konkurrenz und Anarchie geltend. Erst mit der Besitzergreifung der Produktionsmittel durch die Gesellschaft, mit dem gesellschaftlichen Eigentum sei mit der Warenproduktion auch die Herrschaft des Produkts über die Produzenten beseitigt. Die Produktion wird

mit Gesamtwillen nach einem Gesamtplan realisiert - eine Idee, die in der Praxis des Staatssozialismus ihre grundlegende Schwäche offenbart hat.

Zu fragen ist, ob die Disjunktion Privateigentum/Markt und gesellschaftliches Eigentum/zentralisierter Plan eine vollständige ist oder ob nicht vielmehr eine Verknüpfung unterschiedlicher Arten von Gemeineigentum und marktwirtschaftlicher Austauschprozesse mit einer über ökonomische, politische und ideelle demokratische Machtformen realisierte gesamtgesellschaftlichen Rationalität möglich und notwendig ist, um die vor der Menschheit stehenden ökologischen und sozialen Herausforderungen zu meistern. Diese Frage setzt sich in dem Problem fort, ob und wie es eine Gesellschaft vermag, ohne in die autonomen Verfügungs- und Entscheidungsrechte der Eigentümer der Produktionsmittel einzugreifen, die marktwirtschaftlichen Prozesse in eine sozial, gesamtgesellschaftlich erwünschte Richtung zu lenken. Ansätze dazu gibt es in bereits praktizierten Formen staatlicher Regulierung, wobei die Beziehung von Eigentum und (Mit-)Verfügung sich als diffiziles Problem erweist. Sozialdemokratische Autoren setzen auf eine nach sozialen Kriterien vorgenommene ex-post-Regulierung der von Markt und Profit bestimmten Wirtschaft, wobei die kapitalistischen Eigentumsverhältnisse und die Eigenstrategien der Unternehmer unangetastet bleiben. Das wirft die auch philosophisch belangvolle Frage auf, ob das Eigentum an den Produktionsmitteln eine gegenüber sozialen Regulierungsmaßnahmen eher beiläufige Bedeutung hat, oder ob Eigentum - ökonomische Macht - die politischen und rechtlichen Verhältnisse und Institutionen - politische Macht - begründet. Letzteres ist eine wesentliche These des historischen Materialismus, die durch Irrtümer der Begründer des Marxismus und der Epigonen nicht erschüttert wird.

Eine ex-post-Regulierung der Volkswirtschaft kann die Zwangsgesetze der kapitalistischen Produktionsweise nicht aufheben, diese setzen sich, vermittelt über die ökonomischen und politischen Interessen und Aktivitäten der Produktionsmitteln-Besitzer (und der Nichtbesitzer), mit Notwendigkeit durch. Zwar vermögen gesellschaftliche Verständigungen, mit Einschluß der Interessen von Unternehmern, steuernd auf die Bewegung der Verwertungs- und Profitlogik einzuwirken, doch wäre eine allseitig durchgeführte demokratische (Mit-)Verfügung von Produzentenkollektiven über Bedingungen, Ziele und Resultate der kapitalistischen Produktion mit deren Aufhebung identisch, sie wäre eine Form der Enteignung der Kapitalisten und müßte auf deren heftigsten Widerstand stoßen. Das sozialdemokratische Konzept partieller Reformierung der kapitalistischen Gesellschaft ist inkonsequent und verweist ex negativo auf die vom marxistischen Denken herausgearbeitete grundlegende Bedeutung der Eigentumsverhältnisse, der ökonomischen Macht.

Dieser Erkenntnis zufolge muß die Menschheit Schritte tun, um die entscheidenden Quellen ökonomischer, politischer und geistiger Macht in die Hände der Gemeinschaft der Staatsbürger zu legen. Das kann sicher nicht

unter vordergründig sozialistischen, kommunistischen Losungen geschehen, sondern nur im Wege eines klassenüberschreitenden Lern- und Verständigungsprozesses, der eine schrittweise Demokratisierung von politischer Macht und ökonomischer Verfügung zwecks Erlangung von Selbstbestimmtheit der abhängig Beschäftigten zum Ziel hat. Das in Theorie und Praxis verfehlte, freilich auf Marx und Engels zurückverweisende Konzept administrativ-zentralisierten Staatseigentums hat den Sozialisten die geschichtliche Lehre vermittelt, daß freie Bewegung ökonomischer Subjekte in einer sozial regulierten Marktwirtschaft die Demokratisierung des Eigentums auf allen Ebenen und in allen Formen einschließen muß.

### Blockaden der Möglichkeiten und ihre Ursachen

Es besteht somit nicht die von Marx und Engels vorausgesetzte eindimensionale Beziehung von privatem Eigentum und Ware-Geld-Verhältnissen, sondern letztere können zu förderlicher gesellschaftlicher Wirkung auch bei Gemeineigentum - mit Einschluß von Staatseigentum - gelangen, wenn die freie Entscheidung der Produzentenkollektive und ihrer Leitungen innerhalb demokratischer Kontroll- und Regulierungsmechanismen gewährleistet ist. Das gesellschaftliche Gesamtinteresse kommt dann sowohl in den marktwirtschaftlichen Leistungspotenzen als auch in sozial bestimmten, u.a. über den Staat vermittelten Steuerungsformen zur Wirkung. Wenn das eine objektiv notwendige, in akuten Problemlagen der heutigen Menschheit begründete Tendenz geschichtlicher Entwicklung ist, so kann angenommen werden, daß auch die staatssozialistischen Gemeinwesen dieser Aufgabe gegenüberstanden und sie zu meistern trachteten. Der staatssozialistische Versuch einer Umwälzung und Neuformierung der Gesellschaft war keineswegs grundsätzlich verfehlt, sondern ein durch mannigfache Faktoren beeinflusster und belasteter Versuch, der historisch angezeigten Selbstbestimmung der gesellschaftlichen Individuen zur Geltung zu verhelfen. In den Einschätzungen dieses Prozesses dominiert die Ansicht, die Strukturen des Staatssozialismus seien als solche zur progressiven Umgestaltung, zur Reformierung unfähig gewesen und daher sei die einzig reale Perspektive dieser Länder der Übergang zu einem (unterentwickelten) Kapitalismus. Linke übersehen dabei oft, daß das, was sich retrospektiv als (ungelöstes, unlösbares?) Problem darstellt, auch prospektiv ein schwer oder nicht zu meisterndes Ziel ist, nämlich die Strukturen des Mensch und Natur bedrohenden kapitalistischen Profitsystems auf die Bahnen eines humanistischen, friedfertigen, dem Individuum und seiner kulturvollen Entwicklung wie auch der Erhaltung der Natur förderlichen Gesellschaftssystems überzuleiten. Die Frage, wie der Mensch seine Verhältnisse selbstbewußt gestaltet, wie er sie progressiv verändert, steht dort wie hier, und ein mechanistischer Strukturdeterminismus blockiert in beiden Hinsichten einen tragfähigen Zugriff.

Nach der auf Marx zurückgehenden Erkenntnis sind Verhältnisse geronnene Formen sich zueinander und zur Natur verhaltender Individuen und sozialer Gruppen. Diese Erkenntnis, so richtig im Ansatz, ist hochabstrakt und daher relativ inhaltsarm, weil die sich verhaltenden Menschen sozial ungleich, in ungleicher Weise in bestehende Macht- und Herrschaftsverhältnisse eingebunden sind. Die Wirkung gesellschaftlicher Strukturen ist immer eine von sozial positionierten Menschen aufeinander, wobei sich die Herrschenden materieller und ideeller Mittel der Herrschaftsausübung und -erhaltung bedienen. Die abstrakte Möglichkeit der Reform des Staatssozialismus nach demokratisch-sozialistischen Zielsetzungen verkörperte sich in unterschiedlichen Formen und Chancen des Aufeinanderstossens gesellschaftlicher Subjekte, die von ihren unmittelbaren und mittelbaren gesellschaftlichen Bedingungen ausgingen. Verhalten konstituiert Verhältnisse, diese wirken auf jenes formierend ein. Das vollzieht sich unter Rahmenbedingungen, die von den besonderen Subjekten in der Regel nicht unmittelbar, sondern nur vermittelt im Wege gesellschaftlicher Auseinandersetzungen zu beeinflussen sind. Die unentwickelten warenwirtschaftlichen Verhältnisse des Staatssozialismus konnten die Betriebe nicht als jeweils einzelne zu entwickeln machen, die Defizite demokratischer Partizipation konnten nur im Prozeß gesamtgesellschaftlicher Verständigung ausgeräumt, die blockierenden Formen internationaler Beziehungen mußten, so überaus schwierig das war, durch länderübergreifende Kommunikation progressiver Kräfte durchbrochen werden. Eine Erneuerung sozialer Lebensformen geht nicht von gesellschaftlichen Subjekten in gleichsam einheitlicher Frontlinie aus, sondern innerhalb der Masse der Staatsbürger, der "gewöhnlichen" Individuen, existieren "exzeptionelle", innovative, engagierte Individuen, die die gesellschaftlichen Konfliktlagen in für sie und andere mobilisierender Weise verarbeiten und in ein progressives praktisches Handeln vieler überleiten. Das war der Möglichkeit und Notwendigkeit nach auch im Staatssozialismus in der DDR der Fall. Allerdings wirkten die makrosozialen Bedingungen dem individuellen und kollektiven Subjektwerden entgegen, wozu auch die weithin geübte Verinnerlichung disziplinierender Vorgaben der politischen Führung, die hierbei vornehmlich ihren eigenen Machtinteressen folgte, gehörte.

### Materialistisches Gesellschaftsverständnis für neue Transformationsbedingungen

Betrachtet man im Rückblick die erfolglosen Bemühungen um demokratische Erneuerung der DDR-Gesellschaft, so treten neben und verknüpft mit den strukturellen Blockierungen auch subjektive Befindlichkeiten vor den Blick; sie hatten einen nicht unwesentlichen Anteil daran, daß die Gesellschaft in ihren unproduktiven Formen erstarrte.<sup>1</sup> Die ökonomischen, politischen und kulturellen Strukturen des Staatssozialismus enthielten

<sup>1</sup> Siehe z.B. ohnMacht. DDR-Funktionäre sagen aus, Berlin 1992.

durchaus Möglichkeiten und Chancen einer auf der Linie heutiger Modernisierungsanforderungen<sup>2</sup> liegenden Transformation; der kataklysmenartige Weg über einen unterentwickelten, rückständigen Kapitalismus war nicht schicksalhaft vorgezeichnet. Woran es sowohl bei einer möglichen Reform des Sozialismus wie auch bei dem nunmehr praktizierten Übergang zum Kapitalismus mangelte, waren tragfähige Konzepte, ein auf wissenschaftliche Erkenntnisse und praktische Erfahrungen gegründeter gesellschaftlicher Konsens für schrittweise praktische Umgestaltungen. "Schuld" an den Widrigkeiten, die jetzt viele Menschen im Osten bedrücken, haben die Strukturen, die objektiven Verhältnisse insofern, als sich in ihnen Verhalten, Einstellungen, Überzeugungen von Menschen kristallisierten, die - abstrakt gesehen - durchaus zu selbst-reflexiver und -kritischer Eigensteuerung und daraus fließender Verhaltensänderung bei der Gestaltung ihrer gesellschaftlichen Lebensverhältnisse fähig gewesen wären.

Für künftige gesellschaftliche Transformationsprozesse ergibt sich im Lichte der Subjekt-Objekt-Beziehung, daß die Angehörigen der verschiedenen sozialen Schichten, Gruppierungen, Klassen die vorhandenen demokratischen Strukturen durch praktische Mit-Gestaltung nutzen, entwickeln und erweitern müssen. Im praktischen Prozeß findet eine Subjektentwicklung statt, die unerläßlich für eine auf Zukunft gestellte demokratisch-humanistische Veränderung gesellschaftlicher Lebensformen ist.

Die menschliche Subjektivität ist somit ein wesentlicher analytischer Schlüssel zum Verständnis sowohl vergangener als auch künftiger gesellschaftlicher Prozesse. In engem Zusammenhang damit ist ein Konzept von Gesellschaft erfordert, das diese als veränderungsfähige Form eines strukturierten Tendenzzusammenhangs mit wechselnden Dominanzen faßt. Nach den Worten von F. Engels ist eine einzelne Gesellschaft niemals ihrem Begriff als Gesellschaftsformation gemäß.<sup>3</sup> Aus der Theorie der Gesellschaftsformation ein abstraktes Deutungsmuster gesellschaftlicher Struktur und Entwicklung zu machen, geht an den Grundsätzen des dialektischen und historischen Materialismus vorbei. Der Begriff "Gesellschaftsformation" ist ein hochabstraktes Sublimat sich vielfältig differenzierender gesellschaftlicher Zustandsformen und Entwicklungsprozesse, und daher ist die Annahme spiegelbildlicher Beziehung von Begriff und Sache abwegig. Dieser Erkenntnis zufolge ist "der" Sozialismus schon deswegen nicht gescheitert, weil in den realsozialistischen Ländern nur Ansätze der angestrebten sozialistischen Gesellschaftsordnung vorhanden waren. Das Fragmentarische dieser Ansätze war einerseits den geschichtlichen Entwicklungsbedingungen, der Frühform der Verhältnisse geschuldet, andererseits speziellen historischen Umständen interner und externer Art, die sich in subjektiven Dispositionen und Praktiken der Herrschenden und der Beherrschten kristallisierten. Es ist schwierig, analytisch differen-

<sup>2</sup> Vgl. H. Jung: Der Realsozialismus - die unterlegene Moderne. Z 10 (Juni 1992), S. 101 ff.

<sup>3</sup> F. Engels: Brief an C. Schmidt vom 12.3.1985. In: MEW, Bd. 39, S. 431.

zierend den Anteil der innergesellschaftlichen Ausgangsbedingungen, der Einwirkungen der internationalen Umwelt, der Defizite und Fehlleistungen theoretischer Programmatiken, der subjektiven (charakterlichen, intellektuellen) Eigenschaften führender Personen und der Selbstreproduktion des vorherrschenden Persönlichkeitstyps zu bestimmen. Doch ist dieser Weg subtiler historischer Analyse unerlässlich, um zu tragfähigen Aussagen sowohl über Vergangenheit wie über eine mögliche Zukunft des Sozialismus zu gelangen. Philosophische Denk- und Interpretationsangebote können dabei hilfreich sein.

Dazu gehört, die strukturelle Ordnung einer Gesellschaft als variablen Tendenzzusammenhang mit veränderlicher Determination zu fassen. Ist eine Gesellschaft auch dem Wesen nach auf ökonomische Strukturen und Praktiken gegründet, so wird sie doch auch allgemein und unter bestimmten geschichtlichen Bedingungen maßgeblich von politischen, ethnischen, religiösen Personen und Personengruppen bestimmte Bedeutung erlangen, die Gesellschaft als Feld und Objekt ihrer eigensüchtigen Interessen ge- und mißbrauchen, wozu die "Diktatur des Proletariats" natürlich besondere Möglichkeiten gibt. Im Lichte dieser Erwägungen stellt sich das Problem Stalinismus - Sozialismus als Aspekt einer Beurteilung des untergegangenen quasi-sozialistischen Gesellschaftssystems. Die Gleichsetzung von Stalinismus und sozialistischer Gesellschaft geht u.a. auch an dem Charakter der Gesellschaft als je verschieden formierter Totalität gesellschaftlicher Beziehungen vorbei. Die realsozialistischen Länder gründeten zwar in ökonomischen Verhältnissen, waren aber zugleich wesentlich politisch, ideologisch, durch Willen und Interessen Weniger formiert und durch einen bestimmten Typus individueller Subjektivität geprägt. Das Verständnis dieser subjektiven Formen, des Anteils objektiver Bedingungen an ihnen und der Mechanismen ihrer Umsetzung in ideologische, psychische, ideelle Verhaltensregulative, also ein hermeneutischer Zugang zum Staatssozialismus und seinen Akteuren bilden ein wichtiges Motiv philosophischer Interpretation der untergegangenen Gesellschaft.

Das schließt auch die Kritik eines Begriffs von Gesellschaft ein, der diese eher als mechanisches Aggregat denn als sich aus unterschiedlichen Funktionsbereichen organisierenden variablen Gesamtzusammenhang begreift. Die auf Marx und Engels zurückgehende Vorstellung, die sozialistische Gesellschaft könne und müsse mit "Gesamtwillen" nach einem "Gesamtplan" zentralistisch geleitet werden, unterstellt die Abhängigkeit der einzelnen Gesellschaftsbereiche, Sektoren und subjektiven Funktionseinheiten von einem Gesamtfunktionszusammenhang, dem sie als dienende Glieder eingeordnet sind. Unter dieser theoretischen Voraussetzung konnte die Selbständigkeit, Eigenverantwortung und Leistungspotenz der besonderen Gesellschaftsglieder schwerlich gefaßt werden, mußte die sozialistische Gesellschaft als eine hierarchisch geschlossene Systemeinheit verstanden werden. In diesem Konzept wirkten zeitgeschichtliche Konstellationen, es war aber auch mit ideellen Voraussetzungen belastet, denen

ein noch bei Marx und Engels wirksames mechanisches Gesellschaftsverständnis zugrundelag. Ihm zufolge erschien es aussichtsreich, von einer Zentrale aus, gestützt auf staatliches Eigentum an Produktionsmitteln, die kapitalistische Anarchie der Produktion zu überwinden und alle gesellschaftlichen Bereiche, Bedürfnisse und Interessen administrativ zu regulieren. Die Gesellschaft muß jedoch, dies ist eine Lehre des Staatssozialismus, um sich dynamisch auf individuelle und gemeinschaftliche Bedürfnisse und Interessen einstellen zu können, offen, variationsfähig sein, sich aus selbstregulativen Kräften und Potenzen, bei allgemein-gesellschaftlichen Orientierungen, kreativ reproduzieren.

Der Sozialismus ist (auch) an einem unzulänglichen Konzept der Gesellschaft als systematisches Ganzes gescheitert. Doch bestand auch in dieser Beziehung keine Zwangsläufigkeit, da Vorstellungen über eine sich dynamisch offenhaltende, aus der Eigensteuerung sozialer Einheiten sich reproduktiv erneuernde sozialistische Gesellschaft diskutiert wurden. Für die heutzutage geschichtlich notwendige Transformation der kapitalistischen Gesellschaft in eine sich flexibel auf grundlegende existentielle Menschheitsprobleme einstellende gesellschaftliche Ordnung ist ein solches dialektisches Gesellschaftskonzept von erheblicher Bedeutung.

---

Ein Dokument der Zeitgeschichte über einen bedeutenden Menschen und Marxisten

## Reale Geschichte als Lehrmeister

Josef Schleifstein 1915 - 1992

Das politische Leben eines deutschen Kommunisten in harten und bewegten Zeiten im Spiegel der Meinungen von Freunden, Kollegen, Genossen und Weggefährten

Texte von Ernst Engelberg, Frank Deppe, Jürgen Kuczynski, Peter Gingold, Max Oppenheimer, Kurt Hager, André Leisewitz, Elvira Högemann-Ledwohn, Kurt Bachmann, Fritz Rische, Hans Jürgen Friederici, Fritz Krause, Wolfgang Heinke, Helmut Warmbier, Robert Steigerwald, Willi Gerns, Heike Flessner, Elisabeth Bessau, Georg Fülberth, Winfried Schwarz, Jürgen Reusch, Heinz Jung, Günter Judick, Wolfgang Fritz Haug, Joachim Bischoff

Die letzten politischen Briefe und Meinungsäußerungen von Josef Schleifstein. Fotografien, Faksimiles.

Herausgeber: Institut für Marxistische Studien und Forschungen (IMSF) e.V., Marxistische Blätter, Sozialismus, Z. Zeitschrift Marxistische Erneuerung

DIN A4, Umschlag zweifarbig, illustriert, 56 Seiten, DM 7,- (zzgl. Zustellkosten), Eigenverlag des IMSF e.V.; Bestellungen bei: IMSF e.V., Kölner Str. 66, 6000 Frankfurt/M. 1, Tel. 069/739 29 34

## Spätzeiten und Endzeiten in der Geschichte

Das Ende des Sozialismus oder Kommunismus (zumindest von diesem hat noch niemand behauptet, daß er irgendwo in der Welt "real existiere"), der Tod von Karl Marx ("Marx ist tot, Jesus lebt"), ja das "Ende der Geschichte" überhaupt wird heute von so manchen lauthals verkündet und gefeiert, von wenigen bedauert, von beiden Seiten also als Fakt angesehen. Besonnenere geben ihm bzw. ihnen eine Überlebenschance als Vision, Utopie, Hoffnung.

Man kann verstehen, daß oberflächliche, von Schlagworten und schreienden Schlagzeilen lebende Medien und populistische Politiker solches von sich geben; schwer verständlich ist es, wenn ernsthafte Wissenschaftler den Zusammenbruch von Staaten und Systemen, die sich "sozialistisch" nannten und glaubten, Vollstrecker des Todesurteils der Geschichte für den Kapitalismus zu sein, auf der einen und den Sieg der Staaten der freien Marktwirtschaft, der liberalen Demokratie im "kalten Krieg" auf der anderen Seite nun als das endgültige Fazit der Geschichte ansehen, als deren Ende in dem Sinne, daß eine bessere, höhere Organisationsform der menschlichen Gesellschaft nicht mehr möglich und daher nicht mehr zu erwarten sei und die noch nicht soweit Fortgeschrittenen nur noch nachziehen oder nachgezogen werden müßten. Noch schwerer ist es zu begreifen, daß "bekehrte" linke Historiker oder Philosophen den Sozialismus selbst als Utopie abgeschrieben haben und der Aufforderung nachgekommen sind, die (nach Gregor von Tours) der Bischof von Reims, Remigius, im Jahre 496 bei der Taufe an den Frankenkönig Chlodwig richtete: *Mitis depone colla, Sugamber, adora quod incendisti, incende quod adorasti* (In Sanftmut beuge deinen Nacken, Sugamber, bete an, was du verbrannt, verbrenne, was du angebetet). Eine ältere, noch in den 30er Jahren als Lehrbuch fungierende katholische Kirchengeschichte (J. Marx) vermerkt allerdings, daß diese "Bekehrung Chlodwigs", wie jene Konstantins im 4. Jahrhundert, "keine tiefinnerliche, das ganze Herz umwandelnde" gewesen sei. Der Pendelschlag der Geschichte neigt stets zu extremen Ausschlägen, und es gibt immer Opfer, die von deren Sog mitgerissen werden und an den äußersten Enden kleben bleiben. Die vielzitierte und diskutierte These von F. Fukuyama über das "Ende der Geschichte" im o.g. Sinn zeugt von typischer USA-Arroganz und -Ignoranz. Im Grunde ist sie nicht neu. Das Ende der Geschichte ist in der Vergangenheit mehr als einmal festgestellt worden. So sah Hegel, für den die Weltgeschichte vom Osten nach dem Westen verlief, im damaligen Zustand Europas, speziell in der preußischen konstitutionellen Monarchie, die Vollendung der historischen Entwicklung

des Staates, das Ende der Weltgeschichte. Und ähnlich mögen auch in den Glanzzeiten des römischen Imperiums und auf dem Zenit mittelalterlicher Kaiserreiche systemgebundene und -verbundene Ideologen gedacht haben. Sie waren unfähig, sich eine Weiterentwicklung der Gesellschaft vorzustellen.

Neben dieser Verabsolutierung und Glorifizierung des Bestehenden entstehen vor allem in den Spätzeiten der Zivilisationen apokalyptische Visionen, Endzeitbilder, die die universale Krise des Bestehenden und dessen Untergang ankünden. Das geschieht sowohl im Zentrum, in den Metropolen, als auch in der Peripherie und artikuliert sich in religiösen wie säkularen Kategorien und Formen, in den Metropolen zumeist mit zweifacher Tendenz: pessimistisch als Angst vor dem Untergang ihrer Welt- und Werteordnung bei denen, die von ihr profitieren, die "auf dem Deck" sind, mit optimistischer Erwartung einer besseren Welt, eines "neuen Himmels und einer neuen Erde" bei denen, die "unter Deck" stöhnen und Erlösung suchen. Optimismus herrscht auch in den Erwartungen der Peripherie vor, bei den "Barbaren" der "Zweiten" oder "Dritten Welt", bei all denen, die in den Zentren ihren Feind, ihren Unterdrücker, die "große Hure Babylon" sehen, deren Ende sie herbeisehnen und in entsprechenden Bildern heraufbeschwören oder aktiv herbeizuführen suchen.

Eine Analogie zwischen der Spätzeit des römischen Imperiums und der heutigen westlichen Zivilisation wurde und wird von vielen Denkern des 20. Jahrhunderts ins Gespräch gebracht, nicht nur von christlichen Apokalyptikern, die "Armagedon" bzw. die Endschlacht im Tal Joschafat immer wieder für die gerade lebende Generation ankündigen, sondern auch von Philosophen, sensiblen Künstlern und Schriftstellern, selbst von Wissenschaftlern, bei allen diesen natürlich im säkularen Verständnis als historische Analogie. So spricht der Byzantinist (byz. Recht) Dieter Simon, Vorsitzender des Wissenschaftsrates der Bundesrepublik, von einer "Spätzeit, wie wir auch heute wieder in einer leben", von einer Spätkultur, "die eine zynische Morbidität hat."<sup>1</sup> Er hütet sich wohlweislich, von einer Endzeit zu reden, die jene Apokalyptiker heraufbeschwören. Eine "zynische Morbidität" wies Rom schon im ersten Jahrhundert, etwa unter Caligula, Nero u.a., auf; doch nach drei Jahrhunderten verbündeten sich kluge Herrscher mit einer neuen Religion, um den Zerfall aufzuhalten (die übrigens aus der "barbarischen" Peripherie stammte und "immigrierte"). Erst nach der Teilung des Imperiums reifte die Zeit des Untergangs, und auch das nur für den westlichen Teil. Auch Heiner Müller meint, daß "diese innere Aushöhlung Westeuropas ... ihre Analogie im Untergang des römischen Reiches" habe.<sup>2</sup> Man könnte viele Beispiele anführen. Eine "postmoderne Untergangsdramatik", eine neue "Metaphysik des Untergangs", Katastrophentheorien u.dgl. feiern heute Triumphe. Wie immer in der Geschichte,

<sup>1</sup> S. Etzold: Der Spötter aus dem Pfälzer Wald. In: Die Zeit, 19.6.92, S. 5.

<sup>2</sup> H. Müller: Zur Lage der Nation, 1990, S. 27.

wenn eine bestimmte Kulturgesellschaft, eine Zivilisation in ihre Spätzeit eintritt, verwechseln ihre Propheten die Spätzeit mit der Endzeit und den Unter- oder Niedergang ihrer Welt mit dem Weltuntergang, heute freilich mit größerer (aber durchaus nicht voller) Berechtigung, da die Probleme, die Katastrophen immer mehr globale Ausmaße annehmen und die "erste echte planetarische Gesellschaftsformation"<sup>3</sup> in ihre Spätzeit eingetreten ist.

Schon manche Deuter der "Zeichen der Zeit", vor allem Apokalyptiker und Revolutionäre, haben die Spätzeit mit der Endzeit verwechselt, hielten jene für diese, täuschten und enttäuschten so ihre Anhänger. So sahen die Apokalyptiker des ersten Jahrhunderts in Rom, das noch viele Jahrhunderte Bestand haben sollte, die "große Hure Babylon", der das Strafgericht Gottes unmittelbar bevorstehe. Und die Revolutionäre des 20. Jahrhunderts glaubten an die große Weltrevolution, die der großen Hure Kapitalismus das Ende bereiten werde. Doch das Ende des römischen Imperiums ließ noch Jahrhunderte auf sich warten, und das "zweite Rom", zur eigentlichen Weltmetropole (der westlichen Hemisphäre) geworden, wurde überhaupt nicht erobert, sondern hielt allen Anstürmen der "Barbaren" stand und wandelte sich durch Reformen zu einer neuen postantiken Gesellschaft.

Die Analogie zwischen dem Ende der Antike und dem Ende der Neuzeit, dem "Untergang des Abendlandes", muß in größerem, im weltgeschichtlichen Zusammenhang gesehen werden. Überblickt man die bisherige Geschichte der Zivilisationen, von den altorientalischen frühen Zivilisationen bis zu den modernen industriellen oder postindustriellen Gesellschaften der Gegenwart, so ergibt sich das Bild einer Abfolge von gebundenen, geschlossenen, hierarchischen, patriarchalischen, genossenschaftlichen bzw. korporativen, statischen Gesellschaften auf der einen und freien, offenen, demokratischen, individualistischen, marktwirtschaftlichen, pluralistischen Gesellschaften auf der anderen Seite.<sup>4</sup> Diese Abfolge betrifft natürlich nur deren historische Dominanz, ihre "Spitzenstellung in der Karawane der Völker", da sie in der Geschichte stets nebeneinander existieren als zwei Grundtypen: asiatisch-europäisch, besser orientalisches-atlantisch.<sup>5</sup> In der Geschichtslehre werden sie vielfach abgehandelt als Geschichte des alten Orients, Geschichte der griechisch-römischen Antike, Geschichte des Mittelalters, Geschichte der Neuzeit.

Die Analogie zwischen altorientalischen und mittelalterlichen (feudalen) Gesellschaften ist bekanntlich so groß, daß in der Formationsdiskussion

<sup>3</sup> P. Kondylis: Planetarische Politik nach dem Kalten Krieg, 1992.

<sup>4</sup> H. Mohr: Zur Rolle von Ideologie und Kultur bei der Charakterisierung und Periodisierung vorkapitalistischer Gesellschaften. In: Ethnographisch-archäologische Zeitschrift 12/1971, S. 70: "Es gibt zwischen ... der frühen Klassengesellschaft und der feudalen Gesellschaft einerseits und zwischen der antiken Sklaverei und dem Kapitalismus andererseits gewisse Analogien, gewisse Ähnlichkeiten, und zwar sowohl in der Basis als auch im Überbau."

<sup>5</sup> Vgl. R. Henrich: Der vormundschaftliche Staat, 1990, S. 24 ff.

einige Teilnehmer vorschlugen, diese zu einer Formation, zu einem Gesellschaftstyp zusammenzufassen. Und daß die Antike von Mommsen als "kapitalistische" bezeichnet wurde und man in der Neuzeit vom Kapitalismus als "Lohnsklaverei" sprach und damit eine Analogie herstellte, ist allgemein bekannt. Die frühen altorientalischen wie auch die frühfeudalen Großreiche (seit Njeussychin spricht man auch von vorfeudalen), wie die der Omayyaden, Merowinger, Karolinger, die eine vorübergehende wichtige Funktion hatten, auf die hier nicht näher eingegangen werden kann, zerfallen alle verhältnismäßig rasch in regionale, völkische, nationale Staatsgebilde, in denen sich jene Infrastrukturen entwickeln können, die erst eine Integration der städtischen Marktwirtschaft der Antike und damit die weitere Entfaltung ermöglichen. Sie gelangen damit von der "Antithese" zur "Synthese". Das Reich der Araber (Omayyadenkalifat), das in der Abassidenzeit in zahlreiche kleinere Kalifate bzw. Emirate zerfiel, übernahm die Marktwirtschaft der eroberten antiken (noch nicht wie im Westen agrarisierten) Städte samt der antiken Technik und Kultur, integrierte sie und war innerhalb eines Jahrhunderts auf der Höhe der Zeit und den nördlichen Feudalstaaten um Jahrhunderte voraus,<sup>6</sup> die ihre Städte mit deren Marktwirtschaft erst in einem mühsamen (revolutionären) Prozeß schaffen mußten und erst im 13. Jh. imstande waren, über die Araber (lat. Averroismus) die antike Kultur zu rezipieren. Die Nachfolgestaaten der frühfeudalen Großreiche standen in gegenseitiger Konkurrenz, die in der Phase der "feudalen Zersplitterung" in blutigen Fehden ausgetragen wurde. So tragen auch heute die Nachfolgestaaten der früh-(vor-)sozialistischen Großreiche ihre Fehden in blutiger Form aus - ein Prozeß, der vorauszusehen war und hoffentlich in kürzerer Zeit beendet werden wird (nach dem Beschleunigungsgesetz) als jener.

Die marxistische Geschichtswissenschaft und -lehre war zu sehr auf die Engels'sche These vom "Aufrollen"<sup>7</sup> des römischen Imperiums vom Süden her durch die Araber, vom Norden her durch Germanen und Slawen orientiert, d.h. auf den Untergang der Antike durch Invasion der Barbaren. Damit trat eine wichtige historische Erfahrung in den Hintergrund: Die großen Metropolen der "offenen" Gesellschaften gehen nicht unter durch "Invasion", sondern wandeln sich in einem langen Zeitraum durch "Immigration" (Flüchtlinge, Einwanderer, Asylanten etc.). Dieses begann in Byzanz im 6. Jahrhundert, und der Umwandlungsprozeß dauerte drei Jahrhunderte und mehr.<sup>8</sup> Der feudale Staat, der aus diesem Umwandlungsprozeß hervorging, war über Jahrhunderte führend. Slawische und germanische Regenten waren stolz, wenn sie (zum Abschluß eines Staatsvertrages) eine Gattin aus dem byzantinischen Kaiserhaus erhielten und damit weltweite diplomatische Anerkennung erlangten. Byzanz leistete ih-

<sup>6</sup> Vgl. H. Mohr/W. Waade: Byzanz und arabisches Kalifat, 1973, <sup>4</sup> 1984.

<sup>7</sup> F. Engels: Dialektik der Natur. Notizen und Fragmente, MEW, Bd. 20, S. 462.

<sup>8</sup> Vgl. Anm. 6.

nen lange Zeit erhebliche "Entwicklungshilfe". Nur die Randgebiete der "offenen" Gesellschaften können in Krisenzeiten allenfalls von "Barbaren", von der "Zweiten" oder "Dritten Welt" überrollt werden, wie das schon weitgehend agrarisierte Westrom, Nordchina; und was dort entsteht, kann zunächst nur "roh", "barbarisch", primitiv sein. Es vergeht entweder, wird zurückgeholt, wieder "rekapitalisiert", oder gelangt in einem mühsamen Prozeß durch Integration der besten Teile des vorausgehenden Systems, der Marktwirtschaft, der Wissenschaft, Technik, Kultur, in einem Syntheseprozess zur Entfaltung.<sup>9</sup>

Es war einer der größten Fehler der "Marxisten", auch Lenins, daß sie die Spätzeit der kapitalistischen Ordnung mit deren Endzeit verwechselten ("faulender", "sterbender" Kapitalismus), die innovativen Kräfte unterschätzten. Für einen Historiker, der den Blick auf die Weltgeschichte richtete, war es schwer verständlich, daß ausgerechnet die höchste Form gesellschaftlicher Organisation mit ihrer ungeheuren Entfaltung ungeahnter Potenzen schon nach ein paar Jahrhunderten am Ende sein, "verfaulen", "sterben" solle. Die Untergangspropheten verfielen dem Gesetz der subjektiven "perspektivischen Verkürzung" der Geschichte, dem bisher noch alle Propheten und Revolutionäre unterlagen.

Europa und die USA stehen erst am Anfang einer analogen massenhaften Immigration und vielleicht noch vor dem Höhepunkt ihrer Machtentfaltung, der nach dem Zerfall der vorsozialistischen Großreiche keine starke "Zweite Welt" mehr gegenübersteht, wenigstens vorerst. Möglicherweise werden die globalen Probleme, Krisen, Katastrophen (ganz im Gegensatz zu Fukuyamas Annahme), Ausnahmezustände, Notstandsgesetze (die ja alle schon "in der Schublade" liegen), diktatorische Regimes (vielleicht via UNO und Sicherheitsrat etc., da ja alles "global" wird) hervorbringen. Wahrscheinlich ist auch die Zuhilfenahme alter oder neuer Religionen oder ein Bündnis aller Religionen, falls diese aufhören, sich gegenseitig zu bekämpfen und zu einem Grundkonsens gelangen.<sup>10</sup> Interessant ist in diesem Zusammenhang eine These Heiner Müllers: "Im nächsten Jahrtausend muß es zu einer Allianz von Kommunismus und Katholizismus kommen."<sup>11</sup> Nur müßte man sie m.E. erweitern auf alle Religionen bzw. deren Bündnis. Dabei kann es durchaus zu Wandlungen innerhalb und Gewichtsverschiebungen zwischen den Religionen kommen. Große können schrumpfen, kleine wachsen. Wenn es etwas gibt, was sich der Zukunftsspekulation gänzlich entzieht, dann ist es die Entwicklung von Religionen und Kulte. Wer im römischen Imperium des 1. Jh. - außer den Christen - hätte geglaubt, daß die kleine Nazarenersekte einmal Staatsreligion und

<sup>9</sup> H. Mohr: Feudale Kultursynthese - feudale Kulturrevolution - kultureller Fortschritt im Mittelalter. In: Probleme mittelalterlicher Kultur, hg. von L. Goldstein. "Potsdamer Forschungen", Reihe A, Heft 43, S. 15 ff.

<sup>10</sup> Vgl. H. Küng: Projekt Weltethos, 1990.

<sup>11</sup> H. Müller: Jenseits der Nation, 1991, S. 33.

darüber hinaus Weltreligion werden würde. Zu allen Gesellschaften, insbesondere den "gebundenen", gehört die re-ligio im Augustinischen Sinne<sup>12</sup> als Rückbindung des Menschen an Gott ebenso wie im säkularen Sinne als Rückbindung Gottes an den Menschen, beides als dialektischer Widerspruch bzw. als Aufhebung dieses Widerspruchs in einer "Koalition der Glaubenden und Nichtglaubenden", wie sie dem weitblickenden Theologen Hans Küng vorschwebt.<sup>13</sup>

Jedenfalls wird die postkapitalistische Ära nach Art der "gebundenen" Gesellschaften strukturiert sein, wobei der Unterschied zur feudalen natürlich ebenso bzw. noch größer sein wird als der einer feudalen zur altorientalischen Gesellschaft, so daß konkrete Vorstellungen nicht möglich oder reine Spekulation sind. Sie werden, wie Teilhard de Chardin es ausdrückte, "kollektivistische Züge" tragen. Er schrieb bekanntlich vom "Nahen des Kollektivbewußtseins".<sup>14</sup> Nach ihm stehen wir vor einer "zweiten Menschwerdung" als "kollektiver". Dabei erörtert er sehr wohl auch die bei dieser Formulierung unweigerlich auftauchende Frage: Welcher Platz bleibt der Freiheit?<sup>15</sup> Auf jeden Fall wird der gnadenlose und hemmungslose Individualismus mit seiner falsch verstandenen zügellosen Freiheit, die zur Zerstörung der Natur, der Gesellschaft, der Familie, letztlich des Individuums selbst führt<sup>16</sup> (partiell zeigte sich das ja schon Ende der Antike), gezügelt, "gebunden", eingeordnet werden müssen angesichts der durch ihn ausgelösten, heute globalen Krisen und Katastrophen. Darüber sind sich heute fast alle Religionen einig, wohl auch darüber, daß die religiöse Bindung alleine nicht genügt. Mit dem "Pendelschlag der Geschichte", der ja meist extrem auszuschlagen pflegt, würden sicher auch wertvolle individuelle wie auch nationale Freiheiten zugunsten der ökologischen, sozialen usw. Sicherung beschnitten werden, um der globalen Sicherung des Überlebens der Menschheit. Natürlich stellt sich hier die Frage nach der Dialektik von Fortschritt und Rückschritt bzw. nach der "Spirale" der Geschichtsbewegung.

Daß der hemmungslose Individualismus, ob als Profit- oder Machtgier oder was immer, der von Fukuyama als Endmodell der Geschichte aufgefaßten "liberalen Demokratie" (die vom Blut der übrigen zwei Drittel der Menschheit lebt) nicht das Ende der Geschichte sein kann, sondern durch ein wie immer geartetes neues, ökologisch und sozial abgesichertes Modell gezügelt, in das Weltganze eingebunden werden muß, darüber sind sich viele mit T. de Chardin heute einig, vor allem bei jenen zwei Dritteln der Menschheit, die dem ungehemmten Zugriff dieser Demokratien, ihrer

<sup>12</sup> Augustinus: Retractationes, 1, 13, 9.

<sup>13</sup> H. Küng, a.a.O., S. 52 ff. Vgl. Rezension in DLZ, H. 5-6/1992, Sp. 404 ff.

<sup>14</sup> Teilhard de Chardin: Der Mensch im Kosmos, 1959, S. 391 ff.

<sup>15</sup> Ders., a.a.O., S. 393.

<sup>16</sup> H. Müller: Zur Lage der Nation, S. 49: "Denn die kapitalistischen Gesellschaften leben in einer Bahn der Beschleunigung, die in die Vernichtung führt."

multinationalen Konzerne und Banken, ihrem Weltwirtschaftssystem und ihrem Militärpotential hilflos ausgeliefert sind. Auffallend ist, daß viele derartige Stimmen sich in religiösen bzw. kirchlichen Bewegungen erheben, die dabei oft von einer Synthese der guten Elemente des Kapitalismus und Sozialismus sprechen, ungeachtet der zur Zeit in Mode stehenden Diskriminierung der sozialistischen Idee, so z.B. bei den Vertretern der Befreiungstheologie und Befreiungsphilosophie, bei den Religiösen Sozialisten<sup>17</sup>, den Christen für den Sozialismus<sup>18</sup>, den Christlichen Linken<sup>19</sup>, der Schönstatt-Bewegung<sup>20</sup>. Auch Hans Küng spricht von einem "Mischsystem": "Faktisch bewegen wir uns mit dem staatlich abgesicherten freiheitlichen Sozialstaat überall in der Welt auf ein Mischsystem hin, jedenfalls, wenn wir genauer zusehen, auf eine neue postkapitalistische und postsozialistische Konstellation zu."<sup>21</sup> Wie man diese postmoderne, postkapitalistische, postsozialistische Gesellschaft benennt, wie sie sich selbst bezeichnen wird, ist ziemlich gleichgültig. Die Bezeichnung aller bisherigen Gesellschaftsformen ist bis heute unterschiedlich, kontrovers, obwohl in der Charakteristik der einzelnen Teilsysteme ziemliche Übereinstimmung herrscht (nicht dagegen in deren Stellung, Bewertung und Gewichtung). Alle Bezeichnungen sind mehrdeutig, haben viele Konnotationen. Wenn man sich auf einen Terminus festlegt, müßte man jeweils lange Erläuterungen und Erklärungen hinzufügen. Wenn z.B. die "soziale" oder "ökosoziale" Marktwirtschaft wirklich sozial wäre, d.h. auch für das eine Drittel, das ganz oder halb durch das "soziale Netz" fällt im eigenen Land, und für die Zweidrittel der Menschheit, auf Kosten derer jene zwei Drittel im eigenen Lande leben, also für die Dritt-Welt, könnte man das ebenso gut sozialistische Marktwirtschaft nennen.

Das Gleiche gilt für die ökologische Verträglichkeit, wie immer man sie bezeichnet. Denn ein entwickelter Sozialismus ohne industrielle, postindustrielle, informationelle Marktwirtschaft, d.h. ohne die Integration der weltgeschichtlichen Errungenschaften des Kapitalismus, ist ebenso undenkbar wie ein entwickelter Feudalismus ohne städtisch-handwerkliche Marktwirtschaft, d.h. ohne Integration der Errungenschaften der vorausgehenden Epoche.

- <sup>17</sup> Vgl. die Zeitschrift "Christ und Sozialist. Blätter des Bundes der religiösen Sozialisten".
- <sup>18</sup> ChristInnen für den Sozialismus (Hg.): Geschichte, Theorie, Praxisberichte, 1992, S. 117: "... wieder genauer zu analysieren, wie marktwirtschaftliche Elemente in den Sozialismus eingebracht werden können. Dabei kann die Konkurrenz sozialdemokratischer, genossenschaftlicher usw. Modelle wie in Schweden, aber auch in Ländern der Zweidrittelwelt, hilfreich sein ... Wichtig ist, daß die dogmatische Alternative 'Markt' gegen 'Plan' gebrochen ist."
- <sup>19</sup> Vgl. "Dritter Weg. Journal für eine solidarische Welt". Als Beispiel Nr. 1/91, S. 16 ff.: "Realer" Sozialismus als Anti-Eigentums-Ideologie.
- <sup>20</sup> H. Schlosser: Menschliches Zusammenleben in Frieden und Freiheit, 1985, S. 67: "Hier wird deutlich sichtbar, daß es sich um ein Modell handelt, das die positiven Elemente des Kapitalismus ... wie auch des Sozialismus einschließt und die negativen überwindet ..."
- <sup>21</sup> H. Küng, a.a.O., S. 34.

Vor der "perspektivischen Verkürzung" (Verwechslung von Entwicklungskrisen mit Endkrise, Spätzeit mit Endzeit u.dgl.), der bisher alle Revolutionäre verfallen sind, werden die heutigen "Linken" nach den jüngsten Belehrungen durch die Geschichte wohl für einige Zeit gefeit sein. Ein Fehler mancher Historiker war es wohl auch, daß die Übergänge von einer "geschlossenen" (feudalen) Gesellschaft zu einer "offenen", d.h. die bürgerlichen Revolutionen, zum Modell oder zum Vergleich für den Übergang von einer permissiven zur gebundenen Gesellschaft, den Übergang zum Postkapitalismus, Sozialismus etc. genommen wurde, anstatt sich am Übergang der Antike zum Feudalismus zu orientieren. Und wo dieses geschah, war der Blick mehr auf Westrom, auf das "Aufrollen" des römischen Imperiums vom Norden und Süden her gerichtet, anstatt den Immigrationsweg, den sozialreformerischen (im Ergebnis ebenfalls revolutionären) Weg von Byzanz zu analysieren, der für die heutigen Zentren, wie Europa, die USA, Japan, allein in Frage kommt. Auch dieser war bekanntlich mit großen inneren - Nika-Aufstand, Bilderstürmer etc. - und äußeren Wirren - Araber, Slawen - verbunden, verlief also durchaus nicht konfliktlos. Übrigens gelang Byzanz auch die "Wiedervereinigung" und "Rekapitalisierung" einzelner abgespaltener Gebiete, in denen vorfeudale Macht- und Herrschaftsstrukturen entstanden waren.

Natürlich ist jede konkrete Analogie, chronologische Bestimmung u.dgl. reine Gedankenspielerei und kaum ernstzunehmen. Aber es gibt keinen vernünftigen Grund anzunehmen, daß die über Jahrtausende hinweg sich zeigenden "Invarianten" der Umformungen von Gesellschaften für die Gegenwart und Zukunft nicht mehr gelten sollten, und Analogien wissenschaftlich nicht rechtens wären. Nur die konkrete Festlegung bzw. Prognose auf Form, Zeit und Raum führt in die Irre.<sup>22</sup>

<sup>22</sup> Die psychologische Sperre gegen eine Akzeptanz der Analogie Postantike - Postmoderne (Postkapitalismus) resultiert meist aus einem Mißverständnis der Analogie bzw. des Analogieschlusses, in der Annahme, daß diese bzw. dieser etwas über die konkrete Gestalt des Kommenden aussage, im vorliegenden Fall die Gestalt eines "finsternen" Mittelalters oder gar eines stalinistischen Sozialismus auftaucht. Auf solche Schwierigkeiten stießen schon G. Hirschfeld und P. Sorokin, die beide, wenn auch auf verschiedene Weise, das Ende einer Epoche ähnlich der Spätantike vor Augen hatten und eine feudal-ähnliche bzw. "idealistisch, geistig-jenseitiggewandt-theokratische" Gesellschaft erwarteten, die dann als "Rückschritt", "Rückfall", Repristinierung mit Recht abgelehnt wurde. Allein schon die Erweiterung des Radius läßt solche Vorstellungen nicht zu. So wird es in einer "planetarischen Gesellschaftsformation" keine "geschlossenen" Gesellschaften Popperscher Art mehr geben können, und ebenso wird die in der Neuzeit errungene Freiheit des Individuums, der gesellschaftlichen Gruppen nicht aufgehoben, sondern nur gezügelt, begrenzt, gebunden. Die Grenze liegt gerade bei dem Punkt, wo sie die der anderen Individuen, Gruppen beschneidet, die Freiheit aller gefährdet, gegen die Gerechtigkeit für alle verstößt. Diese Beschneidungen, Verstöße zu verhindern, waren und sind die "freien Gesellschaften" ungezügelter Marktwirtschaft nicht imstande. Die "Bindung" der Interessen des Individuums, der gesellschaftlichen Gruppen - ein Reizwort für viele - auf der anderen Seite erfolgt nicht durch äußeren Zwang, durch Etablierung einer Diktatur. Schon Karl Jaspers befaßte sich mit diesem Problem, als er schrieb: "Wahrhaft kann in der Welt nur bleiben, wer aus einem Positiven lebt, das er in jedem Fall nur durch Bindung hat. Revolte gegen äußere Bindungen ist daher als bloßes NEIN unwahr, endigt im inneren Chaos ... Nur wer frei sich bindet, ist dagegen gefeit, verzweifelt gegen sich selbst

Es ist nicht verwunderlich, daß das Bewußtsein von einer "Spätzeit" sich in den 90er Jahren immer mehr verbreitet und bis zum Ende dieses Jahrhunderts bzw. Jahrtausends noch verstärkt und diese von manchen für eine "Endzeit" gehalten wird.<sup>23</sup> Die "postmoderne Melancholie", der Kultur- bzw. Zivilisationspessimismus, apokalyptische Visionen, die nur den Untergang und nicht den "neuen Himmel und die neue Erde" anpeilen - all das sind nur Symptome des Niedergangs einer bestimmten Zivilisation, Symptome, die für das brodelnde Meer der Peripherie, der "Dritten Welt" oder wie immer man sie nennen mag, nur die eine Bedeutung haben: daß ihre Stunde, ihr Kairos am Horizont aufleuchtet.

zu revoltieren" (Die geistige Situation der Zeit, 1933, S. 169). Auch die Theologen, die von "Bindung" sprechen, verstehen darunter selbstverständlich eine Bindung in Freiheit, zur Freiheit.

<sup>23</sup> So z.B. von religiösen Gemeinschaften, wie Adventisten, Zeugen Jehovas, die wegen Nichteintreffens der Voraussagen den Termin öfter verschieben mußten; die jüngst in die Schlagzeilen geratenen Sekten Südkoreas. Andere, seriöse Neukirchen, wie etwa die Vereinigungskirche, beschränkten sich auf die Ankündigung einer mit der Wiederkehr des Messias verbundenen neuen Epoche der Kirchen bzw. Religionsgeschichte: "Der Zeitpunkt der Geburt Christi müßte also irgendwie zwischen 1917 und 1930 liegen" (Das Prinzip in Grundzügen. Stufe 4, 1981, 2. 1991, S. 358). Erstaunlich ist, daß solche Heilerwartungen bzw. Endzeitstimmungen auch in katholischen Kreisen genährt werden, so z.B. im "Marianischen Priesterbund" (MPB), der immerhin 300 Bischöfe, 60 000 Priester und "eine unbekannte Zahl von Ordensleuten und Laien im Helferkreis" als Mitglieder bzw. Sympathisanten zu den Seinen zählt. Im "Blauen Buch" des Italiensers Don Stefano Gobbi mit dem Titel "An die vielgeliebten Söhne der Muttergottes" (mit den an diese seit seinem Besuch in Fatima 1972 permanent gerichteten Privatoffenbarungen) heißt es u.a.: "Im letzten Jahrzehnt eures Jahrhunderts werden die Ereignisse, die ich euch vorhergesagt habe, in Erfüllung gehen" (Anhang zur 8. Auflage des Buches, 1992, S. 937).

Viktor A. Vazjulin

## Nach dem Sieg der Konterrevolution - den welthistorischen Übergang zum Kommunismus denken

Gespräch in Moskau\*

*Professor Vazjulin, Sie können in Ihrem sechzigsten Lebensjahr auf ein an wissenschaftlichen Entdeckungen und menschlichen Beziehungen reiches Leben eines Forschers und unbequemen Hochschullehrers zurückblicken, der immer wieder neue Studenten- und Aspirantengenerationen in den Bann seiner entwicklungstheoretischen Denkmethode zog. Wie beurteilen Sie am Ende der sowjetischen Periode der philosophischen Entwicklung in Ihrem Land die gegenwärtige geistige Atmosphäre, das philosophische Klima?*

Da ich marxistische Positionen vertrete, kann ich diese Frage nur beantworten, wenn ich die Veränderungen in anderen Sphären unseres gesellschaftlichen Lebens berücksichtige. Bekanntlich hat sich bei uns im August 1991 ein schon Jahre zuvor vorbereiteter Wechsel der Gesellschaftsordnung vollzogen: zunächst in Form des politischen Machtwechsels, seit Ende 1991 durch Einführung einer veränderten Gesetzgebung, eines neuen Kredit- und Finanzsystems, heute als sich erdrutschartig beschleunigender Privatisierungsprozeß, der die Etablierung der verschiedensten kapitalistischen Eigentumsformen vermutlich auch noch bis 1993/1994 fortsetzen wird. Das Land kehrt zu einer welthistorisch im wesentlichen überlebten Produktionsweise zurück, und zwar auf eine Weise, die es infolge des chaotischen Zerfalls des früher einheitlichen Wirtschaftssystems in ein Anhängsel der entwickelten kapitalistischen Welt verwandeln wird. Dieser Prozeß geht selbstverständlich einher mit grundlegenden Veränderungen im geistigen Leben unserer Gesellschaft, die sich gleichfalls in den zurückliegenden Jahren angekündigt hatten, und die der Widersprüchlichkeit dieses historischen Rückfalls entsprechen: Zum einen handelt es sich um die Wiedergeburt der verschiedensten Strömungen und Etappen bürgerlichen

\* Das Gespräch mit Viktor A. Vazjulin, Professor an der Philosophischen Fakultät der Lomonosow Universität, Moskau, führten Gudrun Havemann, Wladimir Kosel und Manolis Dafermakis in Moskau im April und im Oktober 1992.

Von V.A. Vazjulin liegen in russischer Sprache u.a. folgende Monographien vor:

Die Logik des "Kapitals" von Karl Marx, Moskva 1968 (Logika "Kapitala" K. Marksa);

Das Werden der Methode der wissenschaftlichen Untersuchung von K. Marx, Moskva 1975 (Stanovlenie metoda naucnogo issledovanija K. Marksa);

Die Logik der Geschichte. Fragen der Theorie und der Methodologie, Moskva 1988 (Logika istorii. Voprosy teorii i metodologii).

In "Marxistische Studien - Jahrbuch des IMSF 12" (1987) erschien ein Beitrag Vazjulins mit dem Titel "Das Historische und Logische in der Methodologie von Karl Marx".

Denkens, ob in der Form bloßer Rezeption oder versuchter Nachahmung. Da sich der Realprozeß aber in groben, primitiven, eher der ursprünglichen Akkumulation des Kapitals adäquaten Formen abspielt, haben wir es auch im geistigen Leben heute mit der Renaissance eher grober, primitiver Formen bürgerlichen Bewußtseins zu tun. Ein Rückschritt in der Geschichte wurde schon immer von der Zerstörung früherer Ideale, dem Verlust jeglicher Zukunftsvorstellungen und der Empfindung von Ausweglosigkeit begleitet. Kaum verwundern kann daher die Hinwendung auch zu vorbürgerlichen Philosophien und Religionen, zu mittelalterlichen, selbst heidnischen Idealen, der Rückgriff auf diverse östliche (indische, chinesische, japanische) Glaubens- und Denkströmungen, und natürlich die Besinnung auf die eigenen nationalen Traditionen. In all diesen Formen wird der Akzent auf den Irrationalismus, den religiösen, mystischen Inhalt der entsprechenden Traditionslinie gesetzt. Übrigens erweckt selbst unsere führende Philosophiezeitschrift derzeit den Eindruck einer Schriftenreihe zu Religionsfragen. Und unsere Modephilosophen arbeiten genau in jenen Richtungen.

Was ich aber unterstreichen will, ist folgendes: Das aufflammende Interesse an all diesen Strömungen, und insbesondere an der russischen Philosophie der Jahrhundertwende, verdankt sich keineswegs den Errungenschaften dieser Strömungen als solcher, sondern vielmehr der allgemeinen Lage im Lande. Welche dieser Richtungen an Einfluß gewinnen wird, ist wesentlich davon abhängig, ob und in welchem Grade es unseren Machthabern gelingen wird, die Wirtschaftsordnung kapitalistisch auszurichten. Einen zunehmenden Einfluß der russisch-nationalen Glaubens- und Denktraditionen wird es unter allen Umständen geben, ist bereits aktuell zu beobachten und auch insofern unvermeidlich, als unser Land in die Lage der unterentwickelten, ärmsten und abhängigen Länder geraten wird.

*Wie sehen Sie den Platz der klassischen russischen Philosophie innerhalb der Entwicklung der Weltphilosophie?*

Ich muß gestehen, daß ich besondere Errungenschaften dieser Philosophie nicht erkennen kann. Selbst wenn man Solovjev als ihren bedeutendsten Vertreter betrachtet, so ist er, jedenfalls in meinen Augen, im Vergleich zu Hegel ein Pygmäe. Was z.B. die Idee der Totalität betrifft, so war diese in ihrer höchsten Form bereits von Hegel entwickelt worden. Die religiöse Überformung dieser Idee durch Solovjev hat m.E. nichts Neues zur Entwicklung der Philosophie beigetragen. Allerdings spielte sie in sozialpolitischer Hinsicht eine Rolle für den Versuch, die russisch-orthodoxe Kirche zu reformieren, die in ihrer damaligen Verfassung eine mittelalterliche geblieben war. Solovjev wollte die geistigen Grundlagen für die Reformation der Orthodoxie in einem, wie mir scheint, mehr westlichen Stil und Geist legen. Daß sein Versuch von wenig Erfolg gekrönt war, hat er sich wohl selbst noch eingestehen müssen; unsere Kirche aber ist bis auf den heutigen Tag im wesentlichen eine mittelalterliche.

*Wie ist es gegenwärtig um den Marxismus in Ihrem Land bestellt?*

Der Marxismus ist in der Öffentlichkeit faktisch nicht mehr vertreten - es gibt ihn nicht mehr. Marxistische Arbeiten werden nicht mehr publiziert. Was veröffentlicht wird, ist eine Reihe von Versuchen der Anpassung des Marxismus an diese oder jene der genannten Strömungen, eklektische Mischungen aller nur denkbaren Lehren, pseudomarxistische Interpretationen des Marxismus. In einer Atmosphäre des moralischen Terrors gibt es heute keinerlei Freiheit für die Entwicklung der marxistischen Philosophie in unserem Land. Für diejenigen, die diesen Terror ausüben, mag er unbemerkt bleiben, ja unbeabsichtigt sein, sie mögen sich selbst nur als Verfechter bestimmter anderer Richtungen wahrnehmen. Doch genügt es in einem Land wie dem unseren vollkommen, von oben ein bevorzugtes Verhältnis zur Orthodoxie oder Religion überhaupt zu verkünden, um alles, was sich dem nicht beugt, auszuschalten. Mittels der Medien wird ein enormer Druck ausgeübt. Der Marxismus wird mit Faschismus gleichgesetzt, in ihm sucht man die Quelle für die schlimmsten und grausamsten Auswüchse des Totalitarismus, er wird kurzum für sämtliche Nöte des Landes in der Vergangenheit, Gegenwart und vermutlich auch noch Zukunft verantwortlich gemacht. In einer solchen Atmosphäre kann es keinerlei mehr oder weniger normale Existenzbedingungen, geschweige denn Entwicklungschancen für den Marxismus mehr geben, ganz abgesehen von den fehlenden materiellen Möglichkeiten in der Ära der "ursprünglichen Akkumulation", des Aufblühens von Spekulantentum und mafiosen Strukturen. Die materiellen und ideellen Publikationsmöglichkeiten konzentrieren sich derzeit bei Leuten, die dem Marxismus direkt oder indirekt feindselig gegenüberstehen, oder bei denen zumindest eine bewußte oder unbewußte Allergie gegen den Marxismus entstanden ist.

Insofern befindet sich heute der Marxismus in unserem Land in einer derart miserablen Lage, wie wohl in kaum einem anderen Land der Welt, zumindest der kapitalistischen Welt.

*Wie stellt sich die Situation konkret an Ihrer Fakultät dar?*

Auch hier sind alle Richtungen vertreten, die ich bereits nannte. Obwohl der Pluralismus der Anschauungen offiziell verkündet wurde, hat man beispielsweise den Lehrstuhl abgeschafft, an dem ich zuvor zur Geschichte der marxistischen Philosophie forschte und lehrte. Gegenwärtig arbeite ich am Lehrstuhl für Ethik. Es gibt Leute an der Fakultät, die in gewissem Grade Verständnis zeigen. Bisher gab es auch keinen direkten Versuch, mich zu entlassen. Aber selbstverständlich ist die Fakultät in den allgemeinen Wandel einbezogen, der das Bewußtsein der Bevölkerung beherrscht und natürlich auch um die Studentenschaft keinen Bogen macht. Wo aber der Marxismus in der Öffentlichkeit unwidersprochen aller nur denkbaren Verbrechen bezichtigt wird, wird die Vermittlung selbst nur der Geschichte der Marxschen Theorie an Studenten de facto unmöglich gemacht. Dabei ist es nicht einmal entscheidend, ob eine Fakultät das

gestattet oder nicht. Mir scheint, daß die Beseitigung unseres Lehrstuhls gerade aus solchen allgemeinen Rücksichten auf die geistige Stimmung im Land betrieben wurde. Das ist keine Schuldfrage, das Problem liegt weder bei einzelnen Personen, noch bei einer einzelnen Fakultätsleitung. Die Lage hier widerspiegelt nur die im ganzen übrigen Land. Das ändert natürlich nichts daran, daß diese Lage, gerade auch an unserer Fakultät, schlichtweg als erbärmlich einzuschätzen ist. Nicht nur bei uns, auch am Philosophieinstitut der Akademie zählt man ausgesprochen niedrige Gehälter. Wenig Hoffnung gibt es auf das Überleben in den jetzt herrschenden kommerziellen Strukturen der Wissenschafts- und Publikationsorganisation. Kommerzielle Strukturen befördern bestimmte, ihnen selbst verwandte geistige Richtungen, Editionen - ganz nach Konjunktur. Einige Philosophen lernen schneller, andere langsamer, sich an die Situation anzupassen, einige aufrichtiger, andere weniger... Diese Lage wird sich nur langfristig in Abhängigkeit von den Veränderungen der gesamtgesellschaftlichen Lage, der wirtschaftlichen, politischen und geistig-kulturellen Verhältnisse verändern können. Wenn jemand dabei noch die Vorstellung von geistiger Freiheit hegen sollte, so unterläge er einer sehr großen, tiefgehenden Illusion. Es gibt Freiheit für einige, grob gesagt für die, die sie vorher nicht hatten, und umgekehrt. Ich selbst habe früher nie "oben" gestanden, sondern gegen die dogmatischen Verkehungen des Marxismus angeschrieben. Konnte ich früher wenigstens noch einiges, oft mit 5-10-jähriger Verzögerung publizieren, ist das jetzt praktisch völlig ausgeschlossen. Natürlich stehe ich mit dem Problem nicht allein da.

*Professor Vazjulin, am Beginn Ihres wissenschaftlichen Weges stand die Erforschung der Marxschen Methode, insbesondere des "Kapital" von Marx - sicherlich nichts Ungewöhnliches für die "ML"-dominierte Atmosphäre der fünfziger/sechziger Jahre. Wodurch war Ihr persönliches Interesse an Marxens Hauptwerk hervorgerufen, und welche noch ungelöste Aufgabe stellten Sie sich bei seiner Erforschung?*

Was die Atmosphäre der fünfziger Jahre betrifft, so entstand ein Interesse an der wirklichen Erforschung der Marxschen Dialektik entgegen Ihrer Annahme bei sehr wenigen. Im Unterschied zu den zwanziger und dreißiger Jahren - da gab es ein echtes Interesse, aber es führte kaum zu realen Untersuchungen des Marxschen Denkprozesses. Es wurde nur nacherzählt, was Marx geschrieben hatte, vor allem was in der Einleitung zu den "Grundrissen der Kritik der politischen Ökonomie" von 1857/58 stand. Diese Tradition wurde vor allem durch M.M. Rozentel weitergegeben. Übrigens waren weder diese Literatur der zwanziger/dreißiger Jahre, noch die nicht mal übersetzten "Grundrisse" selbst allgemein zugänglich damals.

Erst mit Iljenkovs Arbeiten - er war noch Aspirant und völlig unbekannt - beginnt hier eine neue Etappe, und zwar noch bevor sich das gesellschaftliche Umfeld für solcherart Grundlagenforschung verbesserte, die ja vorher ausschließlich einer Person, nämlich Stalin vorbehalten war. Iljenkovs Fra-

gestellungen hinsichtlich der Dialektik in der politischen Ökonomie hoben sich scharf von dem allgemeinen Hintergrund einer philosophischen Lehre ab, von der niemand recht zu sagen wußte, wozu sie überhaupt gut war - wenigstens empfand ich es damals so. Sie trug im wesentlichen propagandistischen Charakter. Bei Philosophiehistorikern wie Asmus, Oizerman, Trachtenberg herrschte der nackte Empirismus, der mir wenig gehaltvoll erschien und mich abstieß. Evald Iljenkov dagegen, den ich heute noch für einen der besten Philosophen der sowjetischen Periode dieses Landes halte, obwohl mich von Beginn an wesentliche theoretische Differenzen von ihm trennten, brachte Leben in diese Lehre. Wenig später gestaltete sich schließlich das Klima für die philosophische Beschäftigung mit Problemen nichtpropagandistischen Charakters günstiger, milder - nach der Veröffentlichung des Beschlusses über den Personenkult 1956. Die Kritik am Stalin-Kult, die unvorbereitet und unter dem Einfluß der egoistischen Interessen und ungebildeten Vorstellungen Chrustschovs vorgetragen wurde, führte jedoch, und das ist ihre Kehrseite, zur Verbreitung eines nihilistischen Verhaltens besonders der damaligen Studenten zur Wirklichkeit und in gewissem Maße auch zur marxistischen Philosophie. Dieser Nihilismus war noch kein zynischer, wie er erst zu Zeiten des völligen Zusammenbruchs blüht. Da bei uns darüber hinaus jeder neue Regent die Wirtschaftspolitik umzuwälzen pflegt, um noch tiefere Spuren in der Geschichte zu hinterlassen, begann man seit Ende der fünfziger Jahre Anleihen für den neuen Kurs bei bürgerlichen Politökonomen aufzunehmen und bei ihnen nach Antworten auf die Frage nach dem weiteren Weg zu suchen. Zu etwas anderem waren die unter Bedingungen dogmatisierten Denkens aufgewachsenen Speichellecker Chrustschovs nicht in der Lage. Sie konnten in Negation der Wirtschaftspolitik Stalins nur das übernehmen, nachahmen, was es anderswo schon gab. Das bemerkte übrigens auch V. Leontiev.

Um auf den zweiten Teil Ihrer Frage zurückzukommen: Mir schien es, daß von marxistischer Seite das Denken, der Denkprozeß nicht wirklich erforscht worden war. Und dieses Problem habe ich mir gestellt. Weil ich bislang keine systematische marxistische Untersuchung der Struktur und Entwicklung des Denkens entdecken konnte, auch nicht bei Iljenkov. Während meiner Arbeit am Diplom, die dem ersten Kapitel des "Kapital" gewidmet war, spürte ich bereits, daß es im "Kapital" ein streng systematisches Denken gab. Und daß dieses noch von keinem ernsthaft analysiert worden war - und übrigens bis heute selbst als Problem kaum erfaßt wird.

*Damals entstand Ihre Konzeption des Denkens als naturhistorischer Prozeß...?*

Ja, insofern ich zeigen wollte, wie das Denken systematisch arbeitet, wie es sich tatsächlich vollzieht. Marx' "Kapital" bot diese Möglichkeit. Es war, und meines Erachtens ist es das bis heute, das einzige Material, das sich für eine derartige Untersuchung in einem solchen Maße eignet: Man kann in

ihm den Gedanken beinahe anfassen, empfinden, wie ein Mensch wirklich und konsequent denkt - was einem darüber hinaus einen hohen ästhetischen Genuß gewährt.

*Womit hing die Schwerpunktverlagerung Ihrer Forschungen - vom "reifen" hin zum jungen Marx, zur Genese seiner Wissenschaftsmethode zusammen? Ihre Position unterscheidet sich ja erheblich von der im westlichen Marxismus gängigen Entgegensetzung des Marxschen Früh- und Spätwerks.*

Der Übergang zum jungen Marx hing vor allem damit zusammen, daß das "Kapital" ein Resultat ist, das man tiefgründiger nur durch den Prozeß begreift, der zu ihm geführt hat. Ich verfolgte aber auch noch ein anderes Ziel. Wenn man den Prozeß untersucht, erkennt man die gesetzmäßige Rolle von Irrtümern, kann deren Struktur, ihre Notwendigkeit und die Ablösung der einen Irrtümer durch andere näher bestimmen. Die Wahrheit als Prozeß wird immer von Irrtümern begleitet, und wenn wir wissen, auf welchem Niveau, von welchen Irrtümern sie begleitet wird, können wir uns bewußter zu ihnen verhalten, vorhersehen, welche Irrtümer uns auf welcher Etappe der Wahrheitssfindung begegnen werden. Diese Seite der Untersuchung blieb allerdings völlig unverstanden, wurde nicht zur Kenntnis genommen. Meine Monographie trug einerseits antidogmatischen, andererseits antirelativistischen Charakter. Ich versuchte die Etappen, die Struktur von Irrtümern im Zusammenhang mit der Wahrheitsfindung zu bestimmen und entdeckte, daß nicht nur das Resultat, sondern auch der Prozeß selbst über eine bestimmte Ordnung, Abfolge der Gedankenbewegung verfügt, über eine kategorial erfassbare Struktur der Bewegung des Gedankens zur Wahrheit. Der Mensch besitzt eine gesetzmäßige kategoriale Denkstruktur. Natürlich verfügt nicht jeder Mensch über die Gesamtheit dieser kategorialen Struktur, aber die Menschheit insgesamt schon. Der Prozeß der Erkenntnis der Wirklichkeit durch die Menschheit verläuft gesetzmäßig.

Im Westen verfolgten die Untersuchungen einfach andere Zielstellungen. Ob es einen Bruch zwischen dem jungen und späten Marx gibt oder nicht - diese Frage ist ganz anderen Sorgen und Interessen geschuldet. In meinen Augen ist allein schon die Fragestellung undialektisch, das sind Pseudofragen, die in einer entfremdeten Gesellschaft entstehen, welche fragmentarische, mosaikhafte Denkmethode befördert. Mich hat immer die Entwicklung von Marx' Ideen interessiert. Weil der Marxismus nur als sich entwickelnde Gesamtheit von Anschauungen existieren kann. Wenn er sich nicht entwickelt, ist er schon kein Marxismus mehr. Wenn sich Menschen bei der Untersuchung der Marxschen Anschauungen keine neuen Aufgaben stellen, sind das schon keine Marxisten mehr.

*Das Verständnis der kategorialen Denkstruktur des Erkenntnisprozesses eröffnete Perspektiven, die die Wahl Ihrer hauptsächlichen Forschungsrichtung, die Untersuchung der Logik der Geschichte, seit Mitte der siebziger Jahre of-*

*fenbar maßgeblich mitbestimmten. Könnten Sie über diese Perspektiven Näheres berichten?*

Die Herausschälung dessen, was Marx geleistet hat, zeigt sowohl das, was er nicht geleistet hat, als auch die historische Beschränktheit dessen, was er leisten konnte. Ohne die Erforschung der Anschauungen eines Wissenschaftlers in ihrer Entwicklung kann man nicht dessen historische Grenzen begreifen. Der Marxismus hat sich bei uns über lange Zeit im wesentlichen nicht entwickelt, und daher in sein Gegenteil verkehrt.

Mit der Entdeckung der Logik des "Kapital" war die Entdeckung einer bestimmten historischen Stufe des Denkens der Menschheit, ihres kategorialen Apparates, ihrer Methode verbunden. Nicht irgendeines einzelnen Subjekts, sondern des kategorialen Reichtums, über den die Menschheit verfügt. Das hatte auf seine Weise bereits Hegel geleistet, mit - seinem Idealismus geschuldeten - Einschränkungen. Ich hielt es für notwendig, die Entwicklungsgeschichte des Denkens, der Methode des Denkens der Menschheit nunmehr im Rahmen der gesamten Weltgeschichte näher zu beleuchten. Dies zum einen.

Zum anderen bewegte sich Marx selbst von der Erforschung des Kapitals zur Erforschung der Geschichte der Gesellschaft, was freilich nicht von allen so gesehen wird.: Viele glauben, daß beispielsweise die "Chronologischen Auszüge" nur irgendwelche Detailfragen behandelten. Ich denke dagegen, daß dieser Schritt eine notwendige Konsequenz aus der Erforschung des Kapitals darstellt, weil anders die bestimmende Rolle des materiellen Lebens in der Gesellschaft nicht in vollem Maße begründbar ist. Zur Zeit der Niederschrift des "Kapitals" war sie ja im Marxismus auch mitnichten als Problem gelöst. Das hat auch Bernstein sehr wohl gesehen und Marx dafür kritisiert, ohne allerdings selbst Lösungsansätze entwickelt zu haben.

Und zum dritten hat bereits Marx gezeigt, daß der Kommunismus ein Produkt der Entwicklung der gesamten Menschheit ist. Ist er also ein welthistorisches Produkt, muß man auch den entsprechenden Prozeß erforschen, der zu ihm führt.

*Die Anerkennung einer Logik der Geschichte, d.h. eines einheitlichen gerichteten Entwicklungsprozesses der Gesellschaft gilt vielen westlichen Geschichts- und Sozialwissenschaftlern als "Große Erzählung" des 19. Jh. oder zumindest "alteuropäische Denktradition", mit denen die Moderne oder gar Postmoderne längst nichts mehr anzufangen weiß. Wie begründen Sie die Notwendigkeit, gerade die Logik der Geschichte zu erforschen, welche Aufgabe haben Sie sich dabei gestellt?*

Was den benannten westlichen Standpunkt betrifft, so beweist die Weigerung, Gesetzmäßigkeiten des historischen Prozesses anzuerkennen, lediglich die Verwurzelung in der bürgerlichen Gesellschaft, auf deren Boden ihre Selbstwahrnehmung als ewige notwendig reproduziert wird... Auch ist

wachsende Vielfalt, Widersprüchlichkeit, Kompliziertheit im Gegenstand einer Wissenschaft kein Argument gegen die Existenz von Gesetzen, von Einheit, Notwendigkeit - man sehe sich nur die modernen Naturwissenschaften an, mit ihren Wahrscheinlichkeitstheorien usw.

Der historische Prozeß kennt Gesetze ohnehin nur als Tendenzen, die sich mit bestimmter Wahrscheinlichkeit in einer Masse gegensätzlicher Zufälligkeiten den Weg bahnen, er beinhaltet immer eine Menge von Möglichkeiten - er ist stets alternativ. Und doch können dominierende Tendenzen in diesem Prozeß erkannt werden.

Mir scheint, daß eine aktuelle Grundlage für die Ablehnung von Gesetzmäßigkeiten des Geschichtsprozesses heute in der Wahrnehmung der Gesellschaft als selbstzerstörerischer liegt. Was kann es da schon für eine Gesetzmäßigkeit geben? Wir sind in eine Sackgasse geraten, zerstören uns selbst, sind drauf und daran, uns selbst zu vernichten. Ich denke hingegen, daß es hier eine Gesetzmäßigkeit, wie auch eine Alternative gibt. Der Mensch, das einzelne Individuum ist erst dann fähig, sich selbst umzubringen, wenn er sich seiner selbst als Mensch bewußt geworden ist. Ein Tier begeht keinen Selbstmord, ich glaube, so etwas kommt unter Tieren generell nicht vor. Das kann nur der Mensch, und zwar erst ab einer bestimmten Entwicklungsstufe. Die Fähigkeit zur Selbsterkenntnis, diese hohe Entwicklungsstufe, ist zugleich verbunden mit der Möglichkeit seiner freiwilligen Selbstnegation. So auch bei der Menschheit. Sie ist auf dem Wege der Selbstzerstörung - aber dennoch gibt es Fortschritt, neben der Vielfalt gibt es Einheit. Nicht als Einheitlichkeit, Einfalt, Eintönigkeit, sondern dialektisch - als Zusammenhang, Einheit des Verschiedenartigen, nicht als äußerliche Gleichförmigkeit. Ein Gesetz in der Geschichte aufzudecken, bedeutet vom dialektischen Standpunkt her, dem inneren Zusammenhang des Prozesses nachzuspüren - und das heißt, seiner Einheit: dem Zusammenhang des Inneren und dem Zusammenhang des Verschiedenartigen. Ob es von diesem fünf, zehn, hundert oder tausend gibt, ist völlig unerheblich. Wer historische Gesetzmäßigkeiten leugnet, besitzt in der Regel einfach kein Instrumentarium für ihre Erkenntnis. Wenn sie mit dem Spaten nicht bis zur Erdölschicht vordringen können, bedeutet das noch lange nicht, daß es dort kein Öl gibt. Man sollte dann zunächst den Spaten gegen eine moderne Bohranlage eintauschen und sein Urteil überprüfen. Um historische Gesetze zu erkennen, bedarf es schon einer adäquaten Denkmethode - ich vermute, daß ein Großteil der westlichen Sozialwissenschaftler die dialektische Denkmethode nicht beherrscht, obgleich sich viele das kleine Instrumentarium des Marxismus zu eigen gemacht haben.

*Der Übergang der Menschheit zu einem neuen Typ ihrer Entwicklung gehört zu ihren zentralen Forschungsgegenständen. Sehen sie die theoretischen Konsequenzen ihrer "Logik der Geschichte" hinsichtlich der historischen Notwendigkeit des Kommunismus durch die Umbrüche in ihrem Land und ganz Osteuropa in Frage gestellt?*

Nein, ich denke nicht. Es gibt in der Geschichte keine Geradlinigkeit; Zickzacks, Unterbrechungen, Rückwärtsbewegungen gehören ebenso dazu, wie Revolutionen von Konterrevolutionen begleitet werden. Was wir gegenwärtig in den Ländern Osteuropas und in der UdSSR erleben, bezeichne ich als eine Periode von Konterrevolutionen. Sie weisen natürlich eine Reihe von Unterschieden auf, da die sozialistische Revolution in unserem Land wesentlich inneren Quellen entsprang, während sie sich in den anderen Ländern in nicht geringem Maße unter Anwesenheit sowjetischer Truppen vollzog. Hier nimmt die Konterrevolution heute einen vergleichsweise raschen Verlauf, bei uns trifft sie auf weitaus größeren Widerstand und wird sich um ein vieles qualvoller hinziehen, auch aufgrund der territorialen Dimensionen. Konterrevolutionen sind keine Seltenheit: In der Entstehung der bürgerlichen Gesellschaft hat sie fast jedes europäische Land durchgemacht, aber auch in der Entstehungsphase jeder anderen Formation sind sie fast unvermeidlich. Bisher hat aber auch jede Konterrevolution Aufgaben gelöst, die in einem bestimmten Moment der Gesellschaftsentwicklung dringend zu lösen waren - die Frage ist nur, welche Tendenz den Prozeß dominiert. Warum gab es nach der Großen Französischen Revolution eine Konterrevolution? Weil die Thermidorianer offenbar in höherem Maße den herangereiften bürgerlichen Verhältnissen Rechnung trugen - aber dennoch war es eine Konterrevolution. Und auch heute muß gefragt werden, warum die Konterrevolutionäre das Volk für sich gewinnen konnten. Doch nicht, weil sie es betrogen haben, sondern weil eine Fülle von Problemen einer Lösung harrete, komplizierte, widersprüchliche gesellschaftliche Bedürfnisse angestaut waren - die Frage ist nur, auf welchem Weg man sie löst. Und so bleibt es vom Standpunkt der historischen Perspektive trotz allem eine Konterrevolution... Für den Philister ist dieser gegenwärtige Zusammenbruch der endgültige Tod des Kommunismus. Der Übergang zu einer nichtantagonistischen Gesellschaft kann aber nur als welthistorischer Prozeß der Überwindung nicht nur irgendwelcher Züge des kapitalistischen Lebens, sondern des ganzen bisherigen Entwicklungstyps der Menschheit begriffen werden - die objektiven Voraussetzungen für diesen Übergang, für eine Vereinigung der Menschheit und die kooperative Aneignung der Bedingungen ihrer planetaren Existenz aber reifen in der Gegenwart heran. Wenn sich die Menschheit nicht infolge eines Weltkrieges oder eines ökonomischen Kollapses selbst vernichtet, ist der Kommunismus unausweichlich.

*Gestatten Sie eine letzte Frage: Woran arbeiten sie gegenwärtig ?*

Immer noch an Problemen der weltgeschichtlichen Entwicklung, und zwar im Zusammenhang mit der Erkenntnis, daß der Marxismus, die marxistische Forschungsmethode, der historische Materialismus als historisch entstandene und historisch vergängliche Denkformen aufzuheben sind - natürlich nicht im bürgerlich-ideologischen Sinne. Dies wurde schon im Nachwort meiner letzten Monographie angedeutet. Z.B. ist die Vorstellung aufzuheben, daß die Marxsche Einteilung der Geschichtsepochen in öko-

nomische Gesellschaftsformationen etwas Absolutes, Unveränderliches darstellt. Der Formationsbegriff mit seinem einheitlichen Klassifikationskriterium, den Produktionsweisen, ist zwar völlig berechtigt, aber, wie ich denke, einseitig. Aus der Sicht des gegenwärtigen Stadiums der Weltgeschichte muß deren Periodisierung die Veränderung, Entwicklung der Periodisierungsbasis selbst berücksichtigen: In der Geschichte der Menschheit verändert, entwickelt sich nicht nur der konkrete Inhalt von Produktivkräften, Produktionsverhältnissen und ihrer Dialektik, von Überbauverhältnissen und gesellschaftlichen Bewußtseinsformen, sondern auch die Produktivkräfte an sich, die Produktionsverhältnisse, z.B. die Wechselbeziehung zwischen Produktion, Konsumtion, Distribution und Zirkulation an sich - d.h. es verändert sich das Allgemeine selbst. Und das hat Marx faktisch nicht untersucht. Die Kriterien der Entwicklung entwickeln sich selbst. Wenn die wissenschaftliche Betrachtung der Entwicklung der Gesellschaft zeigt, daß der allgemeine Gang der Geschichte durch Zufälle, Umwege, Brüche notwendig zum Kommunismus führt, so ist das eine Notwendigkeit, die selbst historisch entstanden ist, sich entfaltet, entwickelt hat, und zwar in der und durch die Tätigkeit, das Handeln von Menschen unter sich verändernden, entwickelnden Bedingungen. Ich denke, daß eine historische Periodisierung die Stadien des Entwicklungsprozesses der Gesellschaft als Einheit von Natürlichem und Sozialem, von Äußerem und Innerem, Unwesentlichem und Wesentlichem zugrunde legen muß: Es ist ein Prozeß der Entstehung des Sozialen aus dem Natürlichem und dessen Umgestaltung durch das Soziale. Das Natürlichem (die äußere wie innere Natur des Menschen) muß organisch in die ganzheitliche, systematische Erforschung der Weltgeschichte der Menschheit einbezogen werden, und das habe ich in meiner Arbeit versucht. Der darin entwickelte Ansatz ist m.E. allgemeiner als die materialistische Geschichtsauffassung, die als wissenschaftliche Wahrheit durch neue Forschungen nicht völlig überwunden, aber doch als in ihrem Anwendungsbereich begrenzt erkannt werden kann. Aus Sicht einer höheren Gesellschaftsstufe - und Voraussetzungen für eine solche Sicht sind längst herangereift - sind die materialistische, wie ihr Gegenteil, die idealistische Geschichtsauffassung so relative Standpunkte, wie ihre Basis, die gesellschaftliche Arbeitsteilung in körperliche und geistige Arbeit, historisch relativ, also überwindbar ist. Mit anderen Worten: Da es heute bei Strafe des Untergangs der Menschheit um viel mehr als nur die Aufhebung des kapitaldominierten Entwicklungstyps von Gesellschaft geht, die zu Marx' Zeiten noch unmittelbar im Vordergrund stand und seine Forschungsrichtungen und Lösungswege determinierte, da es um die Überwindung der gesamten Vorgeschichte der Menschheit geht, muß eine Verschiebung der Perspektiven, eine andere Akzentuierung der Problemstellungen vorgenommen werden - in Aufhebung der Begrenztheit, der historischen, nicht persönlichen Begrenztheit der Marxschen Theorie und Methode. Und hier bleibt noch viel zu tun.

*Horst Heininger*

## Politische Grunddefekte des Systems\*

Das "realsozialistische" Gesellschaftsmodell ging nicht wie frühere Gesellschaften in der Geschichte der Menschheit im Ergebnis von Kriegen und militärischen Niederlagen unter, sondern scheiterte aus inneren Ursachen. Diese sind nicht aus den Fehlern in der Politik der letzten Phase des Niedergangs zu erklären. Die Ursachenanalyse kann auch nicht bei den Mängeln und verpaßten Chancen der seit dem Ende der fünfziger Jahre zu verzeichnenden Reformen bzw. Reformansätze stehenbleiben. Gerade das Scheitern dieser Reformen, die "Nicht-Reformierbarkeit" des "Realsozialismus" wie auch dessen gleichzeitiger Zusammenbruch in den Ländern Mittel- und Osteuropas weisen darauf hin, daß die Ursachen in Faktoren zu suchen sind, die der Grundstruktur dieses Gesellschaftsmodells immanent sind. Damit aber muß die Frage nach den Ursachen bei den historischen Ursprüngen der Gestaltung dieses Modells ansetzen. Diese liegen bei der Oktoberrevolution 1917 in Rußland und dem nachfolgenden sozialistischen Aufbau der zwanziger und dreißiger Jahre in der UdSSR.

Als einzige sozialistische Partei konnte die zahlenmäßig kleine Partei der russischen Bolschewiki die Chance der Machtergreifung nutzen, die sich aus der völligen Zerrüttung der bürgerlichen gesellschaftlichen Verhältnisse in Rußland, Deutschland, Österreich-Ungarn und weiteren europäischen Ländern zum Ende des Weltkriegs ergab. Der Aufbau des ersten sozialistischen Gesellschaftsmodells blieb vorerst auf Rußland beschränkt und wurde damit in einem Land in Angriff genommen, das keine entwickelten kapitalistischen Produktionsverhältnisse aufwies, das ökonomisch, sozial und kulturell rückständig war und auch nicht über entwickelte demokratische Traditionen im politischen Leben verfügte.

Bürgerkrieg und äußere Intervention ließen der Partei Lenins wenig Spielraum für demokratische Formen der sozialistischen Umgestaltung der Gesellschaft. Eine umfassende Verstaatlichung des wirtschaftlichen und politischen Lebens zur Machtbehauptung war zunächst unvermeidlich. Die Lösung der eigentlichen Aufgabe, ein ökonomisch und politisch rückständiges Land auf den Weg einer sozialistischen Entwicklung zu bringen, wurde erst mit der NÖP in Angriff genommen. Ob und inwieweit diese "neue ökonomische Politik" den Weg der sozialistischen Transformation eines ökonomisch rückständigen Landes hätte bereiten können, ist schwer abzuschätzen. Mit dem Tode Lenins wurde die Diskussion über mögliche

\* Dieser Text versteht sich als Beitrag zur Erörterung der Ursachen des Scheiterns des "realsozialistischen Modells" und ist Teil eines umfangreicheren Manuskripts des Verfassers.

Entwicklungsvarianten abgebrochen und unter Führung Stalins auf "gewaltsame Formen" der Überwindung der ökonomischen Rückständigkeit, der nachholenden Industrialisierung und der Umgestaltung der Landwirtschaft orientiert. Dies bedeutete eine konsequente Fortführung der Verstaatlichung im Wirtschaftsaufbau und im politischen Leben sowie eine straffe Zentralisierung der staatlichen Leitung. Zunächst stellten sich bei der industriellen Entwicklung und der Verbesserung des Lebensniveaus der Bevölkerung durchaus Erfolge ein; aber bereits Ende der zwanziger und zu Beginn der dreißiger Jahre führte die Stalinsche Wirtschaftspolitik zu schweren ökonomischen und sozialen Krisen. Mit der weiteren Ausprägung des sowjetischen Sozialismusmodells wurden die Weichen für die Herausbildung tiefer ökonomischer und politischer Konflikte in der Grundstruktur der Gesellschaft gestellt.

### Von der Partei "neuen Typus" zum Herrschaftsapparat

Eine Schlüsselfrage bildete die Lehre von der Partei neuen Typus, die in ihren Ansätzen auf Positionen der Bolschewiki zu Anfang des Jahrhunderts zurückging, aber unter Stalin zur Durchsetzung seines Konzepts und seiner Machtposition mit Perversion in Anwendung kam. Die Ausschaltung der innerparteilichen Demokratie, die "führende Rolle der Partei", d.h. die Herrschaft der obersten Parteibürokratie über den Staat, über alle gesellschaftlichen Organisationen und Bereiche und damit die Ausschaltung von politischem Pluralismus und demokratischer Mitwirkung der Massen hatten bereits Anfang der dreißiger Jahre die Oberhand gewonnen.

So entwickelte sich ein Sozialismusmodell, das aus der Rückständigkeit Rußlands und den despotischen Formen der Überwindung der Rückständigkeit hervorging. Durch die rigorose Ausschaltung jeder Diskussion über alternative Formen der sozialistischen Entwicklung bzw. über Korrekturen des eingeschlagenen Wegs begab sich die Gesellschaft jeder Möglichkeit, die Konflikte zu entschärfen und demokratische Formen des Sozialismus zu entwickeln. Die Durchsetzung dieser stalinistischen Entwicklung wurde durch äußere Faktoren, vor allem durch die internationale Isolierung der UdSSR und die Feindschaft der führenden kapitalistischen Mächte begünstigt.

Die theoretische Rechtfertigung erfuhr dieses Modell durch die Stalinsche Lehre von der Möglichkeit des Sieges des Sozialismus in einem einzelnen Land, wobei die in der UdSSR angewandten Formen des Übergangs zum Sozialismus als allgemeine Gesetzmäßigkeiten deklariert wurden. Ein simpler historischer Determinismus von der Unvermeidlichkeit des Übergangs zum Sozialismus, von der Unumkehrbarkeit der sozialistischen Entwicklung und von der sich ständig vertiefenden allgemeinen Krise des Kapitalismus dienten der ideologisch-theoretischen Fundierung dieser Lehre.

Das sowjetische Modell wurde von der Kommunistischen Internationale zur Programmatik der kommunistischen Weltbewegung erklärt. Die Internationale wandelte sich nach dem Tode Lenins immer mehr in die Befehlszentrale der KPdSU für alle kommunistischen Parteien. Sie mischte sich direkt in deren innere Angelegenheiten ein und schaltete alle oppositionellen Kräfte ideologisch, politisch und physisch aus.

Nach dem zweiten Weltkrieg waren die kommunistischen Parteien in allen Ländern eindeutig auf das stalinistische Sozialismusmodell festgelegt. Die bedeutende Rolle der UdSSR beim Sieg über den Faschismus hatte auch einen Autoritätsgewinn für das sozialistische Gesellschaftsmodell dieses Staates und für die Stalinschen theoretischen Dogmen gebracht. Widerstände in den Ländern Mittel- und Osteuropas wurden durch direkte Einwirkungen der UdSSR gebrochen. Gewisse nationale Besonderheiten der Verwirklichung dieses Modells in den einzelnen Ländern bedeuteten keine wesentlichen Korrekturen am stalinistischen Grundmodell. Damit wurde für alle "realsozialistischen" Länder ein Gesellschaftsmodell gültig, das aus der Rückständigkeit des ersten sozialistischen Landes und aus den Zwangsformen des sozialistischen Aufbaus hervorgegangen war und schon vor dem Krieg zu schweren ökonomischen und politischen Konflikten im "Modell-Land" selbst geführt hatte. Umso weniger konnte es für die anders gearteten konkreten historischen Bedingungen in den Ländern Mittel- und Osteuropas taugen und der grundlegend veränderten Weltsituation nach dem zweiten Weltkrieg gerecht werden.

### Blockade des erforderlichen Wandels

Die Durchsetzung der führenden Rolle der kommunistischen Parteien kann als das erste Glied in der Kette von Konflikten in der Grundstruktur des "realsozialistischen" Gesellschaftsmodells angesehen werden. Das innere Leben dieser Parteien "neuen Typus" wurde durch einen bürokratisch entarteten "demokratischen Zentralismus" reglementiert. Dieser bedeutete ein hierarchisches Organisationsprinzip, das eine bedingungslose Unterordnung der Parteiorganisationen und des einzelnen Mitglieds unter die übergeordneten Leitungen verlangte, die Kritik an den höheren Leitungsebenen oder gar an der Parteiführung als parteischädigend diffamierte, eine offene Auseinandersetzung über die Politik der Partei abblockte und alle Versuche in dieser Richtung zu feindlichen Aktivitäten stempelte. An der Spitze der Hierarchie stand das Politbüro, das eigentliche Machtzentrum der Partei, das auch dem Zentralkomitee seinen Willen aufzwang, in seinen Weisungen keiner wirklichen Kontrolle unterlag und niemandem Rechenschaft schuldete. Dieses Machtzentrum stützte sich auf die zahlreiche Parteibürokratie in den "Apparaten" des Zentralkomitees und der weiteren Leitungsebenen, mit deren Hilfe die "Linie" der Partei, d.h. der Wille der obersten Parteiführung, durchgesetzt wurde. Die konsequente Praktizierung dieser hierarchischen Prinzipien stärkte die Herrschaft der

Parteibürokratie in der Partei und schaffte Raum für die uneingeschränkte Macht der Führungsclique.

Die "führende Rolle" der kommunistischen Partei galt als Grundprinzip des gesellschaftlichen Lebens. Sie sollte sich daraus ergeben, daß nur diese Partei befähigt sei, als Triebkraft der sozialistischen Entwicklung, als Stimulator und Regulator der gesellschaftlichen Prozesse zu wirken. Der Marxismus-Leninismus in seiner dogmatischen Einengung stalinistischer Prägung bildete die theoretische und programmatische Orientierung, wobei sich die Parteiführung anmaßte, im alleinigen Besitz der Fähigkeit zur Situationseinschätzung und zur gesellschaftlichen Voraussicht zu sein. Daraus leitete sie ihre Legitimation zur Monopolisierung von Herrschaftswissen und zur uneingeschränkten Machtausübung ab.

Die führende Rolle der Partei bedeutete daher in Wahrheit eine autoritäre Vorherrschaft der kommunistischen Parteien im Staat und allen übrigen Bereichen der Gesellschaft. Das hieß, daß die Beschlüsse der Partei auch für die staatlichen Organe verbindlich waren. Von der Regierung bis zur Ebene der Kommunen war der Staatsapparat ausführendes Organ der Partei. Dies hatte zugleich eine fortschreitende Zentralisierung der staatlichen Entscheidungen und Befugnisse zur Folge. Die örtlichen Organe wurden immer mehr zu bloßen ausführenden Organen degradiert, auch wenn gerade auf kommunaler Ebene örtliche Staatsorgane und gesellschaftliche Organisationen mit viel Eigeninitiative die Lebensbedingungen der Menschen verbesserten. Ein solches Verständnis vom Verhältnis zwischen Partei und Staat bot keinen Raum für eine Gewaltenteilung zwischen Legislative und Exekutive, für einen lebensfähigen Parlamentarismus, für eine unabhängige Gerichtsbarkeit und andere Grundmerkmale eines demokratischen Staatswesens.

Die Gewerkschaften und andere Organisationen wurden als "Transmissionsriemen" der Partei behandelt und damit ebenfalls in Organisationen zur Erfüllung der Parteibeschlüsse verwandelt. Dennoch gab es eine Eigenständigkeit der Gewerkschaften auf sozialem Gebiet. Besonders auf Betriebsebene wurde eine umfangreiche Arbeit bei der sozialen und kulturellen Betreuung der Betriebsangehörigen und deren Familien geleistet und damit zu solidarischem Verhalten im Umgang der Menschen untereinander beigetragen. Gleichzeitig muß man eingestehen, daß es politische Initiativen "außerhalb" der Parteibeschlüsse sehr schwer hatten zu wirken. Bürgerbewegungen für den Umweltschutz, eine unabhängige Friedensbewegung, Bewegungen für die Einhaltung der Menschenrechte und für andere demokratische Ziele wurden in ihrer Tätigkeit behindert oder unterdrückt.

Ein solches Verständnis von der Rolle der Partei mußte dazu führen, daß Meinungspluralismus und öffentliche Diskussion immer mehr verkamen und schließlich ganz erstickt wurden. Die Vertretung der Rechte des Individuums wurde als Gegensatz zur Rolle des Kollektivs bewertet und als bürgerliche Verhaltensweise diskreditiert.

So ergab sich die eigenartige Situation, daß die Grundrechte auf sozialem Gebiet vom Staat in hohem Maße gewährt wurden und umfassender als im Kapitalismus zur Geltung kamen (Recht auf Arbeit, Wohnung, Bildung, medizinische Betreuung u.a.), während wesentliche politische Rechte wie Freizügigkeit, Meinungs-, Presse- und Versammlungsfreiheit einschneidend eingeschränkt wurden. Aus dieser Einschränkung ergab sich eine zunehmende Intelligenzfeindlichkeit der Partei, denn Wissenschaftler, Künstler und Kulturschaffende versuchten immer wieder, auf gesellschaftliche Konflikte hinzuweisen und mit ihren Kräften zur Lösung dieser Konflikte beizutragen.

Schließlich kam noch ein trauriges Kapitel der Entwicklung des sozialistischen Staates hinzu: der Ausbau des inneren Machtapparates. Aus dem notwendigen Schutz gegen die feindliche kapitalistische Umwelt entwickelte sich ein überdimensionierter, sich verselbständigender Machtapparat, der immer stärker zur Bepitzelung der eigenen Bevölkerung und zur Drangsalierung oppositioneller Kräfte eingesetzt wurde. Dadurch wurde die gesamte Tätigkeit der Staatssicherheit zunehmend diskreditiert, und viele Menschen empfanden den Druck der Sicherheitsorgane schließlich als systemimmanentes Gebrechen des Sozialismus. Zudem führte der rigore Ausbaues des Machtapparates zu einer ungeheuren Verschwendung ökonomischer Mittel. Ein so konstruiertes Herrschaftssystem ließ keinen Raum für politische Korrekturmechanismen. Versuche einer demokratischen Reformierung dieses Systems wurden bereits in ihren Anfängen erstickt, weil sie sehr rasch zur Kernfrage, zur führenden Rolle der Partei vordringen mußten. Diese politischen Zusammenhänge bilden eindeutig die Hauptursache für das Scheitern des Realsozialismus.

### Aufgebrauchte Reformfähigkeit

Der Grundfehler des von den kommunistischen Parteien zu verantwortenden Sozialismusmodells läßt sich wohl dahingehend auf einen allgemeinen Nenner bringen, daß mit dem Aufbau des Sozialismus nicht nur die Grundlagen einer vom privaten Kapital ausgehenden Unterdrückung und Ausbeutung beseitigt wurden, sondern infolge einer falschen Vorstellung von dem notwendigen Bruch mit dem Kapitalismus auch wesentliche zivilisatorische Errungenschaften der modernen Gesellschaft - Rechte des Individuums, politischer Pluralismus, demokratischer Parlamentarismus, Rechtsstaatlichkeit, unabhängige Rolle der Gewerkschaften und Verbände u.a. - abgeschafft bzw. wesentlich eingeschränkt wurden.

An die Stelle des Marktmechanismus in der Ökonomie und des Pluralismus in der Politik trat eine durchgehende Verstaatlichung von Wirtschaft und Politik, die mit dem Ausbau zentralistischer Macht- und Entscheidungsstrukturen einherging. An die Stelle eines gesellschaftlichen Mechanismus, der trotz reaktionärer Verkrustungen noch immer durch Vielfalt und Flexibilität gekennzeichnet war, traten "Ersatzmechanismen", die in Ökonomie und Politik auf einen einzigen Entscheidungsträger, die kom-

munistischen Parteien, ausgerichtet wurden und damit von vornherein auf eine bestimmte "Starrheit" festgelegt waren. Damit begab sich die neue Gesellschaft der Möglichkeit, einen die moderne politische und ökonomische Entwicklung stimulierenden und flexibel reagierenden Mechanismus zu etablieren. Verlangte die moderne Entwicklung immer stärker nach flexiblen ökonomischen und politischen Funktionsmechanismen und einer breiten internationalen Öffnung, so gerieten die starren bürokratischen Strukturen des Sozialismus immer mehr in Widerspruch zu dieser Entwicklung, während sich der Kapitalismus neue Anpassungsmöglichkeiten erschließen konnte.

Es bleibt die Frage, ob grundlegende Reformen dieses Systems möglich gewesen wären und wenn, bis wann eine solche Möglichkeit wirklich existierte. Aus den bereits dargestellten politischen Ursachen ergab sich, daß Korrekturen in Richtung eines demokratischen Sozialismus nur möglich gewesen wären, wenn der bisherige Mechanismus der Herrschaft der kommunistischen Parteien infrage gestellt und grundlegend geändert worden wäre. Heute, im Nachhinein, lassen sich diese Zusammenhänge einfach konstatieren; ihr Erkennen, Bewußtmachen und konstruktives Umsetzen gerieten bei den verschiedenen Reformversuchen der Vergangenheit zu einer schier unlösbaren Aufgabe.

Um das System zu reformieren war nicht nur eine wesentliche Veränderung der Rolle der Partei in der Gesellschaft notwendig, sondern zugleich und vor allem ging es um eine grundlegende Erneuerung der Partei selbst. Einzelne Gruppen innerhalb oder außerhalb der Partei konnten das allein nicht bewirken, solange die alte Herrschaft der Parteihierarchie fortbestand. Nur eine zur Systemreform entschlossene Parteiführung, gestützt auf eine breite reformwillige Basis in der Partei und der gesamten Bevölkerung, konnte eine solche Riesenaufgabe bewältigen. Die historische Gelegenheit hierzu bot sich in der Geschichte des "Realsozialismus" nur ganz selten, zum letzten Mal wohl am Ende der sechziger Jahre mit dem "Prager Frühling".

Als sich mit Gorbatschows Politik von Perestroika und Glasnost Mitte der achtziger Jahre eine neue große Chance zu eröffnen schien, war das "realsozialistische" Modell in Wirklichkeit bereits in seine unaufhaltsame Systemkrise eingetreten, d.h. es war nicht mehr reformierbar. Die Tragik für viele reformbereite Kräfte in den Ländern Mittel- und Osteuropas bestand darin, daß sie dies noch bis zum Ende der achtziger Jahre nicht zu erkennen vermochten.

Nach dem Scheitern des "realsozialistischen" Modells ist der Sozialismus als Zielvorstellung einer besseren, sozial gerechteren Gesellschaft keineswegs am Ende.

1. Der Zusammenbruch des "Realsozialismus" hat die Widersprüche der kapitalistischen Gesellschaft nicht beseitigt. Der Niedergang des Sozialismus vollzog sich zu einer Zeit, da immer deutlicher zu erkennen war, daß die ganze Menschheit in eine Krise der Zivilisation eingetreten war, in der

die Zukunft der Völker der Erde und das Leben jedes einzelnen Menschen im Ergebnis der Zuspitzung der globalen Probleme (vor allem der ökologischen Krise, des Welthungers und der Unterentwicklung der Dritten Welt) zunehmend bedroht sind.

Damit überforderte diese Krise beide Systeme in ihren bisherigen gesellschaftlichen Strukturen. Die Geschichte hat gewissermaßen beide Systeme "eingeholt". Der Sieg des Kapitalismus über den Sozialismus kann diese historische Tatsache nicht aus der Welt schaffen. Die tiefen inneren Konflikte des kapitalistischen Systems bestehen fort, und die globalen Probleme haben eine Dimension erlangt, die die Existenz der Menschheit im nächsten Jahrhundert gefährdet, wenn nicht rechtzeitig entscheidende Korrekturen in der ökonomischen, ökologischen und sozialen Entwicklung dieser Welt vorgenommen werden.

2. Die Sehnsüchte der Menschen nach einer sozial gerechteren, ökologisch verträglichen und demokratischen Ordnung bleiben. Der Sozialismus ist zwar heute durch die Entartungen des "Realsozialismus" bei vielen Menschen diskreditiert, die Geschichte wird aber die tatsächliche Rolle dieses Gesellschaftsmodells für den weiteren gesellschaftlichen Fortschritt zu rechtrücken. In der heutigen Diskussion wird vielfach angezweifelt, ob das "realsozialistische Modell" überhaupt als sozialistische Entwicklung einzuschätzen sei. Angesichts der Deformationen dieses Modells könne man doch nur von einem "staatssozialistischen Modell" oder von einer mißlungenen "transitorischen Periode" zum Sozialismus sprechen. Aber die Geschichte des "Realsozialismus" war nicht nur eine Geschichte innerer Konflikte, Irrtümer und Entartungen, sondern auch die Geschichte erfolgreicher Bemühungen um mehr soziale Gerechtigkeit, um Frieden, nationale und koloniale Befreiung in der Welt. Die in den sozialistischen Ländern erreichten sozialen Errungenschaften sind unbestreitbar als wesentliche Erfolge bei der Umsetzung sozialistischer Ziele in die gesellschaftliche Praxis zu werten, so sehr auch noch zu klären sein mag, was letztlich unter Sozialismus zu verstehen ist. Es kann nicht bezweifelt werden, daß diese sozialen Regelungen im Interesse der Menschen bisher in keinem anderen Gesellschaftssystem erreicht oder übertroffen wurden. Die Abschaffung vieler dieser Errungenschaften, die mit der "Rekapitalisierung" in den Ländern Mittel- und Osteuropas einhergeht, macht dies den Menschen schmerzlich bewußt. Deshalb war das "realsozialistische Gesellschaftsmodell" trotz aller Entartungen der erste große historische Versuch zur Verwirklichung einer sozialistischen Gesellschaft als Alternative zum Kapitalismus. Alle künftig nach einer sozialistischen Gesellschaft strebenden Kräfte werden sich mit den positiven und negativen Erfahrungen dieses historischen Versuchs auseinandersetzen müssen.

Heinz Jung

## Zur Verantwortung des Gorbatschowismus

Subjektive Bemerkungen zum subjektiven Faktor\*

Sich mit der Verantwortung der sowjetischen Führungsschicht für den Prozeß des Zusammenbruchs des Realsozialismus und der Sowjetunion auseinanderzusetzen, ist (noch) nicht nur eine Frage von historischem Interesse, sondern betrifft auch in einem hohen Maße die Neuformierung einer sozialistisch-kommunistischen Bewegung und ihrer Organisationen. Wer sich die Positionen des Gorbatschowismus zu eigen macht, muß sich nicht nur von einem marxistischen Ansatz der Gesellschaftsanalyse verabschieden, sondern wird von der inneren Logik dieser Position auf den Weg eines bürgerlichen Sozialreformismus gedrängt und veranlaßt, die "sozialkapitalistische" Variante des Metropolenkapitalismus als Gipfelpunkt zivilisatorischer Entwicklung zu akzeptieren. Diese Haltung wird heute auch unzweideutig durch Gorbatschow und seine Umgebung ausgedrückt.<sup>1</sup>

Noch herrscht freilich bei jenem Teil der marxistischen Linken, der einst in der Parteinahme für Gorbatschows Politik den Weg aus der Stagnation des Sozialismus und aus dem eigenen politischen Ghetto gesehen und Front gegen den sozialistisch-kommunistischen Konservatismus - oder auch gegen das, was mit diesem Etikett versehen worden war - gemacht hatte, eine eigentümliche Verdrängungshaltung vor. Die geringe Bereitschaft zur selbstkritischen Aufarbeitung und Bestandsaufnahme fördert gerade jenen geistigen Immobilismus, der einst zu Recht den kommunistischen Konservativen vorgehalten worden war. Diese Situation kann nur mit dem Ingangsetzen einer Bewegung doppelter Kritik und Selbstkritik überwunden werden, die, nachdem der kommunistische Konservatismus in der jüngsten Vergangenheit hinreichend thematisiert wurde, nun der kritischen Aufarbeitung und Bewertung des Gorbatschowismus Aufmerksamkeit widmet.

\* Der Beitrag ordnet sich in den Rahmen der bisher in Z zu diesem Thema erschienenen Beiträge ein. Der Verfasser glaubt, daß es nun auch möglich ist, sich auf das angekündigte Thema zu konzentrieren, ohne nochmals die objektiven, die systemimmanenten u.a. Faktoren abzuhandeln. Er vertritt die Ansicht, daß für eine materialistische Analyse des Untergangs des Realsozialismus der Ansatz der Wechselwirkung innerer und äußerer Faktoren zentral ist. Insofern hält er auch die Lesarten von den immanenten Geburtsfehlern etc. nicht für tragfähig. Da er auf der Ebene der bekannten Fakten und Abläufe argumentiert, hält er den weitgehenden Verzicht auf Quellenbelege und Zitate für vertretbar.

<sup>1</sup> Die Aussagen zu den Positionen Gorbatschows stützen sich auf seine nach dem August 1991 bei C. Bertelsmann in deutsch erschienenen Publikationen:

(a) Michail Gorbatschow, *Der Staatsstreich*, C. Bertelsmann, München 1991, 155 S.

(b) Michail Gorbatschow, *Der Zerfall der Sowjetunion*, C. Bertelsmann, München 1992, 256 S.

Es mag viele Gründe geben, an dem Begriff Gorbatschowismus Anstoß zu nehmen. Aber es handelt sich im Rahmen der sozialistischen Bewegung um ein Phänomen eigener Art, das im Rückgriff auf gebräuchliche Termini nicht hinreichend erfaßt werden kann. Die Metamorphose der politischen Positionen und ihrer ideologischen Artikulation ist so atemberaubend und erfolgt in einem solchen Zeitraffertempo - analog den realen Zerfallsprozessen und diese freisetzend, befördernd und beschleunigend -, daß sie immer nur als flüchtige Durchgangspunkte bestimmt werden können. Offenkundig ist demgegenüber die Tendenz: Sie geht ohne Halt von dem artikulierten moderaten Leninismus des Jahres 1985 zur offenen Legitimation der kapitalistischen Restauration ab Herbst 1991. Einst konnte dies als Öffnung zu einer offenen Dialektik gerühmt werden<sup>2</sup>, die heute vorliegenden Erfahrungen lassen jedoch nur die Interpretation zu, daß es sich um die kontinuierliche Anpassung an Kräfteverhältnisse handelte, deren hervorrufende Tiefenströmungen zuerst unverstanden blieben und in der Folge bedingungslos akzeptiert wurden. Was am Anfang als Konzept der Überdetermination von Widersprüchen, um diese in eine produktive Bewegungsform zu zwingen, erscheinen konnte, erwies sich als haltloses Treiben auf einem Strom mit sich beschleunigendem Gefälle. Gorbatschowismus könnte als in der kommunistischen Bewegung und in erster Linie in der KPdSU als deren führender Partei freigesetzte Tendenz, Strömung oder Gruppierung verstanden werden, die, am Anfang mit dem Anspruch der Reform und Erneuerung des Sozialismus angetreten, sich als unfähig zur Initiierung, Konzipierung und Durchführung dieses Prozesses erwies und in ihrem Scheitern schrittweise der kapitalistischen Restauration zuarbeitete und sich ihr in der Konsequenz bedingungslos unterwarf. Gorbatschowismus kann also als Tendenz der Selbstaufhebung bzw. Selbstliquidierung sozialistischer Positionen aufgefaßt werden, die die Kontrolle und Herrschaft über die KPdSU erlangt hatte und deren Name von jenem des damaligen Generalsekretärs dieser Partei, der als Führer dieser Richtung auftrat, abgeleitet ist. Der Gorbatschowismus als Legitimationsideologie berührt nicht nur den Abbruch des Realsozialismus in Europa und seiner staatlichen Strukturen, sondern auch sozialistische Positionen und Bestrebungen weltweit, soweit sie sich auf die Oktoberrevolution und den Marxismus berufen. Damit geht es generell um sozialistisches Selbstverständnis in der heutigen Welt.

<sup>2</sup> So wurde er gesehen von Wolfgang Fritz Haug, *Gorbatschow. Versuch über den Zusammenhang seiner Gedanken*, Hamburg 1989. Von der damaligen Gorbatschow-Euphorie, die das Buch mit linken Positionen, eben mit der Hoffnung auf die Erneuerung und Stärkung des Sozialismus, und der einem Text-Puzzle möglichen konsistenten Form ausdrückte, war auch der Verfasser nicht unberührt. Er hatte dies in einer entsprechenden Rezension in der damaligen DVZ noch im Herbst 1989 ausgedrückt. Haug sah in der Perestroika den Übergang zu einem High-Tech-Sozialismus und in einer in ihrer Handlungsfähigkeit erneuerten KPdSU ihren unverzichtbaren Träger.

## Parteiführungen als Subjekte im Staatssozialismus

Da die Politik Gorbatschows mit solch großen Vorschußlorbeeren und Hoffnungen verbunden wurde, wie selten eine sozialistische Richtung zuvor, und da Ausmaß und Folgen ihres Versagens kaum historische Analogien finden, liegt eine Personalisierung der Geschichte nahe, wenn man die Rolle der Person aus dem Kontext der Zeit und der Gesellschaft, in der sie agierte, herauslöst. Ohne die innere Kenntnis der Konstellationen neigt der Betrachter sicher auch dazu, die Rolle der Personen, mit deren Gesicht und Namen die Politik dann in die Öffentlichkeit tritt, zu überhöhen. Aber die Kritik an der Politik muß sich immer auch an Personen halten. Die Politik als Ebene der gesellschaftlichen Realität, wo Menschen, Parteien, Staaten usw. im Kampf um die Macht und die Gestaltung der gesellschaftlichen Verhältnisse reagieren und agieren, kann keinesfalls aus einer materialistischen Analyse ausgespart werden. So sehr die Akteure auch immer nur auf der Grundlage und im Rahmen von ihnen vorgefundener Verhältnisse antreten und handeln können, so wenig kann ihre Aktion nur als Vollzug von in den Verhältnissen eingeschriebenen Zwängen aufgefaßt werden. Scheitern sie, dann kann die Schuld nicht in den Verhältnissen gesucht werden. Die Kritik muß sich dann vielmehr auf die politischen Konzeptionen beziehen, die die Verhältnisse als objektive Grundlagen und Ausgangsbedingungen nicht zutreffend erkannten und auf die Politik und ihre Akteure, die es nicht vermochten, Verhältnisse und Prozesse in ihrem Interesse zu beeinflussen. In diesem Sinne tragen Politiker auch Verantwortung für die Entwicklung und für jene, als deren Vertreter sie angetreten sind und agieren. In diesem Sinne muß auch die Frage nach Verantwortung und Schuld Gorbatschows und der Gorbatschowisten für den Untergang des Sozialismus aufgeworfen werden. Eine solche Schuld ist politisch-historischer und dann auch politisch-moralischer Natur, wenn dem Versagen Verantwortungslosigkeit, Unfähigkeit, Überlaufen ins Lager der Gegner oder/und Verrat zugrunde liegen.

Der Einwand, damit verfallt man einer verschwörungstheoretischen Geschichtsbetrachtung, kann nicht verfangen, bleibt der subjektive Faktor doch ein Element des Gesamtprozesses. Der Verzicht auf diese Ebene der Betrachtung bedeutet vielmehr den Rückfall in eine deterministische oder ökonomistische Geschichtsauffassung, die den subjektiven Faktor negiert oder im Sinne des postmodernen Strukturalismus Subjekte des historischen Prozesses als irrelevant denunziert. Eine solche Argumentation von den immanenten Grundwidersprüchen und Defiziten des Realsozialismus erinnert an jene fatalistische Kapitalismuskritik, nach der die Entfaltung der antagonistischen und immanenten Widersprüche schon längst zum Zusammenbruch des Kapitalismus hätte führen müssen. Es wäre töricht, die Widersprüche zu leugnen. Aber sie bestimmen nicht allein den Gang der Dinge. Vielmehr müssen immer auch die Gegendenden und die Vielfalt

anderer einwirkender Faktoren beachtet werden. Der Kapitalismus hat als Gesellschaftssystem bekanntlich nicht nur einmal Bruchzonen zu durchschreiten gehabt, in denen sein Untergang unabänderlich schien und auch von der Mehrheit des Volkes gewollt wurde. Ohne die Beachtung der subjektiven Faktoren wäre jedoch weder die Möglichkeit seiner revolutionären Überwindung noch seiner weiteren Existenzhaltung per Reform und Integration zu verstehen gewesen. Will man also die Geschichtsbetrachtung nicht zu einer Apologie der Macht des Faktischen machen, muß dieser Ansatz auch für die Ursachenanalyse des Untergangs des Sozialismus angewendet werden.

Wenn man zuspitzen will, dann kann man die Frage stellen, ob die UdSSR, der Warschauer Pakt, der RGW und die DDR heute noch existieren würden, hätte sich 1985 auf dem Aprilplenium des ZK der KPdSU anstatt Gorbatschow, der vom Politbüro im März mit nur einer Stimme Mehrheit nominiert worden sein soll, Grigori Romanow, der Leningrader Parteisekretär und Verantwortliche für die Rüstungswirtschaft, oder Viktor Grischin, der Moskauer Parteichef, durchgesetzt, die als personelle Alternativen zur Debatte standen. Mit großer Wahrscheinlichkeit "ja", aber die Antwort muß genauso spekulativ bleiben, wie jene auf die Frage, ob die russische Revolution auch ohne Lenin gesiegt und zur Errichtung der UdSSR geführt hätte oder ob bei einem frühen Tod Napoleons ein anderer Revolutionsgeneral seine historische Rolle genauso wahrgenommen hätte oder ob alles ganz anders gekommen wäre. Im Falle der Entscheidung des Aprilplenums 1985 wäre es klar gewesen, daß auch andere Generalsekretäre um eine Politik der inneren Reform und eine Außenpolitik der Frontbegradigung der überdehnten Weltmacht über kurz oder lang nicht herumgekommen wären. Aber sie hätten sich dabei anderer Mittel bedienen und andere Wege beschreiten können, die nicht wie bei Gorbatschow im Untergang hätten enden müssen.

Diese Spekulation ist nicht ganz müßig, lenkt sie die Aufmerksamkeit doch auf die Untersuchung der Rolle von Persönlichkeiten, Richtungen, Führungsgruppen in der Geschichte. Große geschichtliche Prozesse haben ihre Ursachen nie in ihnen und sie erweisen sich auch längerfristig nicht als das bestimmende Moment. Aber sie bestimmen hier und heute über die im Rahmen der gegebenen Verhältnisse realisierte Möglichkeit, also ob der Kurs fünf Grad nach rechts oder nach links gesteuert wird. Dies wiederum prägt die Ausgangsbedingungen von morgen usw. In Krisensituationen kann die Bedeutung ihrer Handlungen oder Unterlassungen ungemein wachsen. Sie können den Schneeball den Hang hinunterwerfen, der dann zur nicht mehr kontrollierbaren und alles niederreißenden Lawine wird, oder sie können es lassen und dafür sorgen, daß dies bei Lawinengefahr unterbleibt.

Vielleicht ist die sarkastische Anmerkung des konservativen Historikers Sebastian Haffner etwas übertrieben, wenn er seine Verachtung Gor-

batschows damit begründet, daß dieser in sechs Jahren ohne Zwang und mit den bekannten Konsequenzen eine Weltmacht auf Null gebracht habe<sup>3</sup>. Aber zweifellos enthält sie einen richtigen Kern. Doch ist auch der Einwand richtig, daß ein historisch derart beispielloser "Erfolg" einer maroden Bühne und eines demoralisierten Publikums bedurfte. Denn die Geschichte hat mit Gorbatschow die Groteske geliefert, daß zum Ende ein Parteisekretär seine eigene Partei auflöst - nur vergleichbar mit einem Papst, der die katholische Kirche annullieren und den Petersdom profanieren würde. Dies konnte nur möglich werden bei einem ebenfalls beispiellosen Grad politisch-moralischer Zersetzung der früheren kommunistischen Partei und ihrer Führungsschichten.

Dabei ist zu berücksichtigen, daß sich die realsozialistischen Gesellschaften als politisch formierte Gesellschaften konstituierten, deren Willensbildung sich vor allem über die Verflechtungsstrukturen von Staat und Partei mit einer Zentralisierung an der hierarchischen Spitze vollzog. Es versteht sich, daß dem Generalsekretär der Partei als personeller Spitze des Systems, beachtet man zudem die reale Verfaßtheit und kulturelle Tradition der russisch-sowjetischen Gesellschaft, schon qua Amt eine große Autorität und ein außerordentliches Eingriffspotential in die politischen und gesellschaftlichen Prozesse zu Gebote standen. In bürgerlich-kapitalistischen Gesellschaften kommt demgegenüber unter normalen Bedingungen den Interessen der ökonomischen Sphäre und der ökonomisch herrschenden Klasse das entscheidende Gewicht zu. Darüber baut sich die Arbeitsteilung zwischen ökonomisch und politisch herrschender Klasse auf und im Rahmen der institutionellen Gewaltenteilung eine relative Autonomie von Führungsgruppen bestimmter Teilbereiche und Apparate des Staates und des öffentlichen Lebens, die im Falle gesellschaftlicher Krisen als gestaffeltes Verteidigungssystem fungieren. Deshalb ist selbst in Präsidialsystemen mit starker Machtkonzentration oder sogar in autoritär-diktatorischen Regimen die reale Macht der politischen Spitze gegenüber jener der Führungsgruppen im früheren Realsozialismus begrenzt. Dieser Sachverhalt sei deshalb angeführt, um die reale Einflußmöglichkeit des Generalsekretärs einer Weltmacht realsozialistischen Zuschnitts, aber auch die extreme Anfälligkeit eines solchen Systems gegenüber politisch-ideologischen Krisen, die das Zentrum erreichen, zu verdeutlichen. Die Definition und Wahrnehmung der Systeminteressen erfolgt hier ja nicht über die Verlängerung der Privatinteressen, sondern über in gewissem Maße auch theoretisch bestimmte Ideologien, die Entwicklungsziele und Werte dieser Gesellschaften ausdrücken. Im Unterschied zur bürgerlichen Gesellschaft spielen für die Handlungsorientierung der Spitze hier Theorien, Ideologien, Mentalitäten usw. eine bedeutend größere Rolle. Wenn nach der Verantwortung des Gorbatschowismus gefragt wird, dann kann dieser Umstand nicht umgangen werden.

<sup>3</sup> Zitiert bei Peter Glotz, Die Linke nach dem Sieg des Westens, Stuttgart 1992, S.23.

## Die Generation des XX. Parteitages als soziales Milieu des Gorbatschowismus

Das Aprilplenium 1985 hatte nach dem kurzen Moment des schon altersschwachen Tschernenko und dessen Ableben den personellen Wechsel zu einer neuen Generation von Sowjetführern vollzogen, die meist in der Provinz herangewachsen waren, denen der reale Zustand des Landes gut vertraut war, die in ihrem geistigen Profil ein Spiegel der Sowjetgesellschaft waren. Diese Generation der 1985 50- bis 60jährigen hat sich selbst als die Generation des XX. Parteitages von 1956 gesehen<sup>4</sup> und hat wohl nie den durch die Enthüllungen Chruschtschows herbeigeführten politisch-moralischen Bruch, soweit ihr Sensibilität nicht abging, überwunden.

Ihre Angehörigen hatten den Krieg und den Sieg noch als sehr junge Menschen erlebt und waren im Banne des Personenkults um Stalin groß geworden. Als Enkeln der Oktoberrevolution fehlte dieser Generation die eigene revolutionäre Erfahrung und ein antikapitalistischer und antiimperialistischer Standpunkt, der im Leben gewonnen und nicht in karrierefördernden Seminaren adaptiert worden wäre. Wie die Biographien zeigen, kam ein großer Teil dieser Führer auch nicht aus dem Milieu der strikten Parteigänger der Revolution und des sozialistischen Aufbaus. Gorbatschow und Jakowlew z.B. hatten gerade in der letzten Phase immer häufiger die Repressionsopfer der eigenen Familien beklagt. Aus der bäuerlichen Herkunft und Sozialisation rührt wohl auch der naive Wunderglaube dieser spätsowjetischen Führer an Privateigentum und Markt, den sie in ihren Reden und Verlautbarungen bezeugten. In der Krisen- und Zerfallsperiode stellt sich über diese Mentalität ein eigenartiger Konsens mit den Opfern und Unterlegenen von gestern und ihren Nachkommen her, die zunehmend das öffentliche Klima der Sowjetunion dominierten. Hieraus läßt sich auch das nahezu widerstandslose und unreflektierte Hinübergleiten in das Lager des Antisozialismus und die herostratische Verblendung im Kampf gegen die kommunistischen Konservativen bzw. jene, denen dieses Etikett angeheftet worden war, erklären.

Offensichtlich hat der nahezu ein halbes Jahrhundert oktroyierte ideologische Zwangskonsens die sowjetische Gesellschaft daran gehindert, ihre Vergangenheit rational zu bewältigen, wie es bei anderen großen Nationen der Fall war, die ebenfalls die despotischen und terroristischen Schrecken ihrer Geburt zu verarbeiten hatten. Vielmehr überleben alle antisozialistischen Positionen und Anklagen gewissermaßen abgekapselt und tiefgefroren, um im Klima von Glasnost wieder aufzutauen und zum Leben zurückzufinden. Das gilt selbst für den alten Adel und seine Riten. Vor allem bei den früher systemkonformen Intellektuellen kommt es zu einer Umpolung des früheren metaphysischen Dialektikmodells und die Vergottung des So-

<sup>4</sup> Entwicklung und Profil dieser Generation werden gut gezeichnet bei: Fjodor Burlatzki, Chruschtschow. Ein politisches Porträt, Düsseldorf 1990.

zialismus weicht der Verteufelung. Der Sturz aus dem Himmel endet nicht auf der Erde, sondern in der Hölle. Das entspricht auch den aus der Tradition kommenden Moralisierungsmustern des Literatur- und Kunstbetriebs, deren Protagonisten nun ebenfalls die Farben wechseln.

Diese Generation hatte als Kompensation der Demontage Stalins die Versprechungen Chruschtschows vom Einholen des Kapitalismus in einer kurzen Frist adaptiert - ein Glaubenskanon der materiellen Wohlfahrt und kaum verhüllter konsumistischer Orientierungen, der dann angesichts des Unvermögens, dieses Programm zu realisieren, in haltlosem Pragmatismus zerlief. Nicht zu vergessen ist auch, daß diese Generation schon unmittelbar Produkt des sowjetischen höheren Bildungssystems war und nicht mehr wie die Leute um Breschnew in einfachen Arbeiter- und technischen Berufen und im unmittelbaren Kontakt mit der Arbeiterklasse groß geworden war. Sie hatte von vornherein einen höheren Stand an Bildung und Kenntnissen. Aber gleichzeitig war auch die Härte der ideologischen Doktrinen aufgeweicht und als Maßstab der Sowjetgesellschaft gingen mehr und mehr die in der vergangenen Rückständigkeit und Unterdrückung liegenden Bezugspunkte verloren. Bekanntlich mußte einst die sowjetische Führung im Kampf gegen den deutschen Faschismus und dessen rassistisch-zivilisatorische Herrschaftsansprüche alle Register der nationalen Selbstbelobigung ziehen, um das tiefverwurzelte Unterlegenheitsbewußtsein zu brechen, wozu dann vor allem die Untaten und die Niederlage der "Herrenmenschen" beitrugen. Die abgerissenen deutschen Gefangeneneheere 1945 auf den Straßen Moskaus wird wohl kein Russe oder Sowjetbürger dieser Generation vergessen haben.

Aber die Sowjetunion blieb nur eine Weltmacht, die stark durch ihr Militär, ihre zentralistisch-administrative Organisation und die Opferbereitschaft ihrer Völker war, nicht aber durch eine überlegene Wirtschaft, Lebensweise, Kultur oder Zivilisation ihre Ansprüche abstützen konnte. Gleichwohl formten sich nun die Selbstvorstellung und die davon abgeleiteten Erwartungen und Ansprüche durch die ideologische Selbstdarstellung als Supermacht und Fortschrittslokomotive. Mit den neuen Maßstäben gerieten auch die alten Legitimationsmuster in die Krise.<sup>5</sup> Gorbatschow griff dieses Thema immer wieder auf und versuchte seinen Mitbürgern nahezubringen, daß ihnen angesichts ihrer Bildung und Qualifikation und des immensen Naturreichtums des Landes auch eine Spitzenstellung im Lebensstandard zukommen müsse, was mit einer strikten Abkehr

<sup>5</sup> Auf die Legitimationskrise als Vehikel des Zerfalls und Untergangs hat schon relativ früh im Herbst 1990 aufmerksam gemacht: Michael Reimann, Die Krise in Mittel-Osteuropa, in: Rolf Reißig u.a. (Hrg.), Das Ende eines Experiments, Berlin 1991, S.61 ff. Seine Warnung vor allem an seine ostdeutschen Kollegen, in den systembedingten Defiziten nicht die alleinige Ursache des Zusammenbruchs zu sehen, sondern auch die ererbte und nach wie vor vorhandene Rückständigkeit im Auge zu behalten, hat sich inzwischen eindrucksvoll bestätigt. Mehr noch, die tradierte Rückständigkeit schlägt nun wieder voll durch und macht alle Illusionen auf den Anschluß an das Niveau des Metropolenkapitalismus, die mit dem Systemwechsel verbunden wurden, hinfällig.

von dem System der Vergangenheit und dem Übergang zur Marktwirtschaft relativ kurzfristig zu erreichen sei.

Die Generation des XX. Parteitages wuchs in den 60er und 70er Jahren auch in die Nomenklatura hinein, der es vorbehalten war, die Fühler nach dem Westen auszustrecken. Das Kulturschockerlebnis, das jeder Westeuropäer beim ersten Besuch der Städte Rußlands, ganz zu schweigen vom flachen Land oder den Provinzstädten zu bewältigen hatte, war für den westbesuchenden Russen in umgekehrter Aufladung zu verarbeiten. Die glitzernden Einkaufsmeilen erschienen ihm als vorweggenommene, aber den Russen vorenthaltene Fülle des Konsum-Kommunismus und ließen antikapitalistische Kritik zu Leerformeln degenerieren. Der Glanz der Warenfülle bestimmte so zunehmend das Kapitalismusbild der sowjetischen "Elite". Aber es darf nicht übersehen werden, daß dem Besucher aus der fernen sowjetischen Provinz oder aus den Nachbarländern des Südens und Ostens die Hauptstadt Moskau immer schon als realisierte sozialistische Verheißung erschien und hieraus das zerrissene Selbstwertgefühl der russischen Bildungs- und Führungsschichten zu erklären ist. Es ist dies faktisch eine alte historische Konstante Rußlands als eurasischer Macht.

Die Generation des XX. Parteitages ist das hauptsächliche soziale Milieu, aus dem sich die Anhänger des Gorbatschowismus rekrutierten. Insofern ist ihr sozialpsychologisches Profil wichtig für das Verständnis des Gorbatschowismus.

### Die verfehlt Aufgabe

In den ersten Jahren der Amtsführung Gorbatschows taucht der Begriff Krise für die Zustandsbeschreibung der sowjetischen Gesellschaft noch nicht auf. Dies lag nicht an ideologischen Scheuklappen der Akteure. Real waren jedoch die Symptome einer überforderten Weltmacht, deren Rüstungsbelastung immer stärker zum Hindernis für einen Breitendurchbruch der wissenschaftlich-technischen Revolution wurde. Das Land brauchte neue Anstöße zur Überwindung von sich ausbreitender Lethargie und Stagnation und es benötigte vor allem ein Konzept, wie die Tendenz abnehmender Zuwachs- und Effektivitätsraten wieder umgekehrt werden könne.

Freilich erscheint schon Anfang der 80er Jahre, also noch unter Breschnew, das polnische Menetekel an der Wand. Es signalisierte die Entfremdung der polnischen Arbeiterklasse vom Sozialismus und vor allem den totalen Hegemonieverlust der Kommunisten. Die Macht lag faktisch in den Händen des Klerus und der prowestlichen und prokapitalistischen Opposition, gesteuert durch die polnische Emigration in den USA und Westeuropa. Vor allem aber, es sind keine Konzepte in Sicht, wie diese Krise im Sinne des Sozialismus hätte gelöst werden können, es sei denn, das gesamte sozialistische Lager wäre von einer neuen Militanz erfaßt worden und hätte die Kraft zu einer großen Offensive, die auch eine

neue Eiszeit mit dem Westen in Kauf genommen hätte, gefunden. Statt der Politik des Ausgleichs mit den USA und Westeuropa hätte die Erneuerung des Bündnisses mit China und den Entwicklungsländern gesucht werden müssen. Für eine solche Wende gab es aber in der kommunistischen Bewegung schon damals keine Basis mehr - noch viel weniger später in der Periode der Existenzkrise. So erfüllte sich das polnische Menetekel schon knapp ein Jahrzehnt später.

Nach allem, was über die inneren Verhältnisse der UdSSR jener Jahre bekannt geworden ist, sind sie mit jenen Polens nicht zu vergleichen. Es sind keine Massenbewegungen, die zur Inthronisierung einer Reformführung nötigen, sondern nüchterne Kalküle der Führungsspitze. Und so kommen dann auch keine in Kämpfen groß gewordenen und gehärteten Reformkommunisten, die Kommunisten und Reformen in einem gewesen wären, wie vielleicht noch Juri Andropow, in die Führungsverantwortung, noch viel weniger Dissidenten, sondern Männer des Apparates, die in Erfüllung seiner Anforderungen und in Adaption seiner Normen nach oben gerückt waren.<sup>6</sup> Als Hauptfeind wird das Beharrungsvermögen der Gesellschaft geortet - im Verhältnis zu jener Mobilisierung, die erforderlich gewesen wäre, die Kluft zu den Ländern des entwickelten Kapitalismus wieder zu verringern. Daran hing schließlich Tragfähigkeit und Glaubwürdigkeit des sozialistischen Gesellschaftskonzepts im Systemwettbewerb.

Nach Lage der Dinge bestand die historische Aufgabe der Gorbatschow-Führung darin, Entwicklungsblockaden aufzubrechen und eine noch verdeckte Zwischenkrise des Systems mit den einer sozialistischen Gesellschaft des sowjetischen Typs zu Gebote stehenden Mitteln und Möglichkeiten zu lösen. Perestrojka und Glasnost brachten die versteinerten Verhältnisse tatsächlich zum Tanzen, aber die drehten sich mehr und mehr um das goldene Kalb, um dann in Trance zu verfallen und an diesem Altar zusammenzubrechen. Unter den Händen der Gorbatschowisten wurde die Zwischenkrise nicht zur Katharsis eines demokratisch erneuerten High-Tech-Sozialismus, sondern zum Durchgangspunkt in die Existenzkrise und den Untergang. Inzwischen ist vielfach festgestellt worden, daß zu den Momenten des subjektiven Versagens auch das Fehlen einer dialektischen Entwicklungstheorie der sozialistischen Gesellschaft gehört, in der die Probleme von Krisen, Umbrüchen usw. hinreichend thematisiert worden wären. Da dies nicht der Fall war, die traditionalistischen Lesarten der sozialistischen Theorie aber aufgebraucht waren, orientierte sich das Führungspersonal an naiven Analogien mit den Ländern des Metropolenkapitalismus und schließlich an deren politischen und ökonomischen Doktrinen und verlor damit in jeder Hinsicht den Blick auf die systemimmanenten Erfordernisse und Möglichkeiten und vor allem auf die Gefahrenzonen. Es glich mehr und mehr Leuten in einem großen Labor, die tödliche Bakte-

<sup>6</sup> So wird auch Gorbatschow noch von einem seiner ersten Biographen, Zhores Medwedjew, gesehen (vgl. Der Generalsekretär, Neuwied 1987 (London 1986)).

rien und Agenzien in Umlauf brachten - im Glauben, es handele sich um Mittel zur Kreislaufbelebung.

Wenn der Gorbatschow-Führung auch zugestanden werden muß, daß sie gezwungen war, ernsthafte Maßnahmen der Frontbegradigung der überdehnten Weltmacht durchzuführen, so war nach Lage der Ausgangsbedingungen damit jedoch nicht die zwanghafte Ingangsetzung jenes Automatismus verbunden, der dann zur Totalkapitulation vor dem Systemantagonisten, dem Imperialismus, geführt hat und die Sowjetunion bzw. Rußland in die außenpolitische Subalternität zurückstieß. Für eine entschlossene Führung mit einem realistischen Verständnis der Welt wären in jeder Phase eine Vielzahl von Verteidigungsmöglichkeiten gegeben gewesen. Aber gerade dieses realistische Verständnis war dem Gorbatschowismus mit dem Übergang zum sogenannten neuen Denken abhanden gekommen.<sup>7</sup> Dieses muß heute in zurückhaltender Umschreibung als inadäquater Reflex auf die Probleme der Welt, der Supermacht UdSSR und des damaligen sozialistischen Systems gesehen werden.

Dem neuen Denken entsprang eine illusionäre Sicht auf die internationalen Verhältnisse und Prozesse, die sich dann mit gleichen Formeln auch auf die innergesellschaftlichen Probleme übertrug. Die Gorbatschowisten wähten sich als die Gestalter einer neuen Welt und waren doch nur die faktischen Abbruchunternehmer einer Weltmacht und eines nichtkapitalistischen Gesellschaftssystems. In diesen Kontext müssen auch die Konzepte von den globalen Problemen und der Zivilisationskrise gestellt werden. Ihnen kommt zweifellos im Rahmen einer materialistischen Analyse heute eine wichtige Bedeutung zu, die hier nicht in Frage gestellt werden soll. Was aber nicht umgangen werden kann, das ist der Umstand, daß sie für das sogenannte neue Denken zu Flucht- und Ausweichstrecken vor den machtpolitischen Strukturen und Antagonismen der realen Welt und insbesondere der innergesellschaftlichen Verhältnisse wurden. Unter diesen Bedingungen können aber diskursiv angelegte Lösungsstrategien nicht verfangen. Sie führen in der Praxis zur Demobilisierung der eigenen Anhängerschaft und zum Abbau der eigenen realen politischen Eingriffsfähigkeit. Mit dem Konzept der Zivilisationskrise, wie es in der Umgebung Gorbatschows propagiert wurde, erhielt die Krise des sozialistischen Systems einen allgemeineren Anstrich und aus dem Abbruch konnte noch die Illusion gewonnen werden, daß es nun auch die Gegenseite ereilen werde. Aber die Krise des kapitalistischen Systems ist anderer Natur als es jene des Sozialismus war. Zu ihrer Erhellung vermag das Konzept der Zivilisationskrise nur wenig beizusteuern.

Gorbatschow führt immer wieder als Konsequenz eines militärischen Abblockens und Eingreifens das große Blutbad oder die atomare Konfronta-

<sup>7</sup> Vgl. hierzu: Heinz Jung, Gorbatschowismus, "neues Denken" und die Realität, in: Z-5 (März 1991), S.108 ff.; Jürgen Reusch, Das neue Denken. Rückblick auf ein historisches Intermezzo, in: Z-10 (Juni 1992), S.88 ff.

tion mit der NATO an. Den Hintergrund für das moralische Entsetzen und Zurückschrecken vor einer solchen Konfrontation stellt die düster ausgemalte Selbstvernichtungsfähigkeit der Menschheit, als von Gorbatschow herausgestelltes entscheidendes Kennzeichen der neuen Situation, dar. Dies ist in der Tat die Realität seit Ende der 40er Jahre, die sich mit den neuen Waffensystemen zweifellos dramatisch zuspitzte. Der Ausweg war jedoch nicht der einseitige Ausstieg, sondern das beiderseitige Zurückfahren. Einseitiger Gewaltverzicht im Rahmen von Machtverhältnissen muß immer zum Zusammenbruch der verzichtenden Seite führen. Das gilt selbst für demokratisch legitimierte Machtverhältnisse, wenn sie unter Außendruck kommen. Die Haltung des Gewaltverzichts, mitunter auch als Verzicht auf Klassenkampf deklariert, führte zwar zum weitgehend gewaltlosen Abbruch des Sowjetsystems, bei weitem jedoch nicht zu gewaltfreien Verhältnissen. Darauf verweisen die heutigen Realitäten auf dem Territorium der früheren UdSSR, auf dem sich täglich mehr Menschen in ethnischen Konflikten umbringen als früher in Jahren und Jahrzehnten.

### Umwertung der Geschichte als Zerstörung des kollektiven Gedächtnisses

Die Zerstörung der KPdSU und der UdSSR wäre nicht denkbar gewesen, ohne die totale Umbewertung der Geschichte und ohne die Zersetzung des kollektiven Gedächtnisses der Träger des sozialistischen Regimes und damit ihrer politisch-moralischen Identität. Dieses Werk wurde mit Glasnost, d.h. der Konstituierung einer zuerst parteiunabhängigen und dann parteifeindlichen Öffentlichkeit, also einer vor allem durch die Massenmedien und die Intelligenz gebildeten Institution, in Gang gesetzt. Es tat seine Arbeit in einem Publikum, das es gewöhnt war, jede "von oben" veröffentlichte Meinung als amtlich und als Verhaltensvorgabe anzusehen. Wäre die KPdSU freilich als Partei des Sozialismus auch eine Partei mit innerparteilichen demokratischen Strukturen gewesen, hätte eine andere Bewältigung möglich sein können. So kommt es zu dem beispiellosen Phänomen, daß mit einer tendenziösen Enthüllung von Ereignissen, die 40 und mehr Jahre zurücklagen, ein politisch-moralischer Zerstörungsprozeß in Gang kam, an dessen Ende die Einstufung der KPdSU als kriminelle Vereinigung stand - unter geistigen Anleihen der Jelzin-Leute beim Karlsruher KPD-Verbotsprozeß von 1956. Von der Endphase bis zur Gegenwart beherrschen geistige Subalternität, um nicht zu sagen Servilität, gegenüber der antikomunistischen Ideologie des Westens ohnehin die veröffentlichte Meinung in den Zentren Rußlands. Bei der Erklärung der Wirkung der Enthüllungen könnte man sich des Vergleichs der Wirkung von Filmen über das Sexualleben ihrer Eltern auf in Prüderie erzogene Heranwachsende bedienen. Auch dies müßte zur totalen Erschütterung der moralischen Glaubwürdigkeit führen.

Damit sollen keinesfalls die vorgefallenen Verbrechen verniedlicht oder postum legitimiert werden. Aber wie andere historische Erscheinungen können sie nur aus ihrer Zeit heraus erklärt werden. Wenn dies richtig ist, dann hat dies auch für die personale Diktatur Stalins, die Massenrepressionen der 30er Jahre, die sowjetische Kriegsführung im zweiten Weltkrieg, den Umgang mit Kollaborateuren usw. zu gelten. Der amerikanische Imperialismus sieht das Verbrechen von Hiroshima und Nagasaki noch nicht einmal als Flecken auf der weißen Weste an. Das deutsche Monopolkapital hat trotz Auschwitz und dem Holocaust an den Juden überlebt. Der Algerien-Krieg hindert die französische Bourgeoisie nicht an Selbstgerechtigkeit usw.usf. Und selbst dem Lager- und GULAG-System in der UdSSR muß der Umgang mit den Unangepaßten und "Disfunktionalen" in Ländern vergleichbaren Entwicklungsniveaus, ja selbst in den USA entgegengehalten werden. Der kalte Malthusianismus der Marktwirtschaft kennt keine Statistik. Die Opfer des kapitalistischen Entwicklungsweges erscheinen als natürliche Opfer des Gangs der Dinge.

Allerdings ist es richtig, daß Mord und Totschlag nicht dadurch relativiert werden sollten - der Opfer und der Beleidigung des Menschen schlechthin wegen -, daß man darauf verweist, daß sie bisher die menschliche Geschichte von Anfang an begleitet haben. Aber würden wir darauf verzichten, Gewalt, Repression, Ausbeutung, Verbrechen aus den jeweiligen historischen Verhältnissen zu erklären, dann müßten wir nahezu alle großen Geister der Menschheitsgeschichte der stillschweigenden Duldung, Unterstützung und Parteigängerschaft von Verbrecherregimes bezichtigen.

Da sie nicht, wie die Männer um Chruschtschow, in die Stalinära verstrickt war, hätte die Generation des XX. Parteitages die große Chance zur tatsächlichen Bewältigung und Aufarbeitung der Geschichte gehabt. Aber sie erwies sich in ihrer Prägung durch eine moralisierende Geschichtsbeachtung nach Maßstäben einer hehren Selbstdarstellung des Sozialismus, die in der Praxis, da sie ja nicht Kriterien des Handelns liefern konnten, durch einen prinzipienlosen Pragmatismus kompensiert wurden, als geistig der Aufgabe nicht gewachsen. Sie wurde faktisch der Getriebene der Enthüllungs- und Demontagekampagnen, setzte sie aber prinzipienlos als Mittel des Kampfes gegen die Konservativen ein. Damit zerstörte sie aber die politisch-moralische Basis jeder in einem positiven Verhältnis zur Oktoberrevolution, zur Sowjetgesellschaft und zum Sozialismus stehenden Strömung und damit auch jene des Gorbatschowismus, solange er sich noch als sozialistische Strömung in diesem Sinne verstand.

Der nun als Antistalinismus bewältigte Stalinismus breitete sich wie ein Fettfleck über die Geschichte der UdSSR, der KPdSU und der kommunistischen Bewegung aus. Die Logik, die dieser Position innewohnt, konnte vor Lenin und der Oktoberrevolution nicht Halt machen, sondern mußte ihre Anklagen auf den Marxismus als einer Irrlehre ausdehnen, die den Verbrechen und dem verbrecherischen System der auf die Erde geholten

Utopie zugrunde gelegen haben mußte. In der Schlußphase geht z.B. Gorbatschow völlig auf von der Totalitarismus-Doktrin getragene Interpretationen der sowjetischen Geschichte und Gesellschaft über, die mit mythologisierten Demokratievorstellungen flankiert wurden, denen abhanden gekommen ist, daß Demokratie etwas mit Organisierung von Macht und Herrschaft und dem Kampf unterschiedlicher Interessen zu tun hat und nicht mit einem neuen Garten Eden zu verwechseln ist.

### Die ideologisch-politische Metamorphose

Gorbatschow nimmt heute für sich in Anspruch, mit Vertrauten wie Jakowlew, Schewardnadse usw. sukzessive zur Einsicht gelangt zu sein, daß der Staatssozialismus nicht reformierbar sei und deshalb habe zerstört werden müssen. Es habe sich aber noch nicht einmal um Staatssozialismus gehandelt, sondern um ein stalinistisches Modell von Totalitarismus. Im gleichen Atemzug stellt er sich noch, im Unterschied zu seinen früheren Partnern, als Sozialisten dar. Dies erschwert wohl nach wie vor nicht wenigen seiner früheren Anhänger die realistische Einschätzung und Trennung. Aber sein Sozialismus reduziert sich auf jenes Grundwerteverständnis, das bei der Sozialdemokratie schon längere Zeit vorherrschende Lehrmeinung ist. Es geht nicht mehr um sozialökonomische Strukturen und eine andere Gesellschaftsformation. Die Verbindung zum klassischen Sozialismusverständnis ist gekappt.

Wahrscheinlich kommt es der Wahrheit am nächsten, Gorbatschow als gegenüber dem jeweiligen Zeitgeist nachgiebigen Pragmatiker zu verstehen. Sein Zentrismus in der Politik wird nicht durch eine zentristische Position in der Theorie abgestützt. Hier gibt er sich schon relativ früh als Mann der rechtskommunistischen Tradition zu verstehen, die vor allem den von Stalin ermordeten kommunistischen Theoretiker und Kampfgefährten Lenins, Nikolai Bucharin, für sich in Anspruch nimmt und ihn als in der Tradition Lenins stehende, historisch aber nicht zum Zug gekommene und unterdrückte Alternative zu Stalin interpretiert. Aber der springende Punkt bei Lenins Neuer Ökonomischen Politik (NÖP) ebenso wie bei Bucharins Langzeitkonzept einer sozialistischen Transformation und wie dann auch bei der Anwendung in der VR China seit den 70er/80er Jahren war und ist die starke proletarische Staatsmacht, die die "Kommandohöhen" fest besetzt hält. Aber gerade dies wurde von den Gorbatschowisten in den Wind geschlagen. Die Uminterpretation Lenins, anknüpfend an fragmentarische Äußerungen seiner letzten Lebensperiode, zu einem nicht mehr zum Zuge gekommenen Grundwertesozialisten ließ nicht lange auf sich warten. Von da war es dann auch nicht mehr weit zum offenen Übergang auf sozialdemokratische Positionen - im heutigen Verständnis. Aber selbst diese wurden unter dem Druck der antisozialistischen Woge und des Legitimationszwangs für die Politik der kapitalistischen Restauration so weit zurück ge-

nommen, daß man sie am rechten Rand der westeuropäischen Sozialdemokratie oder im Lager der bürgerlichen Sozialreform ansiedeln müßte.

Waren anfangs bürgerliche Staatsmänner und Politiker noch durch das Erscheinungsbild des dynamischen sozialistischen Reformators irritiert, fanden sie doch recht schnell zur Einschätzung, daß dies nur die Firmierung eines Unternehmens war, das zu einem grundlegenden Wandel der Sowjetgesellschaft führen mußte. Und seitdem setzten sie auf Gorbatschow. Auch innergesellschaftlich und im Rahmen der kommunistischen Bewegung hielt Gorbatschow den Platz des kommunistischen Erneuerers besetzt und konnte zumindest bis 1988 bzw. bis zur Verkündung eines sozialdemokratischen Konzepts und der Ausschaltung seiner innerparteilichen Kritiker die Mehrheit der Kommunisten und Kommunistinnen zu seiner Anhängerschaft zählen und zwar entgegen den nachgereichten Legenden auch in den Führungen kommunistischer Parteien und sozialistischer Staaten. Viele frühere Kommunisten, die den Zielen sozialer Gerechtigkeit und Solidarität verbunden blieben, konnten in der Orientierung an der Evolution des Generalsekretärs der KPdSU den Übergang zu sozialdemokratischen Positionen bruchlos mitvollziehen.

Heute kann kein Zweifel daran bestehen, daß dies in der Absicht Gorbatschows lag. Er beklagte die Ereignisse im August 1991 vor allem deshalb, weil die Überführung der KPdSU auf eine sozialdemokratische Plattform, wie sie für den Parteitag im Herbst 1991 vorgesehen war, nicht mehr möglich war. Man mag sich in diesem Zusammenhang auch daran erinnern, wie die Gorbatschow-Führung im Falle des Umbruchs in der DDR darauf setzte, daß die Sozialdemokratie das Erbe des alten Realsozialismus antreten und damit auch die Stunde der neuen weltweiten Fortschrittskoalition eingeläutet werden könne. In ihrer Sicht stand dem ja vor allem der Dogmatismus und Konservatismus im kommunistischen Lager entgegen. Dies erwies sich als Irrtum, weil die real wirkenden Kräfte und Tendenzen ignoriert worden waren und offensichtlich nicht der mindeste Begriff von einer kapitalistischen Restauration vorhanden war. Auch hier verstellte das neue Denken den Blick auf die Tatsachen. Dies setzte sich bis zum Ende der UdSSR fort. Der Zusammenbruch des Realsozialismus wurde nicht die Stunde der Sozialdemokratie, sondern auch sie wurde in den Strudel der epochalen Niederlage hineingezogen. Dies gilt auch für den Westen, weil mit dem Zusammenbruch des Realsozialismus und der Schwächung der kommunistischen Bewegung ein Grundpfeiler ihrer sozialreformerischen Vermittlungsrolle weggefallen ist. Diese neue Realität macht sich heute in der Krise des sozialdemokratischen Konzepts geltend. Wenn sie die Vermittlungs- und alternative Druckposition gleichzeitig ausüben wollte, müßte sie sich antikapitalistischen Kräften öffnen. Ohne dies wird sie wahrscheinlich so entbehrlich, wie sie das in den USA ist bzw. muß den Weg zur systemkonformen Zweitpartei zu Ende gehen.

Die Beziehung bzw. der Wechsel zwischen kommunistischem und sozialdemokratischem bzw. zwischen radikalem und gemäßigtem Flügel der Arbeiterbewegung war auf Dauer niemals eine Einbahnstraße. In dieser Hinsicht ist also die Metamorphose des Gorbatschowismus keine Überraschung. Überraschend ist nur das Tempo und die theoretische Reflexionslosigkeit. Behauptete der Reform- und Eurokommunismus Jahrzehnte einen theoretisch untermauerten sozialistischen Anspruch, so vollzog sich der Wandel des Gorbatschowismus über die Stufen Leninismus - Antialinismus - Rechtskommunismus - Linkssozialismus - Sozialdemokratismus - bürgerlicher Reformismus in theorielloser Banalität.

Nach dem August 1991 ist die Entwicklung in Rußland über Gorbatschow hinweggegangen. Seine wenig rühmlichen, aber gut dotierten Auftritte im Westen, bei denen die Abbruchdividende in klingende Münze umgesetzt wurde, zeigten ihn als Mann ohne Ehre. Wer von seinen Anhängern die Lektion von 1989/90 nicht lernen wollte und auch die Zuchtrute von 1991 ignorierte, konnte sich 1992 kaum der Scham entziehen. Das gilt aber auch für jene, die mit dieser Richtung gebrochen hatten. Die frontübergreifenden Männerfreundschaften und Agitationsdienste, so z.B. für den deutschen Kanzler Kohl, mußten selbst für Sozialdemokraten irritierend sein. Freilich muß zugute gehalten werden, daß es sich um den Ausdruck einer politischen Kultur Rußlands handelt, nach der das politische Geschäft erst mit Männer-, Duz- und Wodkafreundschaften das Gütesiegel erhält. So hat inzwischen schon Jelzin problemlos seine Rolle übernehmen können. Gorbatschow wird also zu realisieren haben, daß sich die nach außen getragenen Freundschaften mit den Großen der westlichen Welt kaum auf den Architekten einer besseren Welt bezogen, sondern der Flankierung eines gigantischen historischen Abbruchunternehmens galten. Dankbarkeit und Achtung eines Großteils seiner Landsleute und mehr noch seiner früheren Genossen wird er dafür nicht erwarten dürfen. Er wird ihnen, angesichts der heutigen Realität, als jener letzte Führer der Sowjetunion erscheinen müssen, der sein Land in den Abgrund und die größte soziale Katastrophe seiner jüngeren Geschichte gestoßen hat. Die Russen werden sich bei ihm jenes "falschen Dimitrius" erinnern, dessen Name mit den "großen Wirren" Rußlands an der Wende zum 17. Jahrhundert und seiner Auslieferung an das Ausland verbunden ist.<sup>8</sup> Aber auch damals ließ die Wiedergeburt nicht ewig auf sich warten.

<sup>8</sup> Gebildete Russen werden sich Alexander Puschkins "Boris Godunow" erinnern, in dem er den falschen Zaren Dimitri, der zum Instrument des polnischen Adels und Klerus geworden ist, zum polnischen Priester sagen läßt: "Mein würd'ger Pater, schwierig wird's nicht sein./ Ich kenne meines Volkes Geist genau./.../ Noch eh 'zwei Jahr' vergehn, des bin ich Bürge./ Wird Rußland und die ganze nördliche Kirche/ Des röm'schen Stuhles Hoheit anerkennen." Und sicher wird der eine oder andere auch den Führern von gestern den Trost des Paters zubilligen: " Uns zu verstellen vor der blöden Welt./ Wird oft für uns ein geistliches Gebot./ Die Menschen richten, was man sagt und tut./ Die Absicht aber sieht nur Gott allein."

*Julio Anguita González*

## Die Neue Linke Spaniens auf der Suche nach dem Eindeutigen<sup>1</sup>

Über die Neue Linke gab und gibt es seit Jahren unzählige Diskussionsforen, Vorträge, Debatten, Symposien usw. All die geistigen Energien, die dafür verbraucht werden, erinnern mich an Penelope, die von den Freiern bedrängte Gattin des Odysseus, die nachts wieder auflöste, was sie tagsüber gewebt hatte. So steuern die Politiker und Denker der Linken ständig Reflektionen und Überlegungen über die Neue Linke bei - es ist das Weben der Penelope. Aber danach, bei der konkreten und täglichen politischen Aktion wiederholen sie ein um das andere Mal die alten Vorschläge, die alten Inhalte und die alten Fehler - es ist das Auflösen der Penelope.

Deshalb habe ich diesen Vortrag "Die Suche nach dem Eindeutigen" genannt. Denn es ist eindeutig, daß wir in der Diagnose der Probleme der Welt, in der Beschreibung der neuen Phänomene und der Systematisierung der neuen Widersprüche alle übereinstimmen. Aber bei den Schlußfolgerungen, die die einen und die anderen ziehen, trennen uns beinahe Abgründe.

Es gibt nur wenige, die die Probleme klar sehen und die notwendigen praktischen Konsequenzen ziehen wollen angesichts einer Situation, die wir mit den folgenden vier Charakteristika beschreiben könnten:

- äußerst niedrige Bewertung der politischen Parteien bei der Bevölkerung;
- Mißtrauen und Entfremdung der Bevölkerung gegenüber allem, was sich als Politik oder deren Ausübung darstellt;
- Unverständnis und Unkenntnis der Debatten und der Fachsprache der Politik, die sich nur noch als Technik versteht;
- wachsende Entfremdung der Bevölkerung gegenüber den Institutionen.

Das jüngste und (im Juli 1992) naheliegendste Beispiel haben wir alle vor Augen: Alle politischen Kräfte unseres Landes stimmen in der Diagnose des Übels überein. Aber als ein günstiger Moment kam, wo man auf die eine oder andere Art handeln mußte, drückten sie sich oder weigerten sich sogar, eine öffentliche Kampagne zu starten, um die Verträge von

<sup>1</sup> Der hier abgedruckte Beitrag beruht auf dem Text eines Vortrages, den Julio Anguita González, Generalsekretär des PCE, der Kommunistischen Partei Spaniens, und "Coordinator General" der Vereinigten Linken, der Izquierda Unida, im Juli 1992 auf der Sommeruniversität von El Escorial gehalten hat. Er wurde uns freundlicherweise zur Verfügung gestellt und von der Z-Redaktion um den Gesamtkontext nicht berührende Passagen gekürzt. Wir veröffentlichten den Beitrag im Rahmen des Schwerpunktes dieser Ausgabe von Z, weil wir in ihm eine politische Antwort der marxistisch-kommunistischen Kräfte auf die neue Situation sehen.

Maastrich zu erklären, eine Kampagne, die in einem Referendum hätte gipfeln müssen.

Schon seit einiger Zeit haben Izquierda Unida (IU), die Vereinigte Linke<sup>2</sup>, und ich selbst auch auf vier grundlegende Eigenschaften der Neuen Linken aufmerksam gemacht:

1. Die Neue Linke bekennt sich bewußt und entschieden zum utopischen und systemüberwindenden Charakter ihrer Ziele. Die Linke ist per definitionem die beständige Negierung und Überwindung des Bestehenden. Negierung bedeutet die Weigerung, sich im Bestehenden einzurichten. Die Linke, so neu sie auch sein mag, kann nicht die linke Säule sein, die ein Gebäude stützt und rechtfertigt, das nicht das ihre ist. Deshalb übernimmt die Neue Linke als Erbe von der klassischen Linken:

- die soziale und kulturelle Emanzipation der Arbeitenden von der Herrschaft des Kapitals über ihre Arbeit und ihr Leben;
- die Emanzipation der Frauen als Geschlecht von der patriarchalischen Herrschaft der Männer;
- die Befreiung der armen Völker der Erde von der Herrschaft des Neokolonialismus;
- die Beseitigung jeder Form der Diskriminierung und Marginalisierung von alten Menschen, Kindern, Homosexuellen, benachteiligten Schichten, Immigranten usw.

Wenn wir diese unwiderruflichen Ziele der Linken in einem besonderen Dokument konkretisieren wollten, das universelle Zustimmung findet, könnten wir sagen, daß die Neue Linke als ihr Ziel die Durchsetzung der Deklaration der Menschenrechte der UNO von 1948 proklamiert.

Die Übernahme dieser Inhalte erfordert von der Linken in der gegenwärtigen Situation eine Anstrengung des Verstandes in der konkreten Politik. Sie stellt die Linke in Gegensatz zu Konzepten und Modellen, denen sie sich schon seit geraumer Zeit unterwirft: dem Markt und der Konkurrenz, dem Bruttosozialprodukt als Maßeinheit des menschlichen Fortschritts. Es geht gegen ein unkritisches Akzeptieren der Freiheit des Marktes als Element und Kern der Entwicklung der Gesellschaft in der Linken. Der Markt ist keine unsichtbare Hand, der den jeweiligen individuellen Nutzen, summiert als Gesamtheit der Marktbewegungen, in kollektiven Nutzen verwandelt. Der Markt ist vielmehr eine theoretische Abstraktion, ein komplexes Gebilde, in dem es nicht nur Kosten, Bedürfnisse, Mengen und Preise gibt, sondern auch soziale Beziehungen, Regeln der Verteilung, Konsum- und Rentabilitätsgewohnheiten, die mit den immanenten Mechanismen der kollektiven und institutionellen Legitimation den Raum für die Neuformulierung von Gesellschaftsmodellen beschneiden.

<sup>2</sup> Izquierda Unida, Vereinigte Linke, ist eine Bündnisorganisation, in der das PCE eine Hauptkraft darstellt und die auch als Wahlbündnis der Linken antritt. Der Begriff der Neuen Linken wird vom Verfasser in einem breiteren Kontext gebraucht.

Deshalb muß die Linke, wenn sie konsequent sein will, den Mythos des freien Marktes infrage stellen und durch die demokratische Planung der Ökonomie ersetzen, in der der Markt einige Funktionen übernimmt, aber unter der Bedingung, daß die Öffentlichkeit bei der Festlegung der Bedürfnisse, Prioritäten und Mechanismen interveniert. Bis zum Überdruß muß man wiederholen: Ein Ziel wie die Durchsetzung der Menschenrechte ist nicht vereinbar mit der kapitalistischen Marktlogik. Hier muß die Neue Linke ihre theoretischen Postulate konsequent verwirklichen.

An dieser Stelle ist auch die Auseinandersetzung mit gewissen Mythen der herrschenden ökonomischen Kultur aufzunehmen. Der Gipfel von Rio, die Berichte des Club of Rome und die Realität beweisen unwiderlegbar, daß das Bruttosozialprodukt auf keinen Fall der richtige Maßstab für die Entwicklung der Gesellschaft ist. Es setzt sich aus der Summe der Produktionsindizes zusammen und berücksichtigt in keiner Weise die Verteilung des produzierten Reichtums oder den Nutzen bzw. die Charakteristika des Produzierten. Die Herstellung von Waffen, der Drogenhandel, die Produktion für einen übersteigerten Konsumismus sind der "unschuldige" und "aseptische" Teil des Bruttosozialproduktes. Die Neue Linke muß verstehen, daß an seine Stelle ein Index der menschlichen Entwicklung (Indice de Desarrollo Humano, IDH) zu treten hätte.

Hieraus ergibt sich auch, daß die Neue Linke das darwinistische Element, das sich hinter dem Begriff Konkurrenz verbirgt, scharf kritisieren und ablehnen muß. Wenn man den Markt zum absoluten Gut erhoben und den Maßstab Bruttosozialprodukt zum Gott auserkoren hat, dann sind auch die Produktionskosten ein wesentlicher Faktor in der Auseinandersetzung zwischen Ländern und sozialen Klassen. Die Neue Linke kann deshalb nicht auf die wachsende Taiwanisierung unseres Landes, die zunehmenden prekären Arbeitsverhältnisse usw. verweisen, ohne die skizzierten Vorstellungen von Markt und Bruttosozialprodukt infrage zu stellen. Man kann, um konkret zu werden, nicht die Auswirkungen der Politik des spanischen Wirtschaftsministers Solchaga angreifen und gleichzeitig mit seinen grundlegenden Prinzipien übereinstimmen.

2. Das zweite charakteristische Kennzeichen der Definition der Neuen Linken ist ihre Pluralität. Auf keinen Fall kann man von einer Neuen Linken reden, wenn man sie mit einem einzigen Zentrum, mit einer Philosophie oder nur einer Organisation denkt. Die Neue Linke kann man nicht völlig neu konstituieren; und man kann sie nicht errichten, ohne die Befreiungsprojekte in sie zu integrieren, die in den letzten Jahrzehnten entstanden sind: die ökologische, die pazifistische, die feministische u.a. Bewegungen. Damit sei auch gesagt, daß sich die klassischen und traditionellen politischen Formationen der Kommunisten, Anarchisten und Sozialisten nicht nur theoretisch und politisch, sondern entsprechend den Bedürfnissen der Herausbildung einer Neuen Linken auch organisatorisch erneuern müssen. In diesem Sinne bedeutet der 13. Parteitag des PCE, der Kommunistischen Partei Spaniens, eine kopernikanische Wende dieser

politischen Formation im Interesse einer neuen und höheren Einheit, nämlich der Vereinigten Linken, der Izquierda Unida. Aber auf der anderen Seite müssen sich auch die Befreiungsprojekte allmählich diesem Prozeß anpassen und begreifen, daß sie innerhalb der Neuen Linken notwendige Brücken des Dialogs und der Begegnung mit den Formationen der klassischen Linken sind.

3. und 4. Die 2. Bundesversammlung der Izquierda Unida entwickelte auch zwei weitere wesentliche Merkmale der Neuen Linken, die eine außerordentliche Tragweite und Bedeutung besitzen: die neue Form Politik zu machen und die Revolution im Alltag. Anders ausgedrückt: Man kann sich nicht der Neuen Linken zugehörig fühlen und den politischen Status stützen. Unter politischem Status wird hier verstanden die Gesamtheit von Situationen und Beziehungen, Normen und Inhalten, die auf die beständige Reproduktion objektiver Interessen ausgerichtet sind, die sozial und intellektuell im Bereich des politischen Überbaus legitimiert werden. Status bedeutet, daß Bühne und Repräsentation eines Werkes über seinen Inhalt, seine Subjekte und Helden dominieren. Er ist Teil der Entfremdung der Gesellschaft im Bereich der Repräsentation und ihrer personellen Träger. In der Alltagspraxis trennt sich der Status schließlich von jenen, die repräsentiert und vertreten werden sollen.

Auf diese Weise wird Demokratie zum Synonym ausschließlich für Wahlen, für ritualisierte Formen. Wenn man Politik so versteht, wird sie eine sich ständig wiederholende Wahlveranstaltung, die Kräfteverhältnisse auf der Bühne verändern soll, aber die Bühne und ihre Regeln unverändert läßt. Freilich, das sei hervorgehoben, können in der Demokratie nur Institutionen Beschlüsse und Entscheidungen legalisieren und legitimieren. Ohne aus freien, gleichen und geheimen Wahlen entstandene demokratische Institutionen kann es keine Demokratie geben.

Dennoch sei unterstrichen: Als Folge der Statusverfestigung erleben wir gegenwärtig Degenerationsprozesse des demokratischen Systems. So mit dem wachsenden Gewicht der Exekutive; dem Verlust realer Kontrollmöglichkeiten durch die Parlamente; der zunehmenden Bewertung von Politik als "hochspezialisierter Technik" mit den Folgen von Distanz, Unverständnis und Wahlabsentismus; der Reduzierung von Demokratie auf den politischen Bereich und auf Wahlen; der ständig schwieriger werdenden demokratischen Kontrolle der öffentlich-rechtlichen Massenmedien und den Monopolisierungsprozessen bei den Massenmedien.

Man kann heute nur dann eine neue Lage schaffen, wenn man von einer Stärkung der sozialen Beziehungen innerhalb der Gesellschaft und von ihrer aktiven Beteiligung an der Errichtung eines alternativen Modells von Staat, Gesellschaft und Regierung ausgeht. Die Aufgabe der Neuen Linken besteht darin, daß sie bei all ihrer Pluralität eine große informative, partizipative und pädagogische Anstrengung unternimmt. Sie muß die noch diffus empfundenen Wünsche und Vorstellungen der Gesellschaft in einer systematisierten und realisierbaren Alternative ausdrücken. Damit ist der

Begriff Demokratie bis zu seinen äußersten Konsequenzen zu entwickeln. Bertolt Brecht definierte dies so: "Demokratie besteht darin, den kleinen Kreis der Wissenden in einen großen zu verwandeln."

Wenn die Neue Linke wirklich "neu" sein will, dann muß sie Schlußfolgerungen aus dem Verzicht ziehen, die politische Macht im Rahmen des Status erobern zu wollen. Ihre Aktion muß auf die Stärkung in den Institutionen und in der Gesellschaft gleichermaßen gerichtet sein. Eine solche politische Praxis bedeutet eine kopernikanische Wende in der politischen Arbeit auch deshalb, weil die Rolle eines Führers und einer Vorhut durch jene eines Impulsgebers innerhalb der Gesellschaft ersetzt wird.

Wenn die Neue Linke "neu" sein will, muß sie begreifen, daß sie für eine gewisse Periode gegen den Strom schwimmen und sich in einer starrköpfigen und mißtrauischen Umwelt bewegen muß. Aber das ist auch der Preis, den sie für ihre gewaltigen Irrtümer in der Vergangenheit bezahlen muß.

Im Zusammenhang mit dem Fall der Berliner Mauer konnten wir feststellen, daß sie nach beiden Seiten eingestürzt ist. Nach der einen Seite, weil die verpflichtende Aufgabe gescheitert war zu zeigen, daß Sozialismus die bis zur äußersten Konsequenz vorangetragene Demokratie ist; nach der anderen Seite, weil Demokratie entweder den Weg zu Gerechtigkeit und Gleichheit mit einschließt oder im Kern keine Demokratie ist.

Wenn es im Augenblick die Notwendigkeit eines klaren Wertes und einer Grundlage für alle Vorschläge von Alternativen gibt, um den Prozeß der Transformation zu beginnen, dann ist es der Wert der Austerität<sup>3</sup>. Entweder begreift und entwickelt die Neue Linke dieses für die Transformation grundlegende Konzept oder sie verzichtet auf den Geist der Rationalität und Kritik. Die Austerität ist ein grundlegendes Konzept, das wegen seines kulturellen und politischen Gewichts jede politische Aktion und jedes zu erarbeitende Programm beeinflusst. Austerität schließt ein: Strenge, Effizienz, Ernsthaftigkeit und Gerechtigkeit. Sie soll kein Zugeständnis an die herrschenden Gruppen oder die Erfordernisse des Kapitalismus sein, sondern eine bewußte Wahl gegen sie. Ausgehend vom Impuls der Solidarität bedeutet Austerität: Rationalität der öffentlichen Haushalte und der Verwaltungen. Sie ist Synonym für demokratische Durchführung und Beteiligung bei der Ausarbeitung und Durchführung der ökonomischen Politik, die Suche nach und die Anwendung von neuen Energiequellen, die Herstellung eines neuen Gleichgewichtes zwischen dem Menschen und seinen Aktivitäten und der Umwelt, ein Konsens für neue Werte und kulturelle Richtlinien, die die Vorstellungen von Lebensqualität, Wohlstand und menschlicher Entwicklung neu definieren. Austerität ist ein Kampf gegen die entfremdenden Elemente des "homo consumens" und die Befreiung des menschlichen Wesens im Sinne einer Humanisierung.

<sup>3</sup> Im Unterschied zum Sinngehalt von Austerität im deutschen Sprachgebrauch, der sich auf rigide etatistisch-kapitalistische Sparkonzepte bezieht, geht die Bedeutung im Spanischen auf Grundbestimmungen wie Sittenstrenge, Sachlichkeit, Sparsamkeit usw., also vorwiegend positive Besetzungen zurück.

Für die soziale und politische Aktion der Neuen Linken könnten folgende Vorschläge zur Debatte gestellt werden:

- Föderalisierung des spanischen Staates. Man muß dabei davon ausgehen, daß sich die materielle Verfassung, die die gegenwärtige juristische Ordnung des Staates geschaffen hat, gewandelt hat und sich in Zukunft weiter wandeln wird, auch unter dem Einfluß der europäischen Integration. In diesen Zusammenhang muß man auch das Recht auf Selbstbestimmung stellen.

- Veränderung des gegenwärtigen Wahlsystems; es muß ein wirkliches Verhältniswahlrecht entstehen, um die Gleichheit aller Wählerinnen und Wähler zu garantieren.

- Förderung verschiedener Formen der direkten Demokratie, vor allem des Volksbegehrens (*iniciativa popular*), und Einrichtung eines bindenden Volksentscheids.

- Demokratisierung der Medien mit dem Ziel der Beschneidung der monopolistischen Macht der großen Medienkonzerne. Pluralität der Information und Neutralität des Staatsapparates.

- Stärkung der politischen und wirtschaftlichen Selbständigkeit auf lokaler Ebene, Förderung von Mechanismen zur direkten Beteiligung der Bürger.

- Förderung der Entwicklung verschiedener Formen "ziviler Gewalt" als Kontrollmechanismus der Bevölkerung über Gesundheitswesen, Kultur, Bildung usw.

- Ein Parteiengesetz, das das demokratische Funktionieren, die Transparenz in Finanzfragen und das Gewicht der Parteien als Instrument der Beteiligung der Gesellschaft an der Politik entwickelt.

Diese Maßnahmen politischer Aktion können nicht unabhängig oder losgelöst von den Problemen unserer Gesellschaft oder der spanischen Wirtschaft gesehen werden. Wirtschaftliche Demokratie ist der Schlüsselbegriff. Die real existierenden Demokratien sind halbierte, begrenzte, unvollständige Demokratien, die auf der Trennung von politischem und arbeitendem Bürger beruhen. Deshalb kann man den Bereich der Politik nicht reformieren ohne die Demokratisierung der gesamten sozialen Beziehungen.

Das Sofortprogramm der Gewerkschaften, die *Propuesta Sindical Prioritaria*, und die *Iniciativa Sindical de Progreso*, erarbeitet von der UGT und den CCOO, sind entscheidende Elemente nicht nur für eine bestimmte Art von Gewerkschaftspolitik, sondern auch für die führende Rolle der Welt der Arbeit bei der demokratischen Veränderung des Landes. Deshalb schlagen wir vor:

- Grundlegend ist eine Neuverteilung der Arbeit und eine Verkürzung des Arbeitstages. Es gilt weiterhin die Idee, daß weniger gearbeitet wird und alle arbeiten.

- Die industrielle Demokratie muß entwickelt werden, um das Recht auf Information, Konsultation und Mitbestimmung zu sichern und zwar vor allem bei den Komplexen technologische Innovation, Bildung und Qualifikation der Beschäftigten, Arbeitszeit, Beschäftigung.

- Eine grundlegende Frage ist die Kontrolle der Gewinne. Es ist der Zeitpunkt gekommen, wo der *Circulus vitiosus* durchbrochen werden muß, der größeren Nutzen mit größerem Gewinn identifiziert. Außerdem gibt es nichts, was eine gleichzeitige Erhöhung von Gewinn und Gehältern verhindern könnte und zwar solange ein Teil des Einkommens nicht für den unmittelbaren Konsum ausgegeben wird. Dies bedarf freilich der Kontrolle der Arbeiter über diesen Teil ihres Einkommens. Am Ende stünde die Selbstverwaltung. Aber wir müssen ein solches Verhalten heute vor allem als Element der Demokratisierung der Wirtschaft bewerten, das eine progressive Primärverteilung mit einer Korrektur wirtschaftlicher Ungleichgewichte vereinbaren und verbinden könnte.

- Der Politik der bloßen Sanierung von Firmen und der Reduzierung ihrer Kapazität müssen wir das Konzept zur Konsolidierung einer starken industriellen Basis entgegenstellen. Alle industriell entwickelten Länder besitzen eine wirtschaftliche Grundlage in nationalen Firmen, die sich am internationalen Wettbewerb beteiligen und ihre Entscheidungszentralen im eigenen Land haben. Dies muß man bei einer Strategie für die Industrie berücksichtigen. Diese Strategie sollte vertikale, horizontale und territoriale Maßnahmen miteinander verbinden.

- Die öffentlichen Firmen müssen gestärkt und die gegenwärtige Tendenz zur Privatisierung beendet werden. Darüber hinaus darf sich die staatliche Tätigkeit bei der Schaffung eines industriellen Netzes nicht auf die Firmen des öffentlichen Sektors beschränken.

Die Identität der Linken bestand immer darin, Denken und Handeln in Übereinstimmung zu bringen, den philosophischen Idealismus zu bekämpfen und die Hegelsche Philosophie vom Kopf auf die Füße zu stellen. Es war schließlich die Linke, die ein politisches Konzept entwickelte, das ohne Zweifel auch heute notwendig und dringend ist: eine Praxis, die auf die Transformation angelegt ist.

Übersetzung: Thomas Jaitner

U. Jelpke / A. Maurer / H. Schröder (Hg): **Rassismus in Europa.** PP 16. 108 Seiten, 13,80 ISBN 3-89144-157-6  
Mit Beiträgen u.a. von: Nora Räthzel, Ulla Jelpke, Beat Leuthardt, Norbert Haddad, Gilles Smadja, Tobias Plöger.

H. Dietzel / W. Gehrcke / H. Werner (Hg): **Brückenköpfe. Grundrisse zur Programmdiskussion der PDS.** PP 17. 148 Seiten, 19,80 ISBN 3-89144-156-8

Ulrike Grötken / Jutta Nickel: **Frauen - Revolution - Kultur. Streitschrift für eine Politik des Kulturellen.** PP 18. 62 Seiten, 13,80 ISBN 3-89144-162-2

Hartmut Ritzheimer: **Ein trotziges Dennoch. Orthodox-marxistische Marginalien.** PP 19. 100 Seiten, 13,80 ISBN 3-89144-163-0  
Allenthalben ist zu hören, ein "Zurück zu Marx" reiche nicht aus, die heutige Realität zu erfassen. Diese Position geht vom Marxismus als "System" aus. In Abgrenzung dazu besteht der Autor auf dem grundsätzlich methodischen Charakter des Marxismus. In der Kritik und nicht in der Utopie liege das Wesen des Marxismus.

Günther Politt / Rainer Schwenke: **Volksheim passé? Die Linke in Schweden.** PP 21. 48 S., 7,80 ISBN 3-89144-159-2

Michael Harms: **Die Linke in Russland.** PP 22. 48 Seiten, 7,80 ISBN 3-89144-165-7

Jens Renner: **Rückkehr zur europäischen Normalität. Die Linke in Italien.** PP 23. 50 S., 7,80 ISBN 3-89144-160-6

Günther Fuchs / Udo Scholz: **Feindschaft und Wahlrhetorik. Die Linke in Frankreich.** PP 24. 58 Seiten, 7,80 ISBN 3-89144-158-4

Sebastian Reinfeldt: **Rassismus. Die unsichtbare Gewalt.** PP 1. 4. akt. Aufl., 68 S. 9,80 ISBN 3-89144-142-8

Manon Tuckfeld / Jens Christian Müller: **Kritik der Theorie eines ökologischen Kapitalismus.** PP 2. 70 S. 5,00 ISBN 3-89144-143-6

Richard Schwarz: **Aspekte einer neuen Machttheorie.** Michel Foucault. PP 3. 2. erw. Aufl., 52 S., 5,00 ISBN 3-89144-144-4

Andreas Malycha / Wladislaw Hedeler: **Die Stalinisierung der SED.** PP 4. 98 Seiten, 9,00 ISBN 3-89144-145-2

Michelle Gregoire: **Neofaschismus. Dokumente aus dem Bundestag.** PP 6. 104 S., 9,00 ISBN 3-89144-147-9

Neue Rechte, nationale Rechte, Neonazis, Revanchistenverbände und dubiose parlamentarische Staatssekretäre.

J. Weichold / H. Dietzel / H. Schwenke: **Die europäische Linke. Vergleichende Studie zu linken Parteien und Bewegungen in Europa.** PP 7. 204 Seiten, 16,80 ISBN 3-89144-148-7  
Umgruppierungs- und Neuformierungsprozesse linker Kräfte in Europa; linke Antworten zu ausgewählten Problemfeldern, Perspektiven der europäischen Linken.

Jens Becker: **Der Widerstand der KPD/O im Faschismus.** PP 8. 109 S., 9,00 ISBN 3-89144-149-5  
Widerstand im NS-System, Entstehungs- und Organisationsgeschichte, Faschismusanalyse, Einheitsfrontkonzeption, Massenprozesse gegen die KPD/O, Spanischer Bürgerkrieg, Moskauer Prozesse.

Thomas Friedrich: **"Welch eine Kraft es gab, als Stalin sprach." Personenkult und SED.** PP 9. 98 S., 9,00 ISBN 3-89144-150-9  
Der "Kult der großen Männer" ist ein Phänomen, mit dem sich die Arbeiterbewegung seit Lassalle immer wieder konfrontiert sieht. Diese zum Teil erstmalig veröffentlichten Dokumente untersu-

chen Geschichte, Rolle und Funktion des Personenkultes um Stalin, Ulbricht und Honecker.

Harald Werner: **Mythos und Realität der Erwerbsarbeit.** PP 10. 89 S., 9,00 ISBN 3-89144-151-7  
Die gegenwärtige Krise der menschlichen Zivilisation, die man mit den Stichworten Hungerkatastrophe in der Dritten Welt, Zerstörung des Ökosystems und Zweidrittelgesellschaft umreißen könnte, hat einen gemeinsamen Nenner, nämlich den Bezug zum gesellschaftlichen Arbeitssystem.

T. Bergmann / M. Keffler (Hrsg.): **Aufstieg und Zerfall der Komintern. Studien zur Geschichte ihrer Transformation (1919-1943).** PP 11. 264 S., 21,80 ISBN 3-89144-152-5  
Stalin und die Komintern; Die "innere Zerfleischung" der Komintern; Ursprünge der "Dritten Periode"; Komintern und jüdische Frage; Faschismus und Komintern; Komintern und die "Antimperialistische Liga"; Dekolonisierungsdebatte; die "rechte Opposition" und der 6. Weltkongress.

U. Jelpke / A. Maurer / H. Schröder (Hg): **Die Eroberung der Akten. Das Stasi-Unterlagengesetz. Entstehung, Folgen, Analysen, Dokumente.** PP 13. 184 S., 19,80. ISBN 3-89144-154-1  
Erstmals wird das "Lehrstück von der Eroberung der Aktenberge" durch die (west-)deutsche Regierung zusammenfassend dokumentiert: Der Entstehungsprozess des Gesetzes unter weitestgehender Ausschaltung der Opposition und wie Geheimdienste aller Art (Verfassungsschutz, BND, Staatsschutz) sich Zugang zu den Akten verschafft haben.

Ralph Graf: **Umweltpolitik. Zwischen symbolischem Handeln, Reparatur, Zukunftssicherung.** PP 14. 64 S., 7,80. ISBN 3-89144-155-X

## Die Renaissance des Nationalismus und die deutsche Linke

*Einleitung der Redaktion:* Nicht erst nach dem Zerfall des europäischen Realsozialismus ist auf diesem Kontinent eine starke Wiederbelebung des Nationalismus zu beobachten. Darunter kann eine ethnozentristische Orientierung verstanden werden, die in einer übertriebenen Abgrenzung zu anderen Ethnien und Nationen gegenüber den Gemeinsamkeiten das (vermeintlich) Eigentümliche in den Vordergrund rückt und daraus gegenüber anderen Überlegenheit, Ansprüche, Forderungen begründet. Dies im Unterschied zu einem nationalen Identitätsbewußtsein, in dem das Nationale in übergreifende Gemeinschaften eingegliedert wird.

Im Osten Europas und auf dem Balkan zerfallen großräumige soziale und politische Gebilde unter der Hegemonie des Nationalismus in Kleinstaate rei mit z.T. ungeklärten Grenzen und ohne ökonomische Lebensfähigkeit. Im Westen Europas formiert sich mit einer Art Zivilisationschauvinismus, der die sozialen, ökonomischen, politischen und rechtlichen Verhältnisse des Metropolenkapitalismus und seine Interessen zur Leitlinie für die übrige Welt erhebt, eine Ideologie des Weltherrschaftsanspruchs des OECD-Blocks. Gleichzeitig bricht ein rechtspopulistischer Nationalismus auf, der sich aus den Bedrohungsängsten der Konkurrenzgefährdung und der sozialen Abstufung speist und gegenüber der zunehmenden Zahl von Immigrantinnen und Immigranten die nationale und europäische Abschottung fordert.

Gegen die Weltherrschaftsansprüche des Metropolenkapitalismus, die nicht nur über die Zwänge des Weltmarktes, sondern zunehmend auch mit militärischen Strafaktionen gegen Unbotmäßige durchgesetzt werden, artikuliert sich in der Dritten Welt, aber in Zukunft wohl auch in der früheren Zweiten Welt, ein Nationalismus mit antiimperialistischer Aufladung.

In dieser Situation wird die Unterbelichtung des Ethnischen, Rassischen, Nationalen als Defizit des Marxismus und der alte proletarische Internationalismus als überholt angesehen bzw. kritisiert.

In der Linken der BRD finden sich unterschiedliche und gegensätzliche Positionen zu den hier skizzierten Problemen und ihrer Lösung. Schon die Haltung zum Krieg gegen den Irak hatte wesentliche Differenzen offenbart. Diese setzen sich fort in der Haltung zum Konflikt in Jugoslawien, zur als Blauhelmaktion firmierenden Intervention in Somalia, zur Asyl- und Einwanderungspolitik usw.

Wir sind nicht die ersten, die diese Fragen thematisieren. Aber wir halten es für notwendig, die Diskussion darüber auch in Z zu führen.

Bestellungen bei: **Buchhandlung Che & Chandler** Breite Str. 47 5300 Bonn 1,  
Tel. 0228/63 23 66 Fax 0228/63 49 68

Wir baten um Meinungsäußerungen zu folgenden beiden Fragen:

1. Worin sehen Sie die Hauptursachen der Renaissance des Nationalismus in Europa?
2. Was sind aus Ihrer Sicht die Hauptprobleme der deutschen Linken beim Umgang mit der nationalen Frage und mit dem Nationalismus heute?

*Helmut Bleiber*

## Wider die Tendenz zu nationalem Nihilismus

### *Zu 1.: Hauptursachen der Renaissance des Nationalismus in Europa*

E.J. Hobsbawm hat in seiner jüngsten Buchpublikation die These vertreten, der Nationalismus als historisches Phänomen habe seinen Zenit überschritten. Seinen Höhepunkt habe er in der Zeitspanne zwischen 1918 und 1950 mit der Entstehung neuer Nationalstaaten gemäß der Wilsonschen Doktrin vom Selbstbestimmungsrecht der Völker einerseits und den nationalistisch-rassistischen "Theorien" und Praktiken des deutschen Faschismus andererseits erreicht. Seitdem drängten die Bedürfnisse ökonomischer Entwicklungen immer zwingender auf die Überwindung nationalstaatlicher Begrenzungen und auf die Schaffung supranationaler wirtschaftlicher, politischer und staatlicher Strukturen.<sup>1</sup>

Dem ist zweifelsfrei so. Jedoch befördert, wie der Augenschein lehrt, dieser Prozeß auch die Rückbesinnung auf Nationales. Die politisch-sozialen Intentionen, aus denen sie gespeist wird, sind different. Sie reichen von der Phobie englischer Konservativer gegenüber dem Anspruch auf Prädominanz seitens deutsch-französischen Vormachtstrebens bis zur Besorgnis einer Mehrheit des dänischen Volkes (einschließlich der dänischen Kommunisten), sich den Interessen deutscher Monopole unterordnen zu müssen.

Die derzeitige Konjunktur von Nationalismus in Ost- und Südosteuropa verläuft unter anderen Sternzeichen. Antikapitalistische Impulse wird man in ihr nicht finden. Das Gegenteil scheint durchgängig der Fall zu sein. Nationalismus als Vehikel kapitalistischer Restauration: Auch dazu taugt er allemal. Gleichwohl wäre es falsch, in ihm mehr als ein Vehikel zu sehen. Nicht am Nationalismus und nicht wegen zweifellos gemachter Fehler in der Nationalitätenpolitik ist die Sowjetunion gescheitert, sondern an unzureichender wirtschaftlicher Effizienz und verlorengegangener Lernfähigkeit des immer mehr verkrustenden und erstarrten politischen Systems. Nicht Ursache, wohl aber brauchbarer und wirksamer Katalysator - das ist

<sup>1</sup> Eric J. Hobsbawm, Nationen und Nationalismus. Mythos und Realität seit 1780, Frankfurt/New York 1991, S. 155 ff.

die Rolle, die der Nationalismus im Prozeß der kapitalistischen Retransformation in Ost- und Südosteuropa spielte und weiterhin ausübt. Daß er diese Funktion übernehmen konnte und die Vehemenz, mit der er das als Folge der tiefen gesellschaftlichen Krise in den Ländern Ost- und Südosteuropas entstandene Vakuum ausfüllt, zeugen davon, wie virulent Nationales nach wie vor präsent ist. Ein Ende oder auch nur das Erreichen einer Wegstrecke jenseits eines Höhepunkts scheint nicht in Sicht.

### *Zu 2.: Hauptproblem der deutschen Linken beim Umgang mit der nationalen Frage und dem Nationalismus heute*

Umgang der deutschen Linken mit der nationalen Frage - das ist, um mit Fontane zu sprechen, ein weites Feld, Luise, ein Feld zudem, von dem nahrhafte Früchte nie zu ernten waren, Dornen und Disteln dafür umso mehr. Anders als etwa in der französischen Geschichte, in der es sowohl unter bürgerlich-demokratischen Vorzeichen (Verteidigung der Revolution 1793/94) als auch unter proletarisch-kommunistischem Panier (Resistance gegen die Okkupation durch Hitler-Deutschland) zeitweise zur Übereinstimmung von links und national kam, dominiert in der deutschen Vergangenheit eindeutig die Inanspruchnahme des Nationalen durch die politische Rechte. Eine Ausnahme bildet die Revolution von 1848/49, in der die Bildung eines demokratischen deutschen Nationalstaates zu den Hauptforderungen der demokratischen Bewegung gehörte. Aber nicht die Volksrevolution schuf den deutschen Nationalstaat. Die Einigung Deutschlands auf dem Wege einer Revolution von oben ermöglichte es den politischen Repräsentanten der herrschenden Klassen, diese als die Inkarnation nationaler Grundinteressen auszugeben. Die Okkupation des Nationalen durch den junkerlich-bourgeois Ausbeuterblock, die wachsende Verbindung von national einerseits und konservativ-reaktionär andererseits erschwerten es der revolutionären Sozialdemokratie, sich ihrerseits überzeugend des Nationalen zu bemächtigen und sich selbst als Hauptrepräsentanten nationaler Interessen darzustellen. Trotz wichtiger politischer und propagandistischer Schritte und Bemühungen gegen das Versailler Diktat gelang es auch der KPD in den Jahren der Weimarer Republik nicht, in einem solchen Maße auch als Wahrerin nationaler Belange Anerkennung zu finden, wie es erforderlich gewesen wäre, um die nationale Demagogie der Nazis unwirksam zu machen.

Negative historische Erfahrungen mit dem Nationalen und die Tatsache, daß Nationalismus der derzeitigen Rekapitalisierung in Ost- und Südosteuropa als willkommenes Schibboleth dient, mögen gleichermaßen zum Entstehen von Unbehagen und Reserviertheit gegenüber dem Nationalen beitragen, wie sie im politisch linken Lager nicht eben selten anzutreffen sind. Solche Stimmungen und Haltungen mögen verständlich sein - einer komplexen historischen Realität werden sie indes nicht gerecht. Ein generelles

"Versagen der Linken in der nationalen Fragen"<sup>2</sup> zu konstatieren, erscheint problematisch. Eine ganze Reihe historischer Tatbestände wären gegen eine solche Aussage ins Feld zu führen. Verwiesen sei hier nur auf die unbestreitbaren Kraftreserven, die die Revolution in China aus dem Abwehrkampf gegen die japanische Okkupation oder in Vietnam gegen die französische Kolonialherrschaft und die Aggression seitens der USA gewann.

*Was sollte die deutsche Linke im Bemühen um Selbstbehauptung und Neuprofilierung in Bezug auf die nationale Frage heute beschäftigen?*

Unter anderem aus meiner Sicht folgendes:

1. Entgegenzuwirken wäre einer verbreiteten Tendenz zu nationalem Nihilismus. Sie verkennt, daß Nationen keine "Kunstprodukte der Moderne"<sup>3</sup>, sondern Phänomene sind, die mit der Entwicklung der bürgerlich-kapitalistischen Gesellschaftsordnung offenbar notwendig und unvermeidbar auf der historischen Bildfläche erscheinen. Als Folge- und Begleiterscheinung des Aufstiegs des bürgerlichen Zeitalters stehen sie im Kontext jener progressiv-zivilisatorischen Rolle der Bourgeoisie, die Marx und Engels im ersten Teil des Kommunistischen Manifests gewürdigt haben. Probleme und Schwierigkeiten, die die Arbeiterbewegung von ihren frühesten Anfängen an mit dem Nationalen hatte, rühren daher, daß die Verbreitung von nationalem Bewußtsein und das Wecken nationaler Emotionen das Bewußtwerden der inneren sozialen Widersprüche erschwerten. Das Rühren der nationalen Trommel eignete sich stets zum Übertönen sozialer Dissonanzen. Die aus dieser Beobachtung herrührende Tendenz zur Gleichsetzung von national und bürgerlich durch Repräsentanten des utopischen Arbeiterkommunismus überwandern Marx und Engels durch die Bestimmung des dialektischen Verhältnisses von Internationalismus und jeweiliger nationaler Aufgabenstellung.<sup>4</sup> Gleichwohl offenbart sich im marxistischen Bemühen um das Verständnis des Nationalen eine Unterschätzung der Potenz und der Dynamik dieses Phänomens. Kaum oder doch ungenügend wird erfaßt, daß nationales Bewußtsein im Kapitalismus nicht nur Ideologie im Dienste der herrschenden Klasse ist, sondern daß sich in ihm auch nationale Belange der werktätigen Schichten reflektieren wie etwa deren Interesse an der Abschüttelung von oder der Bewahrung vor Fremdherrschaft, am Recht auf die Muttersprache und auf die spezifische ethnisch-kulturelle Eigenart. Nur dieser Tatbestand erklärt auch, warum Nationalbewußtsein Massenbewußtsein werden konnte.<sup>5</sup>

<sup>2</sup> Manfred Kossok, Implosion und Explosion: Der Niedergang des Staatssozialismus und die nationale Frage, in: Hintergrund, III - 1992, S. 11.

<sup>3</sup> Jürgen Kocka, Kunstprodukte der Moderne, in: Freitag, Nr. 52, 20. Dezember 1991, S. 22.

<sup>4</sup> Walter Schmidt, Nationales und Internationales im Bund der Kommunisten, in: Zeitschrift für Geschichtswissenschaft, Jg. 34 (1986), H. 3, S. 230 ff.

<sup>5</sup> Helmut Bleiber, Nationalbewußtsein und bürgerlicher Fortschritt. Zur Herausbildung von deutschem Nationalbewußtsein in der Zeit der bürgerlichen Umwälzung (1789-1871), in: Helmut Bleiber/Walter Schmidt (Hg.), Demokratie, Antifaschismus und Sozialismus in der deutschen Geschichte, Berlin 1988, S. 179.

Die Ambivalenz, die dem Nationalen eigen ist, offenbarte sich im 20. Jahrhundert in besonders drastischer Weise: Nationalismus im Dienste imperialistischen Weltherrschaftstrebens einerseits - nationale Motivationen im antifaschistischen Widerstand und im antikolonialen Befreiungskampf der Völker der Dritten Welt andererseits. Ist die Vermutung so abwegig, daß antiimperialistische Potenzen des Nationalen auch im 21. Jahrhundert in den unvermeidlich sich verschärfenden Auseinandersetzungen zwischen den sogenannten Metropolen des Kapitalismus und den Völkern der dritten Welt eine bedeutende Rolle spielen werden?

2. Unabdingbar erscheint das Festhalten am Leninschen Prinzip des Selbstbestimmungsrechts der Nationen bis hin zum Recht auf Lostrennung bzw. staatliche Selbständigkeit. Wer meint, diesen Grundsatz als "Kannibalenparole" diskreditieren zu müssen<sup>6</sup>, bekundet nicht etwa eine besonders ausgeprägte internationalistische Haltung, sondern ein hohes Maß an Unverständnis und Ignoranz gegenüber dem Gewicht und der Eindynamik von Nationalem. Zu reflektieren wären gleichwohl die gründlich veränderten Umstände. Für Lenin war das Prinzip der Selbstbestimmung der Nationen praktikabler Bestandteil im strategisch-taktischen Konzept zur Herbeiführung und Sicherung der proletarischen Revolution. Sein vehementes Eintreten für dieses Prinzip war von der Überzeugung bestimmt, daß es geeignet sei, dem Willen der Völker in Richtung einer demokratischen und schließlich sozialistischen Entwicklung zum Durchbruch zu verhelfen. Nun hat sich gezeigt, daß es auch für genau gegenteilige gesellschaftliche Prozesse taugt. Dabei darf nicht übersehen werden, daß in diesem Prozeß zumindest partiell auch eine demokratische Komponente legitimer Abwehr großbrussischer oder - in den nichtsojetischen sozialistischen Ländern - sowjetischer Dominanz im Spiele war. Wesentlicher erscheint freilich, daß es auf die Frage, welches andere Prinzip denn das auf Selbstbestimmung ersetzen sollte, keine vernünftige Antwort gibt. Fremdbestimmung, durch wen auch immer, statt Selbstbestimmung kann für politisch linkes Denken und Handeln keine akzeptable Alternative sein.

Zur Illustration der vermeintlichen Unsinnigkeit und Undurchführbarkeit des Prinzips vom Selbstbestimmungsrecht der Nationen wird nicht selten auf den Tatbestand verwiesen, daß es mehr als 3000 Sprachgemeinschaften, dagegen derzeit nur etwa 180 Staaten gibt. Mit dieser Gegenüberstellung soll die Absurdität verdeutlicht werden, die darin bestünde, jede existierende sprachlich-ethnische Gemeinschaft in den Rang eigener staatlicher Existenz erheben zu wollen. Gewiß ist die Verwirklichung einer solchen Vorstellung weder wünschenswert noch praktikabel. Zu warnen bleibt aber vor der Anmaßung, Regulative zu fixieren: Du darfst und Du darfst nicht. Die Verständigung auf andere Lösungen geht nur über die

<sup>6</sup> Jürgen Elsässer, Die unbekannteste Seite von Rosa Luxemburgs Lenin-Kritik: "Proletarier aller Länder, massakriert Euch!", in: Neues Deutschland, 16./17. Januar 1993, S. 10.

Einsicht der Betroffenen. Bevormundung und Gängelung von außen löst nicht, sondern eskaliert das Problem.

3. Im Interesse der Selbstvergewisserung der marxistischen Linken liegt die kritische Sichtung und Aufarbeitung der Geschichte der sowjetischen Nationalitätenpolitik. Sie hat die "Aufarbeitung durchaus nachhaltiger Leistungen auf dem Gebiet der nationalen Frage"<sup>7</sup> ebenso einzuschließen wie die Benennung und Analyse von Deformationen, Verletzungen und Fehlern, die von der Duldung und Funktionalisierung von großrussischem Nationalismus bis hin zur barbarischen Praxis der Umsiedlung ganzer Völkerschaften und ethnischer Gruppen (die Vertreibung der deutschen Bevölkerung aus den Gebieten östlich der Oder und Neißة eingeschlossen) reichen. Die Losung von der Herausbildung eines Sowjetvolkes entbehrte sicher nicht einer realen Grundlage, insofern ein Prozeß der Verschmelzung der Nationen und Nationalitäten in der Sowjetunion eingesetzt hatte. Zu fragen bleibt, ob die öffentliche Deklaration und Propagierung des "Sowjetvolkes" diese Verschmelzungstendenz wirklich gefördert, oder nicht eher kontraproduktiv gewirkt hat.

4. In Bezug auf die marxistische Theorie des Nationalen bzw. der nationalen Frage harrt die Erfahrung der Aufarbeitung, daß die Überwindung kapitalistischer Ausbeutung und Unterdrückung keineswegs automatisch zum Verschwinden nationaler und nationalistischer Haltungen, Ressentiments und Konflikte führt. Weitgehend unreflektiert ist, soweit ich sehe, bis heute das Aufbrechen von Konflikten bis hin zu militärischen Auseinandersetzungen zwischen der Sowjetunion und China oder China und Vietnam geblieben. Läßt sich dieses Phänomen allein als kleinbürgerlich-nationalistische und machtpolitische Deformation und Entgleisung realsozialistischer Herrschaftspraxis erklären oder muß es auch als Indiz dafür begriffen werden, daß unterschiedliche Existenzbedingungen und daraus herrührende differente Interessen zwischen Nationen bzw. Ländern oder Völkern auch jenseits der Kapitalherrschaft weiterbestehen, aus denen sich Konfliktpotentiale aufbauen können?

5. Aktuell ist die Aufgabe, an allen Bemühungen zur Entwicklung einer europaweit abgestimmten Europapolitik der Linken mitzuwirken. Dabei ist zu berücksichtigen, daß erstens, die Überwindung nationaler Strukturen zugunsten umfassender staatlicher Zusammenschlüsse ein historisch notwendiger und unaufhaltsamer Prozeß ist, zweitens dieser Prozeß vom Monopolkapital, in besonderem Maße dem deutschen, gesteuert und bestimmt wird und drittens die Zielstellung dieses so entstehenden Projekts Vereinigtes Europa sich neben der Schaffung verbesserter Konkurrenzbe-

<sup>7</sup> Manfred Kossok, a.a.O., S. 12. - "Welcher bürgerliche oder vorbürgerliche Nationalitätenstaat hat auch nur annähernd so viel für die Lösung der Nationalitätenfrage geleistet wie die Sowjetunion?", bemerkt treffend Ulrich Huar, Die Sowjetunion - Gründung, Leistung und Zusammenbruch, in: Marxistische Blätter, Jg. 30 (1992), H. 6, S. 52.

dingungen gegenüber den USA und Japan vor allem gegen die Völker der Dritten Welt richtet.

*Christoph Butterwegge*

## Deutschnationalismus in der Bundesrepublik - Eurochauvinismus im Binnenmarkt?

Die Entwicklung des Nationalbewußtseins auf dem Weg zur Supermacht (West-)Europa

### Wann, wie und weshalb entsteht Nationalismus?

Nationalismus ist eine Ideologie und politische Bewegung, die Menschen trotz ansonsten unterschiedlicher bzw. gegensätzlicher Interessen befähigt, sich für einen gemeinsamen Nationalstaat zu engagieren, aber auch veranlaßt, sich mit dessen Expansionsdrang zu identifizieren und die eigene Nation zu verabsolutieren. Er bildete sich Ende des 18./Anfang des 19. Jahrhunderts heraus, als die Entwicklung der Produktivkräfte die Schaffung überregionaler Märkte, großräumiger Handelsbeziehungen und dem mittelalterlichen Feudalstaat fremde Machtstrukturen ermöglichte.

Der Nationalismus läßt sich - wie der Rassismus als ein weiteres Kernideologem des Rechtsextremismus - in letzter Konsequenz auf die Konkurrenz zurückführen, aber nicht reduzieren: Während es sich beim Rassismus um ein Ausschließungsverhältnis zwischen Individuen bzw. Gruppen unterschiedlicher Herkunft/Abstammung handelt<sup>8</sup>, begründet der Nationalismus einen Wettbewerb zwischen Staaten bzw. politischen Gemeinschaften, die den Anspruch erheben, sich als solche zu konstituieren. "Eine Nationstheorie ohne die Erkenntnis des internationalen Antriebsprinzips Konkurrenz ermangelt (...) eines wesentlichen Wirklichkeitsaspekts."<sup>9</sup>

Während der Rassismus verschiedene "Menschenrassen" konstruiert und damit soziale Gegebenheiten (genauer: Ausbeutungs-, Macht- bzw. Herrschaftsverhältnisse) "naturalisiert", konstituiert der Nationalismus unterschiedliche Nationen, wodurch die Herausbildung von Territorialstaaten als "gottgewollt" legitimiert wird, obwohl sie ohne ihn gar nicht denkbar wären. Ursache und Wirkung darf man also nicht miteinander verwech-

<sup>8</sup> Vgl. Christoph Butterwegge, Der Funktionswandel des Rassismus und die Erfolge des Rechtsextremismus, in: Sers./Siegfried Jäger (Hrsg.), Rassismus in Europa, 2. Aufl., Köln 1993, S. 190 ff.

<sup>9</sup> Tilman Mayer, Prinzip Nation. Dimensionen der nationalen Frage, dargestellt am Beispiel Deutschlands, Opladen 1986, S. 232.

seln: "Es ist der Nationalismus, der die Nationen hervorbringt, und nicht umgekehrt."<sup>10</sup>

Die Nation ist das Produkt eines Modernisierungsprozesses auf der Grundlage industrieller Produktion, territorialer Expansion, sozialer Interaktion und sprachlicher Kommunikation einer großen Gruppe von Menschen mit einem gemeinsamen Erfahrungshintergrund. Die Identifikation einer Population mit der eigenen Nation ergibt sich weder "ganz von selbst", noch ist sie nur das Resultat einer Manipulation von oben, also beispielsweise durch eine Regierung.<sup>11</sup> Wir haben es hier wohl eher mit einem zweiseitigen Prozeß zu tun: Damit der Nationalismus die Massen ergreift, bedarf es sowohl deren mentaler Prädisposition, d.h. einer gemeinsamen Tradition, Religion und/oder historischen Mission, die ein dauerhaftes Zusammengehörigkeitsgefühl begründet, wie auch einer ökonomischen Krisen- bzw. politischen Umbruchsituation, die davon (potentiell) Betroffene motiviert, sich als "Volksgemeinschaft" zu etablieren, Staatsbürgerrechte einzuklagen oder Privilegien durch kollektive Organisation zu verteidigen.

In welcher Relation oder Rangfolge zueinander Nationalismus und Rassismus stehen, ist unter Fachwissenschaftlern umstritten. Für Freerk Huisken bildet der Nationalismus die Basis des Rassismus.<sup>12</sup> Wolfgang Kowalsky weist jedoch zu Recht darauf hin, daß z.B. der Antisemitismus - historischer Spezialfall bzw. eine Sonderform des Rassismus - älter ist als die modernen Nationalstaaten und als der Nationalismus.<sup>13</sup> Verglichen mit dem Rassismus, der auf die Anfänge des indischen Kastenwesens um 1500 v. Chr. zurückgeht<sup>14</sup>, ist der Nationalismus ein "junges" Phänomen, genuines Produkt der Neuzeit und in seiner Entstehungsgeschichte nicht von der Französischen Revolution zu trennen.

### Herausbildung, Erscheinungsformen und Besonderheiten des deutschen Nationalismus

Nationalismus ist weder gleich Nationalismus noch - im Unterschied zum Rassismus - generell negativ zu bewerten: "Es ist durch nichts gerechtfertigt, den Nationalismus der Herrschenden und den Nationalismus der Beherrschten, den Nationalismus der Befreiung und den Nationalismus der

<sup>10</sup> Ernest Gellner, *Nationalismus und Moderne*, Berlin 1991, S. 87. Eine fast wortgleiche Formulierung findet sich bei Eric J. Hobsbawm, *Nationen und Nationalismus. Mythos und Realität seit 1780*, Frankfurt am Main/New York 1991, S. 21.

<sup>11</sup> Vgl. ebd., S. 111.

<sup>12</sup> Vgl. Freerk Huisken, *Nichts als Nationalismus. Deutsche Lehren aus Rostock und Mölln. Ein antirassistisches Tagebuch*, Hamburg 1993.

<sup>13</sup> Vgl. Wolfgang Kowalsky, *Rechtsaußen ...und die verfehlten Strategien der deutschen Linken*, Frankfurt am Main/Berlin 1992, S. 126.

<sup>14</sup> Vgl. Imanuel Geiss, *Geschichte des Rassismus*, 2. Aufl., Frankfurt am Main 1989, S. 49.

Eroberung einfach gleichzusetzen."<sup>15</sup> Wie Etienne Balibar betont, muß man sich der Gefahr bewußt sein, daß "Befreiungs-" leicht in "Beherrschungsnationalismus" umschlägt.

Die Geschichte der Nation und des modernen Nationalstaates ist eine Geschichte sowohl der bürgerlich-demokratischen Emanzipation als auch der Repression, kriegerischen Expansion und Destruktion.<sup>16</sup> War der bürgerliche Nationalstaat gegenüber seinem Vorläufer, dem feudalen Ständestaat, ein gewaltiger Fortschritt und Triebkraft der modernen Produktivkraftentwicklung (Industrialisierung) bzw. des wissenschaftlich-technischen Fortschritts<sup>17</sup>, so trug der Nationalismus in seiner Frühzeit entscheidend dazu bei, daß Untertanen zu Staatsbürgern wurden. Eine Nationalismus-Analyse, die weder seinen Form- und Funktionswandel berücksichtigt noch zwischen einem Nationalismus "von unten" und einem Nationalismus "von oben" differenziert, kann nicht erklären, warum dieses Phänomen über Jahrhunderte hinweg wie ein politisches Chamäleon erscheint.<sup>18</sup>

Häufig erfährt der Nationalismus eine grundlegende Transformation, wenn er zur Macht gelangt, sich also nicht mehr gegen Ausbeutung und Unterdrückung durch imperialistische Fremdherrschaft auflehnt, sondern selbst zu Mitteln der Repression greift, um eine nationale Opposition auszuschalten. Die Ungleichzeitigkeit der Entwicklung verschiedener Nationalismen bewirkt ein buntes Erscheinungsbild: So ist z.B. der dänische, irische oder walisische Nationalismus mit dem deutschen kaum zu vergleichen. Sie alle über einen Kamm zu scheren hieße, gravierende politisch-ideologische Unterschiede zu ignorieren.

Während der Nationalismus in Frankreich ein Mittel zur politischen Emanzipation des Bürgertums gegenüber dem Adel bildete und 1789 eine demokratische Revolution begründete, wurde er in Deutschland, während der Napoleonischen Besatzung und der Befreiungskriege entstanden, schon bald zur schärfsten Waffe der Reaktion. "Der deutsche Nationalismus verschmolz nach der Reichsgründung 1871 mit den Wertvorstellungen jener Kräfte, welche die nationale Einheit zustande gebracht hatten: mit dem Ehrenkodex der preußischen Offizierskaste bzw. seinem Militarismus und mit dem Moralkodex der Bürokratie, die dem monarchischen Absolutismus entstammte."<sup>19</sup>

<sup>15</sup> Etienne Balibar, *Rassismus und Nationalismus*, in: Ders./Immanuel Wallerstein, *Rasse - Klasse - Nation. Ambivalente Identitäten*, Hamburg/Berlin 1990, S. 59.

<sup>16</sup> Vgl. Peter Alter, *Nationalismus*, Frankfurt am Main 1985, S. 10.

<sup>17</sup> Vgl. Klemens Ludwig, *Europa zerfällt. Völker ohne Staaten und der neue Nationalismus*, Reinbek bei Hamburg 1993, S. 94.

<sup>18</sup> So Kenneth R. Minogue, *Nationalismus*, München 1970, S. 191.

<sup>19</sup> Reinhard Kühnl, *Besonderheiten des deutschen Nationalismus*, in: Christoph Butterwegge/Horst Isola (Hrsg.), *Rechtsextremismus im vereinten Deutschland. Randerscheinung oder Gefahr für die Demokratie?*, 3. Aufl., Bremen/Berlin 1991, S. 44.

Beide Weltkriege waren das Ergebnis einer Großmachtspolitik, die sich von nationalistischen Neuordnungskonzeptionen leiten ließ und selbst nach der bedingungslosen Kapitulation am 8. Mai 1945 nicht aufgegeben, sondern nur modifiziert wurde. Aufgrund der DDR-"Wende" und der Wiedervereinigung erhielten Deutschnationalismus und Revanchismus 1989/90 neue Nahrung. Deutschlands EG-Dominanz, seine ökonomische Potenz und führende Rolle im Welthandel fördern Bestrebungen, sich erneut als mitteleuropäisches Machtzentrum zu etablieren. Wie schon nach der Reichsgründung ertönt heute, kaum daß die Einheit durchgesetzt ist, der Ruf nach Übernahme von mehr Verantwortung und einer Weltmachtrolle.

Selbst der Begriff "Solidarität" wurde nationalistisch umgebogen: damit ist nicht mehr die Unterstützung der Ausgebeuteten im Kampf gegen die Ausbeuter gemeint, sondern die Finanzierung des "Aufbaus Ost", von dem hauptsächlich westdeutsche Millionäre profitieren, durch Millionen Arbeitnehmer/innen und andere sozial Schwächere. Versuche, den Nationalismus für die Linke nutzbar zu machen<sup>20</sup>, waren und sind dagegen in Deutschland aufgrund seiner Dynamik und imperialistischen Stoßkraft zum Scheitern verurteilt.

### **Osteuropa: Rückfall in den Nationalismus oder Nationalismus der Zurückgebliebenen? - Westeuropa: Euronationalismus als geistiges Fundament der "Wohlstandsfestung"?**

Eine überraschende Renaissance erlebt der Nationalismus in der früheren Sowjetunion und den ehemals realsozialistischen Ländern Ostmitteleuropas. Es scheint, als bilde der Nationalismus in einer Welt des Zerfalls und Zusammenbruchs einen geistigen Rettungsanker für die besonders Verzweifelten. In Westeuropa gibt es zwar eine Rechtsentwicklung, in deren Gefolge national(popul)istische Parteien/Programme an Einfluß gewinnen, von einem "Nationalrausch" kann man aber nicht einmal im vereinten Deutschland sprechen, wo die Öffnung der Berliner Mauer nur für kurze Zeit Begeisterung hervorgerufen hat.

Die Entstehungs- und Rahmenbedingungen für ein Wiederaufleben des Nationalismus sind in Ost und West gegensätzlich: In Osteuropa speist sich der Nationalismus vornehmlich aus Ohnmachtsgefühlen, tiefer Demütigung, Mutlosigkeit angesichts der wirtschaftlichen Misere und nicht zuletzt aus dieser Rückständigkeit resultierenden Minderwertigkeitskomplexen, in Westeuropa greift eine durch den "Wohlstandschauvinismus" bedingte Wagenburgmentalität um sich, die auf Ängsten vor massenhafter Migration aus Elendsregionen beruht und mißbraucht wird, um sich diesen gegenüber abzuschotten.

<sup>20</sup> Vgl. z.B. Peter Brandt/Herbert Ammon (Hrsg.), Die Linke und die nationale Frage. Dokumente zur deutschen Einheit, Reinbek bei Hamburg 1981.

Mit dem Zerfall der Sowjetunion und dem Bankrott des Marxismus-Leninismus entstand nicht nur ein politisches Vakuum, das die russische Rechte bisher vergeblich zu füllen sucht<sup>21</sup>, sondern auch eine ideologische Leere. Die widersprüchliche Bewußtseinslage in den Übergangsgesellschaften Osteuropas ist das Resultat einer doppelten Enttäuschung: über die sozialistische Planökonomie und Staatsbürokratie wie über die kapitalistische Marktwirtschaft, von der sich Millionen Menschen einen raschen Wirtschaftsaufschwung und Wohlstand für alle Gesellschaftsschichten, nicht nur für die neue Bourgeoisie, versprochen hatten: "Deutlich geworden ist inzwischen, daß auf absehbare Zeit der Weltmarkt einer Majorität der Bevölkerung in den exkommunistischen Staaten keinen Platz auf der Sonnenseite bieten wird. Da liegt es nahe, im Gedanken an einen eigenen Weg, an eine 'völkische Wiedergeburt', an eine soziale Ordnung jenseits von Kommunismus und Kapitalismus Zuflucht zu suchen oder gebrochenes Selbstbewußtsein durch nationale und ethnische Selbstüberhöhung zu kompensieren."<sup>22</sup>

Dies gilt umso mehr, als der Staatssozialismus die Wurzeln des Nationalismus nicht ausgerottet, sondern seinerseits nationale Gefühle rekultiviert hat, um sich Massenloyalität zu verschaffen. Beispiel DDR: Dort lebten Traditionen des preußisch-deutschen Militarismus fort, angefangen beim Stechschritt der Nationalen Volksarmee über die positive Würdigung einzelner Monarchen bis zum Wehrkundeunterricht. Da die Nazis als "nichtdeutsch" kritisiert wurden, erfolgte kein Bruch mit dem Deutschnationalismus.<sup>23</sup> Selbst die Reichsidee wurde adaptiert, wenn es - wie bei der Eisenbahn - galt, die Kontinuität durch Übernahme des alten Namens kenntlich zu machen.

Der National(ego)ismus in Osteuropa und den neuen Bundesländern ist gleichzeitig ideologisches Zerfallsprodukt, Krisensymptom und Randerscheinung der sozio-ökonomischen Umbruchsituation, aber kein organisch gewachsener, sondern ein künstlich erzeugter und seitens nationaler Machteliten gezielt zur Ablenkung von Mißständen bzw. politisch-sozialen Folgen der Transformationskrise eingesetztes Manipulationsinstrument, wie etwa in Rußland: "Nationalismus kann immer noch ein wirksames Mittel sein, die Unzufriedenen, die Benachteiligten und darüber hinaus all jene zu mobilisieren, deren patriotische Gefühle verletzt wurden und die

<sup>21</sup> Vgl. Walter Laqueur, Der Schoß ist fruchtbar noch. Der militante Nationalismus der russischen Rechten, München 1993, S. 361; ergänzend: Gerd Koenen/Karla Hielscher, Die schwarze Front. Der neue Antisemitismus in der Sowjetunion, Reinbek bei Hamburg 1991; Margareta Mommsen (Hrsg.), Nationalismus in Osteuropa, München 1992.

<sup>22</sup> Arno Klönne, Völkische Wiedergeburt? - Die Neue Rechte in den früher "realsozialistischen" Ländern Osteuropas, in: Christoph Butterwege/Siegfried Jäger (Hrsg.), Rassismus in Europa, a.a.O., S. 56.

<sup>23</sup> Vgl. dazu: Benjamin Ortmeyer, Argumente gegen das Deutschlandlied. Geschichte und Gegenwart eines Lobliedes auf die deutsche Nation, Vorwort: Dieter Wunder, Köln 1991, S. 148 ff.

glauben, daß zur Rettung des Vaterlands radikale oder gar gewaltsame Maßnahmen vonnöten seien."<sup>24</sup>

Was sich überall in Südost- und Ostmitteleuropa regt, teilweise skurrile Formen annimmt und bis zu bürgerkriegsähnlichen Wirren führt, ist im Grunde genommen gar kein Nationalismus, sondern ein bornierter Regionalismus und Tribalismus, der selbst kleinste Volkssplitter veranlaßt, sich vom Nationalstaat abzuspalten und eine Separatstaatsgründung zu betreiben. Es handelt sich dabei um "rückwärtsgewandtes Stammesdenken", das sich mit Antisemitismus verbindet und für die Zukunft zwar noch mehr blutige Fehden, Bürgerkriege und Pogrome erwarten läßt<sup>25</sup>, aber weder stabil noch zukunftsbestimmend ist.

In Osteuropa findet eine politisch-ideologische Regression statt; in Westeuropa schreitet die Integration trotz zwischenzeitlicher Rückschläge voran. Dabei bildet sich ein gemeinsames Bewußtsein heraus, das ich "Euronationalismus" nennen möchte, sich auf die Wirtschaftskraft bzw. die wissenschaftlich-technologische Position der Region gründet und mit dem Tribalismus oder Hurratriotismus früherer Jahrhunderte nichts gemein hat.

Der Nationalismus differenziert sich aus und nimmt entlang des Wohlstandsgefälles zwischen dem Metropolenkapitalismus und der sich verbreiternden Peripherie eine ideologische Doppelstruktur an: Länder wie Japan und Deutschland, die den Nationalismus des kommenden Jahrhunderts antizipieren, verzichten bereits heute zugunsten supranationaler Institutionen auf Souveränitätsrechte. "Auf der anderen Seite bewegt sich der Nationalismus der armen Länder wieder in den Bahnen des neunzehnten Jahrhunderts oder greift gar noch weiter zurück: Er kreist, selbst wenn er solche Wörter vermeidet, um die Identität, den Boden, die Rasse."<sup>26</sup>

### Die Zukunft der Nation(alstaat)en und des Nationalismus

Der Kalte Krieg ist zu Ende, die Geschichte geht jedoch weiter, und sie beginnt auch nicht wieder dort, wo Rußland und seine Nachbarstaaten vor der Oktoberrevolution 1917 oder zu Beginn der Ost-West-Konfrontation standen. An die Stelle des jahrzehntelangen Rüstungswettlaufs zwischen den beiden Militärbündnissen NATO und Warschauer Pakt ist ein Verdrängungswettbewerb zwischen den drei großen Wirtschaftsblöcken Nordamerika (USA, in der Freihandelszone NAFTA mit Kanada und Mexiko zusammengeschlossen), Westeuropa (EG) und Südostasien (Japan mit den sog. vier Kleinen Tigern: Hongkong, Singapur, Südkorea und Taiwan) getreten. Das vereinte Deutschland, genauer: seine Regierung, will sich an

<sup>24</sup> Walter Laqueur, *Der Schoß ist fruchtbar noch*, a.a.O., S. 11.

<sup>25</sup> Siehe Alain Minc, *Die Wiedergeburt des Nationalismus in Europa*, Hamburg 1992, S. 48.

<sup>26</sup> Ebd., S. 30.

diesem (zumeist unter dem Stichwort "Standortsicherung" geführten) Kampf um Marktanteile, Absatzmärkte, Anlagensphären, strategische Rohstoffe, Ressourcen und Patentrechte beteiligen. Gegenwärtig werden die rechtlichen, politischen und militärischen Voraussetzungen dafür geschaffen. Genannt seien nur: Grundgesetzänderungen in Sachen Asyl und "out of area"-Einsätze, die Umrüstung statt Abrüstung der Bundeswehr sowie die Konsensbildung zwischen Regierung und SPD-Opposition im Rahmen des "Solidarpakts".

(Wirtschafts-)Kriege kann man wahrscheinlich nur gewinnen, wenn die Bevölkerung auf einen auswärtigen "Feind" und seine "fünfte Kolonne" eingeschworen ist, wozu sich der Nationalismus immer noch am besten eignet. Da sich nicht nur der Konkurrenzkampf zwischen einheimischen und "fremden" Arbeitskräften, sondern auch zwischen ganzen Volkswirtschaften auf dem Weltmarkt zuspitzt, wächst bei Staatsmännern und Wirtschaftsführern die Versuchung, ihre Pläne und Fehler durch Appelle an das Nationalgefühl der Bevölkerung zu verschleiern.

(West-)Europa ist auf dem Weg zu einer Supermacht, als die sie schon vor zwei Jahrzehnten beschrieben wurde<sup>27</sup>, und das vereinte Deutschland trotz struktureller Krisenerscheinungen, die nicht nur mit den durch Modernisierung der neuen Bundesländer entstehenden Kosten zu tun haben, ihr Hegemon. Das Kräftemessen mit den USA und Japan entwickelt sich zwangsläufig zu einem Kampf gegen den "Rest der Welt" - sowohl den Osten wie den Süden.<sup>28</sup> Im Laufe dieses Prozesses verlieren nationalstaatliche Strukturen gegenüber supranationalen Organisationsformen an Bedeutung. Obwohl der Nationalstaat nicht über Nacht, sondern wahrscheinlich erst im übernächsten Jahrhundert von der Weltbühne verschwindet, ist er - in historischen Dimensionen gedacht - heute schon ein politisches Auslaufmodell.

Der Nationalstaat darf nicht mehr das Maß aller Dinge sein, weil er die globalen Probleme (im Unterschied zu früher anstehenden Fragen) nicht zu bewältigen vermag: "Keines dieser Probleme - Umweltverschmutzung, Ozonloch, Unterentwicklung, Hunger, Aids, Bevölkerungsexplosion, Rüstungswettlauf, um nur einige Schlagworte zu nennen - wird von einem Staat allein verursacht und kann somit von ihm allein gelöst werden."<sup>29</sup> Entscheidend dürfte sein, ob es gelingt, eine Alternative zum Nationalismus zu entwickeln, der bisher als Form der ideologischen Vergemeinschaftung fungiert und nicht von selbst "abstirbt", sondern überflüssig ge-

<sup>27</sup> Vgl. Johan Galtung, *Kapitalistische Großmacht Europa oder die Gemeinschaft der Konzerne? ("A Superpower in the Making")*, Reinbek bei Hamburg 1973; sowie: Daniel Burstein, *Weltmacht Europa. Die Öffnung des Ostens und der europäische Binnenmarkt verändern das Kräfteverhältnis in der Welt*, München 1991; Walter Laqueur, *Europa auf dem Weg zur Weltmacht. 1945-1992*, München 1992.

<sup>28</sup> Siehe Christoph Butterwegge/Siegfried Jäger (Hrsg.), *Europa gegen den Rest der Welt?, Flüchtlingsbewegungen - Einwanderung - Asylpolitik*, Köln 1993.

<sup>29</sup> Klemens Ludwig, *Europa zerfällt*, a.a.O., S. 98.

macht werden muß. "Nationalismus wird so lange nicht überwunden werden, als er nicht durch ein anderes Legitimationsprinzip politischer Ordnung ersetzt werden kann."<sup>30</sup>

*Andrea Lederer/Knut Mellenthin*

## Allgemeine Ratlosigkeit der Linken

Vorbemerkung: Wir haben im folgenden weitgehend auf eine spezielle Auseinandersetzung mit dem deutschen Nationalismus, seinen Erscheinungsformen, aktuellen wie historischen Ausprägungen sowie mit den Korrelationen zwischen Nationalismus und Rassismus verzichtet. Nicht etwa deshalb, weil wir meinen, daß dies eigentlich verzichtbar wäre, sondern weil zu diesen Aspekten bereits zahlreiche aussagekräftige Untersuchungen und Stellungnahmen vorliegen, deren prinzipielle Ablehnung und Verurteilung dieser elenden Phänomene wir teilen. Wir halten daher aber auch den Versuch für legitim, die Ebene der Bekenntnisse zu verlassen und uns Gesichtspunkten zu nähern, die in der bisherigen Diskussion vielleicht noch nicht hinreichend angesprochen wurden. Wir sind uns der Problematik bewußt.

Liegt nicht schon dem Begriff "Renaissance des Nationalismus" ein Irrtum zugrunde, der auf erhebliche Wahrnehmungsprobleme der Linken hinweist? Einige Jahrzehnte lang herrschte der Glaube vor, nationale Differenzierungen seien im Schwinden begriffen, zwischenstaatliche Grenzen verlören an Bedeutung, der Nationalstaat traditioneller Prägung sei bereits zum "Auslaufmodell" geworden. Wenn dieser Glaube jedoch zu großen Teilen nicht der Realität entsprach, sondern eher dem Bereich des Wunschdenkens entstammte, ist das Erstaunen und Erschrecken über die heutige "Renaissance" nicht angemessen. Verschwunden war der Nationalismus auch in Europa nie, wie sich an den Konflikten um Nordirland und Zypern zeigen läßt. Und in der BRD ist er immer sehr stark gewesen, wie beispielsweise in den Auseinandersetzungen der siebziger Jahre um die "neue Ostpolitik" deutlich wurde. Selbst im "Ostblock", vor allem in Jugoslawien, hätte man sein Fortbestehen unter der sorgfältig geglätteten Oberfläche wahrnehmen können, wenn man genauer hingesehen hätte.

Das 20. Jahrhundert steht im Zeichen von Nationalstaaten. Im Jahr 1993 lebt die Weltbevölkerung auf ungefähr 180 Staaten verteilt. Diese Zahl meint nur die Vollmitglieder der UNO. Daneben gibt es noch ca. zwei

<sup>30</sup> Rainer Bauböck, Zur Zukunft des Nationalismus in Europa. Unvollendeter Nationenbau oder postnationale Gesellschaft?, in: Informationsdienst Wissenschaft und Frieden 4/1992, S. 14.

Dutzend Gebilde, die zwar einige, aber nicht sämtliche Qualitäten eines souveränen Staates besitzen, wie etwa in Europa Liechtenstein, der Vatikan und San Marino, oder mehrere Inselgruppen im Pazifik mit wenigen Tausend Einwohnern.

Mehr als die Hälfte der Staaten, die heute Sitz und Stimme in der UNO haben, existierten bei Gründung der Weltorganisation 1945 noch nicht. Bis zum Ende der achtziger Jahre war das Entstehen neuer Staaten nahezu ausschließlich das Ergebnis des Entkolonialisierungsprozesses. In Afrika beispielsweise existierten von heute über 50 Staaten erst drei. Mit dem Zusammenbruch der Gesellschaften des "real existierenden Sozialismus" hat das Entstehen neuer Staaten einen abermaligen Schub erhalten. Auch wenn diese Entwicklung einerseits nicht absolut unumkehrbar erscheint - so deuten sich im Gebiet der ehemaligen UdSSR Tendenzen einer stärkeren Re-Integration an - hat sie andererseits vermutlich ihren Endpunkt noch nicht erreicht. Weitere Auflösungserscheinungen bestehender Staaten, beispielsweise in Äthiopien und Somalia - sind zu verzeichnen.

Die Linke wendet sich mit Schaudern ab. Begriffe wie "Kleinstaaterei" und "Gebilde ohne wirtschaftliche Lebensfähigkeit" stellen sich schnell ein. Diese Sichtweise ist, vorgetragen von Staatsbürgern einer Großmacht, die zu den reichsten der Welt zählt, oftmals nicht ganz frei von Arroganz und insofern auch keineswegs spezifisch links. Man kann sie ebenso in den etablierten Medien und in politisierenden Kneipenrunden braver Bundesbürger antreffen.

Dagegen wäre zu argumentieren, daß unter den heutigen Mitgliedstaaten der UNO mindestens 30 sind, die weniger als eine Million Einwohner haben; darunter sind zehn, die sogar weniger als 200.000 Staatsbürger zählen. Welcher Linke wäre aber jemals auf den Gedanken gekommen, sich über die Selbständigkeit und Lebensfähigkeit Islands höhnisch zu mokieren, weil dieser Staat nur etwa 300.000 Einwohner hat, während man ein unabhängiges Slowenien mit fast sieben mal soviel Menschen selbstverständlich für total absurd hält? Welcher Linke würde Kuba empfehlen, sich schnellstens zum Anschluß an die USA zu bemühen, nur weil es fast hundert mal kleiner ist als diese? Von den "neuen Kleinstaaten" ist Kasachstan siebenmal so groß wie die vereinigte BRD, und auch die Ukraine, Usbekistan und Turkmenistan übertreffen die BRD an Umfang. Kyrgystan und Bjelarus sind nicht viel kleiner als Großbritannien. Selbst die "winzigste" der ehemaligen Sowjetrepubliken, Armenien, hat immerhin die Größe Belgiens.

Und was das Argument der "weltwirtschaftlichen Lebensfähigkeit" angeht: Es gibt wirkliche Kleinstaaten wie Luxemburg, um die man sich diesbezüglich jedenfalls heute keine Sorgen zu machen braucht. Andererseits gibt es große Länder wie Rußland oder die Ukraine, die sich derzeit ohne fremde Hilfe anscheinend kaum noch vor dem ökonomischen Zusammenbruch retten können. Gleiches gilt aber nicht nur für die aus dem Zusammen-

bruch des "real existierenden Sozialismus" hervorgegangenen neuen Länder, sondern auch für etliche schon etwas ältere, beispielsweise in Afrika. Sind ihre kaum lösbar erscheinenden Probleme etwa ein ernstzunehmendes Argument gegen ihr Existenzrecht als Nation und Staat?

Wenn Linke verächtlich oder besorgt über die "neuen Kleinstaaten" sprechen, dann klingt es oftmals so, als wäre die Qualität eines Staates hauptsächlich nach seiner Größe zu bemessen. Sind große Staaten unbedingt besser als kleine? Geht von großen Staaten eine geringere Gefahr aus als von kleinen? Sind sie weniger anfällig für Nationalismus? Natürlich nicht, alles andere wären törichte, von der Realität längst widerlegte Ansichten.

Die deutsche Linke steht mit ihrem negativen Urteil über die "Kleinstaaten" in der Tradition der Kritik von Marx und Engels an der "deutschen Kleinstaaterei" des vorigen Jahrhundert. Mit den Klassikern des wissenschaftlichen Sozialismus sind wir daran gewöhnt, die Überwindung der "Kleinstaaterei" und den Zusammenschluß zu großen Nationalstaaten für einen unvermeidlichen historischen Fortschritt zu halten, der einen großen Schritt näher an die Überwindung von Nationalstaaten überhaupt heranführte. Manches spricht tatsächlich für diese Sichtweise. Andererseits zeigt gerade die deutsche Geschichte, daß unter den realen Bedingungen weltweiter Dominanz kapitalistischer Verhältnisse die Herausbildung großer Nationalstaaten ein sehr widersprüchlicher Fortschritt ist, der besonders im Zeitalter der Massenvernichtungswaffen ungeheure Risiken beinhaltet. Allein dieser eine Großstaat, das Deutsche Reich, hat mit zwei Weltkriegen weit mehr Unheil angerichtet als sämtliche Streitereien zwischen "Kleinstaaten" jemals vermocht hätten.

Auch über das Verschwinden der DDR von der Landkarte wird man sich als Linker keinen ungeteilten Glücksgefühlen hingeben wollen, obwohl dies als einer der ganz wenigen "erfolgreichen" Beiträge zur "Überwindung der Kleinstaaterei" gelten darf, die es in den vergangenen 45 Jahren gab.

Es gibt gute Gründe, den Zerfall Jugoslawiens und der Sowjetunion, wie auch der Tschechoslowakei, zu bedauern. Die damit verbundene Destabilisierung erhöht die ohnehin schon gewaltigen Probleme ihrer Nachfolgestaaten und schafft Ansatzpunkte für imperialistische Einmischung und Provokation, wobei die BRD eine besonders üble Rolle spielt. Das sollte dann aber auch ganz klar so beim Namen genannt und begründet werden, statt das Mißverständnis zuzulassen, als wäre die Auflösung bestehender und die Bildung neuer Staaten generell ein großes Unglück und ein verhängnisvoller historischer Rückschritt.

Wer die Auflösung multinationalen Staaten des früheren "Realsozialismus" beklagt, wird sich allerdings auch Rechenschaft geben müssen, ob es dazu eine realistische Alternative ohne militärische Gewaltanwendung gegeben hätte, wie sie hätte aussehen können - und woran sie gescheitert ist. Diese Frage hängt offenbar mit der umfassenderen nach den Ursachen für das Scheitern dieses sozialen und politischen Systems eng zusammen.

Zu berücksichtigen wäre beim Versuch einer Antwort außerdem, daß in allen drei Fällen - Sowjetunion bzw. Zarenreich, Jugoslawien und Tschechoslowakei - der Versuch der Staatenbildung bereits einmal gescheitert war, bevor er unter der Hegemonie der sozialistischen Staatspartei und ihrer Ideologie zum zweiten Mal unternommen wurde. Zumindestens in der UdSSR und in Jugoslawien war es insofern nicht völlig absonderlich, daß mit dem Zerfall der Partei und der zunehmenden Diskreditierung des sozialistischen Modells auch der multinationale Bundesstaat in eine tiefe Krise geriet.

Linke neigen dazu, Nationalismus als eine irrationale Massenhysterie zu interpretieren, bei der man noch geteilter Meinung sein kann, ob sie nun eigentlich heilbar ist - und falls ja, mit welchen Mitteln? - oder ob dies nicht vielmehr eine Katastrophe sei, an der jede politische Kunst vergebens ist. Übersehen wird oft, daß Nationalismus und Regionalismus durchaus übliche und möglicherweise unvermeidliche - was sie natürlich nicht besser macht - "Begleiterscheinungen" einer Weltordnung sind, die auf individueller und konjunktureller Konkurrenz beruht.

Nach dem Zusammenbruch des "real existierenden Sozialismus" räumen selbst hartgesottene Dogmatiker ein, daß die zentrale Planwirtschaft große Schwächen habe und für das Funktionieren eines effektiven Systems der Produktion und Bedürfnisbefriedigung untauglich sei. Zumindest einzelne marktwirtschaftliche Elemente seien unerlässlich. Das scheint einerseits plausibel. Andererseits sollten die jedem Konkurrenzsystem innewohnenden Probleme aber nicht vergessen werden, die vom entwickelten Kapitalismus auf die Spitze getrieben werden.

Schon unter "realsozialistischen" Verhältnissen war festzustellen, daß bereits das geringe Maß an marktwirtschaftlichen Mechanismen dazu führte, daß kollektive Egoismen von Betrieben und Betriebsgruppen, von Wirtschaftszweigen und Regionen entstanden. Im Kampf um Einkünfte und Ressourcen ist sich nicht nur jeder selbst der nächste, sondern er ist auch leicht davon zu überzeugen, daß sein Wohlergehen recht weitgehend mit dem seines Arbeitskollektivs, seines Betriebs, seiner Region zusammenhängt. Das ist ja, sofern es auch nur die Spur von "materiellen Anreizen" gibt, nicht einfach eine irrationale Wahnvorstellung, sondern wird praktisch so erfahren.

Nicht erst unter kapitalistischen Bedingungen gilt aber, daß dieses eigene Wohlergehen teilweise auf Kosten anderer erreicht und schließlich auch mehr oder weniger bewußt angestrebt wird. Lange bevor sich in der Sowjetunion Nationalismen offen artikulierten, hatten sich regionale Sonderinteressen verfestigt und zur Bildung von entsprechenden Strukturen im Partei- und Staatsapparat geführt.

Wir erleben heute, daß die kapitalistische Gesellschaft zur Herausbildung von ideologisierten Regionalismen führt, die mit den klassischen Formen und Interpretationen von Nationalismus nur noch bedingt zu tun haben.

Beispiel Jugoslawien: Gewiß spielen nationale Gegensätze mit historischen Hintergründen eine Rolle. Ihre ungeheure Verschärfung ist aber vor allem ein Ergebnis des Bürgerkriegs, nicht dessen Ursache. In Slowenien, das am konsequentesten und schnellsten den Weg in die Eigenstaatlichkeit eingeschlagen hatte, spielte Nationalismus eine weit geringere Rolle als in den übrigen Teilen Jugoslawiens. Oder: Die Spaltung der CSFR hat kaum etwas damit zu tun, daß sich Tschechen und Slowaken besonders fremd oder gar feindlich geworden wären und deshalb nicht mehr miteinander leben wollten. Sehr viel hat sie hingegen mit der historisch bedingten unterschiedlichen wirtschaftlichen Entwicklung der beiden Landesteile zu tun. Oder: In Italien bringen die regionalen "Ligen" neben rassistischer Abgrenzung gegen Immigranten vor allem inner-italienische Widersprüche zum Ausdruck, nämlich die Sonderinteressen des industriell stärker entwickelten Nordens. Oder: In Brasilien gehen die vergleichsweise reichsten Landteile auf separatistischen Kurs.

Der Glaube, im biologischen und kulturellen Sinn "anders" und "überlegen" zu sein, ist für das Entstehen von solchen Regionalismen höchstens von untergeordneter Bedeutung. Er entwickelt sich eher als sekundäre Begleiterscheinung. Im Vordergrund steht die Ansicht, aufgrund unterschiedlicher ökonomischer Entwicklungsniveaus andere Interessen zu haben als die übrigen Landesteile und Staatsbürger. Das nun ist unter kapitalistischen Bedingungen nicht "nur" eine Wahnvorstellung, mit der man sich geistig auseinandersetzen könnte oder vielleicht auch nicht, sondern hat eine materielle Basis in den wirklichen Verhältnissen.

Das kapitalistische Wachstum scheint sich seit Beginn der siebziger Jahre weltweit verlangsamt zu haben. Die erste Phase nach dem Zweiten Weltkrieg, die den industrialisierten Nationalstaaten relativ viel Spielraum für eine Wirtschaftsentwicklung bot, bei der man "auf seine Kosten kommen" konnte, ohne sich mit den Konkurrenten allzu sehr ins Gehege zu kommen, scheint abgeschlossen. Das zunehmende Bewußtsein über die grundlegende Ungerechtigkeit der kapitalistischen Wirtschaftsweise, über deren Krisenhaftigkeit, über ihre harten Konkurrenzmechanismen, über die Begrenztheit der wichtigsten Ressourcen, über die katastrophische Entwicklung von großen Teilen der Welt - alles das konnte nach dem Scheitern des "sozialistischen" Gegenmodells erst einmal dazu führen, daß die kollektiven Egoismen umso brutaler ausgetragen werden.

Die Ausbreitung kapitalistischer Verhältnisse über den ganzen Erdball hat einerseits dazu geführt, die Menschen einander näher zu bringen, Fremdheiten abzubauen, die Schranken der "Kleinstaaterei" zu sprengen, früher kaum zusammenhängende Gebiete miteinander zu vernetzen, Grenzen durchlässiger zu machen.

Insofern tendiert die kapitalistische Entwicklung tatsächlich zur Aufhebung des Nationalstaats. Andererseits verschärft sie aber auch die Konkurrenz zwischen Individuen und Kollektiven, die Gegensätze nicht nur zwischen

bestehenden Staaten, sondern auch zwischen unterschiedlichen Regionen ein und desselben Landes. Letzten Endes gibt es, will die Menschheit überleben, zur Überwindung der kapitalistischen Wirtschaftsweise und des von ihr produzierten Gesellschaftssystems keine Alternative. An diesem Punkt angekommen ist jedoch, fast 150 Jahre nach dem "Kommunistischen Manifest" und 75 Jahre nach der Oktoberrevolution, nur die allgemeine Ratlosigkeit der Linken zu konstatieren.

# BAHAMAS

Zirkular der Gruppe K, erscheint alle 2-3 Monate mit Texten und Analysen zu Deutschland und der marxistischen Diskussion. Antinational, antikapitalistisch, marxistisch.

Nr. 9 erschienen:

## Der dritte Griff zur Weltmacht?

**Schwerpunkt:** Texte zur Entwicklung der deutschen Außen- und Ostpolitik: EG - deutscher Sonderweg? Wirtschaftlicher Zugriff auf die GUS, CSFR und Polen. Außenpolitische Instrumentalisierung deutscher Volkstumspolitik.

**Außerdem:** Vergewaltigungsdebatte und jugoslawischer Krieg. Woran zerbrach Jugoslawien? Kerzen für Deutschland: Lichterketten. 50 Seiten

Noch erhältlich: Nr. 8, Zur Hölle Deutschland. Texte zur inneren Entwicklung Großdeutschlands: Nationalismus und Faschisierung, Antisemitismus und Rassismus, Staatliche Asyldebatte und völkische "Ausländerpolitik", Modernisierung der Rechten.

Einzelpreis DM 6 (nur Vorkasse/Briefmarken).

Abonnement per Überweisung DM 18 für jeweils drei Nummern im voraus oder am besten Einzugsermächtigung.

Bestelladresse: Büro K, Karolinenstr. 21 Hs. 2, 2000 Hamburg 36, Tel. 040 438846, Konto: S. Rorsch K. Dreyer, HaSpa, BLZ 200 505 50, Kto. 1223 122 386

Folgende Analysen des isw - sozial-ökologische Wirtschaftsforschung e.V. sind bisher erschienen (Auswahl)

**isw-reports**

(erscheinen vierteljährlich mit beigeheftetem isw-wirtschaftsinfo)  
Preis: DM 5,- plus Porto (Jahresabo: 25,- DM)

- ..... report 1: **Die Schlacht um den Weltmarkt**, Thesen zur Globalstrategie bundesdeutscher Konzerne (Juni 1990)
- ..... report 5: **Krieg um Öl und \$-Ordnung**, Hintergründe, Fakten, ökonomische und ökologische Folgen des Golfkrieges (Februar 1991)
- ..... report 6: **Fette Jahre - magere Zeiten**, 8 Jahre Boom und Prosperität für wen? (Mai 1991)
- ..... report 7: **Chip, Computer, Communication**, - Globalisierung, Konkurrenz und Umbruch in der EDV- u. Telekommunikations-Industrie (Juli 1991)
- ..... report 8: **Von der Geldmacht zur Weltmacht?** Aspekte zu Ökonomie und Politik Großdeutschlands (Oktober 1991)
- ..... report 9/10: **isw-forum: Globalisierung der Märkte**, Strategien transnationaler Konzerne (Dezember 1991), DM 6,- + Porto
- ..... report 11: **Der Gipfel, diese Weltwirtschaft?** - Fakten und Analysen zum Weltwirtschaftsgipfel (März 1992)
- ..... report 12: **Mit Energie ins Treibhaus**, Energieverbrauch und Treibhauseffekt - Technische Lösbarkeit u. politökonomische Interessen (Juni 1992)
- ..... report 13: **EG - Vom Supermarkt zur Supermacht?** (Oktober 1992)
- ..... report 14: **Friedensdividende oder neue Rüstungs-Renditen?** Militär und Rüstung nach dem Kalten Krieg (Januar 1993)
- ..... report 15: **Wirtschafts- und Militärmacht EG** - Referate des 2. isw-forum - (Huffschmid, Schmäling, u.a.)

**isw-spezial**

- ..... isw-spezial 1: **Kapitalmacht in Deutschland** - Vermögensverteilung und wirtschaftliche Machtkonzentration (August 91), DM 7,- + Porto
- ..... isw-spezial 3: **Siemens Bilanz- und Konzernanalyse** (April/Mai 92), DM 5,- + Porto
- ..... isw-spezial 4: **El Salvador / Alternatives ökonomisches Modell** (Juni 92), DM 3,- + Porto
- ..... isw-spezial 5: **Billigstrom für die Großindustrie**, zur Strompreissubventionierung (Oktober 1992), DM 5,- + Porto

Ich bestelle oben angekreuzte Titel

Name .....

Anschrift .....

Unterschrift .....

Bitte senden an: isw e.V., Georg-Wopfner-Straße 46,  
8000 München 45, Konto: Sparda Bank München,  
Nr. 98 34 20 (BLZ 700 905 00)

Robert Katzenstein

**Wert-Preis-Transformation ohne Inhalt?**

Endlich ist eine Bilanz der Diskussion zum Transformationsproblem gezogen worden, von Friedrun Quaas.<sup>1</sup> Sie vermeldet erhebliche Fortschritte in der Sache, freilich ohne daß es bisher gelungen sei, die Nichexistenz des Warenwertes wirklich nachzuweisen und so die Debatte mit einem Ergebnis abschließen zu können. Verblüffenderweise versucht Friedrun Quaas in ihrer Bilanz den Schwerpunkt der Diskussion völlig auf die quantitative Seite der Frage zu beschränken. Jeden inhaltlichen Bezug lehnt sie scharf ab, obwohl die Diskussion der Wert-Preis-Transformation sich gerade auf die inhaltliche Frage hin zugespitzt hat, ob es den Wert überhaupt gibt. Beschränkt man sich auf die quantitative Seite der Sache, so droht überdies auch die Gefahr, daß bei der Diskussion eines sozialwissenschaftlichen Problems ausgerechnet der soziale Inhalt des Problems außen vor bleibt. Einem Sozialwissenschaftler bleibt also eigentlich garnichts anderes übrig, als diesen Inhalt immer wieder in die Diskussion einzubringen. Zumal dann auch sichtbar wird, daß es sich bei dem ganzen Problem um eines der Mathematik und nicht der Ökonomie handelt.

Für einen Sozialwissenschaftler sollte es eigentlich ohne Schwierigkeiten möglich sein, die Transformation der Arbeitswerte in Produktionspreise quantitativ zu fassen, sofern er sich dabei nicht krampfhaft an die von v. Bortkiewicz benutzte mathematische Formel klammert, sondern der inhaltlichen Ableitung durch Marx folgt. In Heft 9 der Zeitschrift Z habe ich das nachgewiesen.

Alle von Marx behaupteten Theoreme werden bestätigt: Die Summe der Werte ist gleich der Summe der Preise und die Mehrwertsumme gleich der Profitsumme. Und beide sind - was bei der von v. Bortkiewicz benutzten Formel eben nicht der Fall ist -, bei einer inhaltlich konsistenten Transformationsmethode gleichzeitig gültig; im Gegensatz auch zu den von Quaas (S. 140) ermittelten Ergebnissen der Transformationsdebatte.

Nun zum sogenannten grundlegenden Irrtum von Marx. Er hat die Aufwendungen an konstantem und variablem Kapital bei der Berechnung der Preise in Wertgrößen angegeben, statt Produktionspreise zugrunde zu legen (Quaas, S.140). Marx hat auf das Problem selbst hingewiesen. Dennoch scheint mir hier kein großes Problem zu liegen. Sobald der Übergang von der einfachen zur kapitalistischen Marktwirtschaft einmal stattgefunden

<sup>1</sup> Friedrun Quaas, Das Transformationsproblem, Metropolis-Verlag, Marburg 1992. Übrigens eine beachtenswerte Arbeit!

hat, stellen sich die Kostpreise immer als Produktionspreise dar, auch wenn sie weiterhin als  $c + v$  ausgewiesen werden. Die Bezeichnung  $c, v, m$  ist notwendig, um den ökonomischen Inhalt des Profits als Mehrwert zu charakterisieren. Unter kapitalistischen Bedingungen ist der Arbeitswert aber gleich dem Produktionspreis. Der Wert ist eben keine dingliche Eigenschaft der Ware. Er ist ebenso objektiv vorhanden und zugleich ungreifbar wie meine Gedanken, denn er stellt nur das quantitative Verhältnis dar, in dem die verschiedenen Produzenten ihre respektiven Arbeiten gegeneinander austauschen. Das aber kann unter kapitalistischen Bedingungen, aus den oben erwähnten Gründen, nur der Produktionspreis sein. Winfried Schwarz und Georgios Stamatis sind auf dieses Problem schon eingegangen.<sup>2</sup>

### Transformation in Theorie und Praxis

Schließlich zum dritten und wohl wichtigstem Kernpunkt der Kritik an der Marxschen Transformationsmethode: Am Ende der Wert-Preis-Transformation auf Marxsche Art seien die von ihm selbst dargestellten Gleichgewichtsbedingungen des wirtschaftlichen Kreislaufs nicht mehr gegeben. Diese Bedingungen besagen, daß die beiden Abteilungen der gesellschaftlichen Produktion sich bei einfacher Reproduktion nur dann im Gleichgewicht befinden, wenn das variable Kapital und der Mehrwert ( $v + m$ ) der Abteilung I, d.h. die Wertbestandteile dieser Abteilung, die Konsumgüter kaufen, gleich groß sind wie das konstante Kapital ( $c$ ) der Abteilung II, d.h. jener Wertbestandteil der Abteilung II, der Produktionsmittel kauft. Leider fehlt hier der Platz um das entsprechende Schema zu entwickeln und in meinem vorigen Artikel habe ich diese Frage nicht berücksichtigt. Der Einwand ist jedoch berechtigt. In der Tat führt auch die Transformation nach der Marxschen Ableitung zunächst zu einem Ungleichgewicht;  $70 IIc > 50(v+m)I$ , um das einmal an willkürlich gewählten Zahlen darzustellen. In der Praxis würde dies heißen, daß die Abteilung II ihre Ware nicht vollständig loschlagen und folglich auch ihren Bedarf an Produktionsmitteln wegen Mangels an Gegenleistung nicht mehr voll decken kann.

So weit, so gut. Nur zeigt sich hier schlagend, was passiert, wenn sich die Debattanten auf die quantitative Seite der Frage beschränken und vom qualitativen Inhalt der Prozesse keine Notiz nehmen. In der Praxis wie in der Marxschen Theorie ist die Transformation mit obigem Schritt keineswegs abgeschlossen. Im Gegenteil, das Gleichgewicht und seine Herstellung bilden vielmehr überhaupt die materielle Grundlage, auf der sich die Werte herstellen und sich ihre Transformation in Produktionspreise vollzieht. Solange ein strukturelles Ungleichgewicht zwischen den Abteilungen

<sup>2</sup> Winfried Schwarz, Viel Lärm um Nichts. Zum sogenannten Transformationsproblem, in: SOPO 44/1978; Georgios Stamatis, Beiträge zur Kritik der neoricardianischen und neoklassischen Theorie, in: Göttinger Beiträge zur Gesellschaftstheorie 4/1979.

besteht, kann sich auch kein Durchschnittsprofit herstellen, kommt folglich auch das Kapital nicht zur Ruhe. Das ergibt sich aus den Gesetzen der Preisbewegung, die übrigens in allen Wert- oder auch Nur-Preis-Theorien dieselben sind. Ungleichgewichte zwischen Angebot und Nachfrage wirken sich auf die Preisgestaltung aus. Eine Überproduktion in der Abteilung II, wie in unserem Beispiel angenommen, würde sich in gedrückten Preisen und unterdurchschnittlichen Profiten niederschlagen. Zuviel Kapital wäre schon nach II gewandert und dieser Überschuß muß stillgelegt werden oder neue Anlage suchen. In der Praxis geschieht das durchaus, nach Ungleichgewichten pendeln sich die Preise immer erst wieder auf die Wertbasis ein. Hätten wir ein anderes Beispiel gewählt, bei dem die Abteilung I einen Überschuß gegenüber IIc aufweist, so hätte sich die Kapitalwanderung noch ein Weilchen fortgesetzt. Erst wenn sich zwischen den beiden Abteilungen ein Gleichgewicht in Angebot und Nachfrage entwickelt hat, ist auch der Durchschnittsprofit gegeben, d.h. die Bedingung ist erfüllt, die der Kapitalwanderung das Motiv nimmt. Über die Bewegung der Marktpreise, die diesen Prozeß initiiert und begleitet, bildet sich auf dieser Gleichgewichtsbasis auch der Produktionspreis. In der Diskussion ist auf dieses Faktum, wie auf die qualitative Seite überhaupt, verschiedentlich hingewiesen worden, auch von Stamatis, leider ohne Erfolg (vgl. Quaes, S. 115).

In der ganzen Debatte ist überhaupt aus dem Auge verloren worden, daß der Ausgangspunkt eines Transformationsprozesses nie eine Gleichgewichtssituation, sondern immer nur ein Ungleichgewicht sein kann; nur dadurch entstehen die Profitunterschiede, die die Kapitalverschiebungen auslösen. Auch beim Übergang von der einfachen, handwerklichen, zur kapitalistischen Marktwirtschaft entstanden solche Ungleichgewichte - durch die neuen produktiven Kräfte, das Einschleichen kapitalistischer Produzenten in das handwerkliche Produktionsgefüge -, die ebenso Profitunterschiede bewirkten wie die Verschiedenheiten in der organischen Zusammensetzung des Kapitals. Das Gleichgewicht muß sich immer erst auf neuer Stufe wieder herstellen; durch die Bewegung des Kapitals hin zur besten Verwertung, und im Zuge dieser Bewegungen verändern sich die Strukturen, formiert sich der Wert in neuen Produktionspreisen.

Dabei kann sich übrigens auch, ohne neuen wissenschaftlich-technischen Fortschritt, einfach durch Verschiebungen in der Anwendbarkeit gegebener Technik, die Wertgröße einer Ware selbst verändern. Das neue Preisniveau kann die Relationen zwischen Angebot und Nachfrage so stark verändern, daß plötzlich höherproduktive Produktionsverfahren gewinnbringend anwendbar oder aber, im umgekehrten Fall, nicht mehr anwendbar werden. Dann verändert sich auch der zur Produktion der jeweiligen Ware gesellschaftlich notwendige Arbeitsaufwand, d.h. der Wert dieser Ware. Solche Veränderungen sind in der Praxis gang und gäbe, wenn ihnen primär auch andere Ursachen zugrundeliegen mögen. Jeder Produzent ist in ein Geflecht von Produktions-, Preis- und anderen Strukturen eingewach-

sen, die ihrerseits die Art und Weise der rationell anwendbaren Produktionsverfahren bestimmen und ihre Anwendung möglich oder auch unmöglich machen können, wenn sie sich verändern.

In der Praxis sind derartige Prozesse häufig zu beobachten. Die Ölförderländer haben seinerzeit, in den siebziger Jahren, die Ölquellen in eigene Regie übernommen und über die Ölpreise erhebliche Mittel aus den industriellen Metropolen in die Ölförderländer umgeleitet. Dadurch veränderte sich die Struktur der Nachfrage in den Metropolen nachhaltig. Die andersgearteten Bedürfnisse der Ölförderländer wurden plötzlich zahlungsfähig, während manchen Bedürfnissen der Metropolen die Mittel zu ihrer Befriedigung entzogen wurden. Strukturelle Ungleichgewichte waren die Folge. Einigen Zweigen in den Metropolen brachen Märkte weg, für andere begann eine Hochkonjunktur. Über die entsprechenden Preis- und Kapitalbewegungen stellten sich neue Produktionsstrukturen her. Das sind die praktischen Bewegungen, in denen sich neue Gleichgewichtsbedingungen mit den ihnen adäquaten Wertverhältnissen ausbilden. Ähnliche Prozesse sind durch den Zerfall des Sozialismus angestoßen worden. Dabei haben der Zerfall der Sowjetunion und die neuen nationalen Grenzziehungen für manche Betriebe auch bewirkt, daß sie mit den bestehenden Anlagen nicht mehr rationell produzieren können.

Im übrigen verändert jede größere Produktivitätsentwicklung nicht nur die Profitraten, sondern setzt auch Prozesse in Gang, in denen sich die bestehenden Gleichgewichtsbedingungen verzerren und sich neue ausbilden müssen. In der Praxis stellt sich das in Form von Krisen oder auch Aufschwüngen dar. Auf unser Beispiel bezogen: 20 IIC läge in Warenform fest, könnte nicht realisiert werden. Die Abteilung wäre überdimensioniert und sofern sich die Wirtschaft nicht gerade in einer Wachstumsphase befindet, bedeutet das Krise. Hätte das Kapital der Abteilung II genügend Finanzspielraum und könnte seinen Produktionsmittelbedarf trotz des Lagerbestandes an zur Zeit unverkäuflichen Waren decken, so käme es allerdings nur zu Strukturverschiebungen; die Krise auf der einen Seite würde durch Hochkonjunkturen auf der anderen ausgeglichen, wie seinerzeit nach dem Ölpreisschock.

Wie man sieht, lebt die Theorie nicht aus sich selbst heraus. Wenn man die Logik ihrer Ableitungen überprüfen will, dann muß man schon ein bißchen wissenschaftliche Phantasie entwickeln und die abstrakten Formeln der Theorie mit den praktischen Prozessen zusammenbringen. Leider zeigt sich zuweilen, daß in der alten Spruchweisheit, oft werde vor lauter Bäumen der Wald übersehen, viel Wahrheit steckt.

## Wert und Preis

Wie verhält es sich nun mit dem Wert, jenem Zankapfel, um den sich die ganze Debatte recht eigentlich dreht? In seiner nonchalanten Art schreibt Samuelson, eine Reihe bürgerlicher Sozialökonomien habe beschlossen,

der Wert existiere nicht, da die Gesetzmäßigkeiten der Preisbewegung zur Erklärung der meisten ökonomischen Phänomene völlig ausreichen.<sup>3</sup> Das ist natürlich richtig, aber es ist kein Argument gegen den Wert. Natürlich reichen die Preisgesetze zur Erklärung der meisten ökonomischen Phänomene aus. Anders kann es garnicht sein. Schließlich wird der Wert nur im Preis der Waren sichtbar und über die Preisbewegungen setzt er sich durch. Das schließt aber seine objektive Existenz nicht aus. Auch Gedanken werden nur greifbar, wenn sie als Wort oder Schrift in Erscheinung treten, dennoch sind sie objektiv auch dann vorhanden, wenn sie nicht in Wort oder Schrift geäußert werden. Ebenso der Warenwert. Er ist nichts anderes als das mit der Produktion gewachsene Verhältnis zwischen arbeitsteilig miteinander verbundenen Produzenten. Wenn wir schon nur den Preis betrachten, so sind dennoch zwei Phänomene zu erklären: Zum einen zeigt sich, daß der Preis auf alle möglichen Einflüsse reagiert, die das Verhältnis von Angebot und Nachfrage verändern. Zum anderen aber schwankt derselbe Preis nur in gewissen Grenzen. Er bewegt sich gewissermaßen in einem Korridor mit mehr oder weniger festen Grenzen. Auch die Parameter dieses Korridors können sich verändern, aber sie reagieren nicht auf Schwankungen im Verhältnis von Angebot und Nachfrage, sondern nur auf grundlegende Veränderungen im Kostengefüge, d.h., von der Arbeitswerttheorie aus gesehen reagieren sie auf die Bewegung der zur Produktion der jeweiligen Ware durchschnittlich notwendigen gesellschaftlichen Arbeit. Hier ist also etwas, was dem Preis Konsistenz gibt. Dieser Preis, der nicht den aktuellen, nur kurzfristig wirkenden Markteinflüssen unterliegt, kennzeichnet den eigentlichen, vom Tagesgeschehen unabhängigen, Wert der Waren. Dieses Phänomen bleibt zu erklären, wenn man beschließt, den Wert für nicht existent zu erklären. Die Arbeitswerttheorie erklärt diesen Wert aus der Substanz, die das Verhältnis bestimmt, in dem arbeitsteilig, aber privat und selbständig produzierende Produzenten ihre Waren gegeneinander austauschen: nach der im Schnitt gesellschaftlich notwendigen Arbeit, die in diesen Waren steckt. Daß hier zwischen zwei Arten von Preisen bzw. zwischen Preis und Wert der Waren zu unterscheiden ist, wird übrigens auch dadurch belegt, daß nicht jede Preisänderung eine Neuverteilung der Ressourcen bewirkt - bei den Preisgesetzen geht es ja vor allem um diese Frage, um die Anpassung der Produktion an den gesellschaftlichen Bedarf -, sondern nur eine solche, die durch Veränderungen im Arbeitsaufwand verursacht wird. Wenn man schon solche Phänomene feststellen kann, warum soll man sie dann nicht auch begrifflich, als Preis und Wert, kenntlich machen? Rein sachlich ist der Wert nicht greifbar. Er ist, wie schon gesagt, keine dingliche Eigenschaft der Ware. Der Transformationsprozeß bedeutet so auch keine Verschiebung einer dinglichen (Wert-) Substanz. Ob sich der Wert dabei überhaupt nicht von der Ware löst, sondern die durch das Streben des Kapitals nach der besten

<sup>3</sup> Vgl. P.A. Samuelson, Volkswirtschaftslehre, Bd.II, Köln 1975, S.626.

Verwertung verursachte Preisbewegung einfach zu einer veränderten Verteilung des Gesamtwertprodukts unter den Produzenten führt, oder ob der Wert die Form des Produktionspreises annimmt, bleibe dahingestellt; am Ergebnis ändert das nichts. Sicherlich ist das nicht ganz einfach zu verstehen. Richtig verständlich wird es erst, wenn man sich die zugrundeliegenden sachlichen Vorgänge, ohne ihre wertmäßige Ausdrucksform, vorstellt.

Samuelsons Spruch gilt zum Beispiel nur in der arbeitsteiligen Wirtschaft, in der die Allokation der Ressourcen spontan, über die Preisgesetze, erfolgt. An diesem Punkt treffen sich zunächst auch Wert- und reine Preistheorie. Beide erklären die Verteilung der gesellschaftlichen Ressourcen, d.h. von Arbeit und Kapital, gleichermaßen über die Bewegung der Preise, übrigens auch unter Berufung auf die Kosten-/Nutzen-Analyse, allerdings mit dem Unterschied, daß die Arbeitswerttheorie auch die Kapitalkosten auf Arbeit zurückführt und sie als vergegenständlichte Arbeit betrachtet. Diesen Schritt macht die Grenznutzentheorie nicht mit. Ihr kommt dabei entgegen, daß sich die Herstellungskosten einer Ware tatsächlich nie völlig in Arbeit auflösen lassen, sondern immer nur in Produktionsmittel- und Arbeitskosten. Man mag das drehen und wenden wie man will, auch wenn man die Kosten der Produktionsmittel ihrerseits auflöst, kommen immer wieder, in neuer Form, Produktionsmittelkosten ins Spiel; das ist fast genauso verwirrend wie das Wert-Preisverhältnis. Sobald man jedoch zu Produktionsweisen zurückgeht, in denen die Produktionsprozesse überschaubarer sind, erschließt sich dieser Zusammenhang sofort. Dem urzeitlichen Jäger zum Beispiel, war die Arbeit als Grundbedingung aller Produktion durchaus geläufig. Er leistete alle anfallenden Arbeiten und seine Arbeit war die einzige Quelle sowohl der Produktionsmittel, etwa von Pfeil und Bogen, des erlegten Wildes etc., als auch der Konsumtionsmittel, der Zerlegung und Zubereitung des Wildes etc. Unter diesen Bedingungen lassen sich alle Produktionsvorgänge ohne weiteres in Arbeit auflösen.<sup>4</sup> Übrigens erschließt sich die Arbeit als gemeinsamer Nenner aller materiellen Lebensbedingungen auch, wenn man Ausnahmesituationen, wie sie in der Geschichte des Robinson Crusoe sichtbar werden, der allein und ohne große Ressourcen auf eine einsame Insel verschlagen wurde, auf diese Frage hin abklopft. Unter früheren oder anderen als marktwirtschaftlichen Bedingungen lassen sich die Ressourcen also allesamt in Arbeit auflösen; ihre Zuordnung zu den verschiedenen Aufgaben erfolgt allerdings unter diesen Bedingungen bewußt, während sich für diese Regelungen in den spontanen Abläufen arbeitsteiliger Produktion bestimmte Gesetzmäßigkeiten dafür ausbilden. Wert und Preis gibt es unter anderen als marktwirtschaftlichen Bedingungen nicht; die Frage nach dem Wert der Waren, im Unterschied zu ihrem Gebrauchswert, entsteht überhaupt erst, wenn

<sup>4</sup> Für den urzeitlichen Jäger konnte freilich die Fruchtbarkeit der Natur noch Verwirrung stiften, aber wo zeigt sich natürliche Fruchtbarkeit bei Maschinen, Gebäuden etc.? Sie verrotten und verwittern, wenn sie nicht durch Arbeit gebrauchsfähig gehalten werden!

die Produzenten ihre Erzeugnisse gegeneinander austauschen wollen und sich die arbeitsteilige Produktion ausbildet. Der Übergang zur Arbeitsteilung und zum Austausch der Erzeugnisse ändert aber nichts an der Arbeit als Quelle derselben. Nur wird der Arbeitsaufwand dann mit dem Wertbegriff "Kosten" erfaßt. In der höherentwickelten Gesellschaft lassen sich also die Produktionskosten zwar nicht mehr in Arbeit auflösen, aber doch auf Arbeit zurückführen. Gesellschaftliche Arbeit ist die allen Waren gemeinsame Substanz, aus deren Menge sich ihr jeweiliger Wert ableitet.

Recht eigentlich ist es auch nicht die von Adam Smith und David Ricardo begründete Werttheorie, die auf so heftigen Widerspruch stößt, sondern vielmehr die Mehrwerttheorie von Marx, die den Profit aus dem Mehrwert ableitet. Der Profit ist denn auch ein weiteres Phänomen, das sich aus den Gesetzmäßigkeiten der Preisbewegung allein nicht erklären läßt. Hier wird also eine Frage offen gelassen, die von der Arbeitswerttheorie schon erklärt ist. Wissenschaftlich ist der von Samuelson erwähnte "Beschluß" deshalb ein Schritt zurück. Die Erklärung des Profits als Unternehmerlohn ist da ehrlicher. Zumal die Unternehmer mit der Organisation und Leitung der Produktion ja tatsächlich notwendige Funktionen ausüben. Freilich bleibt dann aber immer noch der Streit über die Höhe des Unternehmerlohnes - obwohl der Markt für Führungskräfte der Wirtschaft den Wert einer Unternehmerarbeitskraft längst festgestellt hat -, und die Herkunft des darüber hinausgehenden Profitteiles. Davon abgesehen aber begegnen wir auch dem Mehrwert in den weniger entwickelten Gesellschaften in mehr oder weniger reiner Form; als Tribut unterworfenen Stämme, also eines ohne Entgelt angeeigneten fremden Arbeitsproduktes, später in der Leibeigenschaft als Fronarbeit. Es sind also nur Form-, aber keine Inhaltswandlungen, wenn die Mehrarbeit als Mehrprodukt, Mehrwert oder Profit erscheint.

An sich bietet auch die Grenznutzentheorie die Möglichkeit, bis zur Arbeit als der eigentlichen Substanz der Preise vorzustoßen. Die Wertbegriffe Kosten und Nutzen lassen sich ebenfalls aus den Sachbegriffen Aufwand und Ertrag ableiten. Auch in frühen Produktionsweisen wurden Arbeitsaufwand und -ertrag gegeneinander abgewogen und die Einteilung der Arbeit danach bestimmt; kein Mensch wird sich die Mühe gemacht haben, erst Pfeil und Bogen herzustellen, um einen kleinen Vogel zu erlegen, wenn er mit weniger Mühe eine Falle bauen und darin ein größeres Wild fangen konnte. Die Kosten-/Nutzen-Rechnung ist nur die wertbegriffliche Fassung des Aufwand-/Ertrags-Vergleichs. Auch hier ist also die Arbeit der gemeinsame Nenner für das Sozialprodukt. Es ist daher auch nicht so ganz einzusehen, warum sich hier ein so intensiver Streit entfacht hat. Wenn ich davon überzeugt wäre, daß wir den Wertbegriff nicht wirklich brauchen, könnte ich leicht darauf verzichten. Ich bin aber nicht überzeugt davon.

Beispielsweise ist der Wertbegriff der Schlüssel für die Unterscheidung zwischen produktiver und unproduktiver Arbeit. Ein wichtiger Punkt. Von der herrschenden ökonomischen Meinung wurde bisher zum Beispiel jedes Bereichswachstum als wirtschaftsförderlich angesehen. Konsumtive Bereiche, wie etwa bestimmte Dienstleistungsbereiche und Verwaltungen, wurden zu den wertschöpfenden Bereichen gezählt und ihr Ergebnis dem Sozialprodukt zugeschlagen, obwohl ihre Kosten aus dem Sozialprodukt gedeckt werden müssen und die übermäßige Ausdehnung dieser Bereiche regelmäßig mit dem Mittelbedarf von Wirtschaft und Staat kollidiert. Erst jetzt beginnt sich, aus der praktischen Entwicklung in den neuen Bundesländern heraus, die Erkenntnis durchzusetzen, daß eine gesunde wirtschaftliche Entwicklung ohne industrielle Kernbereiche gar nicht möglich ist.

Es ist also wichtig, in der theoretischen Arbeit den Zusammenhang zur Praxis herzustellen. Nicht nur um die wissenschaftlichen Erkenntnisse zu erweitern und zu vertiefen, sondern auch um die Theorie als Grundlage für eine effektive Wirtschaftspolitik praxisrelevant zu machen.

#### Dokumentation

Die revolutionäre Linke diskutiert:

### War die DDR sozialistisch?

Ein Streitgespräch unter Leitung von Prof. Dr. Hans Heinz Holz am 19. 9. 1992 in Gelsenkirchen zwischen:

Willi Gerns (DKP), Klaus Arnecke (MLPD), Michael Brücher (Arbeiterbund für den Wiederaufbau der KPD), Dr. Heinz Jung (PDS), Egon Schansker (KPD/ML Westberlin).

Vorspruch: Prof. Dr. Georg Fülberth. Herausgeber: Rolf Vellay

Einzelpreis: 5,00 DM. Bei Zusendung gegen Briefmarken oder Verrechnungsscheck 1,00 DM Versandkosten.

Bei Sammelbezug: 3 und mehr Exemplare kostenlose Zusendung. Ab 5 Exemplare 10 % Rabatt, ab 10 Exemplare 20 % Rabatt.

Bestellungen an:

Rolf Vellay, Postfach 10 19 48, W-4350 Recklinghausen

Ralph Graf

## Der Staat im entwickelten Kapitalismus - Koloß auf tönernen Füßen?

Die Einsicht in die Notwendigkeit einer "aktiven" Rolle des Staates zur Bewältigung der ökonomischen, sozialen und ökologischen Krisen am Ende des 20. Jahrhunderts scheint politisch wieder Boden zu gewinnen. "Bringing the State back in" lautet nunmehr nicht nur in den USA die Devise - nach über einem Jahrzehnt der ideologischen Luftleichtigkeit eines neoliberal geprägten restriktiven Staatsverständnisses. Die soziale und ökologische Zukunftssicherung erfordert in der Tat eine "aktive Politik" des Staates. Allerdings ist dessen Handlungs- und Steuerungspotenz vielfach restringiert bzw. von komplexen Bedingungen abhängig, wie zu zeigen sein wird.

Zunächst werde ich einige abstrakt-kategoriale Überlegungen hinsichtlich der besonderen Rolle, der Handlungsmöglichkeiten und -grenzen des Staates in entwickelten kapitalistischen Industrieländern (wie der Bundesrepublik) formulieren. In einem weiteren Schritt sollen Restriktionen staatlichen Handelns skizziert werden, die aus der Binnenkomplexität des entwickelten und ausdifferenzierten Staates mit seinen vielfältigen und widersprüchlichen Akteurskonstellationen resultieren. Nicht zuletzt erzeugt die zunehmende Kompliziertheit und Verwissenschaftlichung staatlicher Aufgabenbereiche neue Abhängigkeiten von gesellschaftlichen bzw. parastaatlichen Organisationen und generell erhebliche Informationsprobleme und -defizite politischer Steuerung. Vielleicht ist es nicht ganz überflüssig vorab zu betonen, daß eine allgemein anerkannte "Theorie des Staates" nicht existiert, sondern eine Vielzahl mitunter gegensätzlicher Staatsauffassungen bzw. methodischer Ansätze die Diskussion über den Staat und seine Handlungsmöglichkeiten bestimmen (vgl. Lehner 1989; Esser 1985). Die differierenden methodischen Ansätze "sind nicht wahr oder falsch wie Sätze. Sie sind fruchtbar oder unfruchtbar, sie heben bestimmte Züge der Realität hervor und schwächen andere ab, sie führen zur Konzentration der Aufmerksamkeit auf bestimmte Züge der Wirklichkeit bei gleichzeitiger Unterbelichtung anderer" (Berger 1987, 138).

### Der Staat aus marxistischer Sicht

Im Unterschied etwa zu systemtheoretischen Ansätzen, die die Bestandsvoraussetzungen moderner Gesellschaften ausdrücklich nicht an ein besonderes Teilsystem gebunden sehen, wird in marxistischen Theorien die zentrale Bestandsvoraussetzung der kapitalistischen Gesellschaft an die

Reproduktionsbedingungen und -erfordernisse des ökonomischen Systems geknüpft. Die Erklärung des Staates bzw. der Staatsfunktionen und -tätigkeiten erfolgt dabei im wesentlichen aus den Widersprüchen der kapitalistischen Gesellschaft und dem Verlauf des Akkumulationsprozesses (Blanke et al. 1974; Altvater et al. 1976; Esser 1985)<sup>1</sup>.

Für die kapitalistische Ökonomie ist nun charakteristisch, daß sie der Form nach eine Sphäre der (rechtlich) "gleichen" und "freien" Privateigentümer ist, die ihre Waren entsprechend den Gesetzen von Angebot und Nachfrage auf den Märkten austauschen. Hinter dieser formalen Gleichheit verbirgt sich jedoch eine fundamentale Ungleichheit, die in der Trennung der Arbeit von den Produktionsbedingungen bzw. der Aneignung des gesellschaftlichen Mehrprodukts (in Form des Mehrwerts) durch das Kapital ihren ökonomischen Grund hat. Die kapitalistische Ökonomie weist also eine *asymmetrische* Struktur auf. Die Produzenten und Eigentümer des gesellschaftlichen Reichtums sind nicht identisch. Diese strukturellen und funktionellen Widersprüche und die damit gesetzten Herrschafts- und Machtverhältnisse reproduzieren sich entsprechend den Imperativen des konkurrenzvermittelten, prinzipiell krisenhaft verlaufenden und auf optimale Kapitalverwertung ausgerichteten Akkumulationsprozesses auf immer höherer Stufenleiter.

Die spezifischen Bedingungen und Bestandsvoraussetzungen des ökonomischen Systems lassen sich nun nicht allein von diesem selbst aufrechterhalten. Der freie, lediglich konkurrenzvermittelte Warenverkehr erfordert, daß die Warenbesitzer in ihren Konkurrenz- und Austauschbeziehungen auf die Anwendung physischer Gewalt verzichten bzw. davon abgehalten werden. Vorausgesetzt sind also berechenbare Verkehrsformen und der Schutz des Eigentums. Die lediglich warenvermittelten Zusammenhänge zwischen den Privateigentümern bedürfen somit der *außerökonomischen*, d.h. der staatlichen (Ab)Sicherung. Mit der Gewährleistung *allgemeiner* und *allgemein-ökonomischer Rechtsverhältnisse* garantiert der Staat in der bürgerlichen Gesellschaft die wechselseitige Anerkennung der Privateigentümer und damit die spezifisch kapitalistische Form der gesellschaftlichen Produktion (Blanke et al. 1974; Blanke 1976).

<sup>1</sup> Die hier angeführten Arbeiten gehen - ungeachtet bestehender Unterschiede - auf Marx zurück, dessen Staatsverständnis in folgenden Zitaten prägnant zum Ausdruck kommt:

"Das materielle Leben der Individuen (...), ihre Produktionsweise und die Verkehrsform, die sich wechselseitig bedingen, ist die reelle Basis des Staates (...). Diese wirklichen Verhältnisse sind keineswegs von der Staatsmacht geschaffen, sie sind vielmehr die sie schaffende Macht." (Marx/Engels 1978, 311).

Und an anderer Stelle kritisiert Marx die deutsche Arbeiterpartei, die, "statt die bestehende Gesellschaft (und das gilt von jeder künftigen) als Grundlage des bestehenden Staats (oder künftigen, für künftige Gesellschaft) zu behandeln, den Staat vielmehr als ein selbständiges Wesen behandelt, das seine eigenen 'geistigen, sittlichen, freiheitlichen Grundlagen' besitzt." (Marx 1971, 25).

Der kapitalistische Staat ist zwar ein von der Sphäre der Ökonomie gesonderter Bereich, jedoch ist zwischen Staat und Ökonomie "keine *abstrakte Grenze*" zu ziehen:

"Warenzirkulation, Kapitalreproduktion und das Klassenverhältnis zwischen Lohnarbeit und Kapital (...) sind die materielle Substanz der *Funktionsdifferenzierung* zwischen 'Politik' und 'Ökonomie'. Zur Erfüllung dieser Funktionen bilden sich Prozesse und Strukturen heraus, die alle zusammen 'das politische System' ausmachen, das aber nun seinerseits nicht als geschlossenes System zu betrachten ist, sondern als eine weitere, mit den anderen in spezifischer Weise zusammenhängende, obwohl von ihnen selbständige *Form gesellschaftlicher* Beziehungen in der kapitalistischen Gesellschaft" (Blanke 1976, 199).

Die konkrete Durchsetzung und Etablierung der verschiedenen Staatsfunktionen erfolgt im historischen Verlauf als Reaktion auf Krisen, Problemlagen und spezifische Interessen und Erwartungen an den Staat (Blanke 1977; Ebbighausen 1987). Substantielle Aussagen über die konkrete Ausgestaltung der verschiedenen Staatsfunktionen sind somit nur in einer historisch-empirischen Analyse zu gewinnen.

Auf einer *allgemeinen* Ebene lassen sich jedoch für den entwickelten kapitalistischen Staat verschiedene Funktionen und Aufgabenbereiche angeben:

\* Als *Rechtsstaat* garantiert er die für die Tauschbeziehungen erforderlichen formalen d.h. juristischen Eigentums- und Verkehrsformen. Dies schließt das Monopol der legitimen Gewaltausübung ein (Ordnungsfunktion). Mit der Sicherung der Tauschbeziehungen durch allgemeine Rechtsverhältnisse ist zugleich der Klassencharakter des scheinbar neutralen Staates gegeben. Denn: "Eigentumsgarantie, die sich auf das Eigentum an der Ware bezieht, bedeutet (...) primär Garantie der bestimmten Form des Produktionsprozesses, des Kapitalverhältnisses" (Blanke et al. 1974, 75). Die Darstellung des Staates als Klassenstaat darf allerdings nicht dazu verleiten, den Doppelcharakter des Rechts bzw. die politisch-praktische Relevanz der mit den bürgerlichen Verkehrsformen der kapitalistischen Warenproduktion einhergehenden Prinzipien der "Freiheit" und der "Gleichheit" zu unterschlagen (ebenda). Die in der politischen Form des *demokratischen* Rechtsstaates gesetzten (formalen) Freiheiten und Widerspruchsmöglichkeiten bilden zugleich die rechtliche Basis für soziale und politische Emanzipations- und Reformbestrebungen.<sup>2</sup>

<sup>2</sup> Dies heißt allerdings nicht, daß die parlamentarische Demokratie, in der die Prinzipien der "Gleichheit" und "Freiheit" ihren politisch-institutionellen Ausdruck finden, als einzig mögliche oder angemessene Form der bürgerlichen Klassenherrschaft anzusehen ist. Die historische Erfahrung lehrt vielmehr, daß der Kern bürgerlicher Herrschaft durchaus mit unterschiedlichen politischen Formen vereinbar ist. Inwieweit den grundlegenden Prinzipien der Freiheit und Gleichheit rechtlich und politisch-praktisch Geltung verschafft werden kann, ist nicht nur vom Stand und der Entwicklung des Akkumulationsprozesses abhängig, sondern auch von historisch-kulturellen Voraussetzungen, der gelingenden

\* Als *Interventionsstaat* sichert der Staat nicht nur die grundlegenden stofflichen Voraussetzungen der Produktion (Infrastrukturfunktion), die von den primär ihre jeweiligen Verwertungsinteressen verfolgenden Einzelkapitalen nicht oder nur unzureichend erfüllt werden können. Bedingt durch den Verlauf des kapitalistischen Akkumulationsprozesses und den damit verknüpften Klassen- und Verteilungskonflikten, wachsen dem Staat darüber hinaus spezifisch historische Funktionen zu, die von quantitativ und qualitativ sich ausweitenden Infrastrukturleistungen, über die Stützung unrentabler Produktionszweige, die Sicherung nationaler Wirtschaftszweige vor internationaler Konkurrenz, der Entsorgung negativer externer Effekte betriebswirtschaftlich kalkulierter Produktion bis hin zu wirtschaftspolitischen Steuerungsversuchen reichen.

\* Als *Sozialstaat* schließlich gewährleistet und verbessert er die Reproduktion der (lohn-)abhängigen Klasse und ihre politisch-ideologische Integration. Die Entwicklung zum Sozialstaat ist nicht zuletzt Resultat politisch-sozialer Konflikte um die Verteilung des gesellschaftlichen Wertprodukts (Alber 1987), aber erst auf der Basis anhaltend hoher Wachstums- bzw. Akkumulationsraten in der zweiten Hälfte dieses Jahrhunderts waren die Verteilungsspielräume gegeben, die das nachhaltige und deutliche Wachstum der Löhne und Sozialleistungen ermöglichten und damit die Klassenkonflikte politisch entschärften.

Mit diesen vor allem in den letzten Jahrzehnten erheblich gewachsenen Aufgabenbereichen des Staates entwickelte sich dieser zu einem ausdifferenzierten, hierarchisch und horizontal gegliederten und verzweigten Netzwerk von Instanzen und Apparaten. Neben dem politischen System im engeren Sinne, den "Institutionen der Kämpfe um die Normierung und Beeinflussung der Staatsaktionen" (Blanke 1977, 440), also dem System der politischen "Willensbildung", gewannen die Staatsapparate, die verschiedenen Zweige der Verwaltung, die Polizei, das Militär, die Justiz und die quasi-staatlichen sozialen Sicherungssysteme ein immer größeres Gewicht. Der Staat hat sich zu einem riesigen Sozialkörper ausgewachsen, mit durchaus eigenen (Bestands)Interessen. Die zunehmende (ökonomische) Bedeutung des Staates läßt sich exemplarisch an der Entwicklung der Staatsquote (öffentliche Ausgaben in Prozent des BSP) ablesen: Diese betrug in der Bundesrepublik 1960 32%, stieg bis in die 70er Jahre auf 48% (1976)<sup>3</sup> und bewegt sich seither etwa auf diesem Niveau (Schmidt 1990, 50 f.).<sup>3</sup>

Die Einheit der Staatsfunktionen und -institutionen ist nur *formell* über die Einheit der Rechtsordnung gegeben, die konkreten Staatsfunktionen vollziehen sich dagegen widersprüchlich. "Die Widersprüchlichkeit der

politischen Legitimation und dem damit verknüpften Stand und Niveau politischer und sozialer Konflikte (Blanke 1976).

<sup>3</sup> Über die möglichen Interpretationen der Entwicklung der Staatsquote, auch im internationalen Vergleich, siehe Schmidt 1990.

Staatsfunktionen resultiert aus der widersprüchlichen Bewegung der sich durch die drei Bezugsebenen (Warenzirkulation, Kapitalreproduktion, Klassenverhältnis) hindurch vollziehenden Bewegung des gesellschaftlichen Gesamtkapitals" (Blanke 1976, 201). Die Staatstätigkeiten reproduzieren somit die Brüche, Abweichungen und Konflikte, die im wesentlichen durch die Entwicklung des Akkumulationsprozesses und der Klassenkonflikte gesetzt sind. Sind diese Widersprüche schon im "normalen" Verlauf der Akkumulation gegeben, so treten sie doch erst mit Eintritt der Krise deutlich hervor. Politische Zielkonflikte (z.B. zwischen Ausbau und Abbau sozialstaatlicher Leistungen, zwischen Inflation und Arbeitslosigkeit etc.) bzw. verschärfte soziale und politische Auseinandersetzungen bestimmen dann das gesellschaftliche Erscheinungsbild.

Ausgehend von diesen allgemeinen Überlegungen erweist sich staatliches Handeln als in mehrfacher Weise restringiert:

\* Aufgrund der Trennung von Politik und Ökonomie stellt sich der Bezug des Staates auf die Ökonomie im wesentlichen nur *indirekt* über die "Steuerungsmedien" Recht und Geld her (Blanke 1976). Die politische Steuerung via Recht und Geld ist damit auch an die autonome Bewegung dieser "Steuerungsmedien" gebunden (Altvater et al. 1976).

\* Eine prinzipielle Handlungsschranke des Staates besteht in der *Systemgrenze*. "Die Systemgrenze im engeren Sinne ist die funktionelle Kapitalform der Produktion und die 'materielle Metamorphose' des Kapitals im Unterschied zu den bloß formellen der Zirkulation. Wenn der Staat in die Quelle von Mehrprodukt eingreift, dann verletzt er die bestandskritische Grenze des Systems" (Blanke et al. 1974, 91 f.). Überschreitet der Staat - z.B. aufgrund entsprechender politisch-sozialer Kräfte- und Mehrheitsverhältnisse - in seinen Aktionen diese engere Systemgrenze, muß mit funktionellen Störungen bzw. mit massiven *Gegenreaktionen* des Kapitals gerechnet werden, die von Kapitalflucht, über Produktionseinschränkungen bis hin zu "Investitionsstreiks" reichen können. Tritt dieser Fall ein, ist damit zugleich die finanzielle Basis des Staates gefährdet, denn als "Steuerstaat" ist er an eine funktionierende und sich erweiternde Kapitalreproduktion funktional gebunden.

\* Im Unterschied zu dieser bereits auf der allgemeinen Ebene angebbaren Systemgrenze staatlichen Handelns, läßt sich die "*Tätigkeitsgrenze*" nur historisch-konkret bestimmen (Blanke et al. 1974, 93). Die Tätigkeitsgrenze bzw. der "Handlungskorridor" (Hoffmann 1987) variiert oberhalb der eigentlichen Systemgrenze. Der Handlungskorridor des Staates ergibt sich zum einen aus dem konkreten Akkumulationsverlauf und den Bewegungsformen des Kapitals. Daß der (finanzielle) Handlungs- und Verteilungsspielraum des Staates mit dem Konjunkturverlauf und dem Wachstum des Sozialprodukts in einem engen Zusammenhang steht, ist unmittelbar einleuchtend. Allerdings hat die seit der Krise 74/75 deutlich erhöhte

und auch in Aufschwungsperioden fortgesetzte Kreditfinanzierung staatlicher Ausgaben zu einer beträchtlichen öffentlichen Schuldakkumulation und einem folglich steigenden Schuldendienst geführt, der die budgetären Entscheidungsspielräume zunehmend einschnürt. Der Anteil der Zinsausgaben im öffentlichen Gesamthaushalt betrug 1972 3,5%, er stieg bis 1980 auf 5,8%, 1983 - nach Überwindung einer Rezession - war er auf 9,0% emporgeschwollen und betrug 1992 9,8%. Aufgrund der anhaltenden Krisentendenzen und der beträchtlichen Vereinigungskosten werden die Staatsschulden und damit die Zinslasten weiter steigen und einen finanzpolitischen Austeritätskurs provozieren. Die "Last der Vergangenheit" bindet somit Ressourcen, die für aktuelle und zukünftige staatliche Aufgaben nicht mehr zur Verfügung stehen, zugleich aber die Macht und Vermögensposition der Gläubiger (vor allem Banken, Versicherungen, vermögende Privatpersonen etc.), der "Zinszehrer am Mehrwert", stärkt.

Darüber hinaus markiert ein weiterer Umstand eine neue Qualität für die Handlungsbedingungen des Staates: Die seit den 70er Jahren beschleunigte Internationalisierung der Kapitalbewegungen und insbesondere der Bedeutungszuwachs und die Autonomisierung der internationalen Finanzmärkte haben die Reaktionsmöglichkeiten des Kapitals erheblich verbessert bzw. die politischen Steuerungschancen gegen Kapitalinteressen spürbar verringert (Scharpf 1987). (Die politischen Konsequenzen, die daraus zu ziehen sind, seien hier nur kurz angemerkt: Die Internationalisierung des Kapitals wie die neuen globalen ökologischen Herausforderungen erfordern mehr zwischenstaatliche Kooperation und den Ausbau supranationaler Organisationen. In welchem Ausmaß, in welchen Formen und mit welchen Inhalten dies geschieht, ist dabei die entscheidende und politisch umkämpfte Frage.) Der Handlungskorridor des Staates wird schließlich durch die Klassenbewegung bzw. die sozialen Auseinandersetzungen und Kräfteverhältnisse, aber auch durch das Eigengewicht und den Eigensinn administrativer Strukturen und Apparate konkretisiert.

Ausdrücklich ist die (*relative*) *Autonomie* des Staates und der Politik zu betonen. Im entwickelten demokratischen Rechtsstaat kann es durchaus zu staatlichen Initiativen und politischen Entscheidungen kommen, die in einem prekären Verhältnis zu ökonomischen Verwertungsimperativen einzelner Unternehmen und Branchen bzw. Kapitalfraktionen stehen. Die relative Autonomie des Staates bzw. der Politik ermöglicht erst die vielfältigen Formen von Stabilisierungspolitik, derer das antagonistische und äußerst dynamisch sich ausdifferenzierende kapitalistische Gesellschaftssystem (mehr denn je) bedarf. Es ist nicht zuletzt gerade diese relative Autonomie, die unter den Bedingungen einer weitgehenden Politisierung der Gesellschaft bzw. Verflüssigung der Grenzen zwischen Politik und Gesellschaft die politische Legitimation und ideologische Integration des kapitalistischen Systems - wenn auch auf widersprüchliche Weise - gewährleistet.

Obwohl also der hier referierte polit-ökonomische Ansatz die besondere und (relativ) eigenständige Existenz des Staatsapparats bzw. seiner Teile

und auch die (relative) Autonomie des Politischen nicht unterschlägt<sup>4</sup>, ist doch ein Schwachpunkt nicht von der Hand zu weisen: Die Erklärung des Staates und seiner Handlungen auf der Basis und vermittelt der Kategorien der Kritik der politischen Ökonomie treffen zweifellos einen zentralen Aspekt des Staatshandelns, sie laufen aber *Gefahr*, die (zweifellos zunehmende) Komplexität des sozialen und politischen Handelns und "die vielfältigen, z.T. hochspezialisierten Netzwerke von Staat und Gesellschaft" (Czada 1991, 153; vgl. auch Dolata/Huffschmid 1992) nur oberflächlich zu erfassen. Anders formuliert: Auf der abstrakt-kategorialen Ebene werden für eine Restriktionsanalyse staatlichen Handelns wesentliche Einsichten vermittelt, vor allem der Verweis auf die von den Bedingungen der Kapitalreproduktion gesetzten Grenzen des staatlichen Handlungskorridors und das Insistieren auf den mit dem Kapitalverhältnis gegebenen Klassencharakter des Staates. Hierin liegt auch der nach wie vor unabgeholte kritische Impetus einer (wie auch immer ausformulierten) marxistischen Staatstheorie. Die Analyse der konkreten Ausgestaltung des staatlichen Handlungskorridors bzw. der mit dem jeweiligen Politikfeld variierenden Handlungsbedingungen und -möglichkeiten ist damit freilich noch nicht geleistet. Dies erfordert vermutlich einen anderen theoretischen Zugang (vgl. das Berger-Zitat in der Einleitung), zumindest aber eine konkrete Politikfeldanalyse, also empirische Forschungsarbeit.

Vor dem Hintergrund der vorangegangenen abstrakt-kategorialen Darstellung werde ich nun in einem weiteren Schritt auf einige staatsinterne bzw. institutionelle Bedingungen und Restriktionen staatlichen Handelns eingehen.

### Der Staat als "höchst inhomogener Akteur" (J.J. Hesse)

Wie schon erwähnt, haben sich mit dem historisch gewachsenen und erweiterten Aufgabenbereich des Staates politische Institutionen und bürokratische Staatsapparate ausdifferenziert und neu herausgebildet. Damit werden zugleich *spezifische Bedingungen* politischen und staatlichen Handelns gesetzt. Diese beeinflussen nun ihrerseits und *relativ unabhängig* vom Entwicklungsstand der Kapitalreproduktion<sup>5</sup> "die Form und die Lagerung des Handlungskorridors, der zur politischen Gestaltung offensteht" (Schmidt 1988, 13).

<sup>4</sup> Getrost kann Claus Offe Polemik gegenüber marxistischen Staatstheorien, die - so Offe - Staatstheorie als "Demystifikation" betreiben und den Staat auf ein "Nullum" reduzieren (Offe 1987), zumindest für den hier vorgestellten Ansatz als überzeichnet und damit unzutreffend zurückgewiesen werden.

<sup>5</sup> *Relativ unabhängig* meint vor allem, daß die *Intensität und die Art und Weise*, mit der Politik und Staat auf sich verändernde Bedingungen und Erfordernisse der Kapitalreproduktion antworten und Einfluß nehmen, sich nicht aus der ökonomischen "Basis" "ableiten" lassen, oder, anders formuliert, sich nicht "funktional-strukturell" bestimmen und erklären lassen.

Die spezifische Ausgestaltung politischer Institutionen und der Verfahren der Konfliktregulierungen, die föderale oder zentralistische Struktur des Staates, die Machtverteilungen zwischen Regierung und Opposition und zwischen Kapital und Arbeit, der vorherrschende Politikstil, die politische Kultur und Tradition und schließlich der aufgrund der fortschreitenden nationalstaatlichen Einbindung in supranationale Organisationen mehr oder weniger erfolgreiche Souveränitätsverzicht beeinflussen die politisch-administrative Problemwahrnehmung und -verarbeitung und damit die politische Steuerungsfähigkeit. Auf diese Zusammenhänge hat insbesondere die (vergleichende) Policy-Forschung empirisch fundiert verwiesen (vgl. Hartwich 1985; Schmidt 1988). Dabei werden auch Probleme und Restriktionen staatlichen Handelns aufgezeigt, die aus der Komplexität des politisch-administrativen Systems selbst resultieren (Scharpf 1988; Fach/Grande 1988). Schon allein aus dem quantitativen Wachstum der politischen und vollziehenden Verwaltungen entwickeln sich deren jeweilige Organisations- und Bestandsinteressen wie deren selektive Problemsicht und Arbeitsroutinen zu einem immer gewichtigeren Stör- bzw. Machtfaktor, da sie - als politische Verwaltungen - nicht nur die politische Programmentwicklung entscheidend beeinflussen (Jänicke 1986), sondern auch - als vollziehende Verwaltungen - für den Vollzug politischer Entscheidungen und Programme zuständig sind (Hucke 1983). Im Zuge umfassender Staatsaktivitäten wird die Politik nicht nur von der Bürokratie, sondern auch von gesellschaftlichen Organisationen, (Groß-)Verbänden, privaten Gremien etc. in ihrem Spielraum eingeengt. Diese wirken längst nicht mehr nur mittelbar, d.h. über den politischen Willensbildungsprozeß, auf politische Entscheidungen ein, sie stehen vielmehr in einer *unmittelbaren funktionalen Beziehung* zu Politik und Staat. Die zahlreichen und engen Beziehungsgefüge vor allem zwischen gesellschaftlichen Organisationen, (großen) Unternehmen und Verbänden einerseits und Parteien, parlamentarischen Ausschüssen und administrativen Ressorts andererseits erzeugen *intermediäre* bzw. *parastaatliche* Strukturen und (informelle) Beziehungen/Verfahren, die quasi wie ein Filtersystem wirken, das *selektiv* Entscheidungen wie auch "non-decisions" produziert. Hinsichtlich komplexer Krisenlagen sind diese "Verbundsysteme der Problembearbeitung" (Offe) mit ihrer sektoralen Wahrnehmungs- und Problemverarbeitungskapazität aber völlig unangemessen. Insbesondere die zahlreichen, auf verschiedene, aber miteinander vernetzte Verursachungszusammenhänge zurückzuführenden Umweltgefährdungen und -zerstörungen lassen sich in und mit den herkömmlichen, segmentierten und spezialisierten politisch-administrativen Strukturen und Verfahren nicht angemessen bearbeiten. Davon zeugt der kompensatorische Charakter bisheriger Umweltpolitik mit seiner ausgeprägten Tendenz zu Problemverschiebungen und lediglich symbolischem Handeln.

Die mit der hochgradigen Binnendifferenzierung des Staates einhergehende Vielzahl von Aufgaben- und Entscheidungsträgern steigert zwangs-

läufig die entsprechenden Konflikte und damit den Bedarf an Konfliktregelung. Da zudem in den meisten Politikfeldern staatliche Programme und Maßnahmen ohne die Unterstützung oder zumindest Duldung der Politik- und Normadressaten kaum bzw. nicht durchführbar sind, erhöht sich zugleich der Kooperations- und Abstimmungsbedarf mit gesellschaftlichen Akteuren.

Bürokratisierung und Fragmentierung staatlicher Handlungsbereiche, die gestiegene Binnenkomplexität des Staates, die "funktionelle Politikverflechtung" und nicht zuletzt die Internationalisierung politischer (Entscheidungs)Prozesse (man denke nur an die EG) begrenzen und untergraben die *Rationalität*, *Effektivität* und *Souveränität* staatlichen Handelns (Offe 1987, 311). Die Ausweitung der Staatstätigkeiten, die Zunahme gesetzlich geregelter Bereiche und die umfangreichen personellen und finanziellen Ressourcen, die der Staat in Anspruch nimmt, sind somit keineswegs Ausdruck gestiegener staatlicher Handlungskompetenz.

### Das Informationsproblem politischer Steuerung

Kommen wir abschließend zum *Zeit- und Informationsproblem* politischer Steuerung. Bis eine konkrete politische Maßnahme entschieden und implementiert ist, verstreicht i.d.R. viel Zeit, währenddessen sich die Ausgangsbedingungen und Probleme, die diese Maßnahme motiviert haben, wesentlich verändert haben können (Luhmann 1989). Dieser time-lag und die daraus resultierenden Steuerungsprobleme werden noch dadurch vergrößert, daß die politischen Entscheidungs- und Regelungsmaterien selbst immer komplizierter werden. Die *Wissenschaftsabhängigkeit* der Politik zeigt sich exemplarisch in der Umweltpolitik, wo ohne (natur)wissenschaftlichen Beistand und Expertenurteile kaum noch eine politische Entscheidung getroffen werden kann bzw. die Definitions- und Entscheidungsgewalt letztlich dem in privaten Gremien bzw. parastaatlichen Institutionen konzentrierten wissenschaftlichen Sachverstand übertragen ist (Wolf 1987). Wann ein Umweltproblem ein solches ist, wie es zu bewerten ist, welche Auswirkungen und Risiken bestehen, welche technischen Sicherheitsvorkehrungen angebracht bzw. möglich sind etc., darüber befindet nicht die Politik. Vielleicht vermag hier die u.a. von Beck vorgeschlagene soziale Öffnung der wissenschaftlichen Normierungs- und Beratungsgremien, also die Hereinnahme von "Gegenexperten", zu einer Relativierung der Definitionsmacht der Expertokratie und damit zu einer Erweiterung des politischen Entscheidungsspielraums führen. Das ändert aber grundsätzlich nichts an dem zentralen Sachverhalt, daß politische Entscheidungsprozesse (wie übrigens auch das Alltagshandeln) zunehmend auf der Basis fremdgesteuerter Wirklichkeitsbilder und -definitionen erfolgen (müssen). Und das durch wissenschaftlichen Disput, Parallelforschung etc. u.U. neu gewonnene Risikowissen produziert eben auch neue Wissenslücken bzw. Unsicherheiten. Informationsdefizite lassen sich also

nur begrenzt reduzieren. In diesem Zusammenhang muß auch auf die wohl kaum zu überschätzende meinungsbildende und "Politik-machende" Rolle und Wirkung insbesondere der elektronischen Massenmedien hingewiesen werden. Diese betreiben nicht nur eine mitunter atemberaubende Komplexitätsreduktion, ihren selektiven Realitätskonstruktionen und ihrer Informationspolitik kann sich auch kaum noch jemand entziehen - schon gar nicht die Politik. Diese nutzt vielmehr systematisch das Fernsehen (als zentrales Medium) zur "Inszenierung von Politik". Die erfolgreiche Darstellung der Politik ist wichtiger als ihr eigentlicher Inhalt, ja sie wird mit ihm identisch (vgl. Landfried 1991). So gesehen scheint das Problem also nicht unbedingt in einem Mangel an Information, sondern eher darin zu liegen, daß sich Politik mehr und mehr in Informationspolitik, in bloß symbolischem Handeln und medialer (Selbst)Präsentation erschöpft.

Skepsis ist also angebracht hinsichtlich der "Wiederentdeckung" eines aktiven und verantwortungsvoll handelnden Staates. Aber es soll nicht unterschlagen werden, daß es durchaus auch - abhängig von historisch-konkreten Bedingungen - erfolgreiche Beispiele staatlicher Intervention gibt (vgl. Fach/Grande 1988, 383). Auch ist es nicht so, daß der Staat - wie insbesondere Theorien des staatsmonopolistischen Kapitalismus nahelegen - vermachteten gesellschaftlichen Interessen und Organisationen weitestgehend ausgeliefert ist, sozusagen als Objekt zahlreicher und unabweisbarer Begierden.<sup>6</sup> Vielmehr läßt sich in zentralen Politikfeldern (beispielsweise in der bundesdeutschen Forschungs- und Entwicklungspolitik und in der Industriepolitik) häufig der umgekehrte Fall autonomer staatlicher Initiative bzw. staatlicher Organisation gesellschaftlicher Interessen ausmachen (vgl. Czada 1991).

Grundsätzlich ist Rationalität und Effektivität staatlichen Handelns um so unwahrscheinlicher und schwieriger einzulösen, je umfassender und höher der politische Steuerungsanspruch ist. Entgegen einem restriktiven Politikverständnis bzw. auf Deregulierung zielenden politischen Optionen muß gleichwohl festgehalten werden, daß die widersprüchlichen und prekären

<sup>6</sup> Heinz Jung hat mich darauf aufmerksam gemacht, daß ich mit dieser Einschätzung einem in der linken Landschaft verbreiteten und offensichtlich schwer ausrottbaren Vorurteil aufsitze. In der Tat lassen sich unter die Stamokap-Theorie nicht nur "Vulgärvarianten", sondern auch differenziertere Arbeiten subsumieren (vgl. Jung/Schleifstein 1979). Gleichwohl scheinen mir auch die differenzierteren Varianten vor allem hinsichtlich ihres ehrgeizigen Anspruchs, den "totalitätsbestimmenden Status des Kapitalverhältnisses" für "die theoretische Funktionsbestimmung des Staates" (Heinz Jung) fruchtbar zu machen, problematisch. Darin liegt m.E. die ausgepögte Tendenz der Stamokap-Theoretiker begründet, nicht nur die (abstrakten) Staatsfunktionen, sondern letztlich eben auch das vielfältig und widersprüchlich motivierte *konkrete* Staatshandeln zu sehr aus der Perspektive des Kapitalverhältnisses zu bestimmen. Um dieser Gefahr zumindest gegenzusteuern, halte ich die Annahme einer relativen (!) Autonomie des Staates und des Politischen für angebracht. Über das Ausmaß und die Begrenzung dieser Autonomie läßt sich dann zwar trefflich streiten, doch liefert die empirisch orientierte "bürgerliche" Policy-Forschung hierfür aufschlußreiches Material. Heinz Jung hält demgegenüber die "These von der Autonomie des Politischen für einen materialistischen Ansatz nicht haltbar".

ökonomischen und gesellschaftlichen Bestandsvoraussetzungen in entwickelten kapitalistischen Gesellschaften umfassende staatliche Interventionen und Regulierungen unverzichtbar machen (Ebbighausen 1987; Lehner 1989). Darüber hinaus erfordert eine soziale und ökologische Zukunftssicherung deutlich mehr staatliche Initiative (als bisher) und neue politische Steuerungsleistungen. Diese werden ohne den Ausbau demokratischer Partizipations- und Widerspruchsrechte bzw. ohne politisch-institutionelle Reformen kaum zu erbringen sein (Beck 1986). Die Chancen für die Herausbildung neuer institutioneller Arrangements und die effektivere und rationalere Gestaltung des staatlichen Handlungskorridors werden jedoch nicht zuletzt von "äußeren" (Rahmen)Bedingungen, d.h. von Stand und Entwicklung der Kapitalreproduktion *und* von sozialen und politischen Kämpfen bestimmt.

Diese essentials marxistischer Staatstheorien sind nach wie vor wichtig. Sie verweisen jenseits von Staat und Markt auf die Bedeutung des gesellschaftlichen Raums für die Entwicklung und soziale Tragfähigkeit politischer Alternativen.

## Literaturverzeichnis

- Alber, Jens 1987: Vom Armenhaus zum Wohlfahrtsstaat. Analysen zur Entwicklung der Sozialversicherung in Westeuropa, Frankfurt/M./New York
- Altvater, Elmar/Hoffmann, Jürgen/Semmler, Willi/Schöller, Wolfgang 1976: Staat, Akkumulation des Kapitals und soziale Bewegung, in: Altvater, Elmar/Basso, Lelio et al.: Rahmenbedingungen und Schranken staatlichen Handelns. Zehn Thesen, Frankfurt/M., S. 89-114
- Beck, Ulrich 1986: Risikogesellschaft. Auf dem Weg in eine andere Moderne, Frankfurt/M.
- Berger, Johannes 1987: Autopoiesis: Wie "systematisch" ist die Theorie sozialer Systeme?, in: Haferkamp, Hans/Schmid, Michael: Sinn, Kommunikation und soziale Differenzierung, Frankfurt/M., S. 129-152
- Blanke, Bernhard/Jürgens, Ulrich/Kastendieck, Hans 1974: Zur neueren marxistischen Diskussion über die Analyse von Form und Funktion des bürgerlichen Staates. Überlegungen zum Verhältnis von Politik und Ökonomie, in: Probleme des Klassenkampfes 14/15, Nr. 3/74, Gaiganz, S. 51-102
- Blanke, Bernhard 1976: Entscheidungsanarchie und Staatsfunktionen: Zur Analyse der Legitimationsprozesse im politischen System des Spätkapitalismus, in: Ebbighausen, Rolf (Hg.): Bürgerlicher Staat und politische Legitimation, Frankfurt/M., S. 188-216
- Blanke, Bernhard 1977: Staat (aus marxistischer Sicht), in: Eynern, Gert von/Böhret, Carl (Hg.): Wörterbuch zur politischen Ökonomie, Opladen, S. 437-447
- Czada, Roland 1991: Regierung und Verwaltung als Organisatoren gesellschaftlicher Interessen, in: Hartwich, Hans-Hermann/Wewer, Göttrik (Hg.): Regieren in der Bundesrepublik 3, Systemsteuerung und "Staatskunst", S. 151-173
- Dolata, Ulrich/Huffschmid, Jörg 1992: Deterministische Phasentheorie und unterkomplexes Verfechtungsmodell?, in: Z. - Zeitschrift für marxistische Erneuerung, Nr. 10, Juni 1992, S. 61-75
- Ebbighausen, Rolf 1987: Institutionentheorie im historisch-gesellschaftlichen Kontext, in: Göhler, Gerhard (Hg.): Grundfragen der Theorie politischer Institutionen, Opladen, S. 61-70

Esser, Josef 1985: Staat und Markt, in: Fetscher, Iring/Münkler, Herfried (Hg.): Politikwissenschaft. Begriffe - Analysen - Theorien. Ein Grundkurs, Reinbek bei Hamburg, S. 201-244

Fach, Wolfgang/Grande, Edgar 1988: Die Ambivalenz politischer Institutionen. Überlegungen aus Anlaß der politikwissenschaftlichen Wende zum "Neuen Institutionalismus", in: Oesterreichische Zeitschrift für Politikwissenschaft 4/88, S. 373-389

Hartwich, Hans-Hermann (Hg.) 1985: Policy-Forschung in der Bundesrepublik Deutschland, Opladen

Hoffmann, Jürgen 1987: Von der Vollbeschäftigungspolitik zur Politik der Deregulierung. Ökonomische und soziale Strukturveränderungen in der Bundesrepublik 1967-1985 und der sich daraus ableitende Korridor politischen Handelns, in: Abromeit, Heidrun/Blanke, Bernhard (Hg.): Arbeitsmarkt, Arbeitsbeziehungen und Politik in den 80er Jahren, Opladen, S. 344-363

Hucke, Jochen 1983: Regulative Politik. Das Beispiel Umweltschutz, in: Voigt, Rüdiger (Hg.): Abschied vom Recht?, Frankfurt/M., S. 50-66

Jänicke, Martin 1986: Staatsversagen. Die Ohnmacht der Politik in der Industriegesellschaft, München/Zürich

Jung, Heinz/Schleifstein, Josef 1979: Die Theorie des staatsmonopolistischen Kapitalismus und ihre Kritiker in der Bundesrepublik Deutschland, Frankfurt/M.

Landfried, Christine 1991: Die Macht des Fernsehens. Inszenierung statt Kontrolle von Politik, in: Hartwich, Hans-Hermann/Wewer, Götrik (Hg.): Regieren in der Bundesrepublik 3, Systemsteuerung und "Staatskunst", S. 193-214

Lehner, Franz 1989: Vergleichende Regierungslehre, Opladen

Luhmann, Niklas 1989: Politische Steuerung: Ein Diskussionsbeitrag, in: Politische Vierteljahresschrift, Heft 1/89, S. 4-9

Marx, Karl 1971: Kritik des Gothaer Programms, Peking

Marx, Karl/Engels, Friedrich 1978: Die deutsche Ideologie, in: Marx/Engels, Werke, Band 3, Berlin

Offe, Claus 1987: Die Staatstheorie auf der Suche nach ihrem Gegenstand. Beobachtungen zur aktuellen Diskussion, in: Ellwein, Thomas/Hesse, Joachim Jens/Mayntz, Renate/Scharpf, Fritz (Hg.): Jahrbuch zur Staats- und Verwaltungswissenschaft, Band 1, Baden-Baden, S. 309-320

Scharpf, Fritz 1987: Sozialdemokratische Krisenpolitik in Europa, Frankfurt/M.

Scharpf, Fritz 1988: Verhandlungssysteme, Verteilungskonflikte und Pathologien der politischen Steuerung, in: Schmidt, Manfred (Hg.): Staatstätigkeit. International und historisch vergleichende Analysen, Opladen, S. 61-87

Schmidt, Manfred 1988: Einführung, in: Schmidt, Manfred (Hg.): Staatstätigkeit. International und historisch vergleichende Analysen, Opladen, S. 1-35

Schmidt, Manfred 1990: Staatsfinanzen, in: Beyme, Klaus von/Schmidt, Manfred (Hg.): Politik in der Bundesrepublik Deutschland, Opladen, S. 36-73

Wolf, Rainer 1987: Zur Antiquiertheit des Rechts in der Risikogesellschaft, in: Leviathan 3/87, Opladen, S. 357-391

Hans-Jörg Schimmel

## Kohärenz und die Entwicklungsetappe des gegenwärtigen Kapitalismus

Der Auffassung, der Gegensatz zwischen Kapitalismus und Sozialismus sei der Grundwiderspruch unserer Epoche, wurde durch die Auflösung des sozialistischen Weltsystems nicht nur das Anschauungsmaterial entzogen. Die Einsicht, daß die Triebkräfte der gesellschaftlichen Entwicklung nicht im Gegensatz zwischen zwei Systemen, sondern im kapitalistischen System zu suchen sind, zwingt zum Abrücken von der Auffassung als "Epoche" zugunsten einer präziseren Einschätzung der Entwicklungsetappe, was durch die z.Zt. kursierenden Begriffe "Moderne", "Postmoderne", "Fordismus" etc. m.E. nicht geleistet wird. Als Ausgangspunkt meiner Analyse untersuche ich zwei derzeit häufig beachtete Ansätze, das Formationskonzept und die Positionen von André Gorz, Auffassungen, die zwar in Teilbereichen Erklärungen liefern, die Gesamtentwicklung aber nicht erfassen können, da sie trotz ihrer scheinbar unterschiedlichen Struktur den gleichen Denkfehler beinhalten.

Die Vertreter des Formationskonzepts beantworten die Unfähigkeit geradliniger Entwicklungsmodelle, die Brüche in der Entwicklung des Kapitalismus treffend zu charakterisieren und vorherzusehen dadurch, daß sie die unterschiedlichen Entwicklungsetappen zu eigenständigen "Formationen" aufwerten, für die "das grundlegende kapitalistische Produktions- und Vergesellschaftungsverhältnis ... für diese Analyse zunächst einmal nicht mehr als einen abstrakten begrifflichen Rahmen" liefert.<sup>1</sup> Jede Formation zeichnet sich durch ihr jeweils spezifisches "Akkumulationsregime" und einen hierzu gehörigen "Regulationsmodus" aus. Der Übergang von der einen zur nächsten Formation wird vollzogen in einer "säkularen Krise". Die den jeweiligen Regulationsmodus charakterisierenden Objekte der Regulation bilden sich erst im Prozeß der Regulation heraus, der damit als "Prozeß ohne (strategisches) Subjekt" zu begreifen ist. Dies trifft sich mit der Feststellung z.B. auch von Beck, "daß die moderne Gesellschaft kein Steuerungszenrum hat"<sup>2</sup>.

Joachim Hirsch kritisiert an der Regulationstheorie in dieser einfachen Form richtig, daß ihr die "schlüssige Verbindung zu einem umfassenden gesellschaftstheoretischen Ansatz" fehlt. Hirschs Bemühungen zur Aufwertung dieser Theorie laufen "auf den Versuch hinaus, die historisch-materialistische Gesellschaftstheorie 'regulationstheoretisch' zu reformu-

<sup>1</sup> Joachim Hirsch, Kapitalismus ohne Alternative?, Hamburg 1990, S. 23.

<sup>2</sup> Ulrich Beck, Die Risikogesellschaft, Frankfurt/M. 1986, S. 312.

lieren"<sup>3</sup>. Daß dieser Versuch nicht geglückt ist, wird deutlich, wenn die Theorie nach dem entscheidenden Bruch in der durch sie beschriebenen Entwicklung, der "säkularen Krise", befragt wird. Man höre:

"Die ... Wertbewegung des Kapitals allein produziert keine Krisen, diese entstehen vielmehr erst, wenn diese in den konkreten Vergesellschaftungsformen in Widerspruch zu sich selber tritt. Deshalb können sich 'ökonomische', 'politische' und 'ideologische' Krisenprozesse zunächst einmal durchaus unabhängig voneinander entwickeln. Erst ihre Verbindung und Verdichtung führt zu der 'säkularen' Krise der Formation."<sup>4</sup>

Abgesehen davon, daß Hirsch nicht erklärt, was denn unter dieser Wert"bewegung" zu verstehen sei, besteht der Schein von Dialektik, der diesen Formulierungen anhaftet, darin, daß der Zusammenhang zunächst geleugnet, dann aber wieder hergestellt wird und damit aufgesetzt ist. Der Ansatz kommt über die betrachtende Ebene nicht hinaus und ist kontemplativ.

Hirsch gelangt zu der Schlußfolgerung, daß es "derzeit ... um nicht mehr als das in der Tat bescheidene Ziel eines politisch und sozial besser regulierten Kapitalismus" gehen kann. "Denkbar ist ein Gesellschaftsmodell, das zwar Kapitalverwertung und Profit zuläßt, aber in einer politisch kontrollierten ... Form."<sup>5</sup> Da aber Kapitalverwertung und Profit ohne politische Steuerung heute gar nicht möglich sind, enthält diese Vorstellung nichts qualitativ Neues, und es bedurfte der theoretischen Versuche nicht. Wir werden im folgenden sehen, daß ähnliche Schlußfolgerungen auch mit dem völlig anders gearteten Theorieansatz, den André Gorz vorstellt, möglich sind.

Gorz lehnt den Marx'schen Arbeitsbegriff ab und faßt "Arbeit" nicht als anthropologische, sondern nur als soziologische Konstante, die es nicht immer in der menschlichen Gesellschaft gegeben hat und nicht immer geben wird. "Die ökonomisch zweckbestimmte Arbeit wurde erst mit dem Kapitalismus und der Verallgemeinerung des Warenaustauschs vorherrschend."<sup>6</sup> Unter Hinweis auf die im Kapitalismus durch die fortschreitende Automatisierung der Produktion freigesetzte menschliche Arbeitskraft ermöglicht er sich seinen "Abschied vom Proletariat". Statt dessen ist der Gegenstand, der bei Gorz im Zentrum der theoretischen Betrachtung steht, die "Rationalität" des kapitalistischen Systems. In dem Ziel, diese Rationalität der politischen Kontrolle zu unterwerfen, besteht das Gesellschaftsmodell Gorz', welches die gleichen Konsequenzen beinhaltet wie bei Hirsch, obwohl es von Gorz als "Sozialismus" eingestuft wird. "Sozialismus muß aufgefaßt werden als die Einbindung der (kapitalistischen) ökonomi-

<sup>3</sup> Hirsch, a.a.O., S. 30.

<sup>4</sup> Ebd., S. 89.

<sup>5</sup> Ebd., S. 181.

<sup>6</sup> André Gorz, Kritik der ökonomischen Vernunft, Berlin 1989, S. 312.

schen Rationalität ... in demokratisch ausgearbeitete Rahmenbedingungen zur Erreichung demokratisch festgesetzter Ziele."<sup>7</sup> Die ökonomische Wissenschaft steckt mit diesem Rationalitätsbegriff in einem Dilemma, dem die Regulierungstheorie nur scheinbar entgeht.

## Das Paradoxon der Rationalität in der Ökonomie

Nach Gorz ist menschliches Handeln "ökonomisch rational, wenn es auf Leistungsmaximierung abzielt"<sup>8</sup>. Kann die genannte Auffassung ökonomischer "Rationalität" wissenschaftlichen Charakter annehmen und mehr sein als eine unnötig komplizierte Reflexion auf allgemeine Begriffe wie: Zweck, Mittel, Handlung, Plan, Ziel, Korrektur usw.? Dazu muß sie die Abgrenzung zu anderen menschlichen Tätigkeitsfeldern - politischen, militärischen, religiösen, wissenschaftlichen usw. - leisten. Damit stellt sich die Frage nach der Beziehung zwischen dieser formalen Theorie des zweckbestimmten Handelns und den spezifischen Tätigkeitsfeldern. Hier aber stoßen wir geradewegs auf ein Paradoxon, denn nach der genannten Auffassung ist das Prinzip der ökonomischen Rationalität gerade dieses formale Prinzip des zweckbestimmten Handelns. Das Paradoxon besteht hier darin, daß mit dem Versuch einer formalen Charakterisierung "des Ökonomischen" gerade die Unterscheidung von anderen gesellschaftlichen Bereichen verunmöglicht wird und damit der Untersuchungsgegenstand gar nicht erfaßt werden kann, wenn man ihn nicht schon als bekannt voraussetzt, was Gorz letztlich tut, indem er fordert: "Das ökonomische Ziel der Leistungsmaximierung darf keinen nicht-ökonomischen ... Zielen untergeordnet sein."<sup>9</sup> Die auftauchenden Probleme sind natürlich bereits in der merkwürdigen Geschichtsauffassung Gorz' angelegt, nach der das ökonomisch zweckbestimmte Handeln und die daraus resultierende "Rationalität" der Menschheit erst mit dem Kapitalismus beschert wurden.

## Sphärentrennung und Kohärenz

Das dargestellte Paradoxon ist in dem Versuch begründet, "das Ökonomische" mit formalen Begriffen zu erfassen, und die gesellschaftliche Struktur, die ein Gelingen dieses Versuchs unmöglich macht, besteht in der Warenproduktion selbst, die eine Formalisierung eines gesellschaftlichen Verhältnisses beinhaltet. Diese besteht darin, daß dem Menschen ein gesellschaftliches Verhältnis als Tauschwert einer Ware gegenübertritt, so daß Äquivalente getauscht werden können und dieses gesellschaftliche Verhältnis für den Einzelnen einen mengenhaften, durch Zahlen darstellbaren Ausdruck bekommt.

<sup>7</sup> Ders., Und jetzt wohin?, 1991, S. 114.

<sup>8</sup> Ebd., S. 102.

<sup>9</sup> Ebd., S. 202.

Paradoxa in der Theoriebildung treten bei dem Versuch auf, diesen Bereich formalisierter gesellschaftlicher Beziehungen als "System" selbst in formalisierten Termini zu fassen. In der Mathematik findet dieser Sachverhalt seinen Ausdruck in den Sätzen Gödels, nach denen reichhaltige formale Systeme unabgeschlossen sind und als "Systeme" nur vor dem Hintergrund einer Metatheorie erfaßt werden können, deren Begriffe auf der Ebene der eigentlichen Theorie nicht faßbar, d.h. nicht formalisierbar sind. Für jede warenproduzierende Gesellschaft bedeutet dies, daß die Herausbildung einer realen ökonomischen Sphäre mit in Zahlenausdrücken formalisierten gesellschaftlichen Beziehungen nur unter gleichzeitiger Herausbildung einer weiteren, einer nicht-ökonomischen Sphäre möglich ist. Erst hierdurch wird die ökonomische Sphäre für die Gesellschaftsmitglieder begrifflich faßbar. Gelingt der Gesellschaft ein Bezug der Sphären aufeinander derart, daß sich das System reproduziert, so bezeichne ich das System als *kohärent*.<sup>10</sup>

Die Marxsche Formulierung, nach der sich der Überbau über die ökonomische Basis "erhebt", trifft nur einen Teil des Wirkungszusammenhangs: Letztlich ist es die Bewegung der ökonomischen Basis, die die Gesellschaft zwingt, außerökonomische Steuerungsmechanismen zu entwickeln, die dem ökonomischen System Rahmenbedingungen setzen, damit es sich reproduzieren kann. Umgekehrt hängt aber die Existenz des ökonomischen Systems als "System" ganz und gar vom Gelingen der Herausbildung dieser Beziehung der Sphären, der "Kohärenz" ab. Marx schreibt über die Strukturen des Überbaus: "Das einzelne Individuum, dem sie durch Tradition und Erziehung zufließen, kann sich einbilden, daß sie die eigentlichen Bestimmungsgründe und den Ausgangspunkt seines Handelns bilden."<sup>11</sup> Nach dem oben festgestellten Zusammenhang möchte ich schärfer formulieren: nicht "kann", sondern "muß" sich einbilden. Dieses Phänomen bezeichne ich als den *Fetischcharakter des Überbaus*. Marx kritisiert die idealistische Geschichtsauffassung: "Wenn die rohe Form, in der die Teilung der Arbeit bei den Indern und Agyptern vorkommt, das Kastenwesen bei diesen Völkern in ihrem Staat und in ihrer Religion hervorruft, so glaubt der Historiker, das Kastenwesen sei die Macht, welche diese rohe gesellschaftliche Form erzeugt habe."<sup>12</sup> Nach dem oben Gesagten muß aber festgestellt werden, daß sich mit dem Kastensystem offenbar eine gesellschaftliche Struktur herausgebildet hat, die eine Aufrechterhaltung dieser rohen Form der Arbeitsteilung und damit eine Reproduktion der ökonomischen Sphäre gewährleistet. Dazu ist es nötig, daß der Fetisch von den die Gesellschaft tragenden Mitgliedern tatsächlich herausgebildet werden muß. Schwindet seine Akzeptanz, so geht die Kohärenz verloren und das ökonomische System gerät aus den Fugen. Die Herausbildung des Fetischs ist also not-

<sup>10</sup> Eine ausführliche Definition wurde in "Z", Heft 9 vorgestellt.

<sup>11</sup> MEW Bd. 8, S. 139.

<sup>12</sup> MEW Bd. 3, S. 39.

wendig für die Warenproduktion, während die Warenproduktion hinreichend für die Herausbildung des Fetischs ist. Der verkürzende Ausdruck "hervorruft" zeigt ein Defizit der Marxschen Theorie, das aber m.E. nicht ausreicht, um von einer Krise des Marxismus zu sprechen, weil davon seine Wertformanalyse nicht betroffen ist und seine Analyse der Entwicklungsgesetze des Kapitalismus in keiner Weise widerlegt ist.

## Der Fetischcharakter des kapitalistischen Staates

War für die oben von Marx beschriebene "rohe Form der Teilung der Arbeit" das Kastensystem eine adäquate Form der Organisation der Gesellschaftsmitglieder, so steht es zur kapitalistischen Produktionsweise in krassem Gegensatz. Diese erfordert eine Befreiung der menschlichen Arbeitskraft von ständischen Zwängen, sie erfordert, daß sich Käufer und Verkäufer der Ware Arbeitskraft gleichberechtigt gegenüber treten können. Bürgerliches Recht ist im Kern Vertragsrecht. Zu dessen Einhaltung ist die Kontrolle durch eine außerökonomische Instanz nötig: durch den kapitalistischen Staat und sein Gewaltmonopol. Will das ökonomische System sich reproduzieren, so setzt das voraus, daß es Rahmenbedingungen und Beschränkungen für den Produktionsprozeß gesetzt bekommen muß. Das bedeutet, daß der Staat getrennt in einem gewissen Abstand von den einzelnen Fraktionen des Kapitals gehalten werden muß, um auf die Bewegungen der ökonomischen Sphäre reagieren zu können.

In der Formulierung "Staat und Wirtschaft" steht die Beziehung auf dem Kopf. Im Staatsfetischismus, also in der Vorstellung, in der Staatspolitik lägen die Bestimmungsgründe der gesellschaftlichen Entwicklung, besteht die dominierende Form des Überbaufetischismus in unserer Gesellschaft. Die reale Herausbildung dieses Fetischs zeigt sich in unzähligen Kneipengesprächen darüber, was "man" bzw. "die Politiker" alles machen müßten und ist die Voraussetzung für die Akzeptanz der im Rahmen des kapitalistischen Staates zu entwickelnden Steuerungsmechanismen. Daß die Beziehung der Sphären durch die Marxsche Darstellung nicht richtig erfaßt werden kann, wurde von den Regulationstheoretikern bestenfalls erahnt. In der Theoriebildung wird jedoch über die oberflächlich zu beobachtende Struktur nicht hinausgegangen, so daß die Objekte der Regulation einander ohne konkreten Wirkungszusammenhang gegenüber treten und ein wie auch immer geartetes Verhältnis der gesellschaftlichen Sphären nur ahnungsvoll, aber apodiktisch konstatiert werden kann: "Die bürgerliche Trennung von Staat und Gesellschaft, Politik und Ökonomie ist nichts anderes als der historisch spezifische Ausdruck ihrer Verbindung"<sup>13</sup>.

In der marxistischen Literatur flüchtete man im allgemeinen in die entgegengesetzte Richtung, indem die Funktion des Staates als Unterdrück-

<sup>13</sup> Hirsch, a.a.O., S. 50.

kungsinstrument beschworen und die oben als für die Warenproduktion originär notwendig bezeichnete Sphärentrennung in ihrer Bedeutung als nur eingebildet unterschoben wurde. Eine entwickelte Form findet sich z.B. bei Neusüß: "Der Staatsfetisch wird möglich durch die 'Form der Organisation', die die politische Gewalt in der bürgerlichen Gesellschaft annimmt, ... die Form eines unpersönlichen, von der Gesellschaft losgelösten Apparates der öffentlichen Macht ..." <sup>14</sup> In dieser scheinbaren Losgelöstheit sieht Neusüß den Fetischcharakter des kapitalistischen Staates. Zum Fetisch wird ein Ding aber erst durch eine zusätzliche Eigenschaft, die ihm in der menschlichen Vorstellung zugewiesen wird. "Losgelöstheit" bedeutet aber gerade das Fehlen einer Eigenschaft, bezogen auf den realen gesellschaftlichen Prozeß. Diese Formulierung vermag daher den Wirkungszusammenhang nicht zu greifen, der mit der Formulierung "der Staatsfetisch ist also Ideologie" <sup>15</sup> abgetan wird.

Auch die früher gängigen Definitionen des staatsmonopolistischen Kapitalismus als "Verschmelzung des bürgerlichen Staates mit der Macht der Monopole" enthalten die genannte verkürzte Sichtweise und werden z.B. von Huffs Schmid zunächst richtig kritisiert: "Der Staat ist in all diesen repräsentativen Zitaten nicht nur exklusives politisches Zentrum, er fungiert in all seinen Äußerungen zugleich als verlängerter Arm und Transmissionsriemen des Kapitals ohne eigene autonome und verselbständigte Gestaltungsmacht ..." <sup>16</sup> Im Umkehrschluß wird hier jedoch dem Staat gleich autonome Gestaltungsmacht unterstellt, womit der Wirkungszusammenhang ebenfalls wieder verfehlt wird. Die Negation des Falschen bleibt falsch, und in der Entgegensetzung der Positionen vermeint man dann, den Marxismus als in der Krise befindlich zu erblicken.

### Kohärenz im Kapitalismus

Der Prozeß der Herausbildung der Kohärenz soll nun vor dem Hintergrund ökonomischer Grundtendenzen im Kapitalismus betrachtet werden. Aufgrund der bei dem Versuch einer formalen Definition "des Ökonomischen" auftretenden Paradoxa muß davon ausgegangen werden, daß der Versuch der Aufstellung eines Kriterienkataloges, wie Kohärenz zu erreichen sei, zum Scheitern verurteilt sein muß. Hierdurch würde gerade die neue Ebene des Wirkungszusammenhangs begrifflich verfehlt. Die Strukturen, in denen eine Kohärenz besteht, d.h., die von den Gesellschaftsmitgliedern akzeptiert werden und die gewährleisten, daß das System sich reproduzieren kann, sind nicht vorgegeben, und die Momente, die ihre Herausbildung ermöglichen, können erst in der Retrospektive vollständig erkannt werden.

<sup>14</sup> Arnhelm Neusüß, *Marxismus*, München 1981, S. 216.

<sup>15</sup> Ebd., S. 219.

<sup>16</sup> Ulrich Dolata/Jörg Huffs Schmid, in "Z", Heft 10, S. 67.

Grundlage meiner Überlegungen zu der der Abfolge der Entwicklungsstapen inhärenten Logik ist der von Marx nachgewiesene Sachverhalt, daß "Reproduktion" im Kapitalismus stets nur als "erweiterte Reproduktion" möglich ist. Das System steht also unter dem Zwang zu expandieren, was allgemein anerkannt und mit dem Begriff "Wirtschaftswachstum" ummantelt wird. Ich unterscheide:

- a. Extensive Expansion - territoriale Eroberung neuer Märkte.
- b. Intensive Expansion - Vordringen der ökonomischen Sphäre in andere gesellschaftliche Bereiche.

Wir sehen, daß mit diesen ökonomischen Grundrichtungen eine Tendenz zur sukzessiven Durchbrechung der Sphärentrennung verbunden ist, so daß sich das System in Richtung einer Zerstörung der Kohärenz entwickelt. Da sich diese - wie oben dargestellt - nicht a priori setzen läßt, muß sie in einem ständigen Prozeß auf immer höherer Stufe reorganisiert werden. Ich möchte an dieser Stelle eine Kohärenzdefinition für den Kapitalismus versuchen: Eine kapitalistische Gesellschaft ist kohärent, wenn sie sich in einem Prozeß der Reorganisation der Sphärentrennung befindet, so daß der ökonomischen Sphäre Grenzen gesetzt werden, von denen sie auf höherer Entwicklungsstufe einige in Schranken verwandeln kann, so daß eine erweiterte Reproduktion erfolgen kann. Mit der hier vorgestellten Kohärenzdefinition muß der Begriff "Durchkapitalisierung", mit dem viele Autoren den Prozeß des Vordringens der ökonomischen Sphäre in andere Bereiche bezeichnen, als verkürzend abgelehnt werden. Er suggeriert, daß das Feld, das "durch" kapitalisiert werden soll, bereits abgesteckt ist und verstellt die Sicht für die Bedeutung der nicht-ökonomischen Sphäre.

### Kohärenz und die gesellschaftlichen Akteure

Wenn man untersucht, welche Rolle die Bourgeoisie in der Geschichte bezüglich der Reorganisation der Sphärentrennung gespielt hat, so kann man ihr wenig Konstruktivität bescheinigen. Im allgemeinen liefen ihre Vorschläge stets auf das Ziel hinaus, außerökonomische Beschränkungen der Produktion aufzuheben und damit den Prozeß der Erosion der Kohärenz zu beschleunigen mit der letzten Konsequenz, daß mit der Zerstörung materieller Grundlagen eine für den einzelnen Kapitalisten kalkulierbare Entwicklung immer schwieriger wird.

Marx stellte fest, daß die kapitalistische Produktion die Springquellen allen Reichtums untergräbt, die Erde und den Arbeiter. Dieser Zustand war bereits im letzten Jahrhundert erreicht, indem durch eine immer weitere Ausdehnung des Arbeitstages die Reproduktion der Arbeitskraft selbst in Frage gestellt wurde. Der Widerstand der Arbeiter erzwang die gesetzliche Regelung der Arbeitszeit, die zwar dem Interesse des einzelnen Kapitals zuwider lief, dem gesamt kapitalistischen Interesse aber entsprach. Erst durch das Auftreten der Arbeiterbewegung auf der Bühne des politischen

Geschehens wurde die Sphärentrennung reorganisiert und eine neue Entwicklungsetappe eingeleitet.

Ich stelle hier die These auf, daß die Bourgeoisie zum Übergang in eine neue Entwicklungsetappe aus eigener Initiative heraus nicht in der Lage ist, und ihr vermeintlich letzter Rettungsanker besteht - verkürzt gesagt - darin, die Sphären kurzzuschließen, wie im Faschismus geschehen. Auch in der westdeutschen Nachkriegsgeschichte dominierten bei den Vertretern des Monopolkapitals gesellschaftspolitische Zielvorstellungen in Richtung auf eine verstärkte Ausrichtung aller gesellschaftlichen Gruppen auf das Zentrum Staat und seinen als Allgemeinwohl ausgegebenen, monopolkapitalistischen Inhalt, die 1965 in Erhards Konzept der "Formierten Gesellschaft" kulminierten und als deren populärster Vertreter der späteren Entwicklung Franz-Josef Strauß anzusehen ist.

Wenn insgesamt festgestellt werden muß, daß der Übergang zu einer neuen Entwicklungsetappe einen Bruch darstellt, der ohne das Auftreten von Steuerungskonzepten, welche die Interessen lohnabhängiger Bevölkerungsschichten berücksichtigen, auf der politischen Ebene real nicht vollzogen wird, wenn dadurch größere Teile bzw. ganze Schichten von Lohnabhängigen ihre historisch spezifischen Interessen in einer neuen Entwicklungsetappe aufgehoben sehen, so sehe ich darin den Grund für das Fehlen des Bedürfnisses nach sozialer und ökonomischer Umwälzung und die objektive Grundlage für die Spaltung der Arbeiterbewegung.

### Der Charakter der jetzigen Entwicklungsetappe

Die Etappe der vergangenen Jahrzehnte wird häufig als "Moderne" bezeichnet. Der z.Zt. inflationierende Gebrauch dieses Wortes drückt dabei eher aus, wie weit man von einem tiefergehenden Verständnis der Zusammenhänge noch entfernt ist. Statt dessen ist von den materiellen Grundlagen der gesellschaftlichen Entwicklung auszugehen. Betrachtet man die verschiedenen Wirtschaftszweige weltweit entsprechend ihres Anteils an der Gesamtmasse an ausgetauschten Werten, so stellt man fest, daß die Spitzenpositionen von den Bereichen Erdölförderung und -verarbeitung sowie von der Automobilproduktion eingenommen werden. Vor diesem Hintergrund kann die Etappe der vergangenen Jahrzehnte durch folgende drei Hauptmerkmale charakterisiert werden:

- Auflösung des alten Kolonialsystems zugunsten von Kapitalexport und Kapitalrückfluß in die Zentren,
- weitgehende Absicherung der Grundbedürfnisse durch staatliche Regulierung in den Zentren,
- Herausbildung des Automobils zum für die Entwicklungsetappe charakteristischen Techniksystem.

Das Automobil stellte für die vorhandenen Produktivkräfte und den erreichten Grad an Zentralisation und Konzentration des Kapitals eine op-

timale Ware zur Erzielung hoher Profite dar. Es handelt sich dabei um ein Massenprodukt hohen Wertes, für das noch ein Markt im klassischen Sinne vorhanden ist, im Gegensatz zum Wohnungsbau, wo ein Tauschgeschäft durch die höheren Beträge und die längeren Umschlagzeiten in der einfachen Form nicht mehr möglich ist und zudem noch eine Bindung an Grund und Boden vorliegt, in deren Überwindung ja gerade die Qualität des Automobils besteht. Durch seine Flexibilität ermöglichte das Automobil eine weitere Runde im Prozeß der Segregation der Produktion (räumliche Entflechtung der Produktionszweige). Der Teil der angewachsenen Transportarbeit, der durch die immer größer werdenden Entfernungen zwischen Wohnung, Arbeitsplatz, Einkaufsmöglichkeit, Naherholungsgebiet usw. entstand, wurde durch das Automobil dem Arbeiter selbst aufgebürdet, womit seine Ausbeutbarkeit erhöht wurde. Die genannten Aspekte sind der Grund dafür, daß das Automobil wie kein anderes Techniksystem staatlich gefördert wurde: In der BRD lagen die Ausgaben des Staates für das System Auto-Straße von 1960 bis 1989 um 106 Mrd. DM über seinen Einnahmen aus der Mineralöl- und Kfz-Steuer.<sup>17</sup> Die große Krise Ende der 70er Jahre machte die Grenzen der Entwicklungsetappe deutlich:

- Mit dem Sinken des Weltmarktanteils der "Dritten Welt" beginnt die Kuh zu sterben, deren Milch einen Abfall der Profitrate in den Zentren verhinderte.
- Der Schuldendienst macht einen immer größeren Anteil des Staatshaushaltes aus.

- Eine weitere Steigerung des Automobilbestandes in den Zentren vermindert die Mobilität und erhöht die ökologischen Folgekosten.

Die Reaktionen der Bourgeoisie auf die sich verschärfenden Krisenerscheinungen sind die allseits bekannten: Versuche zur Aufhebung von Produktionsbeschränkungen und gesetzlichen bzw. tariflichen Arbeitszeitbeschränkungen, Sozialabbau und das Setzen auf Vorteile im internationalen Konkurrenzkampf. Es ist schon fast üblich geworden, die gegenwärtige Entwicklung mit dem Begriff "Postmoderne" in den Rang einer neuen Entwicklungsetappe zu heben. Wenn schon kontemplative Begriffe, dann wäre "Spätmoderne" angemessen angesichts einer Phase, in der die Grenzen der Etappe begonnen haben, Konturen anzunehmen.

### Skizze einer neuen Entwicklungsetappe

Wenn in einer einzelnen Branche der Produktion die Profitrate über einen längeren Zeitraum hinweg konstant bleiben soll, so setzt das ein exponentielles Wachstum dieser Branche voraus. Anderenfalls ist das hier akkumulierte Kapital gezwungen, in andere Branchen bzw. auf andere Territo-

<sup>17</sup> Vgl. Umwelt- und Prognose-Institut, Bericht Nr. 23, Heidelberg 1991.

rien auszuweichen. Dies scheint in den vergangenen Jahrzehnten gelungen zu sein, nicht zuletzt gestützt auf ein weiterhin exponentielles Wachstum der Weltbevölkerung. Mit dem Auftauchen natürlicher Grenzen gerät die Kohärenz auch in den Zentren in Gefahr, und es stellt sich die Aufgabe der außerökonomischen Setzung gesellschaftlicher Schranken der Produktion, wovon natürlich an erster Stelle das Automobil betroffen sein müßte.

Die eingangs vorgestellten Theorien leisten die Charakterisierung der Etappe als "Etappe" nicht, da sie von der konkreten materiellen Basis abstrahieren und sich des für die Einleitung einer neuen Etappe notwendigen Subjekts entledigen. Statt dessen projizieren sie eine abstrakte Struktur bzw. eine "Rationalität" in den Prozeß hinein, womit die Schlußfolgerungen schon im Ansatz angelegt sind.

Ins Blickfeld marxistischer Diskussion rückt die Frage, ob eine Wiederherstellung der Kohärenz über umfassende Produktionsbeschränkungen nicht nur notwendig, sondern für den Kapitalismus auch möglich ist, wie dies z.B. Karl Hermann Tjaden vertritt, um eine "Konzentration der gesellschaftlichen Produktivität auf die Subsistenz von Bevölkerung und Naturhaushalt und eine Stabilisierung des Systems Mensch-Biosphäre"<sup>18</sup> zu erreichen, sowie eine Bewertung der Situation nach einem möglichen Gelingen bzw. Mißlingen, denn auch im günstigeren Falle setzt sich die Grundtendenz nach Zentralisation und Konzentration des Kapitals auf höherer Stufe fort. Der Druck des Monopolkapitals wird also auch hier größer werden, ein Amoklauf des Systems würde jedoch in dieser Entwicklungs- etappe verhindert.

<sup>18</sup> Karl-Hermann Tjaden, *Mensch - Gesellschaftsformation - Biosphäre*, Kassel 1992, S. 190.

*Claus-Dieter König*

## Zur Demokratie der Dritten Republik - Macht und Legitimation in Nigeria

Nigeria ist auf dem Weg zur Dritten Republik.<sup>1</sup> Nach den Präsidentschaftswahlen im Juni wird der militärische Staatschef Ibrahim Babangida voraussichtlich im August in die Kaserne zurückkehren. Die dreißig Bundesstaaten werden bereits zivil regiert. Im März dieses Jahres sind auf Parteitage der beiden von der Militärregierung gegründeten Parteien Präsidentschaftskandidaten gekürt worden, zwei Multimillionäre und Geschäftsleute: M.K.O. Abiola für die Sozialdemokratische Partei und Bashir Tofa für den Nationalen Republikanischen Konvent. In diesem Beitrag wird auf die ökonomischen historischen Grundlagen von Macht und Legitimation in Nigeria eingegangen. Ohne deren Kenntnis können aktuelle politische Prozesse in dem bevölkerungsreichsten Staat Afrikas nicht verstanden werden.

### Piratischer Kapitalismus

Zur Zeit der Unabhängigkeit Nigerias war kapitalistische Akkumulation von den Einnahmen aus dem staatlichen Außenhandelsmonopol für Agrarexportgüter abhängig. Die damals vorherrschenden Entwicklungstheorien sahen vor, daß der Staat diese Gelder Investitionen zuführt. Der Zugang zu staatlichen Geldern war Voraussetzung auch für private Investitionen im produktiven Sektor. Als Ende der sechziger Jahre Nigeria zu einem bedeutenden Erdölexportland geworden war, vervielfachten die Einnahmen aus dem Erdölexport den Staatshaushalt. Hinzu kamen Gelder aus der Aufnahme von Krediten. Als Folge davon verschwand das Interesse der nigerianischen Bourgeoisie an produktiven Investitionen, die Aneignung des Staatsapparates wurde zur wichtigsten Ressource ökonomischer Akkumulation. Politische Macht ist ein Instrument für die Aneignung von Reichtum. Eine piratische Form des Kapitalismus setzte sich in Nigeria durch (Schatz 1984).

<sup>1</sup> Anm. der Redaktion: Nigeria ist mit mehr als 100 Millionen Einwohnern der bevölkerungsreichste Staat Afrikas und von der territorialen Ausdehnung her mehr als dreimal so groß wie die BRD. Das Land war von 1862 bis 1960 britische Kolonie. Von 1967 bis 1970 fand in der Provinz Biafra ein verlustreicher und zerstörerischer Sezessionskrieg statt. Wiederholt kam es in den 70er und 80er Jahren zu Staatsstreichen des Militärs. Ökonomisch ist Nigeria sehr stark von der Erdölproduktion abhängig, die (Stand: Anfang der 80er Jahre) 90% der Exporterlöse, 75% der Devisen- und 85% der Staatseinnahmen erbringt.

Die Verschuldungskrise hat dieses Verhältnis gewandelt. Immer noch sind aus dem Staatsapparat gewonnene Pfründe ein Weg, Reichtum zu erlangen. Doch dessen Ressourcen sind aufgrund des Schuldendienstes geringer geworden. Die eigentlichen Gewinne werden inzwischen im Finanzsystem gemacht, das am Bruttoprodukt Nigerias einen Anteil von 8,7% erreicht hat (vgl. Phillips 1992).

Der Staat in Nigeria dient den Mitgliedern dominanter Klassen nicht nur zur Sicherung ihrer ökonomisch und politisch dominanten Position. Sie eignen sich Teile des Staates an, um diese auszubeuten für ihre private Bereicherung. Klientelismus und Korruption sind zu maßgeblichen Charakteristika sozialer Realität in Nigeria geworden. (vgl. Joseph 1987: 189ff.) Klientelismus bedeutet, daß sich im Kampf um politische Positionen Netzwerke zur gegenseitigen Unterstützung organisieren. Die im politischen Kampf errungene Position, sei sie noch so subaltern, verschafft Zugang zu materiellen Ressourcen, die mehr oder weniger willkürlich unter die Klientel verteilt werden können, zu deren Befriedigung und zur Absicherung deren weiterer Unterstützung. Da das Verbleiben in der politischen Position stets gefährdet ist, ist das Ziel, sich möglichst schnell möglichst viel aus dem Staat anzueignen.

Die politische Auseinandersetzung wird zum Kampf verschiedener durch Klientelbeziehungen zusammenhängender Gruppen untereinander. Er wird derzeit innerhalb der beiden Staatsparteien ausgetragen. Alle anderen Parteien wurden verboten. Die Vorwahlen um die Präsidentschaftskandidatur 1992 in Nigeria fielen dem parteiinternen Kampf zum Opfer. Sie scheiterten zweimal an Stimmenkauf und Wahlmanipulationen verschiedenster Spielart. Milliardenbeträge waren im Spiel, die Aufschluß darüber geben, welcher finanzielle Wert dem politischen Amt beigemessen wird. Der relativ reibungslose Ablauf der Nominierungen von Präsidentschaftskandidaten auf den beiden Parteitag im März deutet darauf hin, daß in beiden Parteien inzwischen Kompromißlösungen gefunden wurden. Vielleicht hat also der Zwang zur Organisation in einer der beiden Parteien zur Verknüpfung klientelistischer Netzwerke geführt.

Die Strukturen von Pfründestaat und Klientelismus werden ideologisch von der Ethnizität getragen. Durch sie können klientelistische Netzwerke sich ideologisch legitimieren. Die Aneignung von Teilen des Staatsapparates geschieht demzufolge im Interesse der eigenen ethnischen Gruppe. So können klientelistische Netzwerke eine Basis auf der 'Graswurzel'-Ebene aufbauen. Die Mobilisierung des eigenen 'ethnischen Hintergrunds' wird zur Ressource in der politischen Auseinandersetzung. Im Gegenzug erwartet eine 'ethnische Gruppe', daß 'ihre Vertreter' im Staatsapparat Entwicklungsprojekte und Beamtenposten für sie organisiert (vgl. Nnoli 1978: 27f.).

## Macht aus Tradition

Zum Verständnis der Legitimation politischer Macht in Nigeria müssen die Strukturen 'traditioneller Herrschaft' dargestellt werden. Dazu eignet sich ein historischer Rückblick auf die Integration präkolonialer politischer Strukturen in den kolonialen Staat und die Entstehung Nigerias als unabhängige Nation.

In Nigeria blieb Siedlungskolonialismus aus. Für die koloniale Beherrschung war ein System der 'indirekten Herrschaft' ('indirect rule') ausreichend. Eine umfassende koloniale Administration war nicht notwendig. Die 'indirekte Herrschaft' kennzeichnete die Aufrechterhaltung vorkolonialer Herrschaftsstrukturen durch die Kolonialmacht Großbritannien. Sie werden in das System der Kolonialadministration als untergeordnete Instanzen integriert. Die Kolonialmächte behielten sich die zentrale Administration der meist erst durch sie territorial zusammengefügt Kolonie vor. Vor allem kontrollierte sie die Militärgewalt, die aus einheimischen und britischen Soldaten zusammengesetzt war (vgl. Traub 1986: 113ff.). Sie bestätigte aber die jeweiligen lokalen Emirate oder Königreiche, die ihre Gebiete weiterhin selbstverwalten sollten.

Mit der Einbindung in ein koloniales Verwaltungssystem wandelten sich die autochthonen politischen Systeme. Die Kolonialmächte nahmen sich das Recht der Bestätigung und Absetzung der 'traditionellen Herrscher' ('traditional rulers'). Diese gehörten zwar weiterhin den einheimischen Aristokratien bzw. Eliten an, die traditionellen Wahl- und Kontrollinstanzen wurden aber außer Kraft gesetzt. Die Kontrolle von unten nach oben ging verloren, sofern sie zuvor vorhanden war. Eine deutlich von oben nach unten strukturierte Ämterhierarchie etablierte sich unterhalb der kolonialen Bürokratie. Sah sich die koloniale Administration Gesellschaften ohne klare Führungspersonen gegenüber, wie im Südosten Nigerias, wurden diese - oft gegen lokale Traditionslinien - von ihnen eingesetzt. Dort ernannte die britische Regierung sogenannte 'Warrant Chiefs'. Da keine traditionell legitimierten Auswahlkriterien zur Verfügung standen, berief sie meist eine Persönlichkeit, mit der sie früh in Kontakt gekommen war. Um sie mit realer Macht auszustatten, wurde es Dorfversammlungen und Ältestenräten verboten, Rechtsverletzungen u.ä. zu verhandeln. Dagegen wurden um die Warrant Chiefs lokale Gerichte gebildet, denen eine Rechtsprechung in bestimmten Rechtsfragen zugebilligt wurde (vgl. Traub 1986: 118).

Die Kolonialmacht setzte ihr Gewaltmonopol zur Verteidigung der 'indirekten Herrschaft' ein. Die Macht 'traditioneller Herrscher' wurde durch das koloniale Militär gesichert, wenn sich Widerstand gegen die Entmachtung vorkolonialer, autochthoner demokratischer Kontrollinstanzen erhob. Z.B. kam es 1916 in Oyo und 1918 in Abeokuta zu Aufständen, die sich gegen die Strukturen der 'indirekten Herrschaft' und die Steuerer-

hebung richteten. Die Unruhen wurden von der Kolonialmacht blutig niedergeschlagen, wobei mehr als 500 Aufständische getötet wurden (Atanda 1969).

Die 'indirekte Herrschaft' trug zur Legitimation der kolonialen Herrschaft bei, da sie sich vermitteln ließ über 'traditionelle Herrscher', die eine historische Legitimität für sich reklamieren konnten. (Traub 1986:113) Trotz ihres Bezugs auf traditionelle staatliche Strukturen entstand daraus aber ein neues ideologisches Konstrukt der Legitimation: der "Traditional Ruler" oder "Chief". Die Symbolik des Chiefs beruht auf einer virtuellen, in der Kolonialzeit erfundenen Tradition. Ihre Elemente sind dem Repertoire der viktorianischen Monarchie oder dem christlichen Mythos des Herrschers als Hirte einer Herde der katholischen Mission entnommen. Damit legitimieren die 'traditionellen Herrscher' ihre absolute Autorität gegen jegliche Kontrolle von unten. Der Autoritarismus afrikanischer Gesellschaften hat hier eine seiner wichtigsten historischen Wurzeln (Bayart 1991: 8).

Der nachkoloniale Staat übernahm das kolonial aufgebaute Gewaltmonopol. Er stützt sich darauf ebenso wie sein Vorgänger (vgl. Bayart 1989: 300). Nigeria gliederte sich ein in ein Ordnungsmodell der Welt, die in politisch souveräne Nationalstaaten unterteilt ist. Der Nationalstaat ist alternativlos als Form der unabhängigen Eingliederung in das Weltsystem. Darüber erlangen Grundcharakteristika der ideologischen Nation-Form eine von außen induzierte Legitimität. Die Nation wird Brennpunkt politischer Organisation, vor allem Ort des zentralen Gewaltmonopols. Die Regierenden vertreten 'ihr Volk' in der internationalen Diplomatie.

Von unten erfährt die ideologische Form der 'Nation' eine ambivalente Stützung. Wie oben gezeigt, suchte der koloniale Staat seine Herrschaft vermittelt über autochthone lokale Strukturen zu legitimieren. Auch heute noch legitimiert sich die Nation Nigeria vermittelt über 'traditionelle' Strukturen, z.B. wird in der Verfassung die Staatsbürgerschaft über die Zugehörigkeit zu einer ethnischen Gruppe definiert. Die Nation als solche hat eine dünne eigenständige Legitimation in der Bevölkerung. Dies ist kein Problem willkürlicher kolonialer Grenzziehungen, sondern der Formen, in denen Herrschaft ideologische Legitimität findet. Die geographische Einheit 'Nigeria' ist nicht nur koloniales Produkt, sie hatte bereits Wurzeln in vorkolonialen Orientierungen und Austauschstrukturen (vgl. Dudley 1973). Immerhin: hinter der Fußballnationalmannschaft Nigerias, die derzeit um die Qualifikation zur WM-Endrunde kämpft, steht 'die Nation', auch wenn sie dann nur für die Dauer eines Fußballspiels konstituiert ist.

Der nigerianische Antikolonialismus bestand nicht aus einer Opposition zu westlichen Ideen und Prinzipien. Vielmehr wurden sie in antikolonialen Ideologien aufgegriffen. Die einheimische, westlich gebildete Elite eignete sich die Ideologie der Nation an. Damit konnte sie ihre Legitimität gegen-

über der Kolonialmacht und gegenüber der eigenen Bevölkerung im Rahmen von 'nationaler Unabhängigkeit' begründen. Durch ihre Strategien im antikolonialen Kampf unterliefen die nigerianischen Eliten aber auch die Legitimität des von ihnen übernommenen Staatsapparates. Sie mobilisierten die Bevölkerung zur Sabotage der kolonialen Administration, Streiks und Bummelstreiks, Steuerboykott oder -hinterziehung. Was die Kolonialadministration verlangte, wurde zur unnötigen Bürde erklärt. Zur antikolonialen Propaganda gehörte, daß die Verpflichtungen der Einzelnen dem Staat gegenüber abnehmen würden und demhingegen sie Rechte einklagen und den Staat in die Pflicht nehmen könnten. Als die nachkoloniale Administration dann im Wesentlichen keine Änderung darstellte, dieselben Steuern verlangte usw., gab es keinen Anlaß für die Regierten, ihre Handlungsweise dem Staat gegenüber zu verändern. Bis heute ist der Bezug afrikanischer Bevölkerungen zum Staat bestimmt durch einen tendenziellen Hang zu Sabotage, Boykott und hohen materiellen Forderungen dem Staat gegenüber (vgl. Ekeh 1975: 100ff.).

Aus dem antikolonialen Kampf ging ein neues Verhältnis zwischen Nationalstaat und 'traditionellen Herrschern' hervor. Die britische Kolonialmacht stärkte nochmal die ihr verbundenen und von ihr abhängigen 'traditionellen Herrscher' gegen die den antikolonialen Kampf führenden westlich gebildeten Eliten. Das war nicht nur der Versuch, durch eine 'Teile-und-Herrsche'-Taktik die eigene formale Herrschaft zu verlängern, es entstand auch aus dem britischen Interesse daran zu bestimmen, wer den nachkolonialen Staat regiert. Immerhin gab es unter den gebildeten Eliten auch solche, die nicht nur die Technologie moderner Administration aus Europa mitbrachten, sondern auch Ideen wie 'soziale Gerechtigkeit', oder sogar 'Sozialismus' als Entwicklungsmodell für ihre Gesellschaften sahen (vgl. Nnoli 1978: 24ff.).

So konnten 'traditionelle Herrscher' ihre Machtpositionen in den nachkolonialen Staat überführen. In der Nordregion Nigerias übernahm die traditionelle Aristokratie die Macht und dominierte die parlamentarischen Strukturen. In den ländlichen Gegenden ganz Nigerias bezieht sich die Bevölkerung auf die 'traditionellen Herrscher' und 'Chiefs' als staatliche Instanz, z.B. zur Verteilung von Düngemitteln und zur Regelung von Landkonflikten. Eine staatliche Administration, die sie nicht einbezieht, ist unmöglich. Wer ein Wahlamt in der Dritten Republik anstrebt, muß sich vor allem die Unterstützung der 'traditionellen Herrscher' organisieren. In einem Wahlkreis haben meist die Kandidaten Erfolg, die den entsprechenden 'traditionellen Herrscher' hinter sich wissen. Vor allem im Süden Nigerias ist das System der 'traditionellen Herrschaft' eine Symbiose mit 'modernen' städtischen Realitäten eingegangen. Erfolgreiche Geschäftsleute, Rechtsanwälte, Verwaltungsbeamte, Parlamentarier, Gouverneure usw. bekommen traditionelle Titel verliehen und werden zu 'Chiefs', meist in Verbindung mit großen Spenden ihrerseits zur Erhaltung des Palastes des verleihenden Alaafins oder Obas (Königstitel) und Entwicklungshilfe-

zuwendungen an ein Dorf, eine Stadt oder eine Region (vgl. Trager 1992). Der Präsidentschaftskandidat der Sozialdemokratischen Partei, M.K.O. Abiola, ist ein gutes Beispiel. Er machte im Elektrokonzern ITT steile Karriere, bis er 1971 Vorstandsvorsitzender von dessen nigerianischer Tochtergesellschaft wurde. Heute ist er ein Medienmagnat, besitzt eine Fluggesellschaft und eine Reederei und ist der wichtigste Mäzen des Fußballsports. Er besitzt über 140 Titel als Chief, u.a. den des Bashorun of Ibadanland.

Zu ihrer ideologischen Legitimation konstruieren die 'traditionellen Herrscher' eine Tradition, aus der ihre Autorität erwachsen soll. Teil davon ist die Konstruktion ethnischer Identität - d.h. hier vor allem wird die Existenz präkolonialer Staatsstrukturen entlang der Linien ethnischer Zugehörigkeiten behauptet. Dies ist ein Faktor für die Entwicklung von Ethnizität - eine ideologische Form, die deutlich die heutigen politischen Strukturen Nigerias bestimmt.

### Individuum und Staat

Es charakterisiert das Ideal des Staates, daß er auf die Einzelnen zugreifen kann, sein Zugriff aber durch allgemeine Regeln begrenzt ist. Seine monopolisierte Gewalt gehorcht nicht der Logik der Vergeltung, sondern der Logik der Abschreckung vor dem Bruch der Gesetze. Sie ist an gesetzliche Bestimmungen gebunden, keine Bestrafung kann ohne gesetzliche Voraussetzung erfolgen, die Strafandrohung ist allen BürgerInnen gegenüber gleich. Dasselbe gilt für Rechte und Pflichten gegenüber dem Staat.

Der Staat in Nigeria kann den so charakterisierten verallgemeinerten Zugriff nicht durchsetzen. Alle Verwaltungsakte, die mit einer möglichst vollständigen Erfassung der StaatsbürgerInnen zusammenhängen, scheitern. Das gilt für Bevölkerungszählungen, Steuererhebung, Wahlbeteiligung usw. Der Zensus 1991 ergab überraschend nur eine Bevölkerung von ca. 89 Millionen, nachdem Schätzungen zuvor bei 120 Millionen lagen. Die Erhebung wird weithin kritisiert und z.B. vom Gouverneur des Bundesstaates Lagos vor Gericht angezweifelt.

Das Fehlen eines durchsetzbaren staatlichen Zugriffs wird deutlich in der wirtschaftlichen Macht des informellen Sektors, den Slums in den Großstädten, dem Verhalten gegenüber der Polizei und auch am alltäglichen Verhalten im Straßenverkehr. Otwin Marenin beschreibt, wie die Bevölkerung mit Schadenfreude reagiert, angesichts der Machtlosigkeit der Polizei einer Bande gegenüber, die eine Serie von bewaffneten Raubüberfällen in Benin City durchführte. Freude über den Tausch der Rollen, daß die Polizei, die sonst unschuldige ZivilistInnen mißhandelt, nun selber zum Opfer von Gewalt wurde. Die Bevölkerung kooperierte auch nicht mit der Polizei zur Ergreifung der Mitglieder der Bande (vgl. Marenin 1987). Als 1992 in Abeokuta sich bewaffnete Raubüberfälle häuften, stellte die Bevölkerung eigene Milizen auf, die ein Nachtausgehverbot verhängten und mit Waf-

fengewalt durchsetzten, vorbei an der Polizei und an staatlichen Institutionen.

Allen ist klar, daß sie der Staatsgewalt verglichen mit anderen nicht gleich gegenüber stehen. Folglich wirkt die Ideologie der 'Gleichheit vor der Staatsgewalt' nicht. Der Staat agiert auch nicht entsprechend. Er ist durchsetzt von Klientelbeziehungen. Söhne einflußreicher Militärs, die auf dem Campus der Universität von Ibadan unter Mordverdacht standen, werden nicht belangt. Ein Taxifahrer, der sich - ohne sich des Beamtenrangs des Gegenüber voll bewußt zu sein - nach einem Autounfall mit ihm verbal anlegt, wird sofort abgeführt. Das staatliche Gewaltmonopol wird willkürlich angewendet. Es folgt z.T. der Logik der Vergeltung, z.B. wenn nach dem Putschversuch von April 1990 Hinrichtungswellen folgen.

Ein Glaube an die politische Unparteilichkeit der Staatsgewalt entsteht nicht, gehört es doch zum Alltag, daß sie als Mittel im Kampf um politische Positionen genutzt wird. Der ehemalige militärische Staatschef Olu-segun Obasanjo, heute ein Kritiker des Regimes um Ibrahim Babangida, kann zu Recht behaupten, nachdem er einen bewaffneten Raubüberfall unverletzt überstanden hat, daß im Falle seines Todes viele hinter der Aktion Präsident Babangida vermutet hätten. Teile der Presse Nigerias, das Alltagsgespräch auch unter Intellektuellen, vermutete Sabotage im Auftrag des Staatspräsidenten hinter dem Absturz eines Militärflugzeuges im September 1992, bei dem mehr als 170 junge Offiziere starben.

### Hegemonie des Nordens

Das hier gezeichnete Bild von Nigeria wäre unvollständig, wenn es nicht auf die Heterogenität des Landes eingehen würde. Die Kolonialadministration hatte Nigeria in drei Regionen aufgeteilt, die Ost und Westregion im Süden des Landes und die Nordregion. Die administrative Trennung der Regionen folgte u.a. einer ökonomischen Logik, da jede mit einem anderen agrarischen Exportprodukt in den Weltmarkt eingebunden wurde. In den drei Regionen wurden vor der nationalen Unabhängigkeit bereits getrennt Selbstverwaltungsorgane und Parlamente eingeführt.

In Nigeria werden knapp 400 Sprachen gesprochen. In der Konstruktion der 'Ethnie' spielt Sprache eine zentrale Rolle, folglich gibt es in Nigeria fast 400 verschiedene ethnische Gruppen. Drei von ihnen werden als Mehrheitsgruppen bezeichnet, da ihnen jeweils mehr als 20% der Bevölkerung angehören, die anderen werden unter Minderheitengruppen zusammengefaßt. (vgl. Otite 1990: 16ff.) Nigerias Bevölkerung gehört zu jeweils knapp 50% dem Islam bzw. dem Christentum an. Die Bevölkerung der Nordregion ist mehrheitlich islamisch, die der Ostregion mehrheitlich christlich und die der Westregion gehört ungefähr zu gleichen Teilen den beiden Religionen an.

Als Ergebnis der kolonialen Dreiteilung wurde in jeder der drei Regionen eine der Mehrheitsgruppen dominant, auch in den Parlamenten und Selbstverwaltungsorganen. Die Parteien der ersten und der zweiten Republik hatten jeweils eine bestimmte ethnische Basis. Folglich stellt sich in Nigeria über die Machtverteilung zwischen parlamentarischen Parteien immer ein Dominanzverhältnis zwischen geographischen Regionen her. Dies ist auch in Phasen der Militärregierung nicht anders gewesen und ist ebenso durch die Unterteilung der Regionen in nunmehr 30 Bundesstaaten nicht beseitigt.

Mit der Unabhängigkeit konnten die Herrschenden der Nordregion eine politische Hegemonie über den Rest Nigerias etablieren. Dies war zunächst eine notwendige Strategie der Aristokratie des Nordens, wollte sie als solche überleben. Die südlichen Eliten hatten aufgrund der christlichen Missionsanstrengungen mehr westlich Ausgebildete, die die staatliche Administration übernehmen konnten. Handel und Industrie waren im Süden stärker ausgebildet und führten zu dessen ökonomischer Dominanz. HändlerInnen aus den südlichen Landesteilen expandierten bereits in den Norden und destabilisierten so die ökonomischen Strukturen des Nordens. Die 'traditionellen Herrschaftsstrukturen' hatten im Süden sich nicht uneingeschränkt erhalten können, wie die Aristokratie im Norden, z.T. hatten die westlich gebildeten Eliten sie sich angeeignet. Die südlichen Eliten waren oft erklärte Gegner des 'Feudalismus' und der 'Rückständigkeit' im Norden. Am prononciertesten vertrat dies im Rahmen des ersten nationalen Wahlkampfes der Flügel um Obafemi Awolowo der Action-Group, der Partei der Westregion. Zur Sicherung ihrer Herrschaft im Norden mußte die Aristokratie zumindest eine weitgehende politische Autonomie des Nordens erreichen (Bayart 1989: 166).

Ahmadu Bello, der Sardauna von Sokoto (ein traditioneller Titel) und erste Premier der Nordregion, formulierte die Strategie der Modernisierung der politischen Strukturen des Nordens ohne grundsätzliche Änderung der Herrschaftsstrukturen. Vor allem baute er den Northern Peoples Congress (NPC) als eine moderne Partei unter dem Motto 'Ein Norden, ein Volk unabhängig von Religion, Titel oder Stamm' aus, sicherte aber der Aristokratie die führenden Positionen in dieser Partei. Bello gelang der Aufbau eines klientelistischen Netzwerkes um die traditionellen Eliten des Nordens unter Einbezug junger gebildeter Eliten, das immer wieder maßgeblichen Einfluß auf die nationale Politik Nigerias gewinnt. Gemeinhin wird es oft die 'Kaduna-Mafia' genannt. Der NPC wurde zur dominanten Partei der ersten Republik, da es gelang, die Parteien der Westregion und der Ostregion gegeneinander auszuspielen. Eine politische Hegemonie des Nordens stellte sich so mit der Unabhängigkeit Nigerias her (vgl. Takaya & Tyoden 1987: 29ff.).

Ohne die Geschichte der Coups und Wahlen Nigerias im einzelnen durchzugehen: in den folgenden Regierungen konnte der Norden stets mehr

oder weniger seine Hegemonie wahren. Das gilt auch für das seit August 1985 die Regierungsmacht haltende Regime um Präsident Babangida, der aus einer Minderheitenregion des Nordens stammt, kein besonderer Protégé der Fulani-Aristokratie ist und von klientelistischen Netzwerken gestützt wird, die in Konkurrenz zur 'Kaduna-Mafia' stehen. Als Zugeständnis an die Mächtigen im Norden ist unter seiner Regierung Nigeria der Organisation islamische Konferenz beigetreten. Auch vermeidet es Babangida, sich mit der 'Kaduna-Mafia' zu überwerfen (vgl. Takaya & Tyoden 1987: 80). Im Gegenteil: in Bashorun M.K.O. Abiola könnten sie einen gemeinsamen Kandidaten für die Präsidentschaft der Dritten Republik gefunden haben.

### Die Instabilität der Dritten Republik

Die Erste Republik Nigerias bestand von 1960 bis 1966, die Zweite von 1979 bis 1983. Länger als sechs Jahre haben sich zivile Regierungen nicht gehalten. In beiden Phasen militärischer Regierung hat es mindestens einen Putsch wiederum von Militärs gegeben. Militärregierungen haben jeweils früh schon ein Programm zum Übergang zur Zivilregierung angekündigt. Instabilität durchzieht, so zeigt es der oberflächliche Blick, das politische System Nigerias.

Diese Instabilität ruht aber auf einer Stabilität gesellschaftlicher Hegemonie, wie sie durch die oben dargestellten Prozesse hergestellt wird. Pointiert gesagt: die offensichtliche Instabilität ist ein Resultat der Kämpfe der Fraktionen der nigerianischen dominanten Klassen, deren dominante Position nach unten hin jedoch gesichert und stabil ist.

Trotzdem: Die Fähigkeit der hegemoniesichernden Strukturen und Ideologien, die Machtverhältnisse in Nigeria zu legitimieren, nimmt ab. Das ist in erster Linie eine Folge der seit 1982 verfolgten Austeritätspolitik. Seitdem leidet die nigerianische Bevölkerung unter den Folgen von Währungsabwertungen, Lohnstopps, Realeinkommensverlusten, Einstellungsstopps, zunehmender Arbeitslosigkeit, Entlassungen (die Industrie produziert u.a. unter Kapazität, da sie sich Importrohstoffe und -halbfertigwaren als Folge der Währungsabwertungen nicht mehr leisten kann). Die zunehmende Armut hat bereits zu einer Rückmigration von den Städten auf das Land geführt. (vgl. Ay & Zdunnek 1993) Seit 1985 sind die Austeritätsmaßnahmen in Strukturanpassungsprogramme des Internationalen Währungsfonds (IWF) eingebettet.

Die Bevölkerung Nigerias lehnt die Strukturanpassung klar ab. In einer zunächst von Präsident Babangida 1985 inszenierten nationalen Debatte um die Aufnahme von Krediten beim IWF äußerte sich die klare Mehrheit der gesellschaftlichen Organisationen dagegen. Auch eine Umfrage unter der Bevölkerung ergab ein deutliches Meinungsbild gegen die Kreditaufnahme. Seit 1987 zeigt die Bevölkerung ihre Opposition jährlich durch Demonstrationen und Straßenunruhen in den großen Städten, vor allem

im Süden des Landes. Meist ist es das Steigen von VerbraucherInnenpreisen, das die Proteste auslöst. 1992 brachten die Abwertung der Währung Naira um die Hälfte und die Kürzung der Benzinsubventionen das Faß zum Überlaufen, und von Lagos aus brachen Protestdemonstrationen aus. Die Benzinpreise wirken sich nicht nur auf die Kosten der öffentlichen Verkehrsmittel aus, sondern bestimmen gerade in Lagos auch die Preise von Nahrungsmitteln. Die Proteste können sich 1993 wiederholen, denn schon hat die Regierung die endgültige Streichung der Benzinsubventionen angekündigt.

Zudem überzieht eine Streikwelle im öffentlichen Dienst das Land, die auch eine Reaktion auf die Austeritätsmaßnahmen ist.

Diese Faktoren für Instabilität belasten schon jetzt die Dritte Republik Nigerias.

### Literatur:

- Atanda, J.A.: The Ischin-Okeiho Rising of 1916. in: Journal of the Historical Society of Nigeria, Vol. 4, 1969/4.
- Ay, Peter & Zdunek, Gabriele 1993: Exodus aus den Städten Nigerias. Entwicklung der regionalen Migration am Beispiel des Großraumes Ibadan. in: Peripherie 49. S.17-35.
- Bayart, Jean-François 1989: L'Etat en Afrique. La politique du ventre. Paris.
- Ders. 1991: La problématique de la démocratie en Afrique noire. in: Politique Africaine, Vol. 43, S.5-20.
- Dudley, Billy J. 1973: Instability and Political Order. Politics and Crisis in Nigeria. Ibadan.
- Ekeh, Peter P.: Colonialism and the Two Publics in Africa: A Theoretical Statement. in: Comparative Studies in Society and History 17, 1, S.91-112.
- Joseph, Richard 1987: Democracy and Prebendal Politics in Nigeria. Cambridge.
- Marenin, Otwin 1987: The Anini Saga: Armed Robbery and the Reproduction of Ideology in Nigeria. in: The Journal of Modern African Studies 25, 2, S.259-281.
- Nnoli, Okwudibia 1978: Ethnic Politics in Nigeria. Enugu.
- Otite, Onigu 1990: Ethnic Pluralism and Ethnicity in Nigeria. Ibadan.
- Phillips, Dotun 1992: The Nominalization of the Nigerian Economy. NISER, Ibadan.
- Takaya, B.J. & Tyoden, S.G. 1987: The Kaduna Mafia. Jos.
- Trager, Lilian 1992: The Hometown and Local Development Efforts: Implications for Civil Society in Africa. Draft paper to the International Conference on Civil Society in Africa. Jerusalem.
- Traub, Rudolf 1986: Nigeria. Weltmarktintegration und sozial-strukturelle Entwicklung. Hamburg.

### Ein noch fragmentarisches Projekt

Zur Tagung von SPD-Linken am 11./12. März 1993 in Köln

Innerhalb der SPD ein "Projekt moderner Sozialismus" zu betreiben, dürfte zur Zeit wirklich kein Vergnügen sein. Die Gruppe von Linken, die sich unter diesem Namen sammelt, veranstaltete in Köln am 11./12.3.93 eine bundesweite Tagung. Allein, in dieser Situation den Kopf zu heben, mit diesem Kopf strategisch zu denken und die Ergebnisse der Öffentlichkeit mitteilen zu wollen, verrät Mut und verdient alle Sympathie.

"Die Linke in Europa" hieß das Tagungsthema. An Europa, im gewohnten Verständnis also Westeuropa, machten sich Entwürfe und Analyse-Ansätze fest: Die gegenwärtige Situation sei gekennzeichnet durch die Entwicklung zur "Festung Europa", einem Europa konzentrischer Wohlstandsringe, mit einer restriktiven Einwanderungspolitik und einer Modernisierungspolitik, die ausschließlich auf die Konkurrenz innerhalb der "Triade", also zwischen den drei Zentren des hochentwickelten Kapitalismus, gerichtet ist. Andererseits bestehe keine unabänderliche Notwendigkeit für eine solche Entwicklung, ein großer Teil des Kapitals habe gar kein Interesse an der "Festung".

Uwe Kremer, der im ersten Referat der Konferenz das geronnene Diskussionsergebnis des ProMS

(und der Zeitschrift spw) vortrug, unterstrich in der Diskussion, daß das Projekt nicht über eine ausgereifte Gesamtanalyse verfüge. Man sei der Meinung, man müsse in der gegenwärtigen Situation politische Ansatzpunkte finden und gleichzeitig die Analyse vorantreiben.

Wie abzusehen, erwies sich diese Gleichzeitigkeit des Unvollkommenen als schwierig. Kremer ging beim Abstecken aktuell politischer Positionen von drei Optionen "europäischer Identität" heute aus: der euro-atlantischen, der europäisch-östlichen und der mediterranen. Als vorherrschend für die "Festungs"-Ideologie bestimmte er die atlantische Option. Bei den Linken überwiege die Neigung zum Mitmachen in den vorherrschenden Trends. Die Beschwörung, daß dem etwas entgegengesetzt werden müsse, gehörte zu den wiederkehrenden Grundmotiven der Tagung. Kremer fand seine Position im kritischen Abstand zu zwei Extrempunkten: der Festungs-Ideologie und den Positionen, die für radikale Öffnung EG-Europas eintreten. Letzteres sei, in der Frage des EG-Beitritts wie der Einwanderung, unangebracht: Bei sofortiger Aufnahme aller osteuropäischen Länder in die EG würden "ganze Ökonomien" zusammenbrechen. Die Stoßrichtung sollte gegen das "Notenbankdiktat" (also Maastricht) als hauptsächliches Steuerungsinstrument der EG-Entwicklung und die auf den Triadenwettbewerb ausgerichtete Industrie- und Strukturpolitik gehen. Infolgedessen weder atlantische noch osteuropäische Orientierung,

sondern gewollt ist ein EG-Europa, das Allianzen mit dem angrenzenden Süden schließt, regionale Wirtschaftszusammenschlüsse entstehen läßt, eine fortschrittliche Entwicklungspolitik in diese Richtung betreibt und stark genug ist, auf den internationalen Finanzmärkten selbstbewußt aufzutreten, sie im europäischen Maßstab zu kontrollieren. Ähnlich die Position zur Einwanderungspolitik: Keine absolute Öffnung der Grenzen, die nur zum Zusammenbruch der Arbeitsmärkte und sozialen Systeme führen würde, sondern regulierte Zuwanderung und eine regulierte Infrastruktur. Europa soll, nach diesen Vorgaben, "machtmäßig eine progressive Rolle im Weltgeschehen spielen".

In der Diskussion wurde von Susi Möbbeck, die zu den Mitorganisatoren des Kongresses zählte, in aller Deutlichkeit ausgeführt, daß bei diesen strategischen Überlegungen nicht an eine globale Umverteilungspolitik gedacht sei, sondern, anknüpfend an die "Stärken, die es in Europa gibt", an eine Orientierung auf die angrenzenden Regionen des Südens und Südostens, z.B. an die Entwicklung von Sozialstaatlichkeit ebendort.

Statt der "Wohlstandsringe" die Entwicklung konzentrischer Sozialstaatsringe? Vielleicht auch ein bißchen Festung zu diesem nicht unedlen Zweck?

Eine große, gar stimmige Konzeption, eine durchdachte Alternative zur kritisierten "Festung Europa" war danach nicht mehr zu erwarten. Die einzelnen AGs - von der

Industriepolitik über Politik gegenüber dem "Osten", dem "Süden", von der Frauenpolitik in Europa über Sicherheitspolitik und Konversion bis zu Energie- und Verkehrspolitik - schwankten zwischen den sehr ins Einzelne gehenden Berichten über kleine, "beispielhafte" Initiativen und gelegentlichen Anrufungen der Utopie.

Ihre Vorstellungen zur Sicherheitspolitik, die zwar auf der offiziellen Beschlußlage der SPD-Gremien beruhen, de facto aber immer mehr zur Alternative zum Anpassungstrend der SPD-Prominenten an die Regierung werden, stellte die Bundestagsabgeordnete Kathrin Fuchs in der entsprechenden AG vor: Die Hoffnungen von '89 auf weitergehende Abrüstung und stabilisierte Entspannung hätten sich nicht erfüllt. Die Konflikte, mit denen sich die Welt nun herumschlägt, haben zum großen Teil soziale Ursachen; diese wären im Vorfeld zu bekämpfen. Die Politik der Bundesregierung und die konkreten Vorbereitungen der Bundeswehr allerdings gehen in Richtung des Aufbaus von Interventionsstreitkräften. Nach K. Fuchs' Auffassung sollte man die KSZE großzügig mit Mitteln und Kompetenzen ausstatten, um wirksam für Konfliktvermeidung zu arbeiten, beispielsweise 20% der Verteidigungshaushalte dafür zur Verfügung stellen. Erst wenn das Feld der Konfliktprävention wirklich ausgeschritten sei, könnten Blauhelme eine taugliche Alternative zur Eingreiftruppe sein. Die UNO-Soldaten sollten, nach skandinavischem Vorbild, zur

Deeskalation ausgebildet sein, man sollte Blauhelmkontingente zusammen mit anderen Staaten, etwa Polen oder Ungarn, bilden.

Angesichts der kriegsauslösenden Nationalitätenkonflikte heute müsse ein Regelwerk dafür entwickelt werden, unter welchen Bedingungen eine Ethnie die Anerkennung als unabhängiger Staat erreichen könne: In jedem Falle müßten vorher die Minderheitenprobleme gelöst und mit allen Nachbarn die Grenzfragen geklärt sein.

Die eigenen Rüstungsexporte in diesem Zusammenhang in den Blick zu nehmen, wäre schon ein großes Stück Konfliktprävention. Man könnte Entwicklungshilfe an rüstungsbegrenzende Auflagen binden und die Wirkungslosigkeit der Embargos dadurch vermeiden, daß schon im Inland - auch in den Fabriken! - kontrolliert wird, was her ausgeht.

Die Tagung schloß mit zwei Referaten, jedes nicht untypisch für die geografische und politische Herkunft der Redenden. Der Bundestagsabgeordnete Hermann Scheer, einer derjenigen, die im Bundestag gegen den Maastrichter Vertrag gestimmt haben, setzte zu einer kritischen Durchsicht der gegenwärtigen SPD-Politik an. Er konstatierte ein Bedürfnis nach "fundamentalen Antworten" gerade im nichtwählenden Wahlvolk, denn im Grunde wisse jeder, daß mit einfachem Weitermachen die gegenwärtigen Probleme nicht zu lösen sind. Daran gemessen, liegt die Unzulänglichkeit der SPD-Politik auf der Hand: Scheer attackierte den vom

Vorstand als erstrebenswerte politische Form vertretenen "ergebnisoffenen Bürgerdialog" als Kapitulation vor der Notwendigkeit, Antworten zu geben. Politik werde so nur noch als Talkshow begriffen. Aber auch die SPD-Linken würden nur noch reagieren, keine eigenen Positionen setzen. Daran schloß Scheer die Vorstellung seines speziellen Arbeitsbereichs, der Energiepolitik mit dem Schwerpunkt der Solartechnik. Viele gescheite Anmerkungen zur globalen Energieverschwendung, zur notwendigen "neuen Materialbasis der Gesellschaft" und zum sonst drohenden ökologischen Kollaps der weltweit gültigen Marktwirtschaft konnten nicht verbergen, daß Scheers Kritik zerflatterte und auch in diesem Referat kein politisches Gesamtkonzept zu erkennen war.

Als einzige bot dies - in aller Allgemeinheit - Luciana Castellina, ehemalige Vertreterin der PCI, Euroabgeordnete, jetzt in einem Projekt namens "Rifondazione comunista" tätig. Sie stellte sich die Frage: Gibt es eine europäische Linke und kann sie eine besondere Rolle spielen? Zunächst müsse man die Niederlage der Linken als solche akzeptieren. Trotzdem verfüge die europäische Arbeiterbewegung über reiche Erfahrungen und blicke auf die längste Entwicklung der antikapitalistischen Bewegung zurück, auch die Erfahrungen, die im Osten gemacht wurden, seien "ein großes Laboratorium". Im Kapitalismus seien alte und neue Widersprüche existent. Das System erweise sich als flexibel und effizient; es stabilisiere sich durch Fragmentierung

des möglichen historischen Subjekts seiner Überwindung, durch Integration, durch Nutzung der Medien. Die Machtmechanismen scheinen zu "verschwinden", sie werden unkontrollierbar: Maastricht als Beispiel dafür, wie die "wirkliche Macht" an "neutrale Mechanismen" übergeben und damit der Politik, den Parlamenten, der Öffentlichkeit entzogen werde. Konflikte werden marginalisiert. Die neuen Widersprüche würden auch neue Kräfte auf den Plan rufen, die aber ihre Ideologie nicht aus der Kritik, sondern aus der Erfahrung beziehen. Das Großsubjekt Arbeiterklasse existiere nicht mehr in gleicher Weise wie in der Vergangenheit. Ein historisches Subjekt könne heute nur durch "kulturelle und politische Mediation aufgebaut" werden. Die Notwendigkeit des Sichfindens verschiedener politischer Kräfte legt die Frage nach einer neuen Partei nahe. L. Castellina wies allgemein auf "Versuche" dazu hin und postulierte, daß für solche Versuche verschiedene politische Kulturen notwendig seien. Alle in Frage stehenden Kräfte seien in der Krise: Kommunisten, Sozialisten, Grüne... Aktuelle Protestbewegungen spielen sich außerhalb dieses Spektrums ab und nehmen den Weg nach rechts, die Linken haben keine Antworten für sie.

Die Strategieüberlegungen L. C.s setzen bei den veränderten Bedürfnissen an. In Europa seien die fundamentalen individuellen Bedürfnisse erfüllt, neue seien entstanden: Ökologie, Gesundheit, Bekämpfung der Arbeitslosigkeit, Ausbildung,

Gestaltung des Lebens in den Städten, im Alter. Kollektive Bedürfnisse mithin, die der Markt, bei dem es nur um die Durchsetzung neuer verkaufter, exportierbarer Waren gehe, nicht signalisiere. Die neue Nachfrage zu organisieren, sei eine wesentlich politische Aufgabe. Dazu muß man die Gewinnmaximierung in Frage stellen, die Rolle der Firmen, die als einzige über das Marktangebot entscheiden. Ohne diese fundamentale Position blieben alle politischen Lösungsvorschläge und Diskussionen marginal. Das Denken soll "über den kapitalistischen Horizont hinausgehen, auch wenn das System aktuell nicht überwindbar" sei.

Das System habe seine Rationalität verloren, indem die Ressourcen auf überflüssige Bedürfnisse konzentriert, die wirklichen Bedürfnisse aber vernachlässigt würden. Evident werde das in der Tatsache, daß das Modell des Westens nicht exportiert werden kann (und der Versuch dazu nur den ökologischen Kollaps der Erde beschleunigt). So gehe der Trend gegenwärtig zu einer "selektiven Integration", bei Marginalisierung des Restes. Zu studieren sei diese Entwicklung an der bereits vollzogenen "Amputation" Schwarzafrikas. In der Konsequenz der "Festung Europa" liege eine "Weltapartheid", zugespitzt etwa in dem Gedanken: Wenn alle Afrikaner sterben, wächst der Regenwald ungestört.

Um dieser Politik etwas entgegenzusetzen, brauche man ein "kulturelles Konzept". Dazu gehören Grundgedanken wie diese: Nicht der Süden soll dem Norden ange-

paßt, sondern der Norden kompatibel zum Süden werden. Internationalismus heute heiße, bei allen politischen Vorschlägen von der Frage auszugehen: Ist diese Lösung für 6 Milliarden Menschen möglich? Man müsse fähig werden, in der Haut des anderen zu stecken.

Dieses Referat war zweifellos der Höhepunkt der Tagung. Ein enthusiastischer Beifall bewies, daß Luciana Castellina, möglicherweise als einzige, die Erwartungen der Zuhörerschaft eingelöst hatte.

*Elvira Högemann-Ledwohn*

## Reichtum und Armut im neuen Deutschland

Sozialpolitischer Ratschlag am 23./24. April 1993 in Braunschweig

Man braucht, um den Zusammenhang zwischen Reichtum und Armut zu sehen, kein Marxist zu sein. "Daß in der Zivilisation die Armut sich aus dem Überfluß ergibt", wußte schon Charles Fourier. Seine Einsicht in den "fehlerhaften Kreislauf der Industrie" ließ den Frühsozialisten in den zwanziger Jahren des 19. Jahrhunderts prophezeien, "daß die industrielle Überproduktion unendliches Leid über die Zivilisation mit sich bringt, wenn es nicht gelingt, jene Mittel zu entdecken, die einen wirklichen Fortschritt von einer gesellschaftlichen Stufe zur anderen bewirken".

Zu den mehr oder weniger selbstverständlichen Resultaten des in

Braunschweig am 23./24. April d. J. abgehaltenen "Sozialpolitischen Ratschlags über Armut und Verelendung im reichen Deutschland" gehörte allerdings auch, daß "die Kraft einer vernünftigen Analyse", in deren Evidenz die Veranstalter ("Bürgerinitiative für Sozialismus" in Verbindung mit der ESG und dem FB Sozialwesen der FHS Braunschweig sowie der Bildungsvereinigung Arbeit und Leben in Niedersachsen) die politische Sprengkraft ihres verdienstvollen Unternehmens sahen, ohne Rückgriff auf marxistische Kapitalismustheorie und -kritik kaum denkbar ist. So folgten den Grußworten des niedersächsischen Sozialministers Hiller Beiträge von Klaus Peter Kisker (FU Berlin) zu Entwicklungstendenzen des heutigen Kapitalismus und von Horst Schmitthener (geschäftsführendes Vorstandsmitglied der IG Metall) zu "Sozialabbau, Deregulierung und Demoralisierung". In zehn Arbeitsgruppen diskutierten dann rd. 170 Wirtschafts- und Sozialwissenschaftler, Gewerkschafter und Sozialarbeiter über Vergeudung natürlichen Reichtums, die Macht der Banken, Arbeitslosigkeit, Ausländerfeindlichkeit, Sozialabbau in den Kommunen, Mietwucher, Sparprogramme in Kultur und Wissenschaft, Behinderten- und Altenpolitik, psychosoziale Verelendung und die "Hilflosigkeit der Helfer", die Rolle der Sozialberufe.

Hiller bezeichnete unter Verweis auf sechs Millionen offen oder versteckt Arbeitslose im heutigen Deutschland den sogenannten "Solidarpakt" einen suggestiven und

irreführenden Begriff zur Bemäntelung des "marktradikalen Umbaus des Sozialstaats". Er setzte auf Impulse für die Reformdebatte und auf ein Stück Gegenöffentlichkeit gegen soziale Ungleichheit, Armut und Marginalisierung.

Klaus Peter Kisker charakterisierte den Kapitalismus als "ahuman, asozial, anatürlich und systembedingt ungerecht". Seiner Ansicht nach ist seit der Krise 74/75 eine langanhaltende und überzyklische strukturelle Überakkumulationskrise zu beobachten. Sie hat, so Kisker, einen "Strukturbruch" in der langfristigen Entwicklung des Kapitalismus bewirkt, der nicht nur mit einem Sinken der Rate, sondern auch der Masse des Profits verbunden sei. Hier liege eine wesentliche Quelle des Deregulierungsdrucks als Forderung an den Staat, durch rigorose Umverteilung des Volkseinkommens zu Lasten der abhängig Beschäftigten, durch schärfere Ausplünderung der Dritten Welt und auf Kosten der Natur den Profitverfall abzubremesen. Da strukturelle Überakkumulation u.a. auch überzyklisch anhaltende Massenarbeitslosigkeit bedeute, gerieten die sozialstaatlichen Transfersysteme an ihre Grenze. Nicht unwidersprochen blieb Kiskers These, der heutige Kapitalismus stoße damit an seine "historische Schranke". Die direkten und indirekten Kosten der Arbeitslosigkeit bezifferte er auf annähernd 500 Mrd. DM.

Schmitthenner verortete die Bundesrepublik "im Zentrum eines epochalen historischen Umbruchprozesses". Mit der Neudefinition der Rolle Deutschlands, überhaupt

der "historischen Neugründung" der Bundesrepublik würden auch die Grundfesten des Sozialstaats zur Disposition gestellt: "Privatisierung und Vermarktung sozialer Risiken und Dienste, Umverteilung zu Lasten der Arbeits- und Sozialeinkommen, schrittweise Rückführung der staatlichen Sozialpolitik und nicht zuletzt die umfassende Deregulierung der Arbeitsbeziehungen markieren die Leitlinien einer Politik, die die (sozialstaatliche) Verfassung der Gesellschaft den Prämissen eines kapitalorientierten Modernisierungsprozesses unterordnen will. Der jüngste politische Angriff auf die Tarifautonomie und die Gegenmachtposition der Gewerkschaften läßt deutlich werden, mit welcher Radikalität der Umbau der Gesellschaft in Angriff genommen wird." Schmitthenner betonte den Zusammenhang zwischen den hierdurch ausgelösten sozialen Zukunftsängsten und dem politischen Krisensyndrom von Wahlabstinentz, Rechtsradikalismus und Ausländerfeindlichkeit. Die Gewerkschaften könnten in einer Bewegung gegen Sozial- und Demokratieabbau eine wichtige Rolle spielen, wenn der begonnene Prozeß der Reformierung gewerkschaftlicher Strukturen und Strategien erfolgreich verlaufe. Gewerkschaftliche Politik, auch Sozialpolitik, müsse stärker als gesellschaftliche Reformpolitik konzipiert und praktiziert werden. Im Bereich der Sozialpolitik nannte Schmitthenner als Stichworte präventive Risikovermeidung durch eine aktive Wirtschafts-, Struktur- und Arbeitsmarktpolitik sowie die Beseitigung gesundheitsschädlicher

Arbeits- und Lebensbedingungen, ein neues solidarisches Finanzierungskonzept von Sozialpolitik, die Einführung einer bedarfsorientierten Mindestsicherung für BezieherInnen von Sozialeinkommen sowie die Demokratisierung sozialstaatlicher Strukturen und Dienstleistungen.

Die Tagung brachte mit den Vorträgen und Diskussionsunterlagen der Arbeitsgruppen eine Menge instruktiven Materials zusammen, das im Steinweg-Verlag, Braunschweig, veröffentlicht wird. Interesse an Meinungsaustausch und "Vernetzung" von Alternativdiskussionen war bei der Tagung spürbar. Die "Bürgerinitiative für Sozialismus" will dem mit weiteren Veranstaltungen, so zum Thema "Vom Wert des Menschen", nachkommen.

André Leisewitz

## Nicht täglich - aber gründlich



**blätter**  
des **iz3w**

### Themenschwerpunkte der letzten Hefte:

Nr. 187: Bildung/Pädagogik  
Nr. 188: Zentralasien  
Nr. 189: Strukturanpassung

8 mal im Jahr für DM 48,-  
Einzelheft DM 6,-

### Bezug:

Informationszentrum Dritte Welt,  
Postfach 5328, 7800 Freiburg

- Bitte schickt mir Eure Materialliste  
Ich bestelle die **blätter des iz3w**  
(acht Ausgaben/Jahr)
- Im Abonnement
- als unverb. Probeabo von drei  
Ausgaben für DM/ sfr. 10,-
- in bar
- per Scheck

Name \_\_\_\_\_

Straße/Hausnummer \_\_\_\_\_

Postleitzahl/Wohnort \_\_\_\_\_

Datum/Unterschrift \_\_\_\_\_

Ich weiß, daß ich diese Bestellung innerhalb einer  
Woche widerrufen kann.

Datum/Unterschrift \_\_\_\_\_

## Candide versucht, den Tiger zu reiten

*Alain Minc, Die Wiedergeburt des Nationalismus in Europa, Hoffmann und Campe, Hamburg 1992, 222 S., 34,- DM.*

Dieses Buch des französischen Autors, in Frankreich 1990 unter dem nichts Gutes versprechenden Titel "Die Rache der Nationen" veröffentlicht, ist von der Wirklichkeit längst eingeholt. Überholt ist es nicht. Die Szenarien, die Minc unter dem Eindruck der Vereinigung der beiden deutschen Staaten und dem, wie er es nennt, "Tod des Kommunismus" entworfen, die Fragen, die er an die geänderte europäische und Weltsituation gestellt hat, geben Einblick in das Denken eines bestimmten Teils der französischen Elite und haben, da der Autor als ausgewiesener Deutschland-Experte in seinem Land gilt, auch inzwischen Meinungen beeinflusst. Deutschland ist das eigentliche Thema des Buches, es tickt darin wie die Unruhe in der Uhr.

Minc, der sich selbst als Liberaler versteht, hat seinen beruflichen Weg als Manager in verschiedenen multinationalen Konzernen (Saint Gobain, Groupe Benedetti) gemacht; er ist der alten wie der neuen Bundesrepublik Deutschland grundsätzlich freundlich gesinnt. Der nach 1945 entstandene Staat habe eine demokratisch funktionierende bürgerliche Gesellschaft, ein von den Amerikanern übernommenes System der checks and balances, auf das glücklich die sozialdemokratische

Tradition aufgepfropft wurde: "Eine vorbildliche, aber eine imperiale Demokratie. Heute ist das Imperium latent, in Vorbereitung, am Werden..." (34) Imperialistische Ambitionen will er dem größer gewordenen Nachbarn ausdrücklich nicht unterstellen, "selbst wenn in dem einerseits vorbildlichen Deutschland sich andererseits Vieldeutigkeiten verbergen, die auf sehr lange Sicht hinterfragt werden dürfen." (34/5). Mit diesem eher moderaten Ausdruck des Unbehagens wird die Frage nach einem deutschen Imperialismus erledigt.

Allerdings wird, nach Minc, "Deutschland Europa regieren" (44), im besten Fall nur mit dem Gewicht seiner Wirtschaft und klugem politischen Maßhalten, im schlimmsten aber geleitet von nationalen Stimmungen, die es zu einem "egoistischen, unvorhersehbaren, sogar arroganten Verhalten" (45) treiben.

Die neue Situation in Mittel- und Osteuropa sieht Minc als Herausbildung eines "zweiten Lateinamerika" (mit Deutschland als den USA), Rußland als ein bedrohliches "schwarzes Loch", vergleichbar an Größe und Gewicht einem Mexiko. Die größte Gefahr für eine stabile Entwicklung des neuen Staatensystems in Europa heißt bei Minc: Nationalpopulismus. Das ist im Jahr 1990 durchaus richtig gesehen, auch wenn die geografischen Prophezeiungen nicht stimmen, und er sich nicht vorstellen konnte, daß zwei Jahre später in Europa Krieg geführt wird.

Seiner ideologischen Voreinstellung geschuldet ist ein abgründiges Mißtrauen gegen die Grünen: Wer "Natur" statt "Kultur" zum Angelpunkt seines Denkens und politischen Handelns gemacht habe, muß eo ipso nach rechts tendieren. So läßt der Autor die Drohung einer sozusagen naturwüchsigen Allianz von Neonazis und Grünen aufscheinen, in der er irgendwie auch Oskar Lafontaine unterbringt.

Das Schlimmste für Frankreich wäre "Mullahs in Algier; ein allzu selbstsicheres Deutschland, das sich als Zentrum Europas sieht und weniger als führendes Mitglied der Gemeinschaft; Polen in den Händen eines Pilsudski, und nenne er sich auch heute Walesa, als Modell für ein von Populismus und Nationalismus aufgerührtes Ost- und Mitteleuropa; dauernde Konflikte auf dem Balkan und längs der Donau; Rußland, angeführt von einem undurchsichtigen Demagogen, von Anarchie und von der Sezession der Ukraine aufgewühlt, die islamischen Irredentismen nicht mitgerechnet..." (73)

Zur Analyse teilt M. seine Gedanken in eine ökonomische, eine politische und eine strategische Ebene. Ökonomisch sieht er keine schlimmen Probleme auf (West) Europa zukommen, im Gegenteil, das nun freie Wirken des Marktes läßt um EG-Europa eine "Freihandelszone mit unscharfen Grenzen" entstehen, wobei die EG als Ganzes vom deutschen Wachstum profitiert. Unbefangen zieht M. den Vergleich mit Brasilien, wenn er die "unscharfen Grenzen" abschätzt: Der offene Exportsektor

Polens, beispielsweise, wird in diese Zone integriert sein, während der Sektor der Selbstversorgung und damit die polnische Bevölkerung sich selbst überlassen bleibt.

Die politischen Probleme sind für das Thema des Buches zentral. Minc verweist darauf, daß nun alte Fragen wieder hochkommen: Die Verträge von Versailles, Trianon, auch Jalta werden angezweifelt und in Frage gestellt, wobei den Akteuren nicht ein nationales, sondern ein "Stammesdenken" zugebilligt wird. Angesichts zweier wesentlicher Erschütterungen, denen sich Europa (also Westeuropa) gegenüber sieht - lokalen Konflikten und der Immigration - stellt M. die Frage, wer das Recht zur Intervention habe. Die Antwort liegt in der ausdrücklichen Ablehnung einer zitierten (offenbar älteren) Position von Helmut Schmidt, die auf Nicht-einmischung besteht.

Die Sorge, Deutschland könnte zu seiner alten "Schaukelpolitik" zwischen Ost- und Westeuropa (wie im 19. Jahrhundert) zurückkehren, soll durch möglichst starke Einbindung der BRD in den Westen gebannt werden. Gleichzeitig sollte Frankreich die Initiative ergreifen, um die südeuropäischen Länder (Italien, Spanien, Portugal) um sich zu organisieren. Dies, um ein zweites Kraftzentrum in Westeuropa zu schaffen, auch, um der Latinität kulturell aufzuhelfen. Zugleich soll dieser regionale Zusammenschluß der Migration vom Süden des Mittelmeers her gemeinsam eine Grenze setzen und überhaupt ein kontrollierendes Auge

auf die Ereignisse im Mittelmeer haben.

Mit den strategischen Überlegungen kommen die französischen Atomwaffen ins Spiel. Minc schätzt die 2+4-Abmachungen so ein, daß daraus ein Sicherheitsdefizit für Deutschland entstehe. An einer Stelle ist gar von einer "Entmilitarisierung" Deutschlands die Rede. (108) Hier nun soll Frankreich helfend einspringen: Frankreich und Deutschland sollten eine gemeinsame Verteidigungspolitik anstreben, wobei die französischen Atomwaffen die Sicherheit bis zur Oder-Neiße-Grenze garantieren sollen. Dahinter steht die Vorstellung, daß die Westgrenze Rußlands als feindlich und unruhig gedacht wird; ein legitimer Wunsch der Bundesrepublik sei es, Ruhe vor einem anarchischen Rußland zu erkaufen.

Die französischen Optionen danach im Klartext: die EG stärken, um Deutschland einzubinden, die südeuropäische Option verfolgen, um ein eigenes Gewicht zu schaffen und "gegenüber dem Maghreb" eine gemeinsame (Sicherheits) Politik zu verfolgen. Die USA am Abzug aus Europa hindern, eventuell den Rest der US-Truppen in Frankreich aufnehmen: "um eine amerikanische Intervention in Europa möglich und somit glaubhaft zu machen." (113) Gemeinsame atomare Politik mit England. Gegenüber Osteuropa: "Reden, helfen, lächeln, freundlich sein" (114)

Die Trumpfkarte der Atomwaffen, das einzige, was Frankreich Deutschland wirklich voraus und

damit zu bieten habe, soll nach Minc folgendermaßen ausgespielt werden: Die Atomrüstung soll sich konzentrieren auf strategische Waffen, für die Vernichtung der Kurzstreckenraketen sollen Gegenleistungen eingefordert werden. Über eine integrierte westeuropäische Armee sollen auch die Deutschen Zugang zu den Atomwaffen erhalten: "Zum Teufel mit den alten Empfindlichkeiten! Das bedeutet, daß die konventionellen Truppen miteinander verflochten, und multinationale Armeen geschaffen werden und daß ein Oberkommando eingerichtet wird. Daraus folgt, selbst wenn man es nicht eigens sagt, daß die französischen Atomwaffen den ganzen Bereich abdecken, auf dem diese gemeinsamen Streitkräfte stationiert sind." (118) Sollten "die Deutschen" das ablehnen, "müssen wir uns nach einem Ausweg umsehen und unsere strategische Macht in den Dienst einer innereuropäischen, im besonderen nach Südeuropa ausgerichteten Politik stellen." (119)

Die Botschaft des A-Waffen-sharing durchzieht das ganze Buch; sie wird zum Schluß - wie viele andere Aussagen - nochmals aufgenommen: "Die Kernwaffe bietet uns nur noch eine einfache Garantie für die Zukunft, und wir sollten versuchen, sie mit anderen, in erster Linie den Deutschen, zu teilen." (198) Gelockt werden "die Deutschen" mit den sich so ergebenden größeren Möglichkeiten für ihre Weltpolitik, der ja, wenn das A-Waffen-Angebot ausgeschlagen würde, "Grenzen gesetzt wären" (ebd.). So versucht Candide, auf dem deutschen Tiger

zu reiten, und ruft dabei aus, wie herrlich komplex diese Welt doch ist und noch weiter werden wird.

Die Kapitel, die sich mit der innerfranzösischen Situation befassen, sind in der deutschen Ausgabe gekürzt und in der vorliegenden Form wenig aufschlußreich. Minc stellt ein "Unbehagen an/in der französischen Gesellschaft" fest; im Spannungsfeld zwischen wachsendem Einfluß LePens und dem Zersetzungsprozeß der Sozialisten hofft er auf eine letztendliche Stärkung der rechten Liberalen, wie nach dem rechten Parlamentswahlsieg 1987. Zugleich wird konstatiert, die technokratische Elite Frankreichs habe sich von der Wirklichkeit abgeschottet - auch dies ein Krisenmoment und ein Argument LePens, das leider der realen Grundlage nicht entbehre. Der größte Gefahrenfall für Frankreich aber trete ein, wenn "im Maghreb" der Fundamentalismus siege: Dieses Problem rangiere an Wichtigkeit vor dem der Stellung Frankreichs in der EG und seinem Verhältnis zu Deutschland. Was in der vorliegenden Fassung zur Immigration steht, bleibt deskriptiv und ist nicht aufschlußreich für den Gedankengang des Buches. Die leise angedeutete Hoffnung auf einen wenigstens in manchen Punkten starken Staat hat sich inzwischen ebenfalls erfüllt.

Emphatisch wird aus dieser Beschreibung die neue Komplexität auch der Weltpolitik (der wünschenswerten französischen Außenpolitik) abgeleitet. Denn: "Die Rache der Nationen ist gewiß. ... In der Periode, auf die wir zugehen,

werden die Krisen so selbstverständlich zum internationalen politischen Leben gehören wie das Atmen zum Menschen. Das ist eine Eigentümlichkeit einer Welt ohne Ordnung, ohne Polizei, ohne Supermacht." (168)

Allein an diesem Zitat läßt sich die Crux der Minc'schen Analyse ablesen: Natürlich findet der Liberale es gut, wenn die festgefügtensupranationalen Machtstrukturen zerbrechen und eine bewegliche Welt sich abzuzeichnen beginnt. Daß aber neue Machtstrukturen mit Notwendigkeit entstehen, trotz und bei allen interessanten Wendungen der internationalen Politik, mag er nicht vermuten.

*Elvira Högemann-Ledwohn*

## Rückblick auf die Neue Rechte

*Franz Greß, Hans-Gerd Jaschke, Klaus Schönekeäs, Neue Rechte und Rechtsextremismus in Europa. Bundesrepublik, Frankreich, Großbritannien, Westdeutscher Verlag, Opladen 1990, 360 S., Personenverzeichnis, Organisationenverzeichnis, mehrere Literaturverzeichnisse, 59,-DM.*

Die neue Rechte vor allem der 1980er Jahre war - wie sich jedenfalls im Rückblick erschließt - eine historische Schlüsselerscheinung: In unterschiedlichen und ungleichzeitigen Formen markiert sie in einer Reihe von westeuropäischen Ländern den Übergang von einer alten extremen Rechten, in der noch die "Impulse" der faschistischen Expan-

sion NS-Deutschlands unmittelbar weiterwirkten, zu einem neuen Rechtspopulismus, der - oft unter neofaschistischen ideologischen Vorzeichen - den Ausstieg breiterer Bevölkerungsschichten aus dem westeuropäischen Nachkriegskonsens von "Modernisierung plus Demokratie" anzuzeigen begonnen hat. Ein Rückblick auf diese Übergangszeit - und auf die Rolle der Neuen Rechten in ihr - ist sicherlich ein möglicher erster Schritt zu einem Verständnis der gegenwärtigen neuen historischen Lage, in der sich das Problem militanter antidemokratischer und antiemanzipatorischer Kräfte auf der Ebene politischer Massenbewegungen stellt - und zwar weit über die politisch führenden Länder Westeuropas hinaus. Eine Art von handbuchartiger vergleichender Analyse der Neuen Rechten in Frankreich Großbritannien und in der BRD bietet dafür wiederum einen sich geradezu anbietenden Einstieg.

Auf der Grundlage eines Verständnisses der neuen Rechten als begrenzt attraktiver (355), fundamentalistischer ">Revolve gegen die moderne Welt<" legen die Verfasser - als Ergebnis eines von 1983 bis 1985 durchgeführten Forschungsprojektes (13) - hier eine breit angelegte vergleichende Beschreibung des "Veränderungsprozesses(es) des europäischen Rechtsextremismus" vor, "der mit dem Stichwort Entstehung und Wirkung der Neuen Rechten markiert werden kann" (9). Die Autoren sehen diesen Prozeß als zeitlich seit Mitte/Ende der 60er Jahre angesiedelt (10) und als inhaltlich durch

ein "theoriefähiges Kulturkampf-Konzept" (9) gekennzeichnet, das bereits damals bis an die Schwelle der Entstehung eines "ideologisch-organisatorischen Netzwerkes" geführt hatte (ebd.), das "weder ein neuer Faschismus vor den Türen der Macht (ist, FOW), noch ... eine gänzlich unbedeutende Sekte" (11). Insofern kann ihre Untersuchung keineswegs als schlichtweg durch den inzwischen in Deutschland erfolgten offenen Ausbruch neofaschistischer Politik und Gewalt schlichtweg überholt beiseite gelegt werden. Um zu begreifen, wie es dazu gekommen ist, bieten sie immer noch relevantes Material.

Angesichts der "komplexen empirischen Vielfalt" ihres Gegenstandes haben sich die Autoren "forschungspragmatisch" dazu gezwungen gesehen, weitgehend "historisch-rekonstruktiv, mehr detailliert-darstellend als theoretisch-erklärend" vorzugehen (11f.), auch auf ihre ursprünglichen "komparativ-systematischen Absichten" haben sie weitgehend verzichten müssen angesichts der pointiert herauszuarbeitenden "nationalspezifischen Sonderentwicklungen" (12). Das ist vermutlich ihrer Forschungsarbeit eher zugute gekommen.

Jaschke zeichnet einen - im Wesentlichen 1986 abgeschlossenen - Frankreich-Teil (17ff., Literatur: 101ff.).

In dem von Greß verfaßten, offenbar 1986 abgeschlossenen und 1989 aktualisierten, Großbritannien-Teil (104ff., Literatur: 212ff.) wird zwar auch die Fragestellung verfolgt, wie sich eine "Neue Rechte" in und ge-

genüber einem "traditionellen Rechtsextremismus" (186) artikuliert und (im Ganzen: nicht) durchgesetzt. Aber die reale britische Entwicklung läßt doch den Aufstieg und Zerfall der "National Front" stärker ins Zentrum der Analysen rücken.

Schönekäs ist der Autor des - auch als Dissertation in einer Langfassung vorgelegten - Teils über die (alte) "Bundesrepublik Deutschland" (218ff., Literatur: 336ff.).

Abschließend formulieren die Autoren gemeinsam "einige Antworten" auf die Frage "Gibt es allgemeine gesellschaftliche Ursachen für Entstehung und Erfolge rechtsextremer Bewegungen in Europa?" (350ff.).

"Trotz der Unterschiede des jeweiligen nationalen Kontextes weisen Formierung, Entwicklung und Ideologie einer >Neuen Rechten< sowohl gemeinsame Entstehungsbedingungen, als auch Rückbezüge aufeinander auf": Die Neue Rechte entsteht als Reaktion auf eine "Niederlage des traditionellen parteiförmigen Rechtsextremismus" (351), d.h. als ">Kind< der Alten Rechten" (352), mit "starkem Rückbezug auf Formen und Inhalte der jugendlichen Linken" (ebd.). Diese doppelte Abgrenzung führt "zur Entwicklung eigenständiger Organisationsformen (Zirkel, >Denkgemeinschaft<, Zeitschriftenprojekt) und zum "Rekurs auf rechte und konservative Traditionslinien der Zwischenkriegszeit", in einem "Konzept eines fortschrittlichen Nationalismus" der sich durch seinen "völkische(n) Grundtenor von

etatistischen Nationalismuskonzepten" abgrenzte und durch seine "anti-bürgerliche, volksgemeinschaftliche und anti-kapitalistische Akzentuierung eine Schnittstelle zu regionalistischen und ökologischen Strömungen in den westeuropäischen Gesellschaftssystemen" anbot, den "westeuropäischen Nachkriegskonsens des >Anti-Kommunismus< zu einem übergreifenden >Anti-Imperialismus<" umbaute, sowie "nach osteuropäischem Vorbild" das Konzept eines "Befreiungsnationalismus" entwickelte. Die Stärke dieses ausdrücklich "meta-politisch" konzipierten strategischen Konzeptes der Neuen Rechten - das deren Nähe zum Rassismus und Biologismus der faschistischen Großväter keineswegs ausschließt (vgl. 352f.) - sehen die Autoren in diesem "Kulturkampfprojekt", das nicht direkt auf parteiförmige Organisation hin angelegt ist, sondern durch ein Angebot entsprechender "Theoriebausteine" Einfluß auf die "Reformierung der extremen Rechten in Europa" (353) zu gewinnen suchte und faktisch auch gewann.

Dabei unterschätzen sie vermutlich die Wirksamkeit von Parteiintegratoren wie LePen (oder Schönhuber) und von konspirativen Organisatoren der europaweiten Netzwerke der neuen Faschisten insgesamt. Und ihre Andeutungen über die "Krise der Moderne" als Nährboden dieser erneuten Gefahr von rechts bleiben allzu unausgeführt, um wirklich eine Ursachendiskussion und eine strategische Diskussion der Möglichkeiten einer wirksamen politischen Eindäm-

mung und Zurückdrängung dieser Kräfte in Gang setzen zu können. In vielen autoritär-hermeneutischen Einzelbewertungen die von den Autoren vorgenommen werden, wird die Problematik einer Neofaschismus-Forschung ohne jeden Begriff vom Faschismus nur allzu deutlich. Immerhin haben sie nützliches Material zusammengetragen, um über alle nationalen Differenzen hinweg die westeuropäische Dimension dieser Gefahr deutlich zu machen und damit vor einem national verengten Antifaschismus, der nur den jeweils "eigenen" Neofaschismus zur Kenntnis nimmt, nachhaltig zu warnen. Immerhin ist auch dem Klönne entnommenen Hinweis von Schönekas zuzustimmen, es gehe bei diesem Thema nicht primär um die nationalsozialistische Vergangenheit, sondern "vielmehr um unbewältigte Problemlagen der gesellschaftlichen Gegenwart und um den Mangel an Einsicht in die Herkunft dieser Bedrägnisse". Das Interessante ist gerade nicht, noch einmal festzuhalten, daß die extreme Rechte in Deutschland bis in die 80er Jahre "hochstigmatisiert" gewesen ist (vgl. Dudek/Jaschke, 350), sondern viel-mehr zu begreifen, warum, unter welchen - und wie veränderbaren - Bedingungen, es ihr seit der Mitte der 1980er Jahre gelungen ist, gleichsam aus dem Schatten von Auschwitz herauszutreten. Allerdings wird es darauf ankommen, gerade in diesem Punkt empirisch und theoretisch weitaus spezifischer zu werden: Einen Begriff des deutschen Faschismus zu formulieren,

der sowohl seine Einzigartigkeit, als auch die Gefahr seiner Wiederholung zu erfassen ermöglicht - und dabei sowohl auf einen platten Funktionalismus zu verzichten, der Harry Truman, Konrad Adenauer und Helmut Kohl schon deswegen als eigentlich faschistisch entlarven zu müssen glaubt, weil sie als politische Repräsentanten später kapitalistischer Gesellschaften agieren, als auch auf eine verharmlosende Phänomenalisierung, die gar nichts mehr erklären zu können und deswegen auch strukturell gar nichts mehr verändern zu können glaubt. Welche Strukturen und Konstellationen gegenwärtiger kapitalistischer Ausbeutungsverhältnisse legen den Rückgriff auf offen repressive oder auch versteckt unterdrückerische Herrschaftsformen nahe? Unter welchen historisch-ideologischen, kulturellen und politischen, Voraussetzungen können solche autoritären Formen politischer Herrschaft sich zu faschistischen Regimes steigern?

Beide Fragen sind wieder unabweisbar aktuell. Allerdings wird auch deutlich, daß die Art von historisierender Bewegungshermeneutik, die im vorliegenden Buch geleistet wird, allenfalls als Rohmaterial für entsprechende theoretisch strukturierte empirische Untersuchungen und praktische Einwirkungsversuche wird dienen können.

Frieder Otto Wolf

## Die Werke des Hermann Göring

Wolfgang Benz (Hrsg.), *Salzgitter - Geschichte und Gegenwart einer deutschen Stadt 1942-1992*, Verlag C.H. Beck, München 1992, 797 Seiten, 98.00 DM.

Erst auf Seite 578 dieses "zum (50.) Geburtstag" der Stadt Salzgitter (25) veröffentlichten voluminösen Sammelwerks wird zum einzigen Mal - ganz nebenbei - der Name dessen erwähnt, der in Othfresen, vor den Toren der heutigen Großkommune, 1871 ein Hüttenwerk als Kernstück eines weitläufigen, vertikal konzentrierten Konzerns errichten ließ. Dieser Vorahmer des Fusionskünstlers und Industriezaren Hugo Stinnes war der "Eisenbahnkönig" Bethel Henry Strousberg, der - ähnlich wie seine Zeitgenossen Friedrich Engels und Karl Marx - frühzeitig das vorwärtstreibende dialektische Verhältnis zwischen Eisenbahn- und Industrieentwicklung begriffen und zum leitenden Prinzip seines wirtschaftlichen Handelns erhoben hatte. Auf zumeist eigenen Bahnen wurde Kohle von der Ruhr zum Erz bei Salzgitter verfrachtet. In Othfresen wurden Schienen und anderes Material für den fortschreitenden Eisenbahnbau produziert; in Linden bei Hannover ließ Strousberg bei der späteren Hanomag Lokomotiven und Waggons bauen.

Strousberg fiel der Gründerkrise von 1873 zum Opfer: Die neidischen Großbankiers Hansemann, Mevissen und Bleichröder nutzten die Gunst der Stunde, um den Kon-

zern des finanziell überstrapazierten Eisenbahnkönigs zu zerschlagen. Das Hüttenwerk Othfresen, eins der modernsten der Zeit, wurde 1874 liquidiert; die dazugehörigen Erzfelder gelangten mehr als 60 Jahre später in den Besitz der Reichswerke Hermann Göring.<sup>1</sup>

Es ist eine Ironie der deutschen Geschichte, daß der Jude Bethel Henry Strousberg als Gehilfe der imperialistischen Politik Bismarcks am nämlichen Ort das Urmodell jenes gigantischen Montan- und Chemiekonzerns zu realisieren begonnen hatte, der dem Judenfresser Göring dazu dienen sollte, im Rahmen des Vierjahresplans die Vorbereitungen für die imperialistische Kriegspolitik der Nazis zu intensivieren. Und nicht anders als sein jüdischer Ahnherr Strousberg strebte auch Göring danach, das Preisdiktat der etablierten Montaninteressen zu brechen und mit den Herren Flick, Krupp, Thyssen, Vögler "auf dem Markt" zu konkurrieren, "wo sich die Reichswerke bis in die Endphase des Dritten Reiches (...) weigerten, die preispolitisch vorteilhafte Position als Außenseiter der Kartelle des Stahlwerksverbandes gegen die privaten Produzenten aufzugeben, und da-

<sup>1</sup> Zu Strousberg, seinem Konzept und den erwähnten Betrieben siehe Dr. Strousberg und sein Wirken von ihm selbst geschildert, J. Guttentag, Berlin 1876, insbes. S. 311 ff., S.412 ff.; Manfred Ohlsen, *Der Eisenbahnkönig Bethel Henry Strousberg. Eine preußische Gründerkarriere*, Verlag der Nation, Berlin 1987, S. 49 ff. u.a.; Joachim Borchart, *Der europäische Eisenbahnkönig Bethel Henry Strousberg*, Verlag C.H. Beck, S. 77 ff.

mit deren kollektives Monopol untergruben." (107)

Nichts von dieser Vorgeschichte wird in dem Sammelband mitgeteilt; dem mit der Materie unvertrauten Leser bleibt kaum eine Wahl, als dem Autor dieses Kapitels zu glauben, wenn er die Gründung der Reichswerke Aktiengesellschaft für Erzbergbau und Eisenhütten "Hermann Göring" am 15. Juli 1937 als eine Geburt aus der Gier und Machtbesessenheit zweier Altnazis, des eiteln Reichsmarschalls und des Fabrikanten Paul Pleiger aus Sprockhövel, charakterisiert.

"Schritt für Schritt hatte Pleiger während der letzten Monate der Verwirklichung des Salzgitter-Projektes den Weg gebahnt. Die wichtigste Hürde hatte darin bestanden, Görings Begeisterung für den Bau einer Hütte in Salzgitter zu wecken. Das ganze Vorhaben stand und fiel mit Görings Wohlwollen. (...) In (der) Eitelkeit Görings erblickte Pleiger eine Chance, dem neuen Unternehmen das Wohlwollen des Beauftragten für den Vierjahresplan auch für die Zukunft zu sichern. Mühelos gewann er ihn dafür, den Reichswerken seinen Namen zu geben. (Pleiger) brauchte Göring als Aushängeschild, als starken Mann, der über die nötige Durchschlagskraft verfügte. (...) Er hatte mit erheblichem Widerstand seitens der privaten eisenschaffenden Industrie zu rechnen, der es nicht gleichgültig sein konnte, wenn die Reichswerke ihr umfangreiche Erzfelder abnahmen und riesige zusätzliche Hochofen-, vor allem

aber Stahl- und Walzwerkskapazitäten schufen." (52 f.)

Am Ende seines Aufsatzes interpretiert der Autor das "hauptsächliche Handlungsmotiv der Führungselite um Göring und Pleiger" mit diesen Worten: "schränkenlose Ausdehnung des persönlichen Einflußbereiches zur Ansammlung individuellen Reichtums und individueller 'Macht'. Die Funktion und Rolle der Reichswerke in der deutschen Expansion und Rüstung spiegelt eine Planmäßigkeit und Zweckrationalität vor, die das NS-Herrschaftssystem in Wirklichkeit niemals besessen hat." (110)

Anders formuliert: Wären die Nazis ebenso planmäßig und zweckrational vorgegangen, wie es angeblich die privatwirtschaftlichen Konzerne tun, die noch ihre schlimmsten Verbrechen mit "Sachzwängen" zu exkulpieren wissen, dann - so kann man diesen Passus nur verstehen - wäre der faschistische Imperialismus mitsamt seinem Terrorssystem legitimiert gewesen.

Diese revisionistische Haltung zur Geschichte der Reichswerke signalisiert ein generelles Defizit dieser Salzgitter-Aufarbeitung. Dem Gros der 32 Aufsätze mangelt es an solider historischer Arbeit, und weil die Arbeit der Beiträger wohl unzureichend koordiniert war, kommt es zu zahlreichen, die Lektüre lähmenden Verdopplungen. Einige der 29 Autorinnen und Autoren walten über ihr Material mit jenem subalternen Archivarsgeist, der jeden historischen Bewußtseins bar ist und Geschichte schon begriffen vermeint, wenn Ereignisse in ihrer

zeitlichen Abfolge lückenlos und korrekt zu Papier gebracht worden sind.

Nirgendwo wird reflektiert, ob die Gründung der Reichswerke denn überhaupt ökonomisch sinnvoll war. Doch gerade die Nachkriegsgeschichte der nach weitgehender Demontage mit Hilfe von Steuermillionen wiedererrichteten und stets hoch subventionierten Staatsholding Salzgitter AG, die nie auf eigenen Füßen zu stehen imstande war und folgerichtig 1989 von der Preussag geschluckt wurde, hätte Anlaß sein müssen zu kritischen Überlegungen. Der Leser muß sich düpiert fühlen, wenn ihm über die Fusion mitgeteilt wird: "Gewerkschaft und Sozialdemokratie kämpften mit dem Argument 'Wieder einmal sollen die Gewinne privatisiert werden, nachdem zuvor jahrelang Verluste sozialisiert worden sind' gegen den Verkauf, während die Konzernspitze den Betrieb auf Dauer durch Fusion krisenfest machen wollte. (...) Zu den Sorgen der Bürger gehörte auch der Verdacht, der Name der Stadt werde schließlich aus dem Firmenschild der Preussag-Salzgitter AG verschwinden und die Konzernspitze würde die Stadt verlassen." (207)

Salzgitter ist eine typische company town, eine von einem einzigen großen Arbeitgeber abhängige Kommune. Da es im Umfeld der Reichswerke außer Braunschweig keinen Ort gab, an dem sich eine Großkommune zur Unterbringung der Arbeitskräfte hätte entwickeln können, gaben die Reichswerke dem Nazi-Städteplaner und -Industriearchitekten Herbert Rimpl den

Auftrag, auf der grünen Wiese eine nach faschistischen Führer- und Gefolgschaftsprinzipien konzipierte Gartenstadt für eine Viertelmillion Einwohner zu entwerfen. Der Standort im Westen der Reichswerke wurde folgendermaßen begründet: Die "Hermann-Göring-Stadt" muß "soweit von Braunschweig weg liegen, daß nicht die Gefahr des Wegholens der Arbeitskraft und insbesondere des Nachwuchses der Arbeiterschaft durch die besser bezahlende hochwertige Industrie Braunschweigs entstehen kann." (171f.)

Von Rimpls Idealplan wurde zu Lebzeiten des Dienstherrn und Namenspatrons bloß ein bescheidener Teil in Hoch- und Tiefbauten umgesetzt. Diese Fragmente sind in Lebenstedt zu besichtigen. Die Nachkriegsentwicklung entbehrt jeglicher städtebaulicher Logik, obwohl und weil die Salzgitter AG bis in die Gegenwart der dominierende Bauherr auch außerhalb des Werks geblieben ist. Anstatt jedoch zu analysieren, wie Marktwirtschaft und Automobilsystem im Bündnis mit der ungebrochenen Abhängigkeit vom großen Brotherrn ein an die USA gemahnendes städtebauliches Chaos bewirkt haben, werden müßige Vergleiche zwischen Rimpls Planung und realisierten Stadtneugründungen in Ost und West angestellt, die den unbegründeten Verdacht wecken können, bei der Verteilung der Hochbauten auf dem fruchtbaren Bördeboden habe eine im Verborgenen lenkende Hand mitgewirkt. Lediglich an einer Stelle bricht die Wirklichkeit in den Text ein: "Städtebaulich be-

trachtet besteht Salzgitter heute im wesentlichen aus einer Reihe von Stadt-Teilen, (...) die - zumindest für den Außenstehenden - kein gesamtstädtisches Kontinuum bilden." (210)

Trotz aller Vorbehalte belegt selbst dieser Sammelband die Notwendigkeit von historischen Stadtentwicklungsanalysen auf der Basis der je spezifischen ökonomischen Bedingungen. Allein, revisionistisch indoktriniert wie bei diesem 800-Seiten-Opus vermitteln sie keine Aufklärung, hüllen das zu Erhellende vielmehr in ein diffuses clair-obscur, das am Ende völlig unsinnige Urteile gebiert wie das folgende: "Die Rolle des einst über alles entscheidenden örtlichen Konzerns wurde (...) durch die Fusion mit der PREUSSAG äußerlich überwunden." (211)

Nein, wertere Dame, die Fusion hätte auf die Stadt Salzgitter nur dann merkbare Auswirkungen, wenn die neue Konzernmutter Preussag die verlustbringenden Betriebe in Salzgitter schloße. Dann bliebe Salzgitter als eine pauperisierte Trabantenstadt Braunschweigs zurück.

*Hans G Helms*

### **Ein mit dem Marxismus und dem Leninismus nicht zu vereinbarendes Phänomen**

*Roy Medwedew: Das Urteil der Geschichte - Stalin und der Stalinismus. Herausgegeben von Helmut Ettinger, Dietz Verlag Berlin GmbH 1992, 3 Bde, 1.000 S., 148,- DM.*

Die jetzt vom Dietz Verlag vorgelegte dreibändige Arbeit des sowjetischen Historikers und heute in Moskau um den Erhalt der sozialistischen Ideale kämpfenden Politikers Roy Medwedew ist das Ergebnis von vier Jahrzehnten mühevoller Sammlung und des Ringens um Erkenntnis über Fakten, Ursachen, Folgen, "der Krankengeschichte der sowjetischen Gesellschaft ... der schweren und langen Krankheit, die Stalinismus genannt wird." Auch dieses Buch erschien noch zuerst 1989 in den USA, danach in einer Moskauer Zeitschrift. Medwedew hatte in den Jahren seines Forschens um die negativen Seiten sowjetischer Geschichte keinen Zugang zu den Archiven, fand jedoch Hilfe und Unterstützung bei vielen Parteimitgliedern der KPdSU, bei Betroffenen von den Verfolgungen, bei Wissenschaftlern und Künstlern. Hier wurde seine Arbeit nicht behindert, doch Möglichkeiten, seine Forschungsergebnisse zu veröffentlichen (11 Entwürfe eines Buches zwischen 1956 und 1964) ergaben sich trotz zahlreicher Bemühungen nicht. Zu Recht stellt Medwedew heraus, daß in der UdSSR auch nach dem XX. Parteitag der KPdSU die Aufarbeitung der Geschichte mehr den Literaten und Künstlern überlassen wurde, die Historiker aber ihre Aufgaben nicht erfüllten.

Im ersten Band befaßt sich der Autor mit dem Aufstieg Stalins in der Partei bis zum Anfang der dreißiger Jahre. Er ist dabei bemüht, Stalins Wirken in der russischen vorrevolutionären Arbeiterbewegung korrekt einzuschätzen,

später im Zuge des Personenkults entstandene Mythen und Legenden ebenso zu widerlegen wie entgegengesetzte Behauptungen, Stalin habe eine nur unbedeutende Rolle gespielt, habe sich an der Erarbeitung der Politik und der Propagierung des Marxismus kaum beteiligt. Ebenso differenziert betrachtet er die Rolle Stalins in der Oktoberrevolution und während Intervention und Bürgerkrieg. Daß in den Zeitdokumenten eine Plejade glänzender Redner der Bolschewiki mehr genannt wird als Stalin, führt er darauf zurück, daß dieser keinerlei Talent zum Volkstribun hatte. Aber neben die Rolle der Massenredner stellt Medwedew den Vorteil der Bolschewiki, über eine bessere Organisation als alle anderen Parteien zu verfügen. "Stalin, der nicht zum Redner geschaffen war, verfügte zweifellos über außergewöhnliches Organisationstalent... Stalin und der hervorragende Organisator Jakow Swerdlow formierten die Partei zum Kampf." Genau diese Fähigkeit und Lenins Unzufriedenheit darüber, daß nach Swerdlows Tod die Organisationsarbeit der Führung schlecht funktionierte, ließ Stalins Rolle wachsen, führte zur Konzentration der Macht in seinen Händen, der als einziger dem Organisations- und dem politischen Büro der Partei angehörte, in der Regierung neben dem Volkskommissariat für Nationalitätenfragen auch das über die Arbeiter- und Bauerninspektion leitete und schließlich zur besseren Koordinierung auch noch Generalsekretär wurde.

In der Darlegung der Zeit bis zu Lenins Tod und danach bis zu den dreißiger Jahren gelingt es Medwedew, eine Vielzahl von Persönlichkeiten des revolutionären Rußland in ihren Aktionen, Auffassungen, Gegensätzen darzustellen, deutlich zu machen, daß Meinungsunterschiede und Kampf um richtige Lösungen aus der Lage und den unterschiedlichen Erfahrungen der Handelnden unvermeidbar und keineswegs parteifeindlich sind. Zugleich wird deutlich, wie sich nach Lenins Krankheit und Tod Stil und Lösungsmethoden für Meinungsverschiedenheiten ändern. Schritt für Schritt gelingt es Stalin, Trotzki und die neue Opposition um Sinowjew und Kamenew zu isolieren und danach auch Bucharin auszuschalten. Medwedew untersucht dabei, welche realen Chancen die "linke" Opposition angesichts der Erfolge der NÖP hatte und widerspricht illusionären Hoffnungen Trotzkis. Andererseits zeigt er auf, wie gerade nach der Abkehr von der NÖP die möglichen Chancen für die Positionen Bucharins auch durch deren bereitwillige Einordnung in die Parteidisziplin behindert sind. Nach Untersuchung der schweren Folgen von Fehlern in der Industrialisierung und der Kollektivierung, deren Opfer er besser belegt als andere Autoren, endet der erste Band mit der Untersuchung erster inszenierter Schauprozesse, die noch nicht die Bolschewiki selbst treffen, sondern angebliche Verschwörungen der "Industriepartei", der Menschewiki oder bedeutender Teile der alten Intelligenz.

Schließlich werden hier auch die Folgen der Ereignisse in der Sowjetunion für die Kommunistische Internationale nach deren VI. Weltkongreß, besonders die Sozialfaschismusthese angesprochen.

Der zweite Band steht unter dem Titel: Stalin usurpiert die Macht im Staat und in der Partei und umfaßt den Zeitraum vom Mord an Kirow (Dez. 1934) bis zum Kriegsbeginn 1941. Die sich auf dem XVII. Parteitag bei der geheimen Wahl zeigende begrenzte Opposition gegen Stalin wird zum Ausgangspunkt einer systematischen Vernichtung der großen Mehrzahl der Kampfgenossen Lenins und der alten Bolschewiki im ganzen Land, wobei die öffentlichen Schauprozesse gegen Sinowjew, Kamenew, Bucharin, Rykow, Radek, Tuchatschewski, Jakir u. a., die auch der internationalen Öffentlichkeit gefährliche faschistische Verschwörungen vorführen sollen, nur einen Bruchteil des Ausmaßes der Massenverfolgungen sichtbar machen. Auch bei der Aufzeichnung der Einzelheiten dieser maßlosen Verbrechen bemüht sich Medwedew, die Fakten konkret zu belegen, die Mitschuldigen zu nennen und auch, daß Schuldige an Repressalien wie Jagoda und Jeshow, aber auch andere Parteifunktionäre selbst zu Opfern werden, obwohl sie dann ebenso wie ihre früheren Opfer mit konstruierten Anklagen konfrontiert werden. Aus der Vielzahl der Fakten des 2. Bandes sei hier nur auf ein Kapitel verwiesen, auf das Ausmaß der Repressalien gegen die Funktionäre ausländischer kommunistischer Parteien und der

Komintern. Neben sowjetischen Komintern-Führern wie Jossif Pjatinzki waren besonders die Führungen illegaler Parteien betroffen. So wurde der Führer der ungarischen Kommunisten Bela Kun und 12 weitere Volkskommissare der ungarischen Räterepublik des Jahres 1919 in den Kerkern des NKWD ermordet. Fast völlig liquidiert wurde die Führung der polnischen KP, an ihrer Spitze Julian Leszczynski (Lenski), Mitglied des EKKI, und das Gründungsmitglied der revolutionären polnischen Sozialdemokratie und der KP, Adolf Warski. Die KP Polens wurde aufgelöst. Doch auch die Führungen der KPs der baltischen Republiken waren zeitweilig arbeitsunfähig, weil alle ihre Kader ermordet wurden. Von der Führung der KP Jugoslawien konnte nur Broz/Tito seine rechtzeitige Ausreise durchsetzen, nachdem über 100 jugoslawische Parteimitglieder ermordet waren. Auch Dimitroff gelang es nicht, als Generalsekretär der Internationale zumindest seine bulgarischen Genossen zu retten. Unter den vom NKWD Verfolgten befanden sich auch seine Mitangeklagten aus dem Reichstagsbrandprozeß, Tanew und Popow. Medwedew belegt die Verfolgung von Kommunisten aus dem Iran, China, Indien und Korea, aus Belgien und Großbritannien, aus Rumänien, der Mongolei, der Tschechoslowakei, aus den USA, Finnland, Spanien und Brasilien. Hart betroffen wurde die italienische KP, die 120 Mitglieder verlor. Und am stärksten von allen Parteien brachte die KPD dem Stalinschen Terror

unsinnige Opfer, darunter so bedeutsame Führer wie Hugo Eberlein, Hermann Remmele, Fritz Schulte, Hermann Schubert, Leo Flieg, Willi Budich, um nur einige zu nennen, die auch Medwedew erwähnt. Das Namensregister dieses Bandes erinnert an die Vielzahl hervorragender Persönlichkeiten der russischen und internationalen Bewegung, die seit den Repressionen aus der Geschichtsschreibung der kommunistischen Bewegung als Unpersonen getilgt waren.

Im Band 3 untersucht Medwedew umfangreich die Ursachen des Stalinismus und die Folgen der persönlichen Diktatur Stalins. In Auseinandersetzung mit den unterschiedlichsten Mythen, die um Stalin gewoben wurden, und seiner Rechtfertigung dienen weist er die persönliche Verantwortung Stalins an den Verbrechen nach. "Stalins Hauptmotiv waren Machtgier und ungezügelter Ambitionen. Er wollte die absolute Macht und die grenzenlose Unterordnung unter seinen Willen. Zugleich war ihm bewußt, daß die Führungsgeneration von Partei und Regierung, die von illegaler Arbeit, Revolution und Bürgerkrieg geprägt war, sich niemals total unterwerfen würde. Ihre Vertreter hatten am Aufbau von Partei und Staat mitgewirkt und forderten ihren Anteil an der Führung. Stalin aber wollte die Macht nicht teilen." Medwedew untersucht aus seiner Sicht die Methodik der Massenrepressalien. Er zeigt sich als Kenner der in den letzten Jahrzehnten dazu veröffentlichten Literatur, setzt sich mit nach seiner Meinung zu einseitigen Auffassungen auseinander,

untersucht auch die Mentalität, von der sich die Angeklagten vieler Prozesse leiten lassen. Unter den Bedingungen, die Stalins Usurpation der Macht ermöglichen, nennt er unter anderem die fehlende Öffentlichkeit und Kritik im Land, die außenpolitische Lage, das politische Monopol der Partei der Bolschewiki und die Entstellung der Leninschen Konzeption von der Einheit der Partei.

Im Kapitel über die Folgen der persönlichen Diktatur werden die internationalen Auswirkungen, die Fehler in der Diplomatie der Vorkriegszeit und die militärischen Irrtümer von 1941 untersucht. Von besonderem Interesse sind in diesem Teil die Darlegungen über die Folgen für Wissenschaft und Kunst und die Entartung der Sowjetmacht zu einer Herrschaft der Bürokratie und des Dogmatismus.

Im Abschlußkapitel setzt sich Medwedew energisch mit Auffassungen auseinander, die Bedingungen Rußlands hätten nur den von Stalin eingeschlagenen Weg der absoluten Macht und des Terrors auch gegen die eigenen Werktätigen erlaubt. Er zeigt, daß sich hier dogmatische Verteidiger des Stalinismus mit den Feinden des Sozialismus treffen, indem beide Stalins Verbrechen als gesetzmäßige Folge der Lehren von Marx und Lenin darstellen. Ebenso wendet sich der Autor gegen die "Theorie des Gleichgewichts", wonach in Stalins Wirken Leistungen und Verbrechen gegeneinander gewertet werden. "Große Leistungen eines Führers für sein Volk sind jedoch kein Anlaß für alle seine Sünden und geben ihm auch

nicht das Recht, ungestraft Verbrechen zu begehen. Außerdem versuchte man bei derartigen Berechnungen, Stalins Verbrechen mit Siegen aufzuwiegen, die nicht Stalin, sondern das sowjetische Volk erkämpfte, oft genug trotz Stalins Fehler und Verbrechen.

Medwedews Gesamtbewertung Stalins enthält bemerkenswerte Sätze, die hier am Ende noch genannt werden sollen:

"Stalin war in der Tat Lenins Erbe als Führer der Kommunistischen Partei der Sowjetunion und der Kommunistischen Weltbewegung. Aber er war ein Erbe, der seinen Erbteil verschleuderte und nicht mehrte. Deshalb können wir den Stalinismus mit dem Sozialismus, mit dem Marxismus oder dem Leninismus nicht gleichsetzen, wie unvollkommen diese Lehren in mancher Hinsicht auch sein mögen. Stalinismus - das ist die Gesamtheit der Entstellungen, die Stalin der Theorie und Praxis des wissenschaftlichen Sozialismus zufügte. Es handelt sich hier um ein Phänomen, das dem Marxismus und dem Leninismus zutiefst fremd ist...

Wir wissen heute, daß der Sozialismus zwar nicht automatisch Gesetzlosigkeit hervorbringt, wie seine Feinde behaupten, selbst jedoch keine Garantie gegen Gesetzlosigkeit und Machtmißbrauch ist. Wenn der Sozialismus sich nicht mit der Demokratie verbindet, kann der Nährboden für neue Verbrechen entstehen. ... Die Reinigung des Sozialismus und der kommunistischen Bewegung von all dem Schmutz des Stalinismus ist

noch nicht erreicht. Sie muß entschlossen und konsequent zu Ende geführt werden."

Günter Judick

### Angelsächsische Adorno-Rezeption

*Fredric Jameson, Spätmarxismus. Adorno, oder Die Beharrlichkeit der Dialektik, Argument Verlag, Hamburg 1992. (London, New York 1990), 320 S., 34,- DM.*

Jameson unternimmt in seinem Buch den Versuch, Adorno als einen heute zeitgemäßen, aber optimistischer interpretierten Denker zu aktualisieren, indem er, und das scheint mir seine Hauptthese, Adornos Verständnis von Totalität heute für die kapitalistischen Verhältnisse (Monopolkapitalismus in dem Sinne, daß das System bis in die "kleinsten Verstecke und Ritzen" aufzuspüren ist, S. 306) besonders zutreffend findet. (S. 10) Jameson bezieht sich dabei vor allem auf Adornos Werke "Dialektik der Aufklärung", "Negative Dialektik" und auf die "Ästhetische Theorie".

Jameson beharrt darauf, Adorno auch als *marxistischen* Theoretiker zu bezeichnen und, im Zeitalter der Postmoderne völlig "unzeitgemäß", daß es gerade diese Eigenart Adornos sei, die ihn zum zeitgemäßen Denker mache. (S. 14) Jameson erläutert Adornos grundlegende dialektische Argumentationsfigur Identität und Antiidentität als eine an Marx angelehnte und für diesen grundsätzliche Kritik des tauschwertbestimmten Warenverhältnis-

ses als Grundbestimmung kapitalistischer Gesellschaft.

Das Buch Jamesons ist m. E. in zweierlei Hinsicht auch für den Nicht-Philosophen interessant. Begrüßenswert ist, für eine Weiterentwicklung Marxistischen Denkens wieder von den Widersprüchen der hiesigen Gesellschaft auszugehen und dabei die Probleme, die der Totalität der kapitalistischen Gesellschaft und der Gefahr der Verdinglichung auch des kritischen Denkens zugrundeliegen, aufzuzeigen. Die Schwierigkeiten kritischen und revolutionären Denkens sind nicht isoliert von dem, wie auch immer zu bewertenden Zusammenbruch der sozialistischen Gesellschaften zu ergründen, sondern allgemein in der Verdinglichung im Namen des Wahrheitsmomentes. (S. 30) Eine Verdinglichung, die dem positivistischen Denken angesichts der Totalität des Systems tendenziell zugrunde liegt und die sich besonders plastisch (aber nicht nur) am Diamat aufweisen läßt. In dieser Hinsicht, also in der politischen Bewertung hat Jamesons Buch Aktualität, ob allerdings Jameson im Verhältnis Marxistische Philosophie und Adorno, also im philosophischen Diskurs etwas wesentlich Neues und Originäres bringt, möchte ich bezweifeln.

Der Zusammenbruch der sozialistischen Länder und die damit einhergehende Bloßstellung des zugehörigen Ideologiegebäudes und die Desavouierung des "Marxismus-Leninismus" gibt eine Chance, darüber nachzudenken, inwiefern das dialektische Denken durch kausales

und positivistisches, also verdinglichtes Denken ersetzt wurde. In diesem Zusammenhang ist Jamesons erstes Kapitel "Düstere Beschwörung des Begriffs" lehrreich. Hier vollzieht Jameson die bekannte Argumentation Adornos nach. Jameson erläutert Adornos vernunftskritische Position, die er gegen Habermas' Vorwurf des Irrationalismus in Schutz nimmt (S. 33), auf der Grundlage des Verhältnisses von Identität und Antiidentität, das Adorno aus der Marxschen Kritik der Warengesellschaft entwickelt. Dieses Verhältnis (S. 31) ist der Mittelpunkt der kritischen Theorie. Aus ihm wird die Totalitätsproblematik (S. 34 ff.) und die der kritischen Theorie eigentümliche Subjekt-Objekt-Dialektik entwickelt, die den Begründungszusammenhang der Notwendigkeit einer negativen Dialektik bilden.

Jameson geht auf die Parallelen Adornos mit Benjamin ein und erläutert dies an dem von Benjamins "Konstellationen" (S. 67ff.) hergeleiteten Terminus "Modelle". (S. 77ff.) Dieser wird anstatt des Essays (S. 97) als angemessene Darstellungsform der Methode und Kritik der Negativen Dialektik erklärt, deren Argumentationsfigur Jameson dann an den Beispielen Freiheit (S. 99ff.), Geschichte (S. 112ff.) und Metaphysik (S. 143ff.) vorführt.

Die negative Dialektik, deren vernunftkritische Grundintention von Kant inspiriert ist (S. 94), ist m.E. der fruchtbarste Ansatzpunkt der kritischen Theorie, um jenem marxistischen Denken wieder auf die

dialektischen Beine zu helfen, welches sich in der Verabsolutierung der doppelten Negation verstrickte und nun angesichts der Existenz dessen, was nicht sein durfte, in Ratlosigkeit, Zynismus, Ignoranz oder geistige Kapitulation verfällt. Das Vertrackte an der negativen Dialektik und die scheinbaren Aporien dieser Philosophie bezeichnen gerade die zentrale Denkfigur, die ihren Ausweg nur im Denken des Widerspruchs aufweist (S. 42), aber den Weg zur "Versöhnung" konsequent von sich weist. Die Wahrheit bleibt unaussprechbar (S. 151), hier herrscht ein Bilderverbot (S. 148f), das Jameson z.B. eindringlich an den antinomischen Gedanken Adornos zur Freiheit (S. 105f) und auch an seiner Positivismuskritik darlegt. Dem Positivismus in seinem Versuch, gesellschaftliche Wirklichkeit begrifflich zu fassen und zu verifizieren, stellt Adorno eine Theorie "metakritischer Provinienz" entgegen (S. 50), die den Begriff nur als Hervorbringung des Widerspruchs akzeptiert (S. 51).

Die scheinbare Kontemplation von Adornos Denken ist, so erläutert Jameson, vielmehr die Herausstellung des denkenden Menschen, dem die Rolle zukommt, der Kritik, die nicht transzendent sein kann und darf, transzendente Kraft zukommen zu lassen. Dies vermag nur das kritisch-dialektische Denken, denn dieses ist, im Gegensatz zum konkreten Intellektuellen (S. 297), unabhängig und notwendig, soll nicht die Absenz der Theorie die Massen ergreifen und zur materiellen Gewalt werden (S. 53, 310).

In den beiden Kapiteln "Die Parabel von den Ruderern" und "Die Produktivkraft der Monade" erläutert Jameson den ideologie- und somit gesellschaftskritischen Gehalt von Adornos Kulturkritik (S. 182), und darauf aufbauend Adornos ästhetische Theorie deren Grundintention im Aufweis der Beziehung von Warenform und Sprache des Nominalismus liegt (S. 213). Die daraus zu folgernde "Krise des ästhetischen Scheins" gilt als die "eigentliche Antriebskraft für die 'permanente Revolution' der Ästhetik der Moderne." (S. 210) Jameson verweist aber auch auf die kontemplativen Züge des pessimistischen Antisubjektivismus in Adornos ästhetischer Theorie (S. 251).

Jameson versucht Adornos Werk der ihm eigenen Betrachtung (S. 17) zu unterziehen, die freilich, wie auch von Adorno selbst (S. 303), nicht immer durchzuhalten ist. Der essayistische Charakter der einzelnen Abschnitte macht das Buch auch für Nichtspezialisten einigermaßen lesbar. Hierin liegen aber auch einige Schwächen dieses Buches begründet. Dazu gehört die m. E. zu knappe und zuweilen etwas flapsig daher kommende Auseinandersetzung mit den Differenzen zu den Kritikern (z. B. mit Habermas) und den anderen zeitgenössischen marxistischen Theorietraditionen (Althusser, Lukacs und Sartre).

Dünn ist auch die Auseinandersetzung mit dem Forschungsstand überhaupt, etwa was die Verhältnisse Adorno-Benjamin, Adorno-Kant und Adorno-Heidegger ausmachen. Augenfällig ist auch die recht dürftige Bibliographie. Ob

Jamesons Buch die "philosophisch ausgefeilteste und eindringlichste Studie über Adorno" (Klappentext) im englischen Sprachraum ist, vermag ich nicht zu beurteilen, in der BRD sind jedenfalls Werke erschienen, an die Jameson in oben genannter Hinsicht nicht herankommt.

Trotzdem bleibt der Eindruck eines für den z. Zt. darniederliegenden marxistischen Diskurs wichtigen (vgl. auch Collmer, in: Z 10), in Abgrenzung zur snobistischen Postmoderne der Beliebig- und Nebelhaftigkeit anregenden und erfreulichen Buches.

Jonas Dörge-Weidemann

### Segmentierungsthese als Klassentheorie?

*Friedhelm Kröll, Monika Wammerl, Angebetet und verworfen. Streitfrage "Arbeiterklasse". Sozialstruktur und Lebensweisen in Österreich. Segmentierung der Lohnarbeit. Verlag Arbeit & Gesellschaft, Marburg 1992, 574 Seiten, DM 62.-*

Schon der additierende Titel deutet die Spannweite des hier behandelten Themas an. In dem etwa ein Drittel des Textes umfassenden ersten Teil, der wohl F. Kröll zum Verfasser hat, soll theoretisch und in Auseinandersetzung mit anderen Positionen einer "Reformulierung des Marxschen Klassenparadigmas" (12) zugearbeitet werden. In zwei äußerst knappen Mittelabschnitten wird vorgestellt, was die Verfasser positiv unter einem solchen Programm verstehen. Auf den restli-

chen zwei Dritteln des Buchumfangs werden empirische Angaben zur Situation der Lohnarbeit in Österreich ausgebreitet. Das Projekt wurde von der KP Österreichs unterstützt.

Es gehört ein etwas zweifelhafter Mut dazu, 1992 ein Buch zu diesem Thema zu veröffentlichen, das die Fragen einer philosophischen und historisch-materialistischen Subjekttheorie ebenso ausklammert wie die Komplexe Klassenpraxis und Klassenbewußtsein oder die Rolle der Arbeiterklasse beim Untergang des Realsozialismus und die sich daraus für eine marxistische Sicht ergebenden Konsequenzen. F. Kröll konzentriert sich auf die Strukturaspekte der Klassentheorie. Dabei kommt er in der theoretischen Substanz über das Problembewußtsein der marxistischen Diskussion von vor zehn, zwanzig Jahren kaum hinaus. Freilich mag er sich seine gegen andere gemünzte Sentenz "Aber wer bekennt schon gerne, daß er sein Neucs aus dem Museum hat..." (171) nicht zu eigen machen, obwohl es viele Gründe dafür gäbe.

F. Kröll ist bemüht, seine Ansichten vor allem in der Polemik mit anderen Positionen ins rechte Licht zu rücken. Im Zentrum der Abkanzlung steht dabei der "Pontifikal-" oder "Verlautbarungsmarxismus", ein Popanz, der je nach Bedarf mal enger, mal weiter zurechtgestellt und abgeputzt wird, aber kaum Namen und Hausnummern hat, sondern sich vielmehr auf heutzutage allerorten geteilte Vermutungen und Verurteilungen aufbaut. Da der Verfasser vor 1989

im Rahmen des organisierten Marxismus ja mit eher traditionellem Impetus publiziert hatte, lag die Vermutung nahe, daß diese Kritik auch einige selbstkritische Wendungen nehmen würde. Weit gefehlt. Hier ist F. Kröll vielmehr Äther jenes Zeitgeistes, an dem er andernorts "eine neue Vagheit, d.h. die Unschärfe als Prinzip" (73) moniert.

Die Spezifik in Krölls klassentheoretischer Argumentation besteht zum einen im Versuch, einen krisentheoretischen Ansatz in die Klassentheorie einzuführen, und zum anderen in der Forderung, eine Reformulierung der Klassentheorie als Formulierung einer Segmentierungstheorie aufzufassen. Freilich sucht der Leser vergeblich, was denn nun unter Segmentierung im Unterschied zu Differenzierung verstanden wird oder wie beim Setzen dieser Prämisse der Klassenbegriff aufrecht erhalten werden soll. Manche Formulierungen legen die Vermutung nahe, der Verfasser plädiere für den Ausstieg aus der Dialektik von Teil und Ganzem, was in der Konsequenz der Verabschiedung von der Klassentheorie gleichkäme.

Interesse können die vielfach kenntnisreichen Auseinandersetzungen mit der zeitgenössischen Kritik an der marxistischen Klassen- und Sozialstrukturtheorie, die Auffächerung ihrer Positionen und generell die Darstellung der Grundtendenzen der ideologischen Szene beanspruchen. Er stellt die Abhandlungen unter die Stichworte Reduktionismus, Ökonomismus, Polarisierung, Nivellierung. Der

flotte Feuilletonismus kann allerdings kaum verdecken, daß der theoretische Begriff dessen, worum es geht, eher vage Konturen hat. Kröll nimmt faktisch alle Einwände auf, die er in der Kritik der marxistischen Tradition für brauchbar hält. Weshalb Gramsci und dessen neuere Rezeption seinem Verdikt verfällt, bleibt ebenso unklar wie die Ignoranz gegenüber den wichtigen klassentheoretischen Arbeiten der SOST. Im Universum der zitierten Autoren, aus dem sich bekanntlich immer auch die Freund-Feind-Sicht des Zitierenden erschließt, gibt es ohnehin so manche Ungereimtheit und Inkonsequenz. Das Seilschaftsprinzip scheint hier weit über wissenschaftlichen Kriterien angesiedelt.

Im Kontext seiner Abkanzlung des "pontificalen" Verelendungsdiskurses, der allerdings schon weit zurück liegt und einer anderen Zeit angehört, hätte man auch erwarten können, daß der Verfasser auf seine Arbeiten zur Wahlforschung und Wahlanalyse eingegangen wäre, in denen er ja gerade die Trommel für eine Orientierung der DKP an den pauperisierten Gruppen gerührt hatte.

Nach dem vorgestellten Konzept hätten die Abschnitte 4 und 5 der Ort werden müssen, wo die eigenen Ansätze, die in der Kritik ja nicht gerade zurückhaltend als Weg zur Überwindung der Krise des Marxismus offeriert worden waren, zu formulieren waren und die Operationalisierung der Grundthesen für die empirische Analyse zu erfolgen hatte. Noch auf S. 85 waren frohgemut "Leitgesichtspunkte für die

Auffrischung der Klassentheorie: Votum für eine Theorie der sozialen Segmentierung" angekündigt worden. Beim Abschnitt 4 angekommen, begnügt man sich aber mit der Überschrift "Ansatzpunkte für eine zeitnahe Reformulierung der historisch-materialistischen Klassenkonzeption" (209). Und das ist noch hoch gegriffen für das, was als eine Art Stichwortsammlung auf den folgenden fünf Seiten angeboten wird und im Problembewußtsein hinter dem zurückbleibt, was Ende der 80er Jahre zum marxistischen Standard gehörte.

Diese Kritik ist auch gegenüber Abschnitt 5, dem "Gelenkstück" zum empirischen Teil, zu äußern. Sicher entbehrt die Problemauflistung nicht des Nutzens für eine erste Orientierung, aber gemessen am erreichten Stand muß sie dem Train der kritischen Sozialwissenschaften zugerechnet werden. Die folgenden zwei Drittel des Buches werden von verbalisierten Darstellungen statistisch-empirischen Materials und dem Abdruck von Tabellen und Graphiken zur Arbeits- und Lebenssituation der Lohnarbeit in Österreich in Beschlag gelegt. Bedauerlicherweise wird der Schritt von der Materialsammlung zur empirischen Analyse nur punktuell vollzogen. Gleichwohl mag dieser Teil für jene einen Gebrauchswert besitzen, die sich den Gang durch eine Vielzahl von Quellenwerken sparen wollen.

Wer Friedhelm Krölls Anspruch auf eine zeitgemäße Reformulierung der Marxschen Klassentheorie, deren Notwendigkeit nicht zu bestreiten ist, mit Sympathie zur

Kenntnis genommen hatte, mußte nach der Lektüre doppelt enttäuscht sein: der theoretischen Begriffslosigkeit und des Unvermögens zur empirischen Analyse wegen. Ihm wird es wohl selbst aufgegangen sein, daß sich eine zeitgemäße Klassentheorie nicht als Segmentierungstheorie, so wichtig eine solche als neue und bereichernde Komponente auch sein kann, reformulieren läßt. Damit werden aber seine zentralen Prämissen hinfällig.

Da man Friedhelm Kröll seit Ende der 80er Jahre als Autoren und politischen AktivistInnen wahrnehmen konnte, der in der DKP mit Vehemenz eine Lanze für einen politischen Rigorismus mit sektiererischer und linksradikaler Schlagseite zu brechen suchte, zuerst als Schildknappe des nun heftig bekämpften "Pontifikalmarxismus", später mehr auf eigene Rechnung, sucht man bei der Lektüre auch nach Ansätzen für diese Optionen. Nach dem Eindruck des Rezensenten laufen hier aber theoretisches Denken und politische Optionen nicht zusammen, legt man der Attitüde des Retters aus der Krise nicht allzu großes Gewicht bei. Im Gegenteil. So müßte also der krisentheoretische Ansatz, eben die Nichtidentität, das Auseinanderfallen, die Verselbständigung und die Entgegensetzung wesentlicher Seiten einer Einheit auf den Verfasser selbst angewandt werden. In Bezug auf die Krise der Arbeiterklasse hatte er herausgearbeitet, daß diese gegenüber der Interpretation als Ende der Klassengesellschaft auch als Durchgangsstadium

zu einer neuen Bewegungsphase gesehen werden könne. Dies sollte unbedingt auch dem Verfasser zugestimmt werden.

Heinz Jung

### Zur Diskussion der Regulationstheorie

Alex Demirovic/Hans-Peter Krebs/Thomas Sablowski (Hrsg.): *Hegemonie und Staat. Kapitalistische Regulation als Projekt und Prozeß. Mit Beiträgen von Alain Lipietz, Robert Boyer, Hans-Peter Krebs/Thomas Sablowski, Alex Demirovic, Robert Delorme, Joachim Hirsch, Bob Jessop, Roger Keil und Susan Ruddick. Verlag Westfälisches Dampfboot, Münster 1992, 317 Seiten, DM 38,-.*

Die vor allem von französischen marxistischen Ökonomen begründete "Theorie der Regulation" findet seit geraumer Zeit auch in Deutschland Resonanz, jedoch fehlt es an deutschsprachigen Ausgaben wichtiger Texte ihrer Vertreter - dies ist das eine der beiden Motive, die die Herausgeber des im Westfälischen Dampfboot erschienenen Bandes "Hegemonie und Staat", die Frankfurter Soziologen Alex Demirovic, Hans-Peter Krebs und Thomas Sablowski, als Grund der Publikation angeben; zum anderen beabsichtigen sie, inhaltlich zur Schließung der "staatstheoretischen Lücke" der ökonomischen Regulationisten beizutragen. Das Ergebnis, der vorliegende Sammelband mit dem einen gewissen modischen Soziologenjargon ad absurdum führenden Untertitel "Kapitalistische Regulation als Projekt und

Prozeß", vermag schwerlich beide Ansprüche gleichermaßen zu erfüllen. Die Dokumentation einiger Texte von führenden Vertretern der Pariser Regulationsschule - Alain Lipietz, Robert Boyer, Robert Delorme - zur engeren ökonomischen und wirtschaftssoziologischen Thematik vermag nämlich nur einen Einstieg in selbige zu vermitteln, nicht aber das Fehlen der einschlägigen Hauptwerke auf dem deutschsprachigen Buchmarkt wettzumachen. Indem diesen Texten nun metaökonomische und Grundfragen der Gesellschaftstheorie betreffende Aufsätze (u.a. der Herausgeber) beigegeben werden, gerät der Band insgesamt etwas konzeptionslos - mindestens hätte man von den Herausgebern eine bessere strukturierende Kommentierung erwarten können als das sprachlich schlampige ("Selbst die Ökonomie ... wird selbst als ... angesehen") und an Gemeinplätzen reiche Vorwort.

Als ökonomische Theorie meint Regulationstheorie eine Konzeption, die grundlegend davon ausgeht, daß die Reproduktions- und Akkumulationsmodi kapitalistischer Gesellschaften stets in der konkreten Komplexität ökonomischer, politischer, sozialer Praktiken zu bestimmen sind. Die "Regulationsweise" ist, mit Worten Delormes, eine die gesellschaftliche Reproduktion charakterisierende "Mischung aus Institutionen und Akteuren, die sich in dem von den Institutionen definierten Raum verhalten", wobei entscheidend ist, in welcher Weise je spezifische Überlagerungen diverser Praktiken

auf verschiedenen gesellschaftlichen Ebenen ein mehr oder weniger stabiles Ganzes ergeben. Bedeutsam ist dies vor allem etwa für die Analyse von Managementpraktiken (siehe Boyers Beitrag zum "fordistischen" und "japanischen" Modell). Gegen den Liberalismus heißt das: Staatliche Interventionen sind nicht Störungen oder Trübungen eines idealiter gedachten 'reinen' Marktes; gegen einen 'ökonomistisch' und 'essentialistisch' verstandenen Marxismus bedeutet es: Die historischen und regionalen Besonderheiten bestimmter kapitalistischer Gesellschaften sind nicht Akzidentien, 'Erscheinungen', durch die sich ein 'Wesen' des Kapitalismus vermittelt - sondern die politischen und sozialen Bedingungen, durch die und in denen Kapitalismus praktiziert wird, sind dessen Konstituentien.

Daß dieser Ansatz einer Aktualisierung marxistischer Ökonomietheorie in Frankreich entstand, ist, wie Lipietz im einleitenden Beitrag ausführt, kein Zufall, hatte doch dort Louis Althusser einiges an konzeptioneller Vorarbeit geleistet - man kann den Begriff der "Regulation" als eine Transformation von Althussters zentralem Begriff der "Reproduktion" ansehen. Die Herausgeber Krebs und Sablowski unternehmen über Althusser hinausgehende Überlegungen zur Kritik des traditionellen marxistischen 'Essentialismus' und zur Präzisierung der Kritik der politischen Ökonomie als betriebliche "Mikrophysik der Macht" (Foucault) - die Theorie der Ökonomie muß, als

deren Kritik, selbst nicht-ökonomisch sein.

Das eigentliche kontroverse Herzstück des Bandes aber ist die Auseinandersetzung zwischen Alex Demirovic und Joachim Hirsch. Beiden geht es um die Entschlüsselung des Zusammenhangs von Regulation und Hegemonie - unter Zugrundelegung gegenläufiger Interpretationen des Verhältnisses der sozialen Akteure zu ihren Existenzbedingungen; zur Schließung konzeptuell-gesellschaftstheoretischer Lücken der Regulationstheorie bieten Hirsch und Demirovic konträre Theoreme an. Hirsch sieht den richtigen Weg zur Behebung politiktheoretischer Defizite des Regulationsansatzes im Rekurs auf die insbesondere im Umfeld der Frankfurter Schule tradierte Konzeption des "Fetischismus" und der "Verdinglichung" und die damit zusammenhängende Erklärung der "Formbestimmtheit" des bürgerlichen Staates: Diese entspringt einer Form der "Vergesellschaftung", in der den Akteuren der Zusammenhang ihrer Handlungen undurchsichtbar und verselbständigt entgegentritt. Der Staat ist, wie das Geld, eine fetischistisch materialisierte Illusion. Zwar distanziert Hirsch sich von reduktionistischen "Ableitungs"-Konzepten und räumt ein, daß der konkrete Prozeß der Vergesellschaftung hegemonialer Strategien bedarf; jedoch könne allein deren Interpretation in bezug auf jene grundlegende "Formbestimmtheit" den Zusammenhang von "Institutionen" und "Handlungen" erklären, der bei den Regulation-

nisten unbegriffen und kontingent bleibe.

Während also Hirsch an der entfremdungstheoretisch begründeten Auffassung festhält, daß die kapitalistische Vergesellschaftungsweise mit einer *Täuschung* der Individuen über ihre ihnen nicht bewußten *eigentlichen* Interessen, über den wahren Sinn ihrer Handlungen einhergehe, die sich in Formen wie "Staat" und "Geld" manifestiert, verwirft Demirovic dieses Paradigma. Seine auf Althusser's Ideologietheorie und einer diskurstheoretisch präzisierten neogramscianischen Theorie der Rolle der Intellektuellen beruhende Auffassung erklärt gesellschaftliche Hegemonie- und Konsensbildung nicht aus einer Manipulation und Täuschung der Individuen über ein ihnen entfremdetes 'wahres' Interesse und einen ihnen verborgenen 'objektiven' Sinn ihres Handelns, sondern durch die stets prekäre und kompromißhafte diskursive Herstellung von Regelmäßigkeiten in einer Vielzahl von konfligierenden Praktiken. Demirovic betont dabei insbesondere die Rolle der Intellektuellen, die in der Produktion von Begriffen und Theorien nicht bloß eine von ihnen vorgefundene Wirklichkeit darstellen, sondern zugleich ins Alltagsleben rückwirkende Deutungsmuster entwerfen, aus denen die Akteure Selbstverständnisse und Handlungsperspektiven beziehen. In der Konsequenz bedeutet das: *Hegemonie* ist nicht eine Maske, in der die Logik des Kapitals oder die Interessen der Herrschenden sich inkognito betätigen, sondern Resultante des Wechsel-

spiels von Vereinheitlichungen und Diversifizierungen konfligierender Optionen und Strategien der sozialen Akteure, die stets durch handlungsleitende Wissenspraxen vollzogen werden. Demirovic wendet sich damit konsequent gegen Auffassungen, denen zufolge die ökonomische Reproduktionslogik sich gleichsam *hinter dem Rücken* der durch sie mehr oder minder ferngesteuerten Akteure durchsetze und die Ideologie diesen Vorgang verschleiern legitimiere. Vielmehr wird die Reproduktionslogik einer Gesellschaftsformation selbst *durch* die Vielzahl von Praktiken erzeugt, die mit ihnen je eigenen Wissensformen und Sinnverständnissen verbunden sind, in denen die Akteure ihre Optionen entwickeln und vergegenwärtigen. Die entscheidende Frage ist die, wie in diesem Prozeß Konstanten erzeugt werden, die von allen akzeptiert und befolgt werden. Das Wertgesetz gäbe es nicht, wenn es nicht durch einen ganzen Komplex von durch diverse Deutungsmuster rationalisierten Praktiken realisiert und dadurch permanent gemacht würde. Demirovic schlägt eine Präzisierung des Regulationsansatzes mittels dieser hegemonietheoretischen Konzeption vor.

Insgesamt enthält der Band also sehr wohl Auseinandersetzungen von hohem Interesse, jedoch macht die mangelhafte Präsentation uneingeweihten LeserInnen die Problemlage vermutlich nicht gerade transparent. - Bleibt noch anzumerken, daß das Preis-/Leistungsverhältnis extrem ungünstig ausfällt: Das Buch besteht aus der

Reproduktion eines von den Herausgebern selbst erstellten, der Buchdruckerkunst hohnsprechenden Computersatzes, die vom Verlag mit einem Pappumschlag versehen wurde, auf dem zu allem Überdruß auch noch der Vorname eines Autors (Lipietz) falsch geschrieben ist. Daß man, wofern man den Band nicht als Rezensionsexemplar zugeschickt bekommt, dafür fast vierzig Mark hinlegen muß, gereicht dem Verlag nicht gerade zur Ehre.

Henning Böke

### DDR-Philosophie im Übergang

Hans-Peter Krüger: *Kritik der kommunikativen Vernunft. Kommunikationsorientierte Wissenschaftsforschung im Streit mit Sohn-Rethel, Toulmin und Habermas. Akademie-Verlag, Berlin 1990 (= Wissenschaft und Gesellschaft, Band 27). 530 Seiten, DM 78,-.*

Hans-Peter Krüger (Hrsg.): *Objekt- und Selbsterkenntnis. Zum Wandel im Verständnis moderner Wissenschaften. Akademie-Verlag, Berlin 1991. 204 Seiten, DM 58,-.*

Politisch war die "Wendezeit" in der DDR für viele Linke in beiden deutschen Staaten eine Zeit der Hoffnung auf eine demokratische Erneuerung und Befreiung des Sozialismus von seinen Deformationen; daraus wurde nichts. Mag sein, daß die politischen Hoffnungen jener Tage angesichts der realen Kräfteverhältnisse von Anbeginn illusionär waren. Wie aber sieht es

im wissenschaftlichen Bereich aus? Steckt in der Latenz des Übergangs, der Ablösung von einem formelhaft erstarrten und kontraproduktiv gewordenen "Marxismus-Leninismus" und in der Öffnung für die Herausforderungen des im Westen erreichten Diskussionsstandes ohne Preisgabe des marxistischen Hintergrunds ein heute noch mit Argumenten (statt "Abwicklungen" und Kapitulations-erklärungen) aufzuarbeitendes Potential?

Die "Wende" im theoretisch-intellektuellen Bereich erfolgte in der DDR keineswegs so abrupt wie die politische. Schon seit Jahren, insbesondere nach Beginn der "Perestroika" in der UdSSR, wurden großzügigere Interpretationen des "marxistisch-leninistischen" Lehrgebäudes, die einen konstruktiven Dialog mit westlichen Forschungsprogrammen ermöglichten, toleriert. Der Philosoph Hans-Peter Krüger gehörte sicherlich zu den ambitioniertesten Repräsentanten einer Gratwanderung zwischen ML-Traditionsbeständen und kritischer Aneignung der westlichen Diskussion. Die günstigste Ausgangsbasis in der Philosophie war dafür zweifellos das Gebiet der Wissenschaftsforschung - im Interesse einer im Rahmen der Produktivkraftentwicklung notwendigen ungehemmten Wissenschaftsentwicklung konnte die philosophisch-wissenschaftstheoretische Diskussion an der Entwicklung im Westen einigermaßen unvoreingenommen partizipieren. Es blieb allerdings meist bei einer nachholenden Aus-

wertung westlicher Debatten ohne eigene innovative Akzentsetzungen. Hans-Peter Krügers "Kritik der kommunikativen Vernunft" - der im Titel implizierte Verweis auf ehrwürdige Vorbilder setzt einen hohen Anspruch - entstand als Habilitationsschrift und wurde 1987 zum Druck überarbeitet; das Buch konnte jedoch erst nach der "Wende" erscheinen. Gründe dafür lassen sich im Text unschwer auffinden - viel Ketzerisches ist darin enthalten: unübersehbare Attacken auf das beanspruchte Wahrheitsmonopol des Parteiapparats; in wissenschaftstheoretischen Begründungen implizierte Forderungen nach *glasnost*; gar Distanzierungen vom in Anführungszeichen geschriebenen "Marxismus-Leninismus". Gleichwohl ist die DDR-Handschrift unverkennbar: nicht nur da, wo Habermas im Jargon des "Neuen Deutschland" für sein antifaschistisch-demokratisches Engagement gelobt wird - auch in einigen grundlegenden Aspekten werden in der DDR etablierte Argumentationen - die ja tatsächlich durchaus nicht immer falsch gewesen sein müssen - in entdogmatisierter und sachlich-souveräner Weise aufgegriffen, so etwa in der Kritik der "subjektivistischen Marx-Revision" im Anschluß an Lukács. (Die Assoziation von Sohn-Rethels Wissenschaftskonzept mit "Maoismus" muß allerdings wohl den Alpträumen eines Geistersehers entsprungen sein.) Das indes macht die Tragik der Publikation aus: In Honeckers DDR konnte Krügers *magnum opus* nicht erscheinen - aber geschrieben werden

konnte das Buch nirgendwo anders als in der DDR, mit deren Muttermalen es behaftet ist. In der vergrößerten BRD kann Krüger nicht auf Lorbeeren für das umfängliche Werk hoffen, und ob er sich über diese Rezension freuen wird, ist durchaus fraglich.

Ausgangspunkt der Untersuchung ist die These, daß in der modernen Welt das angesichts globaler Bedrohungen zur Überlebensfrage der Menschheit werdende Marxsche Projekt einer bewußten Kontrolle der Gesellschaft über ihre Reproduktionsbedingungen kommunikationsorientiert formuliert werden muß. Krüger stützt sich dabei auf Ansätze aus der "Deutschen Ideologie", aus denen er einen umfassenden (nicht ökonomisch reduzierten) Begriff von "Produktion" gewinnt. Wissenschaft wird als geistige Produktion und die sprachliche Kommunikation mit Marx als die materielle Daseinsweise des Geistes oder Bewußtseins verstanden. Ein materialistisches Verständnis der Entwicklung von Wissenschaft als geistiger Produktion muß daher, so Krüger, kommunikationsorientiert vorgehen. Ein solches Programm soll den destruktiven Auswirkungen instrumenteller Rationalität entgegenwirken und ein "Kognitionspotential" für die Entwicklung einer von Klassenantagonismen freien Gesellschaft bereitstellen.

Krüger entwickelt nun Problemstellungen der Wissenschaftsforschung in Auseinandersetzung mit Alfred Sohn-Rethel, Stephen Toulmin und Jürgen Habermas. Dabei gelingen ihm kenntnisreiche,

glänzende und fesselnde Rekonstruktionen theoretischer Problemgeschichte im sozial-kulturellen Kontext, die die stärkste Seite des Buches ausmachen. Sohn-Rethels Thesen über den Zusammenhang von Warenform und Denkform stehen bei Krüger für eine Marx-Interpretation, die grundlegende Fragen der Vergesellschaftung aufwirft, aber reduktionistisch-kurzschlüssig beantwortet. Die Arbeiten Toulmins beurteilt Krüger als Meilensteine einer nicht-positivistischen, historisch-evolutionären Wissenschaftstheorie, deren Defizit allerdings in einem Mangel an gesellschaftstheoretischer Fundierung liegt. Der Konzeption von Habermas zollt Krüger offenkundig große Sympathie - er hatte schon Mitte der 80er Jahre versucht, Habermas in der DDR eine Bresche zu schlagen und durfte dafür 1989 den Frankfurter Meister für "Sinn und Form" interviewen. Bei grundsätzlich weitestgehend übereinstimmenden Intentionen zielt seine Kritik an Habermas vor allem auf die zu starre Dichotomisierung von "System" und "Lebenswelt", Bereichen "strategischen" und "kommunikativen" Handelns. Habermas' Übergang vom Produktions- zum Kommunikationsparadigma lege, gerade mit Blick auf das von Krüger entwickelte umfassende Marxsche Verständnis von "Produktion", eine falsche Alternative zugrunde. Da Habermas' Marx-Rezeption sich nie dem Einfluß der Lukács-Tradition zu entziehen vermochte, treffe die Habermassche Kritik an Marx gar nicht diesen selbst,

sondern seine Lukács'sche Revision.

Sicher können gegen diese Habermasianisierung Marxens durch marxistische Untermauerung und Korrektur Habermas'scher Gedanken einige Einwände erhoben werden. Nicht unproblematisch ist etwa, daß Krüger - durchaus in Kontinuität zur ML-Tradition - dem historischen Materialismus die Rolle einer fundamentalen Makro-Theorie aufbürdet, die hier Begründungsleistungen für interdisziplinäre Programme erbringen soll. Man könnte stattdessen zum Beispiel mit Althusser - daß dieser völlig ignoriert wird, ist freilich bezeichnend - präzise nach dem Objekt der Marxschen Theorie als Theorie unter anderen Theorien fragen und argwöhnen, daß das Brimborium um "Interdisziplinarität" ein billiger ideologischer Bluff ist. Über solche Einwände *ließe* sich trefflich diskutieren und streiten - wenn materielle und politische Existenzbedingungen solcher Diskurse gegeben wären, und das hieße: eine reformierte DDR; denn ein Rekurs wie der Krügersche auf den "historischen Materialismus" setzt dessen Existenz als institutionalisierte Forschungstradition voraus, und wo es diese nicht gibt, wird jede noch so elaborierte Füllung von Defiziten wissenschaftstheoretischer Konzepte im Geiste des "historischen Materialismus" leider unversehens Makulatur. Vom durch Krüger marxistisch verbesserten Habermas bleibt dann eben nur noch Habermas übrig, und der wird auf die wohlwollenden Ratschläge eines Hans-Peter Krü-

ger gut und gerne verzichten können.

Umgekehrt erweist sich dafür im Nachhinein Habermas als relativ DDR-kompatibel - eher jedenfalls als etwa ein Foucault, ein Luhmann oder ein Althusser. Womöglich kann man die Habermasianer wenigstens mit dieser Einsicht ärgern.

Es hatte sicher einen Grund, daß der Akademie-Verlag dem Rezensenten zusätzlich den 1991 von Hans-Peter Krüger herausgegebenen Band "Objekt- und Selbsterkenntnis" zugeschickt hat, der Beiträge von Philosophen aus der ehemaligen DDR versammelt, die sich auf ähnliche Problemstellungen beziehen wie das Krügersche Hauptwerk. Im Namensregister taucht nunmehr der Name Marx weniger häufig auf als Habermas, Carnap oder Wittgenstein. Bei den Aufsätzen handelt es sich durchweg um profunde und gehaltvolle Auseinandersetzungen u.a. mit Toulmin, Putnam, Luhmann und Bourdieu, mit denen die Verfasser offenbar Bereitschaft zu einer Art intellektueller Währungsunion demonstrieren wollten. Bloß: Es scheint, die Leute im Osten können machen, was sie wollen - sie schneiden bei der intellektuellen Währungsunion nicht besser ab als bei der monetären.

*Henning Böke*

## Joschka F. und die Linke

*Joschka Fischer, Die Linke nach dem Sozialismus, Hoffmann und*

*Campe, Hamburg 1992, 256 S., DM 35,-.*

Da zieht einer, der "das wechselhafte Schicksal der deutschen Linken in den letzten 25 Jahren hautnah miterlebt und geprägt" hat, und zwar als "Aktivist" und "Symbollfigur einer alternativen Politik" - wie der Klappentext uns versichert -, ohne wenn und aber gegen den Sozialismus und Marxismus zu Felde. Natürlich in Fischers so "herzerfrischenden" Art - "ohne Tabus, mit der ihm eigenen Schärfe und Selbstironie" (Klappentext) und "beachtlicher schriftstellerischer Qualität" (FAZ - 11.11.1992). Das geschieht auf dem Hintergrund des totalen Zusammenbruchs des "Realsozialismus" und im Rückblick auf den Kalten Krieg bzw. die Geschichte.

F. wirft insgesamt viele Fragen auf und gibt aus seiner Sicht auch erste Antworten. Natürlich sind sie politisch subjektiv geprägt.

Die Auseinandersetzung mit dem Sozialismus/Marxismus erfolgt m.E. im "denunzierenden Feuilletonstil" (Kossok). Der Rezensent der FAZ Gauland schrieb (16.11.1992) dazu: "An dem neuen Buch von Joschka Fischer ärgert mich am meisten, daß ich fast mit jedem Satz übereinstimme".

Was also hat uns "eines der wenigen den Grünen noch verbliebenen politischen Talente" (ebd.) zu sagen?

Zunächst - als allgemeine Erkenntnis: Die Linke, was sie immer auch ist, lebt noch und ist bei aller Kritik an ihrer visionären Zielstellung der Vergangenheit und an dem soziali-

stisch-sozialdemokratischen Etatismus nicht am Ende. Nährboden ist die Realität - und die skizziert F. in der Einleitung.

Zur inhaltlichen Übersicht des Buches. Es ist in folgende Kapitel unterteilt: 1. Einleitung (7-21); 2. Ein Riß in der Zeit (21-51); 3. Lenins Mumie (51-88); 3. Arkadien an der Kolyma oder vom Wirken der Utopie (88-132); 4. Europas Zukunft - vorwärts in die Vergangenheit (132-168) und 5. Nach dem Sozialismus (168-219); ausführlicher Anmerkungs-Apparat (219-256).

Ausgangsbasis für die Darlegungen ist ein Rückblick auf die Geschichte - insbesondere auf den Kalten Krieg. Das Abkommen von Jalta zwischen den USA, Großbritannien und der UdSSR vom Februar 1945 ist nach F. der Boden für die folgende "Eiszeit" zwischen Ost/West. Der Eiserne Vorhang entsprach dieser Blockbildung. Nur - der Kalte Krieg bzw. die "Ordnung von Jalta" war m.E. nicht das bleibende Ergebnis der bedingungslosen Kapitulation des Deutschen Reiches und seiner völligen Zerstörung durch die alliierten Siegerarmeen (23). Das Potsdamer Abkommen der Siegermächte vom Juli 1945 ermöglichte durchaus eine realistische Politik-Gestaltung zur Verständigung (Non-Konfrontation) zwischen Ost und West. Die Truman-Doktrin der Eindämmung bzw. Zurückdrängung des Kommunismus von 1947 (containment/roll back) signalisierte dann allerdings unüberschbar den Kurswechsel der USA-Politik von der Anti-Hitler-Koalition zur Konfrontation. F. skizziert im Rückblick die Auswir-

kungen der "Eiszeit" auf die Nachkriegsgeschichte - und betont hier insbesondere den epochalen Aspekt. Am Ende stand als "Epochenriß" der Zerfall der UdSSR durch "eine Implosion - die Sowjetunion sackte in sich zusammen und verschwand" (30) - und ihr Untergang war nach Auffassung von F. unaufhaltsam - auch trotz Perestrojka. Der Kalte Krieg schuf nach seiner Ansicht "lediglich die äußeren Bedingungen" (52). Hier unterschätzt m.E. der Autor z.B. die Wirkung der enormen Ausgaben für die Rüstung (Totrüstung) der sowieso schon schwachen Wirtschaft der UdSSR. Auch die Vergleiche USA/UdSSR (Kapitalismus/Sozialismus) hinken. Der Faschismus führte auf russischem Boden den totalen Krieg - und die 27 Millionen Toten der Sowjetunion im Zweiten Weltkrieg drücken nur ungenügend das ganze Ausmaß der Verluste aus. Die Zerstörung großer Teile der UdSSR durch die Taktik der verbrannten Erde war unermesslich groß und blieb natürlich nicht ohne Auswirkungen auf das Kräfteverhältnis zwischen Ost/West zugunsten der USA.

Der Hang des Autors zur Anlehnung bzw. Anpassung an den anti-sozialistischen Zeitgeist wird insbesondere im Urteil über den Bolschewismus / Sozialismus / Marxismus sichtbar. Hier verläßt F. den Boden der Sachlichkeit. Da ist der "Rote Oktober von 1917" eher eine Konterrevolution und Lenin ein Reaktionär. Da war die Sowjetunion ein riesiges KZ und "der bolschewistische Staat im Russischen Reich gründete allein

auf dem Terror"(72). "Der alleinige kategorische Imperativ von Lenin, politisch wie moralisch, war die Eroberung der Macht. Diesem Imperativ wurde alles andere, wurden Moral, Freiheit, Recht, Gerechtigkeit, Menschlichkeit, Wohlfahrt und Glück des Volkes untergeordnet" (ebd.). Und auch die Einschätzung der Perestrojka ist m.E. strittig.

Welch Schreckensgemälde - auch wenn es originelle Gedankengänge zieren. Nein - diese Darstellung ist unsachlich und ideologisch stark eingefärbt. Gut - sie trifft im Kern auf die Machtausübung durch Stalin zu. Doch mißachtet sie global Zeit und Raum der sowjetischen Geschichte. Warum hat dann das sowjetische Volk so ausdauernd und härtnächtig dem Faschismus die Stirn geboten - unter großen Opfern bis zum Sieg? Der Sputnik und die, wenn auch unter großem Aufwand erreichten Erfolge in der Raumfahrt, können doch unmöglich das Produkt der Knebelung/des Terrors gewesen sein? Damit will ich die Kritik am "Sozialismus" sowjetischer Ausprägung keineswegs abschwächen. Nein - gegen die Verzerrung der sowjetischen Geschichte und Wirklichkeit wende ich mich.

Auch das Urteil über den Marxismus ist trotz origineller Gedanken nicht gerechtfertigt. Zum Beispiel setzt F. zwischen "Realsozialismus" und Marxismus ein Gleichheitszeichen. Mehr noch. "Der idealistische, ja methaphysische Charakter der revolutionären Theorie von Marx mußte mit Notwendigkeit zur Herrschaft einer kleinen Gruppe

namens Partei und schließlich sogar zu Herrschaft eines Diktators führen..." (113). Zur "Herrschaft einer kleinen Gruppe..." führte aber gerade die Nichtanwendung bzw. Dogmatisierung des Marxismus. F. rennt mit der nachfolgenden Empfehlung offene Türen ein: "Wenn man am Marxismus festhalten will, dann ... empfiehlt sich nichts anderes als die schonungslose und ganze Wahrheit und nichts als die Wahrheit" (121).

F. bricht vor allem für die "Modernisierung" des Metropolkapitalismus der BRD eine Lanze, zu dem es angeblich keine Alternative mehr gibt. Doch die Geschichte ist nicht an ihrem Ende angelangt. Sie wird sich auch in Zukunft ihren Weg bahnen - auch bei Zuspitzungen der Widersprüche durchaus in Revolutionen. Die Widersprüchlichkeiten der, wenn auch modernisierten, Industriegesellschaften wirken doch auch heute, insbesondere der Widerspruch zwischen Kapital und Arbeit. Sie erfahren gerade in unserer Zeit eine rapide Zuspitzung. Der "als die epochale Veränderung des Kapitalismus" und "Jahrhundertreform" (117) ausgewiesene "moderne Sozialstaat" - so F. - wirft doch im Augenblick durch den Wegfall der Systemkonkurrenz den "lästigen sozialen Ballast" (Kohl: "sozialer Wildwuchs") ungeniert ab. Und ist nicht die Zweidrittel-Gesellschaft bzw. der tiefe Graben zwischen Armut und Reichtum das Ergebnis gerade dieser Art der "Modernisierung"? Auch die überall spürbare Parteien- und Politik-Verdrossenheit

signalisiert eher Widerspruch. Und doch soll nach F. Marx tot sein.

Was empfiehlt J.F. der "Linken nach dem Sozialismus"?

Zunächst: Sozialismus - "bis heute weiß niemand genau zu sagen, was denn der Sozialismus eigentlich ist" (121) - scheidet als Alternative zum Kapitalismus aus. Dazu Fischers Standpunkt: "Keine linke Kritik und keine linke Utopie werden mehr das ganz Andere zu bringen vermögen, also weder den Sozialismus noch gar das Himmelreich auf Erden, sondern bestenfalls lediglich wieder 'Verhältnisse' schaffen, wie das Menschen und menschliche Gesellschaften in ihrer Alltäglichkeit, in ihrer Großartigkeit, aber auch in ihrer ganzen Gemeinheit eben so gemacht haben und auch in Zukunft weiter machen werden. Man mag es bedauern, aber ein Mehr an praktischer Veränderung hat Politik für die Linke nicht zu bieten. Alles weitere ist Religion" (131). Also: Die heutigen Zustände nicht radikal bekämpfen bzw. grundsätzlich in Frage stellen. Mehr noch: "Eine nachsozialistische Linke wird also Abschied zu nehmen haben vom alten linken Antikapitalismus, von den Mythen des Proletariats, des Klassenkampfes, des bösen Unternehmers und des verfluchten Privateigentums und auch von der erlösenden Rolle des Staates in der Volkswirtschaft" (177) - denn "die modernen westlichen Industriegesellschaften sind alle Mittelschichtengesellschaften geworden (dazu sollen auch die Arbeiter und Angestellten zählen - F.K.), d. h., über den Fortschritt und die Entwicklung dieser

Gesellschaft entscheiden im wesentlichen die Interessen und die Produktivität dieser Schichten" (ebd.). Und welche Rolle spielen die Banken und Monopole/Konzerne in diesem System? Darüber gibt F. keine Auskunft.

F. tritt für die Versöhnung mit der "Mittelschichtengesellschaft" bzw. dem "modernen Sozialstaat" ein. Der Ausbau des "modernen, westeuropäischen Sozialstaates als dem realisierten 'Dritten Weg' zwischen Kapitalismus und Kommunismus" ist die Aufgabe. Dann hat natürlich auch "die Ökonomie als Schlachtfeld zwischen ... links und rechts ausgedient" (179). Noch deutlicher: Es geht in Zukunft zwischen Partnern "im Vergleich zu früheren Zeiten nunmehr um die Stellen hinter dem Komma, nicht aber um eine jeweils andere Rechnung" (ebd.). Durchaus eine neue Variante für "mehr Opfer bringen". Doch weiter. Nach seiner Auffassung besteht eine der wichtigsten Aufgaben der nachsozialistischen Linken darin, "an einer Neuformulierung der Entwicklungsgesetze der westlichen Gesellschaften mitzuwirken, und zwar weder nach den Regeln eines abgründigen Utopismus noch eines reaktionären Fundamentalismus, sondern entsprechend den Regeln einer selbsterhaltenden Vernunft" (Klappentext). Das gilt auch für Europa. Der Nationalismus wird in diesem Zusammenhang zurecht als Rückfall in die Vergangenheit eingeschätzt. Aber - was heißt "selbsterhaltende Vernunft" konkret? Wie soll die Linke politisch auf die Rolle Deutschlands bei der Gestaltung

der neuen Weltordnung Einfluß nehmen? Welche Aufgaben entstehen? Das ist doch ein großes Feld schon gegenwärtiger Politik und ein wichtiger Aufgabenbereich linker Politik. Dazu schweigt sich F. aus.

Fazit - etwa alter reformistischer Wein in neuen Schläuchen? F. plädiert m. E. im Gegensatz zum Reformismus früherer Art nur noch für eine Modernisierung des vorhandenen Systems. Es gibt bei ihm keine gesellschaftliche Alternative. Deshalb sind Utopien für F. Religion. Die Linke soll nach seinem Verständnis "bitte schön" davon in der Politik endgültig Abschied nehmen. J.F., "eines der wenigen den Grünen noch verbliebenen politischen Talente", wagt nicht den Blick über die Systemgrenzen hinaus. Nun gut - welcher Minister tut das auch gern über seine Amtszeit hinaus? Zurecht fragt m.E. Gauland in der Rezension dieses Buches: "Bleibt die Frage, weshalb plötzlich als neue Einsicht verkündet wird, was wir 'Rechten' schon immer wußten."

Fritz Krause

### Bundesrepublik im Widerspruch

*Christian Götz, Bundesrepublik im Widerspruch, Arbeits- und Lesebuch für eine fortschrittliche Gesellschafts- und Gewerkschaftspolitik, VSA-Verlag, Hamburg 1991, 297 S., 24,80 DM.*

Diese Publikation kam 1991 heraus, also zu einem Zeitpunkt, wo es schien, "als ob die deutsch-deutsche

Wende uns allesamt in eine Art Identitätskrise geschickt hätte", in der vor allem die "Linken" als "große Verlierer" (9) der politischen Umwälzungen dastanden. Götz polemisiert gegen solche "(Fehl-)Einschätzungen". Er will "Schieflagen" wieder geraderücken. Das geschieht insgesamt differenziert. G. vertritt hier den Standpunkt: "Der gesellschaftliche Umbruch in Osteuropa sowie in der ehemaligen DDR begründet unzweifelhaft auch unter 'Linken' die Notwendigkeit, grundsätzlich umzudenken, u.U. lang gehegte Illusionen oder Hoffnungen aufzugeben, sich ggf. von zeitweise bewußt oder unbewußt praktizierter 'politischer Blindheit' endgültig zu verabschieden" (ebd.). Doch muß man dabei nicht "das Kind mit dem Bade ausschütten". Denn so meint er m.E. zurecht, "die 'Linken' ... haben sich in den letzten Jahrzehnten vorrangig deshalb immer wieder in Auseinandersetzungen begeben, um jeweils im eigenen Lande sowie in den eigenen Organisationen einer (aus ihrer Sicht) 'besseren Politik' zum Durchbruch zu verhelfen. Das war richtig. Entsprechendes Engagement ist auch künftig gefordert; und zwar eher noch verstärkt" (ebd.).

Der Autor ruft gerade diesen Aspekt der geschichtlichen Entwicklung in dokumentierten Artikeln und Reden von 1965 bis 1991 in Erinnerung. Sie sind in fünf Themenkomplexe gegliedert und weitgehend auch chronologisch geordnet. Vorbemerkungen und Nachträge zu einzelnen Texten enthalten notwendige Ergänzungen

bzw. Aktualisierungen. Es handelt sich im einzelnen um folgende Abschnitte: Unser Engagement ist auch künftig gefordert (9-13); Das Vergangene ist nicht tot - es ist nicht einmal vergangen (14-42); Von der Studentenbewegung zur deutschen Einheit - "Kleine Geschichte" der Bundesrepublik (44-105); Wir wollen in Frieden und Arbeit leben (108 -149); Einheitsgewerkschaften offensiv verteidigen (152 -233) und Handlungsfelder: Arbeitszeitverkürzung, Mitbestimmung, Rationalisierung... (236-297).

Die Artikel und Dokumente sind insgesamt ein Plädoyer für eine Politik und Praxis von Gewerkschaften - die der Autor als langjähriges Mitglied des geschäftsführenden Hauptvorstandes der HBV so versteht - die erstens die geschichtlichen Erfahrungen produktiv nutzen; die sich zweitens interes-senorientiert in die Politik einmischen; die drittens vor allem dem Kampf um Frieden und Abrüstung einen hohen und eigenständigen Stellenwert geben; die viertens die programmatische Diskussion und Beschäftigung mit weitergesteckten Zielen - "Alternativen zum 'realen Kapitalismus' gehören dazu" (10) - nicht vernachlässigen; die nicht zuletzt vor diesem Hintergrund mit "Phantasie, Ausdauer und Disziplin wichtige 'Handlungsfelder' besetzt, wobei neben Inhalten auch Formen und Methoden immer größere Bedeutung zu-kommt" (ebd.).

Aktualität besitzen vor allem die Ausführungen über Faschismus und Krieg. Hier möchte ich die Artikel "Industrie, Großgrundbesitz

und Kapital verhalten Hitler zur Macht - Der 30. Januar mahnt zur ehrlichen Aufarbeitung von Geschichte und Ursachen des Faschismus" und "Das Vergangene ist nicht tot... Als die Bücher brannten" nennen. Zurecht mahnt Götz in diesem Zusammenhang: "Zur 'his-torischen Wahrheit' gehört nicht weniger die Feststellung: Hitler ist nicht zuletzt deshalb an die Macht gelangt, weil in der Endphase der Weimarer Republik die Arbeiter- und Gewerkschaftsbewegung in sich ideologisch zerstritten war und selbst dann noch verbittert den Kampf gegeneinander führte, als sich für alle gemeinsam längst die Überlebensfrage stellte. Erst Leiden, Mord und Folter führten wieder zur Einheit" (21). Und folgende Feststellung aus Anlaß des 50. Jahrestages der Bücherverbrennung - 10. Mai 1933 - ist durchaus noch zutreffend: "Bücherverbrennung gibt es nicht; 'Bücherverban-nung' mit sehr subtilen Mitteln gehört dagegen sehr wohl zur politischen Wirklichkeit unseres Landes" (25).

Natürlich ist der 'Arbeitswelt' in der Publikation der meiste Raum gegeben. Da dominiert der große Erfahrungsschatz des langjährigen Gewerkschafters und die Sicht: Einheitsgewerkschaft offensiv verteidigen. Hier erhält der Leser durch die Darstellung wichtiger Phasen und Schritte einen Einblick in die Geschichte der Gewerkschaften nach 1945. Zurecht zieht der Autor in der Vorbemerkung das Fazit: "Die meisten der in diesem Buchabschnitt behandelten Fragen und Probleme werden uns

auch in Zukunft begegnen. Unsoziale Pendelschläge der Marktwirtschaft und ökonomische Krisen sind leider keine Themen der Vergangenheit. Bei entsprechenden Diskussionen und der Suche nach Lösungsansätzen können die hier wiedergegebenen Erfahrungen ggf. hilfreich sein" (154). Das ist zumindest nach Durchsicht dieses im wahrsten Sinne des Wortes "Arbeits- und Lesebuch für eine fortschrittliche Gesellschafts- und Gewerkschaftspolitik" meine Auffassung. Denn "es geht darum, möglichst viele - insbesondere junge - Menschen in der gesamten Republik für 'unsere Sache' zu gewinnen" (11). Das Buch ist ein gelungener Beitrag in diese Richtung und es sollte viele junge und auch ältere Leser finden.

*Fritz Krause*

## Vorschau

### Z - Nr. 15

erscheint Anfang September 1993  
mit dem Schwerpunktthema

## Macht und Herrschaft im Metropolenkapitalismus heute

Beiträge zu den Entwicklungstendenzen und Strukturveränderungen in den USA, in Japan und in Deutschland  
Sowie: Hermann Klenner zu Marx, Menschenrechten und Rechtsstaat; Rupert Herzog zu Demokratie und Herrschaft; Klaus Dammann zu Berufsverboten; Thomas Collmer zur personalen Identität als Ware u.a.

Ferner: Showstack-Sassoon zur Gramsci-Rezeption; Peter über Konkurrenz und Solidarität im Betrieb; Wernicke über Trotzkiismus als kommunistische Alternative zum Stalinismus; Grieger zur Verharmlosung der NS-Verbrechen per Modernisierungsdiskurs  
u.a.

Fortsetzung der Nationalismus-Diskussion.

---

### Impressum

"Z. Zeitschrift Marxistische Erneuerung" wird herausgegeben vom Forum Marxistische Erneuerung e.V. (Frankfurt/M.) und vom IMSF e.V.

Redaktionsbeirat: Dr. Joachim Bischoff, Prof. Dr. Ulrich Briefs, Prof. Dr. Dieter Boris, Prof. Dr. Frank Deppe, Monika Domke, Prof. Dr. Werner Goldschmidt, Prof. Dr. Horst Heininger, Prof. Dr. Jörg Huffschmid, Dr. Sabine Kebir, Prof. Dr. Ursula Schumm-Garling, Dr. Harald Werner

Redaktion: Klaus D. Fischer, Dr. Johannes Henrich von Heiseler, Dr. Heinz Jung.

Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben die Meinung des Verfassers bzw. der Verfasserin, nicht unbedingt die der HerausgeberInnen oder der Redaktion wieder. Für unverlangt eingesandte Manuskripte wird keine Gewähr übernommen. Nachdruck nur mit Zustimmung der Redaktion.

Z. erscheint vierteljährlich. Der Abonnementspreis (vier Hefte) beträgt 45,- (incl. Versandgebühr). Das Einzelheft kostet DM 15,-. Das Abonnement verlängert sich jeweils um vier Hefte, wenn nicht sechs Wochen vor Ablauf des Bezugszeitraums eine schriftliche Kündigung beim Verlag eingegangen ist. Änderungen der Anschrift sind unverzüglich mitzuteilen. Bankverbindung: Forum Marxistische Erneuerung e.V., Frankfurter Sparkasse, BLZ: 500 501 02, Konto: 34595.

Postanschrift von Redaktion und Vertrieb: Z. Zeitschrift Marxistische Erneuerung, Kölner Str. 66, 6000 Frankfurt am Main 1, Tel. 069/739 29 34.

Satz: Su Sanne und kdf

Druck: Fuldaer Verlagsanstalt.

ISSN: 0940-0648

Redaktionsschluß: 15.04.1993

## Autorinnen und Autoren

- Dr. Concepción Alvarez - Mexiko, Sozialwissenschaftlerin  
Prof. Dr. Helmut Bleiber - Berlin, Historiker  
Henning Böke - Frankfurt/M., Doktorand der Philosophie  
Dr. Christoph Butterwege - Bremen, Privatdozent, Politikwissenschaftler und Publizist  
Jonas Dörge-Weidemann - Kassel, Doktorand der Philosophie  
Julio Anguita Gonzáles - Madrid, Generalsekretär der Kommunistischen Partei Spaniens und Koordinator der Izquierda Unida (Vereinigte Linke)  
Ralph Graf - Goslar, Sozial- und Politikwissenschaftler  
Prof. Dr. Horst Heininger - Berlin, Wirtschaftswissenschaftler  
Dr. Hans G Helms - Köln, Sozial- und Wirtschaftshistoriker  
Dr. Elvira Högemann-Ledwohn - Köln, Slawistin und Journalistin  
Günter Judick - Velbert, Historiker  
Dr. Heinz Jung - Weilrod/Ts., Wirtschaftswissenschaftler, Z-Redakteur  
Dr. Robert Katzenstein - Berlin, Wirtschaftswissenschaftler  
Claus-Dieter König - Marburg, Politikwissenschaftler  
Dr. Fritz Krause - Frankfurt/M., Historiker, Vorsitzender des Forum Marxistische Erneuerung e.V.  
Andrea Lederer - Bonn/Hamburg, Juristin, PDS-Bundestagsabgeordnete  
Dr. André Leisewitz - Frankfurt/M., Biologe, Redakteur, Vorstandsmitglied des IMSF e.V.  
Dr. Ezequiel Maldonado - Mexiko, Sozialwissenschaftler  
Knut Mellenthin - Hamburg, Redakteur  
Prof. Dr. Hubert Mohr - Potsdam, Historiker (Mittelalter und Kirchengeschichte)  
Hans-Jörg Schimmel - Berlin, Lehrer für Mathematik und Physik  
Prof. Dr. Gottfried Stiehler - Rinow (Mecklenburg), Philosoph  
Prof. Dr. Viktor A. Vazjulin (Wassjulin) - Moskau, Philosoph, Hochschullehrer an der Lomonossow Universität  
Dr. Frieder Otto Wolf - Berlin, Sozialwissenschaftler, Mitarbeiter der Abgeordnetengruppe der Grünen im Europaparlament

Die Zeitschrift erscheint vierteljährlich. Das Einzelheft kostet 15,- DM (zzgl. Versandkosten). Das Abonnement kostet 45,- DM (inkl. Versandkosten).

## Abonnement

Ich bestelle ein Z-Abo. Der Abo-Preis beträgt 45,00 DM inkl. Versandkosten. Das Abonnement gilt ab Heft \_\_\_\_\_ und für mindestens ein Jahr (vier Hefte). Es verlängert sich jeweils um ein weiteres Jahr, wenn es nicht spätestens sechs Wochen vor Ablauf des Abonnementzeitraums schriftlich gekündigt wird.

Name, Vorname:

Straße:

PLZ/Ort:

Datum/Unterschrift:

Ich bezahle bis auf Widerruf bequem und bargeldlos per Bankeinzug.

Geldinstitut/BLZ:

Kto.-Nr.

Ich bezahle nach Erhalt der Rechnung.

**Vertrauensgarantie:** Ich weiß, daß ich die Bestellung innerhalb einer Woche beim Z-Vertrieb, Kölner Str. 66, 6000 Frankfurt/M. 1, widerrufen kann und bestätige dies durch meine zweite Unterschrift. Zur Fristwahrung genügt das rechtzeitige Absenden des Widerrufs.

Datum/2. Unterschrift

## Geschenk-Abonnement

Ich verschenke ein Z-Abo. Das Abonnement gilt für ein Jahr und kostet 45,00 DM (inkl. Versandkosten). Das Abonnement wird nicht automatisch verlängert.

Name, Vorname:

Straße:

PLZ/Ort:

Datum/Unterschrift:

Das Geschenk-Abo soll geliefert werden an:

Name, Vorname:

Straße:

PLZ/Ort:

O Dem/Der Beschenkten soll mitgeteilt werden, daß ihm/ihr das Abonnement von mir geschenkt wurde.

## Unterstützung des Projekts

O Ich erkläre mich bereit, Z auf Kommissionsbasis zu verkaufen (33 1/3 Prozent Rabatt zzgl. Versandkosten). Ich nehme bis auf weiteres regelmäßig \_\_\_ Exemplare von Z bzw. \_\_\_ Exemplare von Z Nr. \_\_\_.  
O Ich unterstütze Z mit einer einmaligen Spende in Höhe von \_\_\_\_\_ DM.

Name, Vorname:

Straße:

PLZ/Ort:

## Z. Zeitschrift Marxistische Erneuerung

Herausgeber: Forum Marxistische Erneuerung e.V. und IMSF e.V.

Redaktion: Klaus D. Fischer, Dr. Johannes Henrich von Heiseler, Dr.

Heinz Jung

Redaktionsbeirat: Dr. Joachim Bischoff, Prof. Dr. Dieter Boris, Prof. Dr.

Frank Deppe, Monika Domke, Prof. Dr. Werner Goldschmidt, Prof. Dr.

Jörg Huffschild, Dr. Sabine Kebir, Prof. Dr. Ursula Schumm-Garling, Dr.

Harald Werner

Anschrift von Redaktion und Vertrieb: Kölner Str. 66, 6000 Frankfurt/M.

1, Tel. 069/739 29 34.

Bankverbindung: Forum Marxistische Erneuerung e.V.

Frankfurter Sparkasse (BLZ 500 501 02), Konto-Nr. 34595

# Frühjahr '93

Kurt Faller/Reinhard Hahn/  
Rainer Zeimentz (Hg.)  
**Dem Haß keine Chance**  
Wie ist die Gewalt  
zu stoppen?

Ein Buch, das Hintergründe und  
Zusammenhänge erklärt und Wege  
zu eigenem Handeln zeigt:  
„Zähne auseinander!“

Neue Kleine Bibliothek 30  
164 Seiten, DM 14,80  
ISBN 3-89438-052-7  
ET: Ende März

\*

Matthias von Hellfeld  
**Die Nation erwacht**  
Zur Trendwende der deutschen  
politischen Kultur

Rechtsextreme Denkkfiguren und Bilder  
tauchen immer beiläufiger in Politik,  
Medien, ja selbst der Werbung auf.  
Deutschland steht vor einem „Extremis-  
mus der Mitte“. Wieviel Rechtsextremis-  
mus verträgt der Zeitgeist?

Kartonierte, 14,2 x 19,7 cm,  
zahlreiche Abbildungen  
183 Seiten, DM 24,80  
ISBN 3-89438-055-1  
ET: Mitte März

\*

Manfred Henle/  
Moby Dick-Arbeitsgruppe  
Stadtjugendring Augsburg  
**R/AUSLÄNDER AUS!**  
Argumente gegen Rechts-  
extremismus und Rassismus

Das Buch ist aus der Arbeit mit einer  
gemischtnationalen Gruppe im Augs-  
burger Jugendtreff "Moby Dick" ent-  
standen. In 19 Rubriken wird dokumen-  
tiert und "zersägt", was europäische  
Rechtsextremisten zu Krieg und Frieden,  
Nation, Ausländern, Vaterland, Frauen  
u.a. zu sagen haben.

Neue Kleine Bibliothek 32  
144 Seiten, DM 14,80  
ISBN 3-89438-056-X  
ET: Ende März

Arbeitsgruppe  
Alternative Wirtschaftspolitik  
**MEMORANDUM '93**

Die wichtigste Antwort auf das Jahres-  
gutachten der „Fünf Weisen“, des von  
der Bundesregierung bestellten Sach-  
verständigenrates.

Neue Kleine Bibliothek 33  
Etwa 240 Seiten, ca. DM 26,-  
ISBN 3-89438-057-8  
ET: Anfang Mai

\*

Jürgen Kuczynski  
**»Nicht ohne Einfluß«**  
Macht und Ohnmacht  
der Intellektuellen

Vier Studien über das Verhältnis von  
Macht und Intelligenz:  
J.K.s Stasi-Akten, das Versagen deutscher  
Ökonomen seit dem DDR-Anschluß,  
klerikale Intelligenz im Mittelalter, das  
Verschwinden der Arbeiterklasse, die  
Zukunft der Intelligenz und die Über-  
windung des Kapitalismus.

Neue Kleine Bibliothek 34  
145 Seiten, DM 16,80  
ISBN 3-89438-053-5  
ET: Anfang März

\*

Hans Kalt  
**Neubeginnen mit Marx**  
Die politische Ökonomie und  
die Veränderung der Welt

„Wer ist Subjekt des Fortschritts?  
Wo wird Geschichte gemacht? Kann  
noch so davon gesprochen werden  
wie früher?“

Kartonierte, 14,2 x 19,7 cm  
236 Seiten, DM 32,-  
ISBN 3-89438-058-6  
ET: April

Mehr Information erwünscht? Fordern Sie unser Programm an!

## PapyRossa Verlag

Petersbergstraße 4, 5000 Köln 41, Tel. 0221/44 85 45 und 44 62 40, Fax 0221/44 43 05

Michael Höhn  
**Sympathie  
für den Teufel**  
Kritischer Ratgeber  
Okkultismus

„Das Wissen um Okkultpraktiken gehört  
zum allgemeinen Bildungsgut der  
Jugendlichen“ (Prof. Johannes Mischo,  
Heidelberg). Der Ratgeber ist Ergebnis  
langjähriger Erfahrung in Schule und  
Jugendarbeit.

Neue Kleine Bibliothek 31  
174 Seiten, DM 19,80  
ISBN 3-89438-054-3  
ET: Anfang März

\*

Der Frauenkalender  
**WIR FRAUEN 1994**

Taschenkalender mit flexiblem Einband  
in Lila, Lesebändchen, 11 x 15 cm  
Redaktion: Florence Hervé, Ely Stein-  
mann, Renate Wurms  
Gestaltung: Gitta Büsch

Etwa 288 Seiten, ca. DM 12,80  
ISBN 3-89438-059-4  
ET: Anfang September 1993

\*

Bereits angekündigt, neuer ET:

Florence Hervé/Elly Steinmann/  
Renate Wurms (Hg.)  
**Das Weiberlexikon**

Etwa 400 Stichworte, zahlreiche Fotos  
und Illustrationen  
Lexikonformat: 17 x 24 cm  
Fadenheftung, fester Einband

Etwa 500 Seiten, ca. DM 49,80  
ISBN 3-89438-047-0  
ET: Sept.